

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Auswirkungen des demografischen Wandels • Mikrozensus im Kontext anderer Arbeitsmarktstatistiken • Internet in privaten Haushalten
- Saisonale Schwankungen im Inlandstourismus • Sektorale Außenhandelsergebnisse • Außenhandel • Kombiniertes Verkehr
- Entgeltstatistik in der Wasser- und Abwasserwirtschaft • Preise



6/2009

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71 / 93 53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71 / 93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/publikationen

Druck: Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Juli 2009

Einzelpreis: EUR 7,50 [D]

Bestellnummer: 1010200-09106-2 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11 / 75 33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt		Seite
	Kurznachrichten	503
Textteil		
<i>Norbert Schwarz, Bettina Sommer</i>	Auswirkungen des demografischen Wandels – Daten der amtlichen Statistik	513
<i>Thomas Körner, Katharina Puch</i>	Der Mikrozensus im Kontext anderer Arbeitsmarktstatistiken	528
<i>Sebastian Czajka, Dr. Sabine Mohr</i>	Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland	553
<i>Bernhard Veldhues</i>	Saisonale Schwankungen im Inlandtourismus	561
<i>Sabine Allafi</i>	Sektorale Außenhandelsergebnisse	568
<i>Thomas Helmert</i>	Deutscher Außenhandel nach Ländern	575
<i>Uwe Reim</i>	Kombinierter Verkehr 2007	584
<i>Hans Lamp, Dr. Thomas Grundmann</i>	Neue Entgeltstatistik in der Wasser- und Abwasserwirtschaft	596
	Preise im Mai 2009	602
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	609
Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	503
Texts		
<i>Norbert Schwarz, Bettina Sommer</i>	Impact of the demographic change – data from official statistics	513
<i>Thomas Körner, Katharina Puch</i>	The microcensus in the context of other labour market statistics	528
<i>Sebastian Czajka, Dr. Sabine Mohr</i>	Internet usage in households in Germany	553
<i>Bernhard Veldhues</i>	Seasonal variations in internal tourism	561
<i>Sabine Allafi</i>	Sectoral foreign trade results	568
<i>Thomas Helmert</i>	German foreign trade by countries	575
<i>Uwe Reim</i>	Combined transport in 2007	584
<i>Hans Lamp, Dr. Thomas Grundmann</i>	New statistics of charges in the water supply and waste water industry	596
	Prices in May 2009	602
	List of the contributions published in the current year	609
Tables		
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*
Table des matières		Pages
	Informations sommaires	503
Textes		
<i>Norbert Schwarz, Bettina Sommer</i>	Effets du changement démographique – données de la statistique officielle	513
<i>Thomas Körner, Katharina Puch</i>	Le microrecensement dans le contexte d'autres statistiques du marché de l'emploi	528
<i>Sebastian Czajka, Dr. Sabine Mohr</i>	Utilisation d'Internet dans les ménages privés en Allemagne	553
<i>Bernhard Veldhues</i>	Variations saisonnières dans le tourisme à l'intérieur du pays	561
<i>Sabine Allafi</i>	Résultats sectoriels du commerce extérieur	568
<i>Thomas Helmert</i>	Commerce extérieur allemand ventilé par Länder	575
<i>Uwe Reim</i>	Transport combiné en 2007	584
<i>Hans Lamp, Dr. Thomas Grundmann</i>	Statistique de prélèvements nouvelle dans le secteur de l'eau et des eaux résiduaires	596
	Prix en mai 2009	602
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	609
Tableaux		
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Unser neues Haus – Moderne Zeiten in historischen Räumen

Mit einem feierlichen Festakt am Freitag, dem 26. Juni 2009, wurde das frisch sanierte Hauptgebäude des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden offiziell eingeweiht. Unter den rund einhundert teilnehmenden Gästen konnte Präsident Roderich Egeler an diesem Tag die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul – die Wolfgang Tiefensee, den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vertrat – und den Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Hans Bernhard Beus, begrüßen. Auch die Wiesbadener Bundestagsabgeordnete Dr. Kristina Köhler und Prof. Dr. Joachim Pös als Vertreter der Stadt Wiesbaden nahmen an der Einweihung teil.

Die Sanierung des Hauptgebäudes des Statistischen Bundesamtes war notwendig geworden, da das Gebäude nicht mehr den aktuellen baurechtlichen Vorschriften hinsichtlich der Statik und des Brandschutzes entsprach. Zudem waren Teile des Gebäudes mit Schadstoffen belastet. Die erforderlichen Baumaßnahmen ermöglichten sowohl eine Modernisierung der Arbeitsplätze als auch die Integration eines kommunikativen Arbeits- und Organisationskonzeptes.

Der folgende Samstag stand mit dem „Tag der offenen Tür“ ganz im Zeichen der Öffentlichkeit – mehr als 1 200 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit und blickten „hinter die Kulissen“ des Statistischen Bundesamtes.

Die baulichen Strukturen des Hauses konnten bei Hausführungen erkundet werden, weiterhin wurde gezeigt, wie die Arbeits- und Kommunikationszonen gestaltet sind. Außerdem wurden das Pretest-Labor sowie der Gerhard-Fürst-Saal besucht.

Bei den Bibliotheksführungen durch den Lesesaal und das Magazin wurden auch die historische Entwicklung der statistischen Spezialbibliothek sowie die Benutzungsmöglichkeiten für Externe erläutert.

Ein Fachforum bot Kurzvorträge zu den Themen Preismonitor, animierte Bevölkerungspyramide, Ausbildung im Statistischen Bundesamt, Konjunkturmonitor, Wahlatlas und Internationale Statistiken an.

Die Informationsangebote des Statistischen Bundesamtes, seiner Aus- und Fortbildung, des EDS Europäischer Datenservice sowie der internationalen Koordinierung wurden an einem großen Informationsstand präsentiert, weitere Tätigkeitsfelder wie das Standardkosten-Modell (SKM), das Pretest-Labor und eSTATISTIK.core wurden ebenfalls im Foyer vorgestellt.

Für Kinder von sechs bis zwölf Jahren ermöglichte eine Kinderrallye einen spielerischen Einblick in die Welt der amtlichen Statistik.

Jahresbericht 2008

Mit dem Jahresbericht 2008 legt das Statistische Bundesamt wieder eine Bilanz seiner Leistungen im abgelaufenen Jahr vor. Ein Querschnitt von Beiträgen aus nahezu allen

Tätigkeitsfeldern des Hauses dokumentiert neue Wege bei der Informationsverbreitung, Innovationen und Reformen in den Fachstatistiken, Fortschritte bei der Verwaltungsmodernisierung und die Zusammenarbeit mit europäischen und internationalen Statistikämtern.

Begonnen haben im letzten Jahr die Vorbereitungsarbeiten für die Europa- und die Bundestagswahl 2009, letztere werden derzeit mit Hochdruck fortgeführt. Ein weiteres Großereignis wird die Durchführung eines registergestützten Zensus in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2011 sein. Im Fokus der Arbeiten des Statistischen Bundesamtes stand 2008 auch die Präsentation von Ergebnissen aus der Messung der Bürokratiekosten der Wirtschaft, die der Bereich Standardkosten-Modell im Auftrag der Bundesregierung durchführt.

Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise sind zuverlässige statistische Daten mehr denn je gefragt: Mit den erstmals vorgestellten Daten zur Verflechtung deutscher Unternehmen mit dem Ausland, zur Entwicklung atypischer Beschäftigung (befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit, Teilzeit oder geringfügige Beschäftigung) und der Qualitätsoffensive im Bereich der Finanzstatistiken bleibt die amtliche Statistik am Ball. In der neuen Veröffentlichungsreihe „Demografischer Wandel in Deutschland“ werden darüber hinaus gesellschaftspolitisch wichtige Themenfelder untersucht.

Nach langen Vorarbeiten ist die Verordnung über Europäische Statistiken in Kraft getreten, die einen Meilenstein für die europäische Statistik darstellt. Zwei neue hochrangige Beratungsgremien werden dem Europäischen Statistischen System zusätzliche Impulse geben (siehe auch den folgenden Beitrag).

Aus Europa

1. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System

Am 14. Mai 2009 fand die erste Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) statt. Er wurde aufgrund der neuen Verordnung über Europäische Statistiken eingerichtet und hat als neues Amtsleitergremium die Aufgaben des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) und gleichzeitig die Arbeiten des Ausschusses für die Statistische Geheimhaltung übernommen.

Die Leiterinnen und Leiter der Nationalen Statistischen Ämter der EU-Mitgliedstaaten und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) treffen viermal im Jahr im ESS-Ausschuss zusammen. Zu den wichtigsten Aufgaben des Ausschusses zählen die Beratung wichtiger Rechtsakte, strategische Fragen, die Weiterentwicklung des Verhaltenskodex, Fragen der Programmplanung, der Prioritätensetzung und der möglichen Verringerung des Beantwortungsaufwandes der Befragten sowie die Verbesserung der Qualität der Statistik.

Der Ausschuss verabschiedete seine Geschäftsordnung und beschloss, die ehemalige Partnerschaftsgruppe des ASP (strategische Untergruppe des ehemaligen ASP unter Vorsitz des Amtsleiters eines Mitgliedstaates, in der 7 bis 8 Mitgliedstaaten und Eurostat vertreten sind) auch unter dem neuen ESS-Ausschuss fortbestehen zu lassen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stand eine Reihe von Statistikkrechtsakten und strategischen Fragen:

- Der ESS-Ausschuss begrüßte den Entwurf einer Empfehlung der Kommission über die Verwendung der neuen Internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO-08). Danach sollen die Mitgliedstaaten die ISCO-08 ab dem Bezugsjahr 2011 in allen statistischen Bereichen, in denen nach Berufen aufgegliederte Statistiken bereitgestellt werden, sowie für die Verdienststrukturerhebung im Jahr 2010 verwenden. Auch der Entwurf einer Kommissionsverordnung, in der die entsprechenden fachstatistischen Verordnungen angepasst werden, wurde vom ESS-Ausschuss verabschiedet. Eurostat wird der Kommission die Texte zur formalen Annahme zuleiten. Die Zustimmung Deutschlands und Österreichs stand unter dem Vorbehalt, dass die deutsche Version der neuen ISCO noch sprachlich überarbeitet wird.
- Im Zuge der neuen Verordnung über Europäische Statistiken hat der ESS-Ausschuss die Aufgaben des ehemaligen Ausschusses für die Statistische Geheimhaltung übernommen. Der ESS-Ausschuss beschloss, eine hochrangige Arbeitsgruppe einzusetzen, die ihn bei diesem komplexen Thema beraten soll. Auf ein deutsches Votum hin verzichtete er auf die Einrichtung einer ergänzenden Advisory Group. Die Arbeitsgruppe, in der alle Mitgliedstaaten vertreten sind, wird sich mit allen Fragen der statistischen Geheimhaltung (Tabellengeheimhaltung, Anonymisierung von Mikrodatsätzen und anderen, diesbezüglich in der neuen Verordnung über Europäische Statistiken angesprochenen Themen) befassen.
- Der ESS-Ausschuss begrüßte den ESSnet-Bericht für die Jahre 2008 bis 2010. Im Rahmen des ESSnet werden statistische Projekte von mehreren Statistikämtern stellvertretend für das ganze ESS durchgeführt, um Doppelarbeiten im ESS zu vermeiden. Deutschland ist interessiert, an einer Reihe von ESSnet-Projekten teilzunehmen bzw. nimmt schon daran teil [vor allem in den Bereichen MEETS (Programme for the Modernisation of European Enterprise and Trade Statistics) und statistische Geheimhaltung]. Mehrere Mitgliedstaaten unterstrichen den Bedarf an transparenteren Verfahren, regelmäßigen Informationen über ESSnet-Projekte und einer noch besseren Verbreitung der erzielten Ergebnisse. Die deutsche Delegation kritisierte, dass die ESSnet-Verträge generell problematisch seien und die Allgemeinen Vertragsbedingungen geändert werden müssten. Der ESS-Ausschuss beschloss, dass die Koordinierung, Verbreitung und Finanzierung von ESSnet-Projekten weiterentwickelt werden müsse.
- Der ESS-Ausschuss begrüßte den Entwurf des Statistischen Jahresprogramms 2010 und unterstützte die Bemühungen um Vereinfachung, Reduzierung des Auf-

wandes für die Befragten und verbesserte Prioritätensetzung. Mehrere Mitgliedstaaten zeigten sich sehr besorgt angesichts der begrenzten bzw. zurückgehenden finanziellen Ressourcen für Statistik. Deutschland begrüßte das Programm im Grundsatz, u. a. die neuen Schwerpunktthemen Wirtschaftskrise und Klimawandel. Eine detaillierte Stellungnahme zum Jahresprogramm 2010 werden die Mitgliedstaaten im Rahmen einer Arbeitsgruppensitzung im Juni 2009 abgeben. Im Oktober wird dem ESS-Ausschuss eine revidierte Fassung des Programms vorgelegt.

- Die Task Force Prioritätensetzung legte dem Ausschuss ihren Abschlussbericht zu Verfahren der Messung von Aufwand und Kosten europäischer Statistiken vor. Der ESS-Ausschuss beschloss, die Erhebungen zum Aufwand der Befragten bei den Statistiken im Unternehmensbereich jährlich fortzuführen (bislang waren 15 Statistiken einbezogen). Ab 2010 soll die Erhebung des Aufwandes schrittweise auch in anderen Statistiken erfolgen. Auch die Kosten für alle Statistiken (und im dritten Schritt deren Nutzen) sollen schrittweise ermittelt werden. Dazu verpflichtet das derzeitige statistische Mehrjahresprogramm 2008 bis 2012.
- Die Partnerschaftsgruppe informierte den ESS-Ausschuss in einem einseitigen Dokument über den Stand der Umsetzung der Vorschläge der Task Forces 2 „Statistische Herausforderungen“ und 3 „Ressourcen, Management und Programmplanung“ des Krakauer Aktionsplans zur Modernisierung des Europäischen Systems, an denen das Statistische Bundesamt maßgeblich mitgewirkt hat. Sie wird zur nächsten Sitzung des ESS-Ausschusses Anfang Oktober 2009 einen konkreten Umsetzungsplan vorlegen. Deutschland bat darum, dass dann für alle Aktivitäten die zuständigen Akteure klar definiert werden und ein realistischer Zeitplan aufgestellt wird. Auch die in Den Haag beschlossene Einrichtung einer Task Force zur Reform des Beihilfeverfahrens (Grants) müsse in die Maßnahmenliste aufgenommen werden und solle alsbald ihre Arbeit aufnehmen.
- Der ESS-Ausschuss begrüßte die Vorschläge zur Einrichtung des Sponsorships „Qualität“, das die Arbeiten zur Umsetzung des Code of Practice mit den laufenden Arbeiten im Rahmen des Qualitätsmanagements verknüpfen soll (Vermeidung von Doppelarbeiten). Den Vorsitz teilen sich der Leiter eines nationalen Statistikamtes (Norwegen) und der zuständige Direktor (= Abteilungsleiter) von Eurostat. Deutschland wird in dem Sponsorship mitwirken.
- Auf der Tagesordnung stand auch der Entwurf einer Empfehlung der Kommission zu Referenz-Metadaten für das ESS, dem der ESS-Ausschuss mehrheitlich zustimmte. Auch Deutschland unterstützt die Bemühungen zur technischen und inhaltlichen Standardisierung von Metadaten – sowohl auf europäischer wie auch auf internationaler Ebene. Die zusätzliche Bereitstellung von Referenz-Metadaten gemäß „Euro SDMX Metadata Structure (ESMS)“ bedeutet für die Mitgliedstaaten eine Veränderung der Produktionsprozesse und wird mit Zusatzauf-

wand verbunden sein. Aus deutscher Sicht müssen alle Aktivitäten zur Lieferung von Metadaten eng verzahnt sein, um Doppelarbeiten zu vermeiden. Eurostat erklärte sich einverstanden, eine Verknüpfung der Europäischen Standardqualitätsberichte und der Qualitätsberichte, die im Rahmen von ESMS zu erstellen sind, zu prüfen.

- Der ESS-Ausschuss informierte sich über den Sachstand der Aktualisierung des Systems of National Accounts (SNA) 1993 auf Ebene der Vereinten Nationen und des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Insgesamt schreiten die Arbeiten gut voran. Aus deutscher Sicht ist wichtig, dass aktuelle Entwürfe vollständig und rechtzeitig den Mitgliedstaaten zur Kommentierung vorgelegt werden. Es ist zu vermeiden, dass durch die geplanten Querschnittskapitel (aus Sektorsicht) im ESVG rechtlich widersprüchliche Vorschriften zu den Kernkapiteln entstehen können bzw. die Regeln in dem jeweiligen Zusammenhang unterschiedlich interpretiert werden. Insbesondere betrifft das den „Staatssektor“; neben den ESVG-Vorschriften gibt es jetzt schon ein umfangreiches Handbuch zu Defizit und Schuldenstand sowie einige „Advices“ und „Guidelines“.
- Eurostat berichtete dem ESS-Ausschuss in einer Unterlage über die Einhaltung von Rechtsvorschriften der Gemeinschaft im Bereich der Statistik. Bisher konnte die Einleitung von offiziellen Vertragsverletzungsverfahren gegen einzelne Mitgliedstaaten vermieden werden. Eurostat schickt in kritischen Fällen förmliche Aufforderungsschreiben an die Mitgliedstaaten, um frühzeitig Lösungen zu finden.
- Erfreulich entwickelt sich die Anwendung von eDAMIS (System für die elektronische Verwaltung von Dateien und Managementinformationen), das seit dem 1. Juli 2008 für die Übermittlung aller regulären Datensätze an Eurostat verwendet werden soll. Insgesamt ist die Übermittlungsquote stark gestiegen (Übermittlungsquote im 2. Hj 2008: EU = 73 %, Deutschland = 77 %, Statistisches Bundesamt = 80 %), soll aber noch weiter verbessert werden.

Die nächste Sitzung des ESS-Ausschusses findet am 2. Oktober 2009 in Malta statt.

Forschungsdatenzentren

Public-Use-Files von Volkszählungen und Mikrozensen

Im Rahmen eines internationalen Projekts erstellt das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes absolut anonymisierte Mikrodatenfiles verschiedener Volkszählungen und Mikrozensen.

Mit dem Projekt „Integrated Public Use Microdata Series – International“ (IPUMS-International) sollen aktuelle und historische Volkszählungsdaten aus der ganzen Welt inventarisiert, erhalten, harmonisiert und der internationalen

Wissenschaft in einer Internetdatenbank unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Das Projekt ist ein gemeinsames Vorhaben des Minnesota Population Centre (MPC), der statistischen Ämter der beteiligten Nationen sowie verschiedener internationaler Datenarchive. Hauptprojekttträger sind die "National Science Foundation" sowie die "National Institutes of Health" der Vereinigten Staaten.

Das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes ist der deutsche Partner im IPUMS-International-Projekt und anonymisiert hierzu die Daten der Volkszählungen der Bundesrepublik Deutschland von 1970 und 1987, der ehemaligen DDR von 1971 und 1981 sowie fünf Wellen des Mikrozensus aus den Jahren 1973, 1982, 1987, 1991 und 2001. Die insgesamt neun Datenfiles werden als absolut anonymisierte, sogenannte Public-Use-Files erstellt. Das Public-Use-File für die Daten der Volkszählung 1971 in der ehemaligen DDR wurde bereits fertiggestellt und dem Projekt zur Nutzung übermittelt.

In international vergleichenden Bevölkerungsanalysen werden deutsche Daten oft nicht mit einbezogen, da diese auf Mikrodatenebene in der Regel nur für die nationale Forschung zugänglich sind. Mit der deutschen Beteiligung am IPUMS-International-Projekt werden erstmals weltweit nutzbare Datenfiles von Volkszählungen und Mikrozensus entwickelt, die es ermöglichen, deutsche Bevölkerungsdaten im internationalen Kontext einzubeziehen.

Seit 2009 erhält das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes zur Erstellung der Datenfiles eine zweijährige Projektförderung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Über die Ergebnisse des weiteren Projektverlaufs wird detailliert in dieser Zeitschrift berichtet werden.

Außer für das IPUMS-International-Projekt werden die Public-Use-Files auch national über die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder für alle Interessierten verfügbar sein.

Neuerscheinungen

Jugend und Familie in Europa

Bekommen die Deutschen die wenigsten Kinder? Sind skandinavische Schüler besser gebildet und Osteuropäerinnen stärker berufstätig? Wann ziehen Jugendliche von zu Hause aus? Teilweise überraschende Antworten auf diese und weitere Fragen bietet der neue Band aus der Reihe „Im Blickpunkt“. Er beschäftigt sich mit einem breiten Spektrum von Themen rund um Jugend und Familie in Europa. Die Inhalte sind nicht nur für das neue Europaparlament und die nationale Debatte wichtig, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger.

Je stärker Europa zusammenwächst, desto interessanter wird der Blick über die nationalen Grenzen hinweg. Wo liegen die Gemeinsamkeiten, wo gibt es Unterschiede? Wo steht Deutschland im europäischen Vergleich? Was kön-

nen wir von unseren Partnerländern lernen, und wo liegen die Chancen und Herausforderungen für das vereinte Europa?

Die Veröffentlichung „Im Blickpunkt: Jugend und Familie in Europa“ beschäftigt sich mit den Menschen, die für die Zukunft Europas stehen. Dabei wird der Frage nachgegangen, wie Jugendliche und Familien in der Europäischen Union leben. Anhaltende Debatten über Kleinkindbetreuung, Geburtenrückgang oder Ausbildungsplätze zeigen: Familien- und Jugendthemen stehen dauerhaft im Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion. Dabei geht es um die Rahmenbedingungen zur Gegenwartsgestaltung und für die Zukunft, und zwar sowohl für den Einzelnen als auch für das Gemeinwesen des vereinten Europas.

Kompakt

Einbürgerungen im Jahr 2008

Im Verlauf des Jahres 2008 wurden in Deutschland rund 94 500 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Das waren gut 18 600 Einbürgerungen weniger als im Vorjahr (-16%). Damit fiel die Zahl der Einbürgerungen auf den niedrigsten Stand seit der deutschen Vereinigung. Ihren bisher höchsten Stand hatte die Zahl der Einbürgerungen im Jahr 2000 mit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts erreicht. Damals wurden rund 186 700 Personen eingebürgert – nahezu doppelt so viele wie 2008.

Innerhalb Deutschlands war die Entwicklung recht unterschiedlich: In Mecklenburg-Vorpommern war der Rückgang der Zahl der Einbürgerungen gegenüber dem Vorjahr am größten (-41%), gefolgt von Hamburg (-31%) und Bayern (-24%). In Sachsen-Anhalt (+5%) und dem Saarland (+1%) hat sich die Zahl der Einbürgerungen gegenüber dem Vorjahr dagegen erhöht.

2008 erwarben 66 000 Personen (70% aller Eingebürgerten), die seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland leben und eine gültige Aufenthaltserlaubnis haben, die deutsche Staatsangehörigkeit, 15% weniger als im Jahr zuvor. Deren in Deutschland lebenden ausländischen Ehegatten und minderjährigen Kinder stellten mit 10 700 Einbürgerungen (24% weniger als im Vorjahr) die zweitgrößte Gruppe. Diese Personen können schon nach kürzerer Zeit eingebürgert werden. An dritter Stelle standen mit knapp 8 300 Fällen Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern mit einem deutschen Ehe- oder Lebenspartner (23% weniger als im Vorjahr).

Die größte Gruppe hinsichtlich der Herkunft der Eingebürgerten bildeten 2008 – wie schon in den Jahren zuvor – Menschen aus der Türkei mit rund 24 500 Einbürgerungen. Dies entsprach 25% aller Einbürgerungen und spiegelt in etwa den Anteil der türkischen Staatsangehörigen an allen in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern wider. Danach folgten Einbürgerungen von Personen aus dem ehemaligen Serbien-Montenegro und seinen Nachfolgestaaten (rund 6 900 Fälle) und aus Polen sowie dem Irak (jeweils gut 4 200 Fälle).

Eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr war lediglich bei den Einbürgerungen von Personen aus dem Irak (+ 3 %) zu verzeichnen. Die zahlenmäßig stärksten Rückgänge wurden bei Einbürgerungen von Personen aus der Ukraine (– 56 %) und der Russischen Föderation (– 40 %) festgestellt.

Die Einbürgerungsquote drückt das Verhältnis von erfolgten zu möglichen Einbürgerungen aus. Sie bezieht also die tatsächlichen Einbürgerungen auf die Zahl jener Ausländerinnen und Ausländer, die mit einem gültigen Aufenthaltstitel und der erforderlichen Aufenthaltsdauer insoweit die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen. 2008 betrug diese Quote insgesamt 2,2 % (von 45 Ausländerinnen und Ausländern, die sich 2008 in Deutschland hätten einbürgern lassen können, hat sich also nur einer bzw. eine zu diesem Schritt entschlossen). Für EU-Bürger (14 000 Einbürgerungen) lag die Quote mit 0,9 % unter dem Durchschnitt, für Nicht-EU-Bürger (80 400 Einbürgerungen) mit 2,8 % darüber. Die höchste Einbürgerungsquote wurde mit 23,8 % bei ehemaligen Staatsangehörigen des Iraks registriert.

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Gunter Brückner, Telefon 06 11/75 43 65,
E-Mail: migration@destatis.de.

Handwerk im Jahr 2008

Die Umsätze im zulassungspflichtigen Handwerk stiegen im Jahr 2008 gegenüber dem Jahr 2007 um 4,4 %. Zugleich waren 0,9 % weniger Personen in Handwerksunternehmen tätig als im Vorjahr.

Die Umsätze waren 2008 in allen sieben Gewerbegruppen des zulassungspflichtigen Handwerks höher als im Jahr 2007. Den stärksten Umsatzanstieg erzielte das Bauhauptgewerbe mit einem Plus von 6,6 %, den geringsten Umsatzzuwachs meldete das Kraftfahrzeuggewerbe mit + 0,3 %.

Eine Beschäftigungszunahme hatten nur die Handwerke für den gewerblichen Bedarf zu verzeichnen (+ 2,8 %). In den übrigen sechs Gewerbegruppen ging die Beschäftigung zurück. Bei den Handwerken für den privaten Bedarf sank die Zahl der Beschäftigten mit – 3,5 % am stärksten.

Detaillierte Ergebnisse für das zulassungspflichtige Handwerk für die Quartale und das Jahr 2008 enthält die aktuelle Ausgabe der Fachserie 4 „Produzierendes Gewerbe“, Reihe 7.1.1 „Beschäftigte und Umsatz im Handwerk“, die im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) kostenlos erhältlich ist.

Weitere Auskünfte erteilt
Jörg Feuerhake, Telefon 06 11/75 41 16,
E-Mail: handwerksbericht@destatis.de.

Habilitationen 2008

Insgesamt 1 800 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben im Jahr 2008 ihre Habilitation an wissenschaftlichen Hochschulen in Deutschland erfolgreich abgeschlossen.

Bezogen auf das Vorjahr sank die Zahl der Habilitationen um 4 %; verglichen mit dem Höchststand im Jahr 2002 ging sie sogar um 502 Habilitationen bzw. 28 % zurück.

Diese Entwicklung dürfte teilweise auf die Einführung der Juniorprofessur zurückzuführen sein, die einen alternativen Qualifizierungsweg zum traditionellen Habilitationsverfahren darstellt. Während es 2002 lediglich 102 Juniorprofessuren gab, wurden 2007 bereits 802 Juniorprofessuren gezählt. Die Gesamtzahl der hauptberuflichen Professorinnen und Professoren stieg im gleichen Zeitraum lediglich um 159 auf 38 020.

Wie in den Jahren zuvor wurden die meisten Habilitationsverfahren 2008 in der Fächergruppe Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften (45 %) abgeschlossen. Darauf folgen die Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (19 %), Mathematik, Naturwissenschaften (18 %) sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (10 %).

Der Frauenanteil bei den Habilitationen lag 2008 bei 23 % und damit einen Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert. In den Sprach- und Kulturwissenschaften war – trotz eines Rückganges um drei Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr – mit 35 % der höchste Frauenanteil zu verzeichnen. Mit Abstand am niedrigsten war der Frauenanteil – wie auch in den vorangegangenen Jahren – in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften. Lediglich 15 % aller Habilitationsschriften wurden hier von Frauen verfasst.

Weitere Auskünfte erteilt
Brigitte Damm, Telefon 06 11/75 41 40,
E-Mail: hochschulstatistik@destatis.de.

Meister-BAföG 2008

Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz – das sogenannte Meister-BAföG – erhielten im Jahr 2008 knapp 140 000 Personen. Damit zeigte sich nach zwei Jahren des Rückgangs erstmals wieder ein Anstieg der Gefördertenzahlen (+ 4,4 %). An Förderleistungen wurden im Jahr 2008 insgesamt rund 382 Mill. Euro bewilligt, 7 % mehr als im Vorjahr.

Von den Förderleistungen entfielen rund 267 Mill. Euro auf Darlehen und 114 Mill. Euro auf Zuschüsse. Die Zuschüsse an die Geförderten setzten sich aus 65 Mill. Euro zur Finanzierung der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, knapp 49 Mill. Euro für den Lebensunterhalt und 0,2 Mill. Euro zur Kinderbetreuung zusammen. Bei den Darlehen wurden 149 Mill. Euro für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, 117 Mill. Euro für den Lebensunterhalt und 1 Mill. Euro für die Anfertigung des „Meisterstücks“ bewilligt. Inwieweit Darlehen in Anspruch genommen werden, können die Förderungsberechtigten frei entscheiden. Insgesamt nahmen die Geförderten 184 Mill. Euro von den bewilligten Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Anspruch.

31 % der Geförderten waren Frauen. Ihre Zahl stieg gegenüber 2007 um 3 % auf rund 43 000. Daneben wurden im Jahr 2008 96 000 Männer gefördert, rund 5 % mehr als im Jahr 2007. 82 % der Geförderten waren zwischen 20 und 35

Jahren alt. Am stärksten vertreten waren die 25- bis 29-Jährigen (35%), gefolgt von den 20- bis 24-Jährigen (32%) und den 30- bis 34-Jährigen (15%). Knapp 50 000 (36%) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, 90 000 (64%) an einer Teilzeitfortbildung. Gegenüber 2007 stieg die Zahl der Vollzeitgeförderten um 3%, die der Teilzeitgeförderten um 5%.

Weitere Auskünfte erteilt
Udo Kleinegees, Telefon 06 11/75 28 57,
E-Mail: bildungsstatistik@destatis.de.

Aktuelle Informationen zum Elterngeld

Mit der Umstellung der statistischen Erhebung von der sogenannten Antragsstatistik auf eine Statistik der beendeten Leistungsbezüge ab Januar 2008 ist ein Perspektivwechsel verbunden. Die Betrachtung der beendeten Leistungsbezüge erlaubt nun Aussagen über die tatsächliche Inanspruchnahme des Elterngeldes.

Für Kinder, die im Januar und Februar 2008 geboren wurden, hatten bis März 2009 rund 126 000 Mütter und Väter Elterngeld in Anspruch genommen und den Bezug bereits beendet. In knapp 29% dieser Fälle haben Vater und Mutter gleichzeitig oder nacheinander Elterngeld erhalten. Bei diesen Paarbezügen entschieden sich 70% der Väter für eine Bezugszeit von zwei Monaten und rund 4% für eine von zwölf Monaten. Dagegen nahmen 76% der Mütter für zwölf und 4% für zwei Monate Elterngeld in Anspruch.

Der Anteil der Väter an den 126 000 beendeten Leistungsbezügen belief sich auf 16% (20 300 Männer). Den höchsten Väteranteil verzeichneten Berlin (21%) und Bayern (20%). Der geringste Väteranteil fand sich mit 10% im Saarland.

Insgesamt haben von Januar 2008 bis März 2009 rund 1 Mill. Väter und Mütter den Bezug von Elterngeld beendet.

Differenzierte Ergebnisse der Elterngeldstatistik für beendete Leistungsbezüge von Januar 2008 bis März 2009 stehen im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) zur Verfügung.

Inobhutnahmen durch Jugendämter im Jahr 2008

Im Jahr 2008 haben die Jugendämter in Deutschland 32 300 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen. Das waren rund 4 100 (+14,4%) mehr als 2007. Gegenüber dem Jahr 2005 beträgt die Steigerung 26%.

Eine Inobhutnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, die sich in einer akuten, sie gefährdenden Situation befinden. Jugendämter nehmen Minderjährige auf deren eigenen Wunsch oder auf Initiative anderer (etwa der Polizei oder Erzieher) in Obhut und bringen sie – meist für Stunden oder

einige Tage – in einer geeigneten Einrichtung unter, etwa in einem Heim.

Bereits um die Jahrtausendwende hatte die Zahl der jährlichen Inobhutnahmen bei über 31 000 gelegen, war dann aber bis 2005 auf 25 700 gesunken. Seitdem ist die Zahl wieder deutlich angewachsen. Berücksichtigt man die rückläufige Zahl junger Menschen in der Bevölkerung, zeigt sich gegenüber dem Jahr 2000 auch eine gestiegene Intensität der Inobhutnahmen: Im Jahr 2000 wurden 20 von 10 000 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in Obhut genommen, im Jahr 2008 waren es 23 von 10 000.

Insbesondere in der Altersstruktur der in Obhut genommenen Kinder hat es erhebliche Veränderungen gegeben. Der Anteil der unter Dreijährigen an allen in Obhut genommenen Minderjährigen hat sich von 5% im Jahr 2000 auf 10% im Jahr 2008 verdoppelt. Bei den Drei- bis Achtjährigen stieg der Anteil im gleichen Zeitraum von 9 auf 14%. Im Jahr 2000 wurden, wiederum auf die Bevölkerung bezogen, 6 von 10 000 Kindern unter neun Jahren in Obhut genommen, im Jahr 2008 waren es dagegen 12 von 10 000. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die Jugendämter verstärkt den Schutz jüngerer Kinder im Blick haben.

Der mit Abstand meistgenannte Anlass für die Inobhutnahme war die Überforderung der Eltern (in 44% aller Fälle). Bei 7 700 Kindern und Jugendlichen oder 24% der Fälle waren Vernachlässigung bzw. Anzeichen für Misshandlung oder für sexuellen Missbrauch festgestellt worden.

Gründe für Heimerziehung 2007

Für 28 700 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene hat im Jahr 2007 die Erziehung in einem Heim oder in einer betreuten Wohnform begonnen; das waren 17% mehr als im Jahr zuvor. Der Anteil der jungen Volljährigen lag bei rund 8%.

Seit dem Jahr 2007 wird bei den Jugendämtern nach den Gründen für die Unterbringung von jungen Menschen in einem Heim oder einer betreuten Wohnform gefragt. Dabei können neben einem Hauptgrund bis zu zwei weitere Gründe für die Notwendigkeit einer erzieherischen Hilfe angegeben werden. Die eingeschränkte Erziehungskompetenz der Eltern war mit 43% der am häufigsten genannte Grund dafür, dass junge Menschen in einem Heim untergebracht wurden. In 35% der Fälle wurden Auffälligkeiten im sozialen Verhalten und in 24% schulische bzw. berufliche Probleme der jungen Menschen als Gründe angegeben. Mit jeweils 22% spielten die Gefährdung des Kindeswohls oder die unzureichende Förderung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen ebenfalls eine große Rolle.

Wie in den Vorjahren war die Mehrzahl der jungen Menschen, für die eine Heimerziehung begann, männlich (53%). Zwischen den Geschlechtern gab es zum Teil deutliche Unterschiede bei den Gründen für die Heimerziehung. Während Jungen und Mädchen beinahe gleich häufig von eingeschränkter Erziehungskompetenz (44 bzw. 42%) betroffen waren, wurden Auffälligkeiten im sozialen Verhalten bei Jungen und jungen Männern zu 40% als Grund angegeben,

bei Mädchen und jungen Frauen zu 30%. Auch schulische Probleme führten bei Jungen mit 27% häufiger zu einer Aufnahme in ein Heim als bei Mädchen mit 19%. Dagegen lagen bei Mädchen und jungen Frauen die Nennung von Belastungen durch familiäre Konflikte (28%) und der Gefährdung des Kindeswohls (25%) jeweils um sechs Prozentpunkte über denen bei Jungen und jungen Männern.

Weitere Auskünfte zu Inobhutnahmen und Heimerziehung erteilt
Dorothee von Wahl, Telefon 06 11/75 81 67,
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de.

Tarifverdienste in Frankreich und in Deutschland

Für den deutsch-französischen Vergleich werden vom Statistischen Bundesamt und vom französischen Statistischen Zentralamt (INSEE) Indikatoren zur kurzfristigen Lohn- und Arbeitszeitentwicklung jährlich zeitgleich in Wiesbaden und Paris veröffentlicht.

Die Indizes der tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer in Deutschland messen die Entwicklung der durchschnittlichen Tarifverdienste. Für die laufende Berechnung werden vierteljährlich die Veränderungen der Vergütungen ausgewählter Tarifverträge berücksichtigt. Die französischen Ergebnisse beruhen auf einer vierteljährlichen Erhebung der sogenannten Basislöhne für den letzten Monat jedes Quartals bei Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten.

Einbezogen werden jeweils das Produzierende Gewerbe, Handel, Transport und Nachrichtenübermittlung sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Zulagen und Prämien sowie Einmalzahlungen werden nicht berücksichtigt.

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stiegen im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr in Deutschland durchschnittlich um 2,8% und in Frankreich um 3,1%. Damit lagen die durchschnittlichen Tarifierhöhungen in Deutschland das fünfte Jahr in Folge unter denen in Frankreich. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) erhöhte sich im Jahr 2008 sowohl in Deutschland als auch in Frankreich um 2,8%. (Der HVPI wird in Deutschland vom Statistischen Bundesamt parallel zum nationalen Verbraucherpreisindex berechnet. Er dient der Inflationsmessung und wird vorrangig für den innereuropäischen Vergleich herangezogen.)

Der vergleichsweise hohe Anstieg der Tarifverdienste in beiden Ländern geht hauptsächlich auf die hohen Tarifabschlüsse im ersten Halbjahr 2008 zurück. In der zweiten Jahreshälfte fielen die Tarifierhöhungen dagegen deutlich niedriger aus. In Deutschland resultierte diese Entwicklung hauptsächlich auf Stufenerhöhungen in vielen großen Branchen, die bereits 2007 oder in den Vorjahren abgeschlossen worden waren und in der Regel niedriger ausfielen als die erste Tarifanhebung. In Frankreich waren die niedrigeren Tarifierhöhungen im zweiten Halbjahr 2008 hingegen bereits Folge der sich abzeichnenden Finanzkrise.

In Frankreich wiesen die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Energie- und Wasserversorgung 2008 mit 4,0% die höchste und im Kreditgewerbe mit 2,9% die niedrigste Steigerung auf. In Deutschland variieren die durchschnittlichen Tarifierhöhungen stärker und lagen zwischen 4,5% in der Energie- und Wasserversorgung und 2,0% im Handel. Auch in den einzelnen Branchen des Produzierenden Gewerbes sind die Tarifverdienste in Frankreich gleichmäßiger gestiegen als in Deutschland. So erhöhten sich beispielsweise die durchschnittlichen Tarifverdienste der Arbeitnehmer in Frankreich in der Metallindustrie um 3,4%, in der Chemischen Industrie um 3,1% und im Ernährungsgewerbe um 3,2%. In Deutschland betrug der Anstieg der durchschnittlichen tariflichen Monatsverdienste in der Chemischen Industrie 4,5%, in der Metallindustrie 3,0% und im Ernährungsgewerbe 2,1%.

In Frankreich wurden im Handel mit 3,1% durchschnittliche Tarifsteigerungen erzielt. In Deutschland hingegen war die Entwicklung mit 2,0% unterdurchschnittlich. Die Tarifsteigerungen im Handel in Frankreich sind auch auf die Erhöhung des dort allgemein garantierten, gesetzlichen Mindestlohns (SMIC – salaire minimum interprofessionnel de croissance) zurückzuführen, der von der Regierung jährlich unter Berücksichtigung des Anstiegs der Verbraucherpreise und der allgemeinen Lohnentwicklung festgelegt wird. Zum 1. Juli 2008 wurde der Mindestlohn in Frankreich um 3,2% auf 8,71 Euro je Stunde angehoben. In Deutschland gibt es hingegen nur branchenspezifische Mindestlöhne für fünf Bauberufe sowie das Gebäudereinigungshandwerk und die Briefdienstleister.

Weitere Auskünfte erteilen
Étienne Dalibard (INSEE),
Telefon 00 33/1 41 17 54 64,
E-Mail: etienne.dalibard@insee.fr,
sowie
Mirjam Bick (Statistisches Bundesamt),
Telefon 06 11/75 43 27,
E-Mail: verdienste@destatis.de.

Deponierung von Abfällen 2007

Im Jahr 2007 wurden in Deutschland 43,2 Mill. Tonnen (t) Abfälle deponiert. Das entspricht einem Anstieg um 11,4% im Vergleich zum Vorjahr (2006: 38,7 Mill. t).

In den Jahren 1996 bis 2006 hatte sich die Menge der deponierten Abfälle von 75,3 Mill. auf 38,7 Mill. t halbiert. Der jetzt registrierte Anstieg ist auf die gestiegene Menge von Bau- und Abbruchabfällen sowie von Abfällen aus thermischen Prozessen und der Abfälle aus anderen Behandlungsanlagen zurückzuführen. 2007 wurden 24,6 Mill. t Bauabfälle deponiert, 2006 waren es 22,2 Mill. t; das entspricht einem Anstieg um 10,9%. Die Menge der deponierten Abfälle aus thermischen Prozessen hat um 9,4% zugenommen, die der sekundären Abfälle aus anderen Behandlungsanlagen um 8,6%.

Als Folge des Ablagerungsverbot von nicht vorbehandelten Abfällen spielt die Deponierung von Siedlungsabfällen mit 0,3 Mill. t heute keine nennenswerte Rolle mehr. Deponiert werden fast nur noch mineralische Siedlungsabfälle (zum Beispiel Boden und Steine), die keiner Vorbehandlung bedürfen.

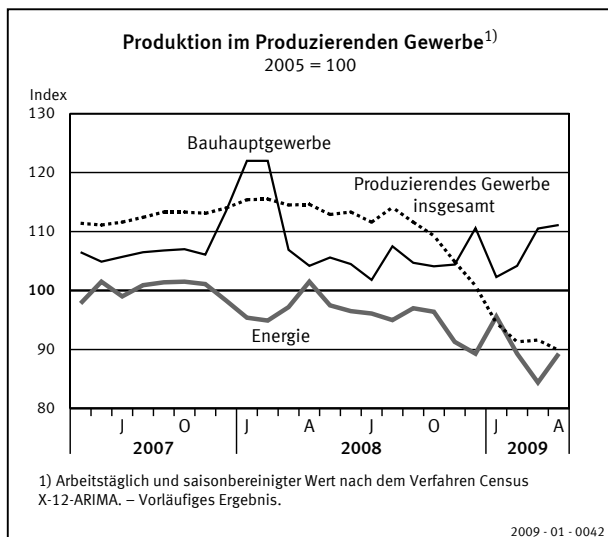
2007 wurden auf Deponien 5,2 Mill. t gefährliche Abfälle abgelagert. Dies entspricht einem Anteil von 12%.

Weitere Auskünfte erteilt
 Christiane Stute, Telefon 06 11/75 82 60,
 E-Mail: umwelt@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

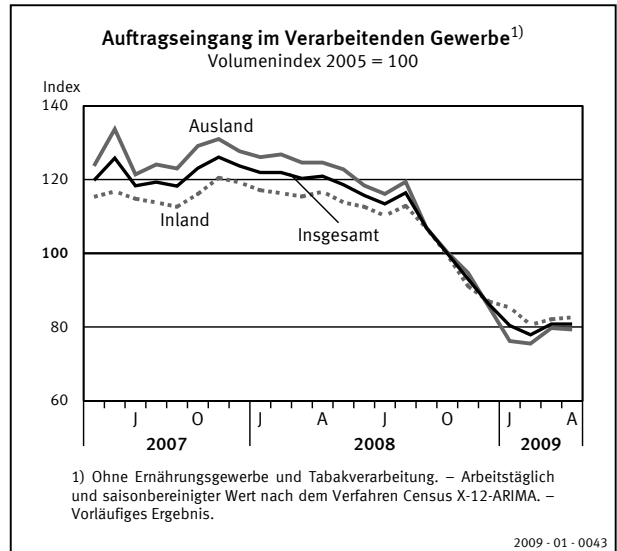
Produzierendes Gewerbe

Die *Erzeugung* im Produzierenden Gewerbe ist im April 2009 vorläufigen Angaben zufolge preis- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) um 1,9% zurückgegangen, nachdem sie im Vormonat aufwärts revidiert leicht um 0,3% zugenommen hatte. Während die Industrieproduktion spürbar um 2,9% abnahm, erhöhte sich die Bauproduktion weiter leicht um 0,5%. Innerhalb der industriellen Hauptgruppen wurde die Erzeugung vor allem bei den Herstellern von Investitionsgütern kräftig um 6,4% zurückgefahren. Die Hersteller von Vorleistungsgütern verringerten ihren Ausstoß um 1,0%. Bei den Konsumgüterproduzenten war eine leichte Produktionszunahme um 0,5% zu verzeichnen.



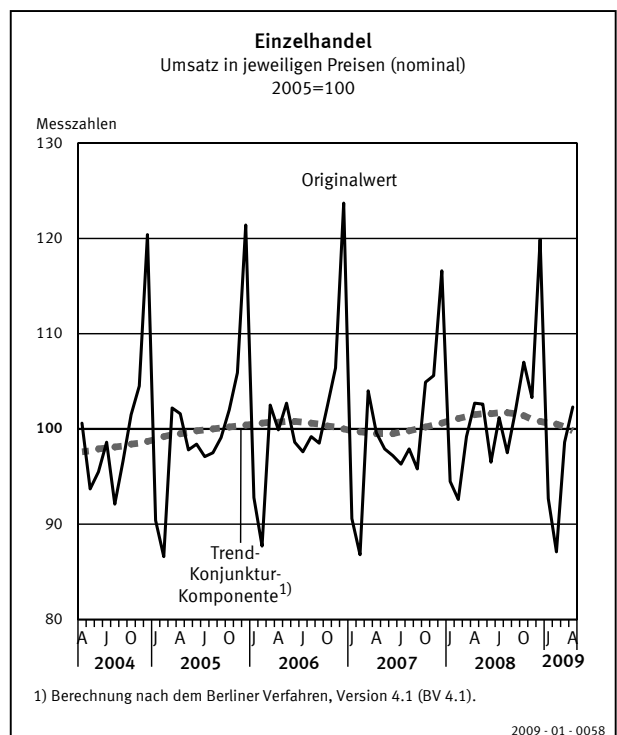
Die *Auftragseingänge* in der Industrie blieben vorläufigen Angaben zufolge im April 2009 preis- und saisonbereinigt unverändert (+0,0%). Im Vormonat hatten sie aufwärts revidiert um 3,7% zugenommen. Während die Inlandsbestellungen um 0,6% zulegten, gingen die Auslandsbestellungen leicht um 0,5% zurück. Der Anteil an Großaufträgen

war für einen April durchschnittlich. Einen starken Orderzuwachs verzeichneten mit einem Anstieg um 6,0% die Hersteller von Vorleistungsgütern. Die Hersteller von Investitionsgütern verbuchten hingegen – nach dem kräftigen Anstieg im Vormonat – im April 4,4% weniger Aufträge. Das Auftragsvolumen bei den Konsumgüterproduzenten nahm um 2,6% zu.



Einzelhandel

Der Einzelhandel in Deutschland setzte im April 2009 nominal 0,4% und real 0,3% weniger um als im April 2008. Dabei



hatte der April 2009 wegen der Osterfeiertage mit 24 Verkaufstagen zwei Verkaufstage weniger als der April 2008.

Im Vergleich zum März 2009 stieg der Umsatz im Einzelhandel unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten nominal um 0,9% und real um 0,5%.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im April 2009 nominal 1,3% und real 1,4% mehr um als im April 2008. Bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten lagen die Umsätze nominal 1,4% und real 1,7% höher als im Vorjahresmonat, im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln dagegen nominal um 0,6% und real um 1,9% niedriger.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln wurde im Berichtsmonat nominal 0,8% und real 1,2% weniger als im April 2008 umgesetzt. In diesem Bereich erzielte lediglich der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren Umsatzsteigerungen von nominal 12,0% und real 10,3% gegenüber dem Vorjahresmonat.

Von Januar bis April 2009 wurde im Einzelhandel nominal und real jeweils 2,1% weniger umgesetzt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

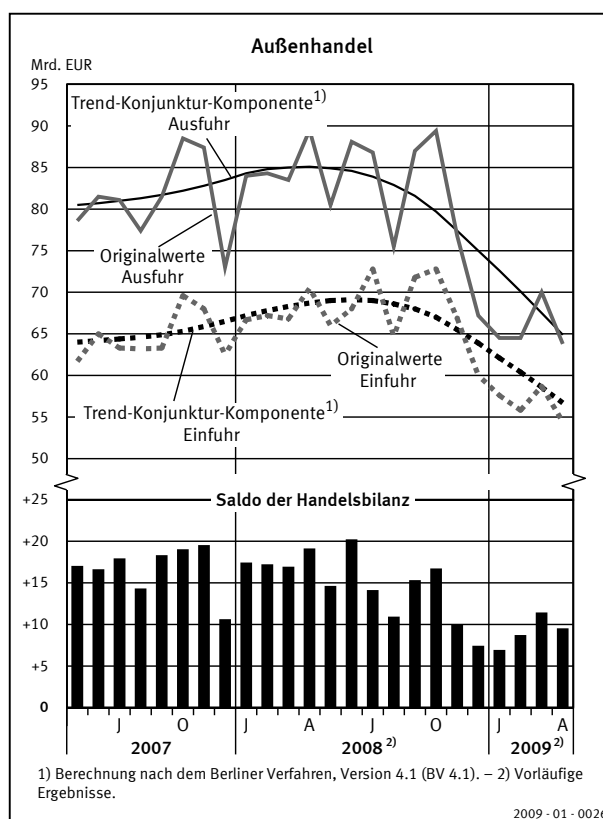
Außenhandel

Wie bereits in den letzten Monaten entwickelte sich der deutsche Außenhandel auch im April 2009 gegenüber dem Vorjahresmonat negativ. Die deutschen Ausfuhren sanken gegenüber April 2008 um 28,7% auf 63,8 Mrd. Euro, die deutschen Einfuhren um 22,9% auf 54,4 Mrd. Euro. Im gleichen Zeitraum wurden die Außenhandelsgüter in beiden Lieferrichtungen günstiger angeboten. Der Index der Ausfuhrpreise lag im April 2009 um 2,0% unter dem von April 2008. Der Index der Einfuhrpreise lag sogar um 8,6% unter dem Vorjahresstand. Dies war der stärkste Preisrückgang bei Importgütern gegenüber einem Vorjahresmonat seit März 1987 (-10,4%).

Diese Entwicklung ist insbesondere auf die gesunkenen Preise für importierte Energieträger (-33,6%) zurückzuführen. Die Preise für Rohöl sanken im Vorjahresvergleich um 43,6%, die für Mineralölerzeugnisse um 44,8%. Der Einfuhrpreisindex ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse lag im April 2009 um 3,4% unter dem Stand von April 2008.

Erdgas wurde im April 2009 gegenüber April 2008 ebenfalls billiger eingekauft (-13,3%). Damit lagen die Erdgaspreise erstmals seit Dezember 2007 wieder unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahresmonats. Im Nahrungsmittelsektor fielen die Preise für Getreide gegenüber April 2008 um 33,1%. Milch und Milcherzeugnisse waren im Vergleich zum Vorjahresmonat um 12,9% günstiger.

Der Außenhandelsbilanzüberschuss verringerte sich im April 2009 gegenüber dem Vorjahresmonat um 9,6 Mrd. Euro auf 9,4 Mrd. Euro. Zusammen mit den Ergebnissen der Dienstleistungsbilanz (-0,7 Mrd. Euro), der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+0,1 Mrd. Euro), der Bilanz der laufenden Übertragungen (-2,5 Mrd. Euro) und der Bilanz



der Ergänzungen zum Außenhandel (-0,6 Mrd. Euro) ergab der Leistungsbilanzsaldo im April 2009 nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank 5,8 Mrd. Euro. Der Überschuss der Leistungsbilanz im Vorjahresmonat hatte 15,4 Mrd. Euro betragen.

Nominal sanken die Ausfuhren aus Deutschland im April 2009 gegenüber März 2009 um 8,9% und die Einfuhren nach Deutschland um 7,4%. Die kalender- und saisonbereinigten Werte verzeichneten im Vormonatsvergleich einen Rückgang von 4,8% bei den Ausfuhren und von 5,8% bei den Einfuhren. [u](#)



Dipl.-Volkswirt Norbert Schwarz, Dipl.-Volkswirtin Bettina Sommer

Auswirkungen des demografischen Wandels – Daten der amtlichen Statistik

Die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland hat sich schon in den letzten Jahrzehnten verändert. Dieser lange als schleichend empfundene Strukturbruch wird sich in den nächsten Jahrzehnten deutlich beschleunigen. Während heute auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahren) 33 Personen im Rentenalter kommen, dürften es im Jahr 2030 mehr als 50 sein. 1970 lag dieser sogenannte Altenquotient noch bei 25. Alterung und schrumpfende Bevölkerung werden Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben und die wirtschaftliche Entwicklung haben. Um Auswirkungen des demografischen Wandels zahlenmäßig beurteilen zu können, haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gemeinsam Vorausberechnungen zu ausgewählten Aspekten erstellt.¹⁾

Vorbemerkung

Die amtliche Statistik erstellt seit Mitte der 1960er-Jahre zwischen Bund und Ländern abgestimmte Bevölkerungsvorausberechnungen. Basierend auf Annahmen zur Geburtenentwicklung und Lebenserwartung sowie zu Außen- und Binnenwanderungen werden verschiedene Szenarien berechnet, um die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung zu quantifizieren. Ende 2006 wurden die Ergebnisse

der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für das Bundesgebiet und im Frühjahr 2007 für die Bundesländer veröffentlicht.²⁾ Im November 2009 sollen die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland und im ersten Quartal 2010 die Länderergebnisse vorgelegt werden.

Mögliche Auswirkungen des demografischen Wandels auf Wirtschaft, Sozialstaat und Gesellschaft sind vom Statistischen Bundesamt dagegen bisher kaum beleuchtet worden. Mit Ausnahme der Bevölkerungsvorausberechnung zeigen die Daten des Statistischen Bundesamtes im Allgemeinen die gegenwärtige Situation bzw. die Entwicklungen in der Vergangenheit. Da die Alterung in Verbindung mit einer abnehmenden Bevölkerungszahl erst in den nächsten Jahrzehnten voll zum Tragen kommen wird, spiegeln sich die absehbaren Auswirkungen des demografischen Wandels in den gegenwartsbezogenen Daten nur wenig wider. Um einen „empirischen“ Blick in die Zukunft zu werfen, haben in den letzten Jahren einige Statistische Landesämter für ihr jeweiliges Bundesland Vorausberechnungen zu den Folgen des demografischen Wandels durchgeführt.³⁾ Zwischen dem Bund und den Bundesländern koordinierte, das heißt empirisch und methodisch abgestimmte Vorausberechnungen, existierten jedoch bisher nicht. Daher haben die sta-

1) Die Autoren bedanken sich insbesondere bei Andreas Büdinger (Hessisches Statistisches Landesamt), Silke Scholze (Thüringer Landesamt für Statistik) sowie Heiko Pfaff und Torsten Schelhase (beide Statistisches Bundesamt), die die Vorausberechnungen durchgeführt haben, für ihre Unterstützung.

2) Siehe hierzu u. a. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“, Pressebroschüre zur Pressekonferenz am 7. November 2006 und „Bevölkerung Deutschlands nach Bundesländern bis 2050“ (www.destatis.de, Pfad: Bevölkerung → Vorausberechnung Bevölkerung → Tabellen nach Bundesländern).

3) Siehe hierzu z. B. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Auswirkungen des demografischen Wandels“, Schriftenreihe Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Bände 25 und 38, Düsseldorf 2005, 2006; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): „Vorausberechnung der Pflegebedürftigen und der Pflegearten für Baden-Württemberg bis 2030“, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2007; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): „Rheinland-Pfalz 2050 – Auswirkungen der demographischen Entwicklung“, Bad Ems 2004.

tistischen Ämter im Frühjahr 2006 beschlossen, basierend auf den Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung koordinierte Vorausberechnungen zu Folgen der demografischen Entwicklung zu erstellen.

Ziel der Vorausberechnungen war es, mit transparenten Verfahren für die einzelnen Bundesländer und für den Bund aufeinander abgestimmte Ergebnisse zu erstellen. Dabei wurden nur Themenfelder betrachtet, die in hohem Maße „demografieabhängig“ sind. Die regionale Gliederung blieb auf die Ebenen Bundesgebiet und Bundesländer beschränkt. Ergebnisse unterhalb der Ebene Bundesländer sind nicht Bestandteil dieser koordinierten Vorausberechnungen. Für einzelne Bundesländer liegen hierzu Ergebnisse statistischer Landesämter vor,⁴⁾ die zum Teil auf anderen Ausgangszahlen aus eigenständigen Bevölkerungsvorausberechnungen für Länder beruhen und nicht unmittelbar mit den Ergebnissen dieser koordinierten Vorausberechnungen vergleichbar sind.

Im folgenden Beitrag werden das methodische Vorgehen erläutert, dargestellt, wie die Vorausberechnungen zu Auswirkungen des demografischen Wandels erstellt wurden, und einige wesentliche Entwicklungen aufgezeigt. Die Ergebnisse der Vorausberechnungen sind in einer gemeinsamen Veröffentlichungsreihe der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zum demografischen Wandel in Deutschland ausführlich dargestellt. In dem hier vorliegenden Aufsatz wird auf Ergebnisse daher nur am Rande eingegangen. Bisher wurden drei Hefte zu den Themen

- Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung (Heft 1),
- Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige (Heft 2) sowie
- Kindertagesbetreuung und Schülerzahlen (Heft 3)

in der Reihe „Demografischer Wandel in Deutschland“ von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder veröffentlicht. Im Sommer 2009 soll ein viertes Heft zur Entwicklung des Erwerbspotenzials erscheinen.

1 Relevante Themenfelder und methodisches Vorgehen

In den letzten Jahren rückten vor allem die Folgen des demografischen Wandels für die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und für die wirtschaftliche Entwicklung in das Zentrum der öffentlichen Diskussion. Um beispielsweise die zunehmende Belastung der Erwerbstätigen durch die Alterung zu verdeutlichen, können rein demografische Betrachtungen, wie das Verhältnis von Personen im erwerbsfähigen Alter zu Personen im Rentenalter (Altenquotient), herangezogen werden. Hierzu sind die Ergebnisse von Bevölkerungsvorausberechnungen völlig ausreichend. Um Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch zur

„Bezahlbarkeit“ der weitgehend umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme zu machen, sind derartige Verhältniszahlen jedoch nur ein erster Einstieg.

Ziel der Vorausberechnungen ist es, aufzuzeigen, wie sich bestimmte demografieabhängige Größen vor dem Hintergrund der amtlichen Bevölkerungsvorausberechnung verändern. Für transparente Vorausberechnungen wurden durch eine Bund-Länder-Projektgruppe⁵⁾ folgende demografieabhängige Themenfelder identifiziert:

- Zahl und Größe von privaten Haushalten,
- Pflegebedürftige im Sinne des Sozialgesetzbuches – Elftes Buch – Soziale Pflegeversicherung (SGB XI),
- Zahl der stationär in Krankenhäusern behandelten Personen insgesamt und nach Diagnosearten,
- Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren und der Kinder von drei bis sechs Jahren,
- Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Primarbereich sowie in den Sekundarstufen I und II,
- Entwicklung des Erwerbspotenzials.

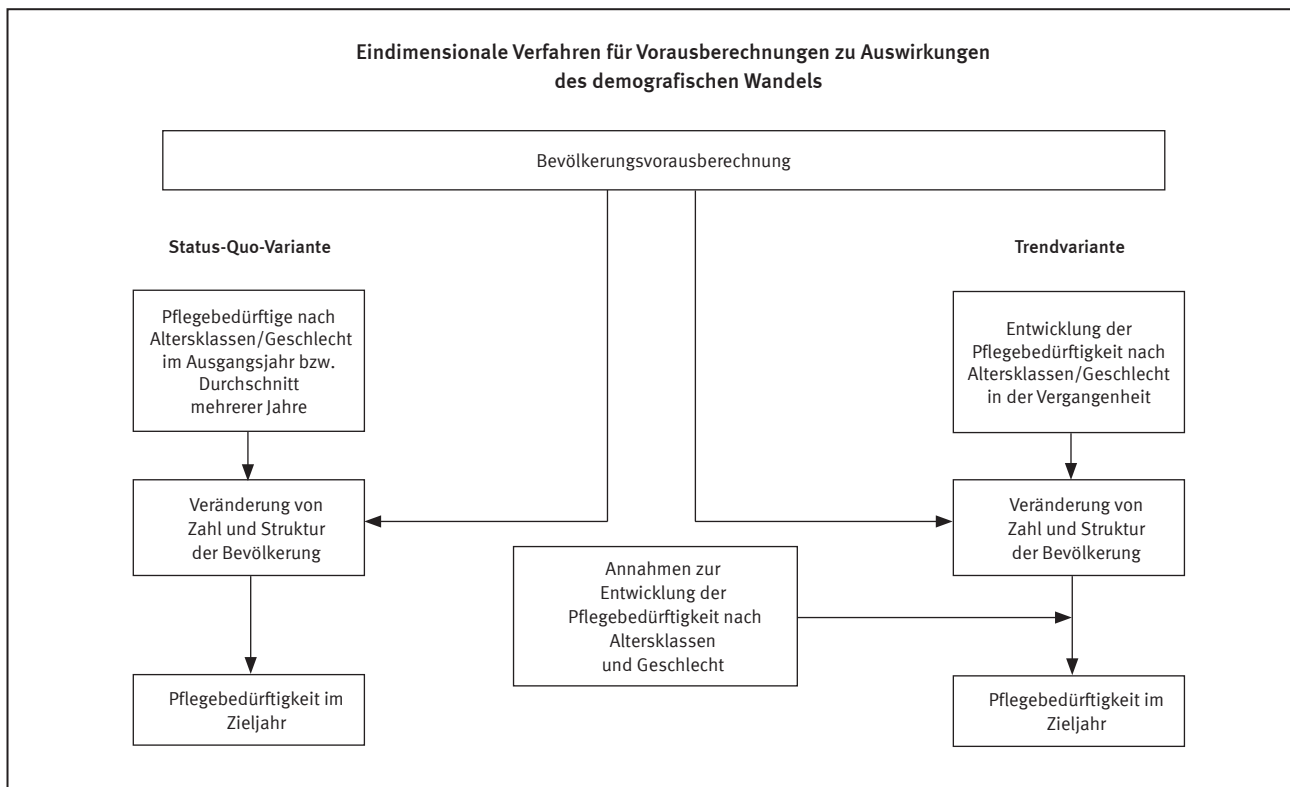
Zahl und Struktur der Haushalte sind auch maßgeblich für den Bedarf an Wohnungen. Für eine Analyse der zukünftigen Wohnungsnachfrage ist allerdings eine räumlich differenzierte Betrachtung notwendig. Die Ebene Bundesland reicht dafür nicht aus. Aus der vorausgerechneten Haushaltsentwicklung können lediglich allgemeine Aussagen zur Wohnungsnachfrage gezogen werden. Hinzu kommt, dass nicht nur die regionale Bevölkerungs- beziehungsweise Haushaltsentwicklung, sondern auch lokale Faktoren die Wohnungsnachfrage bestimmen. Eine Wohnungsvorausberechnung wurde aus diesen Gründen nicht durchgeführt.

Im Gegensatz zu ökonometrischen Modellen, die im Idealfall auf umfassenden Rechenmodellen beruhen, die ökonomische, technische und ökologische Zusammenhänge einbeziehen, wurden für die Vorausberechnungen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels eindimensionale Ansätze gewählt. Eindimensionale Ansätze zeigen auf, wie sich die ausgewählten Größen einzig aufgrund der erwarteten Bevölkerungsentwicklung verändern. Als Basis dieser Berechnungen kann einerseits die Situation eines Ausgangsjahres oder auch der Durchschnitt mehrerer Jahre zugrunde gelegt werden. Die Fortschreibung erfolgt dann allein auf der Basis der demografischen Entwicklung. Dieser Ansatz kann als Status-Quo-Ansatz bezeichnet werden. Denkbar ist es andererseits auch, aus der tatsächlichen Entwicklung in der Vergangenheit gesellschaftliche und wirtschaftliche Trends abzuleiten und diese mit der demografischen Entwicklung zu verknüpfen (Trendvariante). Schließlich besteht die Möglichkeit, Annahmen über zukünftiges Verhalten oder absehbare Änderungen von Rahmenbedingungen mit ein-

⁴⁾ Siehe Fußnote 3.

⁵⁾ Neben dem Statistischen Bundesamt sind darin die Statistischen Ämter der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen vertreten.

Übersicht 1



zubeziehen. Hintergrund dieses Verfahrens sind Überlegungen, dass künftige Entwicklungen nicht allein aus einer Ausgangssituation (Status-Quo-Variante) oder einem Trend in der Vergangenheit (Trendvariante) abgeleitet werden können, sondern veränderte Rahmenbedingungen zu Verhaltensänderungen führen. Übersicht 1 zeigt am Beispiel von Vorausberechnungen zur Pflegebedürftigkeit verschiedene Ansätze.

Welches Verfahren für die Vorausberechnungen genutzt wurde, wird in den folgenden Abschnitten erläutert. Eignung und Transparenz standen bei der Auswahl des Verfahrens im Vordergrund.

Interdependenzen können durch eindimensionale Verfahren nicht dargestellt werden. Generell sind eindimensionale Verfahren aufgrund mangelnder Rückkopplungen nicht geeignet, um daraus Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung – und der daraus folgenden ökologischen Entwicklung – abzuleiten. So ist es nur möglich, die Zahl der potenziellen Erwerbspersonen modellmäßig vorauszuberechnen. Wie viele davon erwerbstätig oder erwerbslos sind oder dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung stehen, kann nicht gesagt werden. Anhand von zukünftigen potenziellen Erwerbstätigen, deren Zahl einzig mittels der demografischen Entwicklung ermittelt wurde, Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung – beispielsweise durch Annahmen gesetzter Produktivitätsentwicklungen – abzuleiten, ist fragwürdig. Außer von der Zahl der potenziellen Erwerbstätigen ist die wirtschaftliche Entwicklung von einer Vielzahl weiterer Einflussfaktoren abhängig. Neben immer wieder auftretenden konjunkturellen Schwankungen seien hier

nur beispielhaft die Entwicklung der Arbeitsproduktivität – abhängig vor allem von der Qualifikation der Erwerbspersonen und dem Kapitalstock –, die für ein exportabhängiges Land wie Deutschland besonders wichtige internationale Wettbewerbsposition und auch die Preise für notwendige Importgüter, vor allem Energieträger und andere Rohstoffe, genannt. Nur aus einer Kombination vieler Einflussgrößen lassen sich in ökonomischen Modellen unter bestimmten Annahmen Aussagen bzw. Szenarien zur möglichen wirtschaftlichen Entwicklung erstellen. Einen solchen Ansatz hat die amtliche Statistik hier nicht verfolgt.

Typische Merkmale der eindimensionalen Vorausberechnungen, durch die sie sich auch von Prognosen unterscheiden, sind:

- Die Vorausberechnungen gehen von eindeutigen Annahmen aus und sind als „Wenn-dann-Aussagen“ zu interpretieren. Prognosen haben dagegen vielfach den Anspruch, Aussagen zur künftigen Entwicklung mit einer Wahrscheinlichkeit zu versehen.
- Annahmen und Verfahren der Vorausberechnungen sind völlig transparent und es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den gesetzten Annahmen und den Vorausberechnungen.
- Rückkopplungen beziehungsweise Interdependenzen werden bei Vorausberechnungen nicht berücksichtigt. Den Vorausberechnungen liegen keine ökonomischen Verfahren beziehungsweise komplexen Modellierungen zugrunde.

2 Ausgangszahlen: Bevölkerungsvorausberechnung

In den koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen werden Aussagen zur künftigen Bevölkerung und deren Struktur gemacht, die dann eintreten, wenn sich alle gesetzten Annahmen erfüllen. Durch Variation der Annahmen werden verschiedene Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung aufgezeigt.

Die Bevölkerungsentwicklung wird durch das Geburtenverhalten, die Sterblichkeit und das Wanderungsgeschehen bestimmt. Zu diesen Komponenten werden in einer Bevölkerungsvorausberechnung Annahmen getroffen. Maßgeblich war in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung die Entwicklung in den alten Ländern; für die neuen Länder zeichnet sich eine Angleichung an die Gegebenheiten in den alten Ländern ab. Da aber sowohl die Geburtenhäufigkeit als auch die Sterblichkeit zwischen den alten und neuen Ländern zurzeit noch Unterschiede aufweisen, wird in den Annahmen ein Übergangszeitraum berücksichtigt. Erst an dessen Ende gelten die gleichen Annahmen für beide Teilgebiete. Basisjahr der Vorausberechnung ist 2005, das Endjahr ist 2050. Da die Vorausberechnungen zu Folgen der demografischen Entwicklung maximal bis zum Jahr 2030 reichen, wird hier allerdings auch nur dieser Zeitraum betrachtet.

Um das Geburtenverhalten zu messen, wird die zusammengefasste Geburtenziffer, auch als durchschnittliche Kinderzahl je Frau bezeichnet, verwendet. In diese Ziffer gehen die im Berichtsjahr beobachteten altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten der Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren ein.⁶⁾ Damit eine Elterngeneration vollständig durch ihre Kinder ersetzt wird, müsste die zusammengefasste Geburtenziffer etwa 2,1 betragen. Dieses Niveau wird im Westen Deutschlands seit über drei Jahrzehnten deutlich unterschritten. Die zusammengefasste Geburtenziffer schwankte seit Ende der 1980er-Jahre hier meist um den Wert von 1,4 Kindern je Frau. Diese Konstanz geht allerdings mit einer Verschiebung der altersspezifischen Geburtenhäufigkeit in höhere Altersjahrgänge einher: Die Geburtenhäufigkeit der Frauen unter 30 Jahren ist gesunken, die der ab 30-jährigen gestiegen. In den neuen Ländern ist die zusammengefasste Geburtenziffer – nach ihrem Einbruch Anfang der 1990er-Jahre – inzwischen fast so hoch wie in den alten Ländern. Für die weitere Entwicklung in Deutschland wurden drei Annahmen getroffen. Für die Länderrechnung und damit die hier vorgestellten weiteren Berechnungen wurde die Annahme einer annähernden Konstanz der zusammengefassten Geburtenziffer von etwa 1,4 Kindern je Frau herangezogen. Dabei wird von einem weiteren Anstieg der Geburtenhäufigkeit bei den über 30-jährigen und einem Rückgang bei den jüngeren Frauen ausgegangen. In die Vorausberechnung gehen altersspezifische Geburtenziffern und nicht eine vorgegebene zusammengefasste Geburtenziffer ein.

Die Sterblichkeit einer Bevölkerung lässt sich anhand der durchschnittlichen Lebenserwartung der Neugeborenen

oder der weiteren Lebenserwartung der Menschen in einem bestimmten Alter beschreiben. Diese Werte werden regelmäßig mit den Periodensterbetafeln ermittelt. Die Lebenserwartung nimmt in Deutschland seit Beginn der Messung mit der Allgemeinen Sterbetafel 1871/1881 zu. Dabei ist nicht nur die Lebenserwartung Neugeborener, sondern auch die Lebenserwartung älterer Menschen angestiegen, was erhebliche Auswirkungen auf die Altersstruktur der Bevölkerung hat. Für die weitere Entwicklung wurde angenommen, dass sich die Steigerung der Lebenserwartung fortsetzt, allerdings in etwas geringerem Maße als bisher. Dazu wurden Annahmen getroffen, denen die lang- und die mittelfristige Entwicklung der geschlechts- und altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten zugrunde liegen. In die Vorausberechnung gehen Sterbewahrscheinlichkeiten und nicht eine vorgegebene Lebenserwartung ein.

Das Wanderungsgeschehen der vergangenen Jahrzehnte ist durch starke Schwankungen – mit Zeiten hoher Zuwanderungsüberschüsse gegenüber dem Ausland, aber auch mit Jahren geringer und gelegentlich negativer Wanderungssalden – gekennzeichnet. Für die Zukunft wurde eine Annahme (Variante) mit einem jährlichen positiven Wanderungssaldo von 100 000 Personen und eine Annahme mit einem jährlichen positiven Saldo von 200 000 Personen getroffen. Die angenommenen Werte sind dabei als langjähriger Durchschnitt zu verstehen. Die tatsächliche Entwicklung wird davon in einzelnen Jahren erheblich abweichen. Die Spanne zwischen beiden Annahmen berücksichtigt den bisherigen langjährigen Durchschnitt und bildet einen Korridor, innerhalb dessen sich das künftige Wanderungsgeschehen abspielen dürfte.

In der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurden aus den Annahmen zu den einzelnen Komponenten zwölf Varianten erstellt. Um zu untersuchen, wie sich der demografische Wandel auswirkt, wurde die Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung zugrunde gelegt, da sich das aktuelle Wanderungsgeschehen am unteren Rand der beiden Annahmen abspielt. In der Übersicht 2 sind die Annahmen dieser Variante aufgeführt.

Geburtenverhalten und Sterblichkeit bestimmen zusammen mit dem Altersaufbau den Verlauf der Geburten und Sterbefälle. Der aktuelle Altersaufbau ist vor allem durch die geburtenstarken Jahrgänge aus den 1950er- und 1960er-Jahren sowie die weitaus schwächer besetzten jüngeren Jahrgänge gekennzeichnet.

Neben den Faktoren Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Außenwanderung hängt die regionale Bevölkerungsentwicklung in starkem Maße von der Binnenwanderung ab. Annahmen zur Binnenwanderung wurden in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nur bis zum Jahr 2020 getroffen. Daher wurden die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die einzelnen Bundesländer bisher auch nur bis zum Jahr 2020 untersucht. Für das Bundesgebiet insgesamt erstreckte sich der Zeitraum teilweise bis zum Jahr 2030.

⁶⁾ Die zusammengefasste Geburtenziffer beschreibt beispielsweise für das Jahr 2007 Folgendes: Würden die aktuellen altersspezifischen Geburtenziffern für den gesamten Zeitraum gelten, in dem eine Frau die Altersjahre von 15 bis 49 Jahren durchlebt, dann hätte sie durchschnittlich 1,4 Kinder. Die Ziffer hat somit hypothetischen Charakter.

Übersicht 2: Annahmen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung

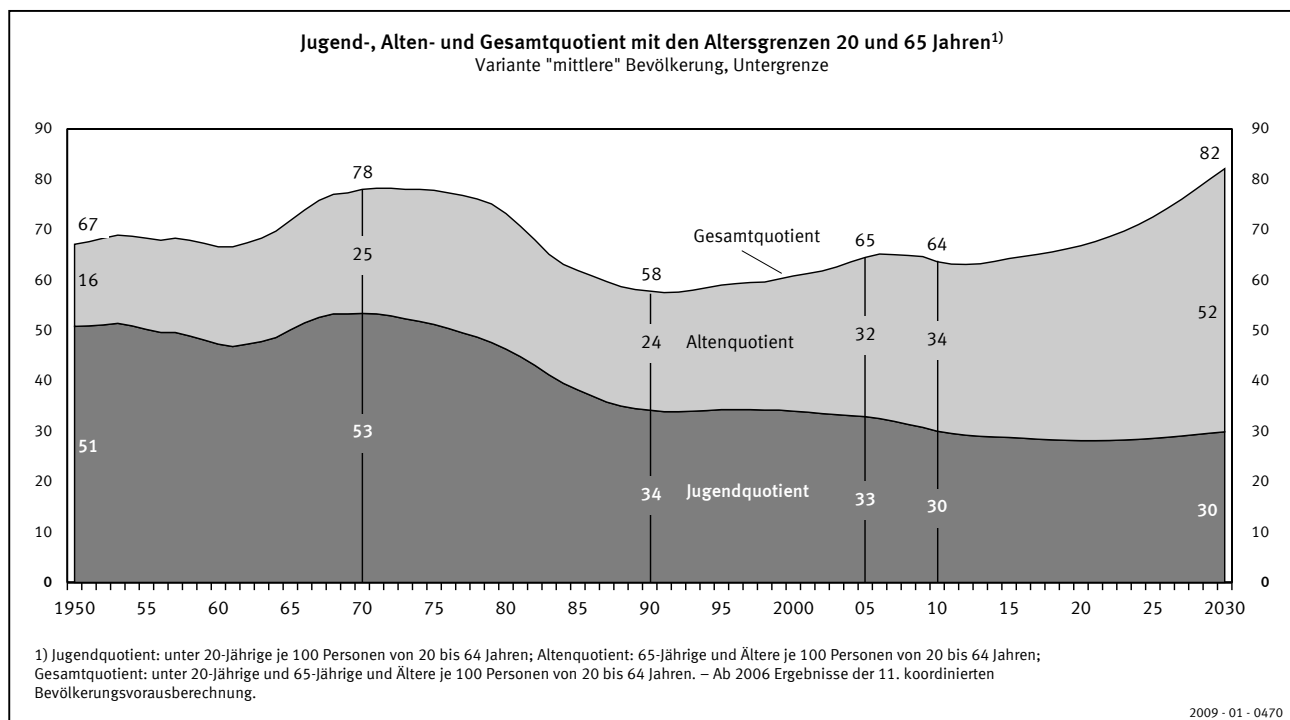
	Für Deutschland:	Für die Bundesländer:
Außenwanderung	Jährlicher Außenwanderungssaldo 2006: + 50 000 Personen 2007: + 75 000 Personen ab 2008: + 100 000 Personen	Verteilung des Außenwanderungssaldos nach Ländern entsprechend dem mehrjährigen Durchschnitt.
Binnenwanderung	–	Binnenwanderungsannahmen wurden bis 2020 getroffen. Der Wanderungsverlust der neuen an die alten Länder geht im Zeitraum von 2005 bis 2020 von 49 000 auf 8 000 Personen zurück.
Geburtenhäufigkeit	Annähernd konstant bei durchschnittlich 1,4 Kindern je Frau mit Zunahme des durchschnittlichen Alters der Mutter bei Geburt der Kinder	In den alten Ländern annähernd konstant; in den neuen Ländern weitere Annäherung an das westdeutsche Geburtenniveau und an die Verteilung der Geburten nach dem Alter der Mutter. Länderspezifische Unterschiede bleiben erhalten.
Lebenserwartung	Zielwerte für Neugeborene im Jahr 2030 – Jungen: 80,6 Jahre – Mädchen: 85,5 Jahre	In den alten Ländern gleicher Trend wie für Deutschland insgesamt. In den neuen Ländern zuerst schnellerer Anstieg, dann gleicher Trend wie für Deutschland.

Bis Anfang der 1970er-Jahre gab es mehr Geburten als Sterbefälle und damit ein natürliches Bevölkerungswachstum. Dazu kam die Zuwanderung aus dem Ausland. Dies führte im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost zusammen zu einem Anstieg der Bevölkerung von 69 Mill. Personen 1950 auf 79 Mill. Personen im Jahr 1973. Seit 1972 werden in Deutschland weniger Kinder geboren, als Menschen sterben. Abgesehen von Mitte der 1970er-Jahre – damals sank die Bevölkerungszahl um etwa eine Million – und Mitte der 1980er-Jahre war die Zuwanderung aus dem Ausland so hoch, dass dieser Überschuss der Sterbefälle über die Geburten mehr als ausgeglichen wurde und die Bevölkerungszahl weiter zunahm. 1989 lebten wieder 79 Mill. Menschen in Deutschland. In den Folgejahren stieg die Bevölkerungszahl durch Zuwanderung aus dem Ausland bis auf 82,5 Mill. Personen 2002 an. Seit 2003 reicht der verhältnis-

mäßig geringe Wanderungsgewinn nicht mehr aus, um den Überschuss der Sterbefälle über die Geburten auszugleichen. Die Bevölkerungszahl nimmt langsam ab (Ende 2007: 82,2 Mill.).

Die Zahl der Geburten wird bei der angenommenen konstanten Geburtenziffer von 1,4 Kindern je Frau zurückgehen, weil inzwischen die geburtenschwachen Jahrgänge der 1970er- und folgenden Jahre die Elterngeneration bilden. Die Zahl der Sterbefälle wird trotz steigender Lebenserwartung zunehmen, weil stärker besetzte Jahrgänge in hohe Alter aufrücken. Zusammengenommen führt beides zu einem stark steigenden Überschuss der Sterbefälle über die Geburten. Da die angenommenen Wanderungsüberschüsse diese Geburtendefizite nicht ausgleichen können, wird die Bevölkerungszahl abnehmen und 2030 nach der hier verwendeten Variante noch 77 Mill. Menschen betragen.

Schaubild 1



Erhebliche Veränderungen ergeben sich für die Altersstruktur. Die Zahl der Menschen im Rentenalter wird zunehmen, die der Jüngeren abnehmen, da die geburtenstarken Jahrgänge in höhere Alter aufrücken und schwächer besetzte jüngere Jahrgänge folgen. Als Indikatoren für diese Veränderungen werden häufig der Alten- und der Jugendquotient verwendet. Sie geben das Verhältnis der Personen im Rentenalter bzw. Kinder- und Jugendalter zu den Personen im erwerbsfähigen Alter an und zeigen, für wie viele Menschen, die noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsleben stehen, die Bevölkerung im Erwerbsalter sorgen muss. Der Altenquotient in der Abgrenzung 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren belief sich im Jahr 1950 auf einen Wert von 16, der Jugendquotient (unter 20-Jährige je 100 20- bis 64-Jährige) auf 51. Bis 1970 war der Altenquotient auf 25, der Jugendquotient auf 53 angestiegen. Anschließend nahm der Jugendquotient ab, der Altenquotient blieb zunächst weitgehend konstant. Seit Ende der 1990er-Jahre ist der Altenquotient erheblich angestiegen und betrug zu Beginn der Vorausberechnung 32. Er wird weiter stark zunehmen und zwischen den Jahren 2020 und 2030 nach oben schnellen, denn dann erreichen die geburtenstarken Jahrgänge das Alter von 65 Jahren. Der Altenquotient wird 2030 nach der Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung dann 52 betragen, also so hoch sein wie der Jugendquotient 1950.

Sowohl die Abnahme der Bevölkerungszahl als auch die Alterung werden im Osten schneller verlaufen als im Westen. Gegenüber 2005 wird die Bevölkerung im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West bis 2020 um 1,4%, in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost dagegen um 10,1% zurückgehen.

3 Vorausberechnung zu den Auswirkungen des demografischen Wandels

3.1 Entwicklung der Privathaushalte

Neben der Bevölkerungsentwicklung ist auch die Verteilung der Bevölkerung auf die privaten Haushalte von Bedeutung. Private Haushalte treffen als Konsumenten die Kaufentscheidungen auf den Gütermärkten, bestimmen die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt und bilden die soziale Grundlage unserer Gesellschaft. Vorausberechnungen für Haushalte tragen beispielsweise dazu bei, die private Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern oder auch den Bedarf an Pflegediensten und -einrichtungen sowie an kommunalen Dienstleistungen abzuschätzen.

Die Ausgangsdaten zu Zahl und Struktur der Haushalte liefert der Mikrozensus, eine jährliche Befragung von 1% aller Haushalte in Deutschland. Als privater Haushalt zählt jede zusammenwohnende und eine wirtschaftende Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften. Personen in Alters- oder Pflegeheimen, Kasernen und ähnlichen Einrichtungen, die dort

keinen eigenen Haushalt führen, sondern gemeinschaftlich versorgt werden, gelten nicht als Personen in Privathaushalten, sondern zählen als Personen in Gemeinschaftsunterkünften. Personen können darüber hinaus neben ihrem Hauptwohnsitz an einem weiteren Wohnsitz (Nebenwohnsitz) einem Haushalt angehören und werden in diesem Fall doppelt gezählt.

Aufgrund der Umstellung des Mikrozensus auf ein unterjähriges Erhebungsverfahren kam es für die Berichtsjahre 2005 und 2006 zu methodisch bedingten Verschiebungen der Haushaltsstrukturen. Daher wurden die Werte für das Ausgangsjahr 2005 der Haushaltsvorausberechnung geschätzt, wozu die Struktur der zum Haushalt gehörenden Personen nach der Haushaltsgröße aus dem Durchschnitt der acht Quartale der Jahre 2005 und 2006 herangezogen wurde.

Die Haushaltsbildung wird von einer Vielzahl von Faktoren wie gesellschaftlichen Trends und der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst; daher sind Vorausberechnungen zur Haushaltsentwicklung weniger stabil als die zur Bevölkerung. Zudem beruht eine Haushaltsvorausberechnung – außer auf der vorausgerechneten künftigen Bevölkerung – auf der in der Stichprobe des Mikrozensus nachgewiesenen Bevölkerung in Privathaushalten nach der Haushaltsgröße, welche zwangsläufig mit Stichprobenfehlern behaftet ist. Um die Unsicherheiten der Haushaltsvorausberechnung zu reduzieren, wurde ein kürzerer Zeithorizont als bei der Bevölkerungsvorausberechnung gewählt. Die Ergebnisse beziehen sich daher für Deutschland nur auf den Zeitraum bis 2025 und für die Länder – wie bei den anderen hier vorgestellten Berechnungen zu Auswirkungen des demografischen Wandels – auf den Zeitraum bis zum Jahr 2020.

Zudem wurde ein klares und transparentes Modell der Haushaltsvorausberechnung verwendet, das sogenannte Haushaltsmitgliederquoten-Verfahren. Die Haushaltsstruktur wird darin mithilfe von Quoten modelliert, die wiedergeben, wie die Bevölkerung nach Alter und Geschlecht auf unterschiedliche Haushaltsgrößen aufgeteilt ist. Mit dem eingesetzten Modell wurden diese Quoten für drei Regionen, die aus homogenen Ländergruppen bestehen (westliche Flächenländer, östliche Flächenländer sowie Stadtstaaten), und Schichten nach Alter und Geschlecht gebildet. Damit wurde den Unterschieden in der Entwicklung der Haushaltsstrukturen in den alten und neuen Ländern sowie den Besonderheiten des Verhältnisses zwischen Ein- und Mehrpersonenhaushalten in den Stadtstaaten Rechnung getragen.⁷⁾

Die Vorausberechnungen bis zum Jahr 2025 erfolgten anhand von zwei Varianten: In der Status-Quo-Variante werden die Verhältnisse des Ausgangszeitraums im Haushaltsbildungsverhalten festgehalten. In der sogenannten Trendvariante werden dagegen die länger- bis mittelfristigen Veränderungen fortgeschrieben, die in der Verteilung der Bevölkerung nach Haushalten unterschiedlicher Größe beobachtet wurden. Die bisherige Entwicklung ist durch eine Verkleinerung der Haushalte gekennzeichnet. Dabei hat die Zahl der Haus-

⁷⁾ Zu den Ergebnissen der Haushaltsvorausberechnung einschließlich der drei Regionen bis 2025 sowie weiteren methodischen Erläuterungen zur Haushaltsvorausberechnung siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Entwicklung der Privathaushalte bis 2025, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2007“ (www.destatis.de/publikationen).

halte mit ein oder zwei Personen zugenommen, während die Zahl der Haushalte mit drei oder mehr Personen zurückgegangen ist. Dies führte zu einer Zunahme der Zahl der Haushalte. Von 1991 bis 2005 ist deren Zahl vier Mal so stark angestiegen wie die Zahl der in ihnen lebenden Menschen.

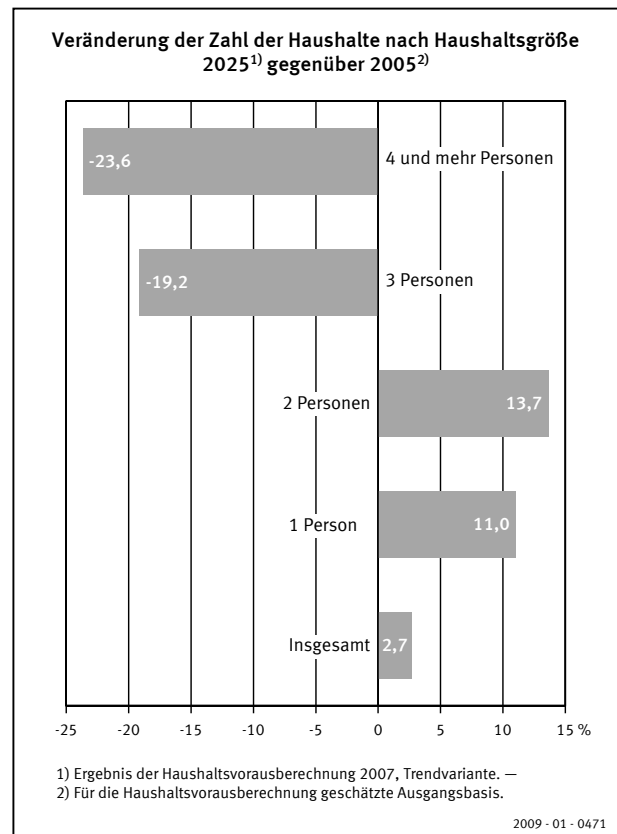
In der Trendvariante wird für die künftige Entwicklung eine Fortsetzung des Trends zu kleineren Haushalten erwartet. Dafür sprechen folgende Indizien: Die weiter sinkende Alterssterblichkeit, die immer noch höhere Lebenserwartung der Frauen sowie die schneller als bei Frauen zunehmende Lebenserwartung der Männer führen künftig zu mehr Ein- und Zweipersonenhaushalten im Seniorenalter. Hinzu kommen die niedrige Geburtenhäufigkeit, die sinkende Heiratsneigung der Bevölkerung und die Zunahme der Partnerschaften mit separater Haushaltsführung sowie die berufsbedingte hohe räumliche Mobilität, was für kleinere Haushalte auch bei der Bevölkerung im jüngeren und mittleren Alter spricht. In den neuen Ländern, die nach der deutschen Vereinigung innerhalb kurzer Zeit gravierende Veränderungen in der Bevölkerungszahl und in den Haushaltsstrukturen unter anderem mit einer deutlichen Verkleinerung der Haushalte erlebt haben, wird allerdings künftig mit einer Abschwächung des bisherigen Trends gerechnet.

Die Trends wurden für die drei oben genannten Regionen bzw. Ländergruppen berechnet. Angenommen wurde damit auch, dass die Entwicklung innerhalb dieser Gebiete identisch verläuft. Die Extrapolation der alters- und geschlechtsspezifischen Haushaltsmitgliederquoten erfolgte auf Basis des Zeitraums von 1991 bis 2005/2006. Der künftige Verlauf wurde aus dem Mittelwert der Trends der Jahre seit 1991 (längerfristige Entwicklung) und der Jahre seit 2001 (aktuellere Entwicklung) abgeleitet. Damit sind die aktuellen Entwicklungen mit einem höheren Gewicht in die Rechnung eingegangen. Für die Entwicklung wurde eine Trenddämpfung angesetzt. Hintergrund dazu ist unter anderem die Annahme, dass sich der Trend über diesen langen Zeitraum nicht mit der gleichen Geschwindigkeit fortsetzt. Für die neuen Flächenländer wurde angenommen, dass die Entwicklung nach dem Jahr 2010 parallel zu der in den alten Flächenländern verläuft.

Sowohl die Trend- als auch die Status-Quo-Variante spiegeln die Auswirkungen der künftigen Bevölkerungsentwicklung auf die Haushaltszahl und -struktur wider. Künftige Veränderungen im Haushaltsbildungsverhalten werden jedoch nur in der Trendvariante abgebildet. Sie berücksichtigt implizit die Verhaltensänderungen in den letzten Jahren bei der Bildung von Haushalten und stellt somit ein umfassenderes und realistischeres Zukunftsmodell dar. Die Trendvariante steht deshalb bei der Darstellung der Ergebnisse im Vordergrund. Der Vergleich der Trendvariante mit den Ergebnissen der Status-Quo-Variante zeigt aber auch, wie sich die angenommenen Veränderungen im Haushaltsbildungsverhalten und wie sich die Verschiebungen der Altersstruktur der Bevölkerung auswirken.

Trotz der abnehmenden Bevölkerungszahl wird die Zahl der Haushalte 2025 voraussichtlich mit 40,5 Mill. um etwa 3% höher als zu Beginn der Vorausberechnung sein. Dazu tragen

Schaubild 2



sowohl der fortgeschriebene allgemeine Trend zu kleineren Haushalten als auch die Verschiebungen der Altersstruktur bei. Bereits heute dominieren die Einpersonenhaushalte (38% aller Haushalte). 2025 dürften 41% der Haushalte aus einer Person bestehen. Die Zahl der Zweipersonenhaushalte wird noch stärker als die der Einpersonenhaushalte zunehmen, aber mit etwa 37% weiterhin einen geringeren Anteil an allen Haushalten haben. Auf die Haushalte mit drei oder mehr Personen entfielen zu Beginn der Vorausberechnung etwa 28%, 2025 dürften diese nur noch rund 22% aller Haushalte stellen.

Die Zunahme der Zahl der Haushalte wird von den westlichen Flächenländern und den Stadtstaaten getragen. In den neuen Ländern nimmt die Zahl der Haushalte insgesamt ab. Allerdings dürfte auch hier die Zahl der Zweipersonenhaushalte leicht ansteigen. Die regionalen Unterschiede in den Haushaltsstrukturen bleiben bestehen. In den neuen Ländern ohne Berlin-Ost sind die Anteile der Haushalte mit zwei oder drei Personen heute und wohl auch künftig etwas höher und der Anteil der Haushalte mit vier oder mehr Personen niedriger als in den alten Flächenländern. In den Stadtstaaten dürfte der ohnehin schon hohe Anteil der Einpersonenhaushalte noch weiter zunehmen.

3.2 Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen

Bei der Diskussion um die Auswirkungen des demografischen Wandels stehen die sozialen Sicherungssysteme im

Fokus der Betrachtungen. Ein Schwerpunkt sind dabei die Ausgaben im Gesundheitswesen und hier insbesondere der kostenintensive Krankenhausbereich. Über ein Viertel aller Gesundheitsausgaben in Deutschland gehen in den Krankenhausbereich. Im Jahr 2007 waren dies fast 65 Mrd. Euro. Da ältere Menschen häufiger stationär in Krankenhäusern versorgt werden als jüngere, dürften Behandlungsfälle und damit verbundene Kosten gerade im Krankenhausbereich mit einer alternden Bevölkerung ansteigen.⁸⁾ Mit dem Alter nimmt auch die Intensität der Erkrankungen zu. Das bedeutet, dass ältere Menschen oftmals nicht nur an einer Krankheit, sondern gleichzeitig an mehreren oder einer Vielzahl von Krankheiten leiden (sogenannte Multimorbidität). Auch dies führt dazu, dass ältere Menschen im Durchschnitt häufiger und länger im Krankenhaus verweilen als jüngere.

In den Vorausberechnungen wurde untersucht, wie sich die Alterung auf die voraussichtliche Entwicklung der Krankenhaufälle nach Diagnosearten bis zum Jahr 2030 für Deutschland bzw. bis 2020 nach Bundesländern auswirkt. Wie sich die Gesundheitsausgaben in diesem Bereich entwickeln, ist nicht nur vom demografischen Wandel beeinflusst, sondern von vielen weiteren Faktoren, wie dem medizinisch-technischen Fortschritt und den institutionellen Rahmenbedingungen. Aussagen hierzu werden nicht getroffen.

Basis für die Vorausberechnung sind die Ergebnisse der jährlich durchgeführten Krankenhausstatistik. Im Rahmen der Diagnosedaten geben die Krankenhäuser Auskunft über alle im Laufe eines Jahres vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten. Neben demografischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht und Wohnort melden die Krankenhäuser Verweildauer und Diagnose der Behandelten.

Wird eine Person wegen mehrerer Diagnosen behandelt, so erfolgt die Zuordnung nach derjenigen Diagnose, die hauptsächlich für den Krankenhausaufenthalt verantwortlich ist (Hauptdiagnose). Die durchschnittliche Verweildauer gibt die Zahl der Tage an, die Patientinnen und Patienten in stationärer Behandlung verbringen. Stundenfälle, bei denen der Patient das Krankenhaus bereits nach wenigen Stunden wieder verlässt, gehen mit einem Tag in die Berechnung der durchschnittlichen Verweildauer ein. Jeder ununterbrochene Krankenhausaufenthalt wird als ein Fall erfasst. Wird eine Person mehrfach im Jahr vollstationär behandelt, so werden entsprechend viele Fälle nachgewiesen. Die in der Vorausberechnung dargestellten Krankenhaus- bzw. Diagnosefälle dürfen somit nicht mit der Zahl behandelter Personen gleichgesetzt werden.

Von der Entwicklung der Krankenhaufälle kann nicht unmittelbar auf die Entwicklung des Kapazitätsbedarfs in den Krankenhäusern geschlossen werden. Für den Kapazitätsbedarf ist die Summe der Belegungstage, das Krankenhaustagevolumen, ausschlaggebend. Dieses ergibt sich, indem die Zahl der Krankenhaufälle mit der durchschnittlichen Verweildauer der Patienten multipliziert wird. Die Verweildauer wurde nicht in die Vorausberechnung einbezogen, da Aussagen zur künftigen Entwicklung sehr unsicher wären.

Zwar ist in den letzten Jahren die durchschnittliche Verweildauer gesunken, ob sich dieser Trend so fortsetzt, kann jedoch nicht beurteilt werden. Aufgrund der demografischen Entwicklung deutet sich an, dass sich die rückläufige Entwicklung der durchschnittlichen Verweildauer abschwächen könnte, da ältere Menschen aufgrund der Intensität und Multimorbidität im Durchschnitt länger im Krankenhaus bleiben als jüngere.

Krankenhaufälle können entweder nach dem Behandlungsort- oder dem Wohnortprinzip dargestellt werden. Hier wird das Wohnortprinzip zugrunde gelegt, also nur Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz in Deutschland betrachtet. Dieses Vorgehen wurde gewählt, da die Folgen des demografischen Wandels für die künftig in Krankenhäusern zu behandelnden Fälle in Deutschland nur bezogen auf die Wohnbevölkerung untersucht werden können. In den regelmäßigen Veröffentlichungen der Krankenhausstatistik erfolgt der Nachweis dagegen nach dem Behandlungsortprinzip. Da dieses auch in deutschen Krankenhäusern behandelte Patientinnen und Patienten aus dem Ausland einschließt (2005 waren dies gut 60 000 Fälle), weichen die dort gezeigten Krankenhaufälle von den vorliegenden Ergebnissen ab.

Um die Krankenhaufälle nach Bundesländern vorauszuberechnen, wurden die Patientinnen und Patienten gleichfalls nach dem Wohnort zugeordnet, da die Bevölkerungsvorausberechnung die Entwicklung der Bevölkerung mit Wohnsitz in dem jeweiligen Bundesland zeigt. Für das Ermitteln länderspezifischer Diagnosefallquoten werden die Patientinnen und Patienten (Krankenhaufälle) mit Wohnsitz in einem Bundesland auf die jeweilige Bevölkerung des Landes bezogen.

Die vorausberechneten Ergebnisse nach Ländern zeigen so, wie viele Krankenhaufälle in Zukunft voraussichtlich auf die Bevölkerung eines bestimmten Landes entfallen, und nicht, wie viele Krankenhaufälle zukünftig in den Krankenhäusern eines Bundeslandes behandelt werden. Die Ergebnisse können daher auch nicht im Hinblick auf den künftig benötigten Bedarf an Krankenhauskapazitäten in den einzelnen Ländern interpretiert werden. Ergänzend zu der Thematik „Entwicklung der Verweildauer“ müssten die nach dem Wohnortprinzip für ein Land gezeigten Krankenhaufälle um Patientinnen und Patienten aus anderen Ländern erhöht und um solche vermindert werden, die sich in einem anderen Bundesland behandeln lassen. Die künftige Entwicklung von Patientenbewegungen zwischen Ländern ist jedoch von vielen, kaum prognostizierbaren Faktoren abhängig und über längere Zeit nicht vorhersehbar. Auf entsprechende Analysen wurde daher verzichtet.

In der Wissenschaft wird diskutiert, wie sich das Krankheitsrisiko bei einer steigenden Lebenserwartung gestalten wird. Hier stehen sich zwei Ansichten gegenüber: Vertreter der Kompressionsthese erwarten, dass die Menschen mit steigender Lebenserwartung auch länger gesund leben und sich schwere Krankheiten in einem festgesetzten Zeitfen-

⁸⁾ Siehe hierzu auch Leidl, R.: „Die Ausgaben für Gesundheit und ihre Finanzierung“ in Schwartz, F. W., u. a. (Hrsg.): „Das Public Health Buch“, München 2003, S. 349 ff.

ter vor dem Tode ereignen. Die Lebensjahre erhöhter Morbidität sind demnach nicht vom absoluten Lebensalter, sondern von der relativen Nähe zum Tod abhängig. Vertreter der Medikalisierungsthese gehen davon aus, dass die Krankheitsintensität mit steigender Lebenserwartung zunimmt, die Menschen demnach zwar länger leben, diese Zeit aber auch länger krank verbringen. Welche These letztendlich mehr zutreffen wird, kann hier nicht geklärt werden.⁹⁾

Um bei den Vorausberechnungen beiden Thesen Rechnung zu tragen, wurden zwei Szenarien erstellt. Bei dem Status-Quo-Szenario wurden konstante alters- und geschlechtsspezifische Diagnosefallquoten zugrunde gelegt. Dies würde eher der Medikalisierungsthese entsprechen. Das Status-Quo-Szenario basiert auf der Überlegung, dass die Wahrscheinlichkeit, infolge einer bestimmten Erkrankung stationär behandelt zu werden, heute und in Zukunft allein vom Alter und vom Geschlecht abhängt. Für die Vorausberechnungen wurden die gegenwärtigen alters- und geschlechtsspezifischen Diagnosewahrscheinlichkeiten aus den Jahren 2004/2005 (differenziert nach Fünfjahres-Altersgruppen und Diagnosearten) konstant gehalten und der vorausgerechneten Bevölkerung zugrunde gelegt: Gibt es im Jahr 2030 zum Beispiel mehr 70- bis unter 75-jährige Frauen, so steigt entsprechend die Anzahl der wegen Krebs stationär behandelten Frauen in dieser Altersgruppe.

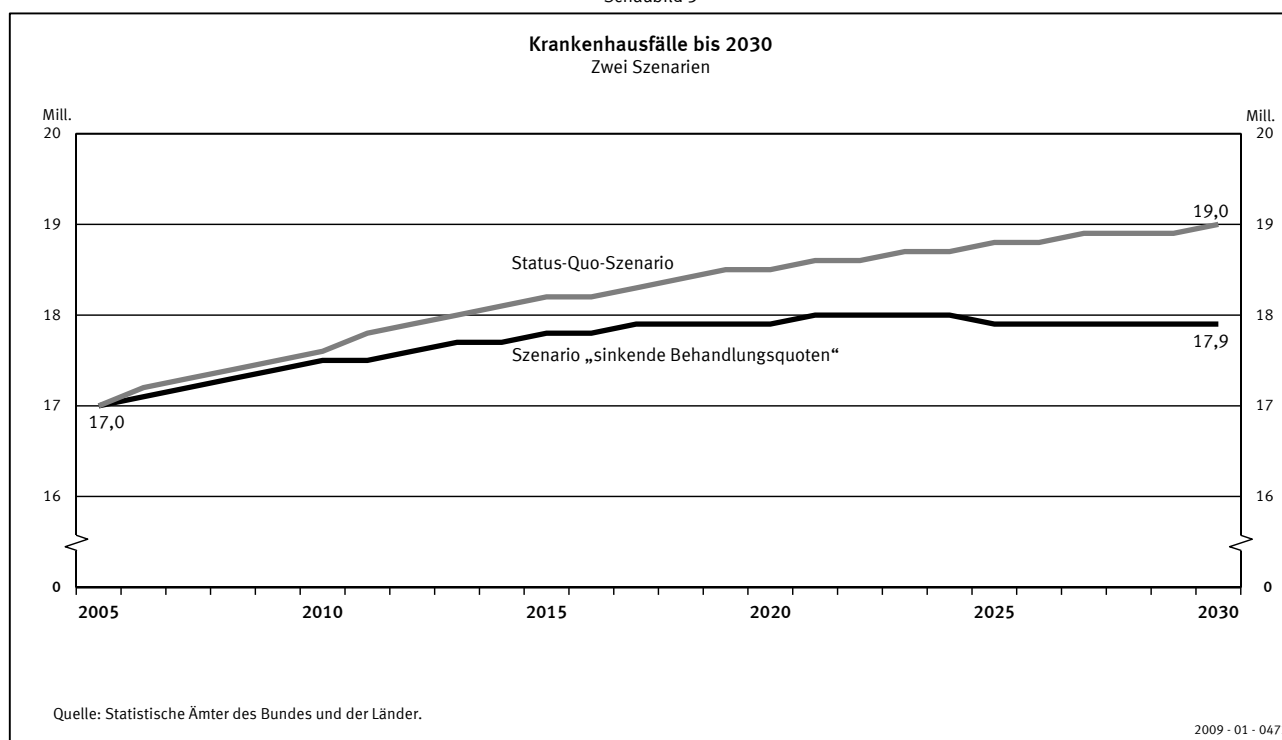
Da wiederholte Krankenhausaufenthalte einer einzelnen Person mehrfach in die Statistik eingehen, basiert das Sta-

tus-Quo-Modell auf konstanten Diagnosefallquoten. Diese geben das Verhältnis von Diagnosefällen zur Zahl der Personen einer bestimmten Altersgruppe und eines Geschlechts an. Es wird folglich unterstellt, dass künftig genauso viele Diagnosefälle auf 1 000 Einwohner einer bestimmten Altersgruppe und eines bestimmten Geschlechts kommen wie heute.

Das folgende Beispiel veranschaulicht den Rechenweg: Im Jahr 2005 wurden laut Diagnosestatistik 101 000 Patientinnen im Alter von 70 bis unter 75 Jahren mit der Diagnose „Neubildungen“ stationär behandelt. Bezogen auf 2 053 000 Frauen dieser Altersgruppe im Jahr 2005 errechnet sich daraus eine Diagnosefallquote von rund 0,05. Um die Zahl der im Jahr 2030 mit der Diagnose „Neubildungen“ stationär behandelten 70- bis unter 75-jährigen Frauen zu ermitteln, wurde diese Diagnosefallquote mit der vorausgerechneten Zahl der Frauen dieser Altersgruppe multipliziert. Im Jahr 2030 wären dies bei 2 772 000 Frauen in dieser Altersgruppe dann 139 000 Behandlungsfälle.

Das zweite Berechnungsverfahren (Szenario „sinkende Behandlungsquoten“) basiert auf der Überlegung, dass Menschen bei einer steigenden Lebenserwartung nicht nur länger, sondern auch länger gesund leben und schwere Krankheiten bzw. häufige Krankenhausbehandlungen erst später auftreten (Kompressionsthese). Um die künftige Zahl der Krankenhausbehandlungen zu ermitteln, werden die heutigen altersspezifischen Behandlungsquoten (geschlechts-

Schaubild 3



9) Siehe hierzu u. a. Fetzer, S.: „Determinanten der zukünftigen Finanzierbarkeit der GKV – doppelter Alterungsprozess, Medikalisierungs- vs. Kompressionstheorie und medizinisch-technischer Fortschritt“, Freiburg 2005; Fries, J. F.: „Erfolgreiches Altern, Medizinische und demographische Perspektiven“ in Baltes, M. M./Kohli, M./Sames, K. (Hrsg.): „Erfolgreiches Altern – Bedingungen und Variationen“, Bern 1989, S. 19 ff.; Guralnik, J. M.: „Prospects for the compression of morbidity: The Challenge Posed by Increasing Disability in the Years Prior to Death“ in Journal of aging and health, Vol. 3, 1991, S. 138 ff.; Niehaus, F.: „Auswirkungen des Alters auf die Gesundheitsausgaben“ in Wissenschaftliches Diskussionspapier der PKV (Verband der privaten Krankenversicherung e.V.), 5/2006, Köln.

spezifische Diagnosefälle je Einwohner einer bestimmten Altersgruppe) entsprechend dem Anstieg der Lebenserwartung in höhere Altersgruppen „verschoben“. Diese Verschiebung wird nur für die Altersgruppen 60 Jahre und älter vorgenommen, da es ab diesem Alter zu einem deutlichen Anstieg altersspezifischer Krankenhausaufenthalte kommt.

Der Anstieg der Krankenhausfälle (siehe Schaubild 3) bis zum Jahr 2020 wird nach dem Szenario „sinkende Behandlungsquoten“ im Vergleich zum Status-Quo-Szenario deutlich abgeschwächt (0,6 Mill. Fälle weniger). Im Gegensatz zum Status-Quo-Szenario wäre nach 2020 sogar mit einem leichten Rückgang bis zum Jahr 2030 zu rechnen. Der Unterschied beider Modellrechnungen wächst bis zum Jahr 2030 auf über eine Million Fälle an. Betrachtet man die beiden Szenarien als Unter- bzw. Obergrenze der möglichen Entwicklung, so liegt der Korridor der dann zu erwartenden Zahl an Krankenhausfällen im Jahr 2030 zwischen knapp 18 und rund 19 Mill. Fällen und damit um 5 bis 12 % höher als im Jahr 2005. In nahezu allen Bundesländern ist bis zum Jahr 2020 – abhängig von der Bevölkerungsentwicklung – beim Status-Quo-Szenario mit einem Anstieg der Krankenhausfälle zu rechnen. Bedingt durch die Alterung dürften insbesondere Herz-/Kreislaufkrankungen und Neubildungen – beides schon heute die wichtigsten Diagnosegruppen bei Krankenhausbehandlungen – weiter an Bedeutung gewinnen.

3.3 Auswirkungen auf die Zahl der Pflegebedürftigen

Wie für die Entwicklung der Krankenhausbehandlungen wurden auch für die Vorausberechnungen der Zahl der Pflegebedürftigen zwei Szenarien erstellt. Im Status-Quo-Szenario wird unterstellt, dass die alters- und geschlechtsspezifischen Pflegequoten, die auf den Jahren 2003 und 2005 basieren, auch künftig unverändert bleiben. Demzufolge wird in diesem Szenario davon ausgegangen, dass die erwartete Zunahme der Lebenserwartung auf die Pflegequote in den jeweiligen Altersgruppen keine Auswirkungen hat. Umstritten ist, ob künftige Verbesserungen der Diagnose-, Therapie- und Rehabilitationsmöglichkeiten dazu beitragen, dass sich der Eintritt der Pflegebedürftigkeit bei steigender Lebenserwartung nach hinten verschiebt.¹⁰⁾ Um diesem Gedanken Rechnung zu tragen, wurde ein zweites Szenario erstellt. Im Szenario „sinkende Pflegequoten“ wird davon ausgegangen, dass sich die Wahrscheinlichkeit pflegebedürftig zu werden entsprechend dem in der Bevölkerungsvorausberechnung angenommenen Anstieg der Lebenserwartung in ein höheres Alter verlagert. Wie bei den Behandlungsfällen in Krankenhäusern wurden die altersspezifischen Pflegequoten getrennt nach Geschlecht entsprechend der gestiegenen Restlebenserwartung in höhere Altersklassen verschoben.

Die Ausgangszahlen basieren auf der 1999 neu eingeführten Pflegestatistik. Erfasst werden dort Personen, die Leistungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch – Soziale

Pflegeversicherung (SGB XI) erhalten. Generelle Voraussetzung für die Erfassung als Pflegebedürftige ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung der Pflegebedürftigen zu den Pflegestufen I bis III (einschl. Härtefällen).

Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, beziehungsweise voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße (§ 15 SGB XI) der Hilfe bedürfen (§ 14 Abs. 1 SGB XI). Dazu zählen sowohl in Heimen voll- oder teilstationär versorgte Personen als auch zu Hause durch ambulante Pflegedienste und/oder Angehörige versorgte Pflegebedürftige.

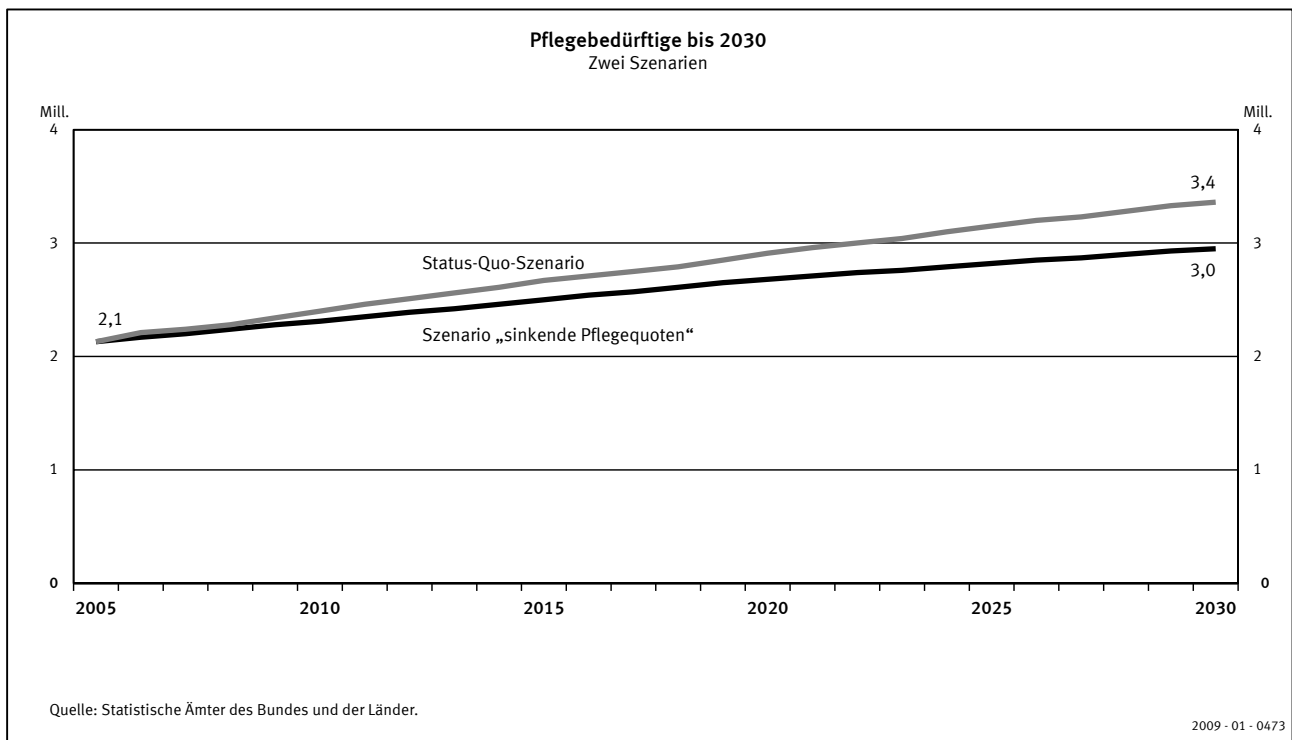
Die regionale Zuordnung erfolgt bei den Pflegebedürftigen, die von einer stationären bzw. ambulanten Einrichtung versorgt werden, entsprechend der Adresse der Einrichtung. Es kann hierdurch zu folgendem Effekt kommen: Ein ambulanter Pflegedienst kann auch Pflegebedürftige versorgen, die in einem benachbarten Bundesland wohnen. Diese Pflegebedürftigen werden dann abweichend von ihrem Wohnsitz dem Bundesland zugeordnet, in dem der ambulante Pflegedienst seine Adresse hat. Bezogen auf die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen dürften diese Fälle jedoch eher von geringerer Bedeutung sein. Bei stationär versorgten Pflegebedürftigen entspricht der Versorgungsort in der Regel dem Wohnort. Im Vorfeld der stationären Pflege kann es jedoch zu einem Umzug von einem in ein anderes Bundesland kommen.

Bei der Vorausberechnung erfolgte keine Differenzierung der Daten nach Versorgungsarten. Dies unterblieb, da wichtige Faktoren wie das Potenzial an familiärer Unterstützung, die Einfluss auf das Verhältnis zwischen ambulanter und stationärer Pflege haben, in einem einfachen Modell nur schwer darzustellen sind. Auch auf eine Aufteilung der Pflegebedürftigen nach Pflegestufen wurde verzichtet, da die bisherige Entwicklung hin zur Pflegestufe I mit einem einfachen altersabhängigen Status-Quo-Ansatz nicht darzustellen gewesen wäre. Definitionsgemäß werden zudem Menschen mit einem Hilfebedarf unter- oder außerhalb der Leistungsansprüche des SGB XI nicht in den Berechnungen berücksichtigt. Zudem basiert die Vorausberechnung auf der bestehenden Definition von Pflegebedürftigkeit. Mögliche Änderungen in der Definition bzw. den entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zur Abgrenzung der Pflegebedürftigkeit wurden in der Modellrechnung nicht berücksichtigt.

Sowohl im Status-Quo-Szenario als auch im Szenario „sinkende Pflegequoten“ ist mit einem deutlichen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen in den nächsten zwei Jahrzehnten zu rechnen (siehe Schaubild 4). Da die Wahrscheinlichkeit pflegebedürftig zu werden mit zunehmendem Alter stark ansteigt, erhöht sich die Zahl der Pflegebedürftigen bei einer alternden Bevölkerung noch stärker als die Zahl der Kran-

10) Siehe hierzu auch Dietz, B.: „Lebenserwartung, Morbidität und Mortalität im Alter“ in Sozialer Fortschritt 12/2002, S. 307 ff.; Rothgang, H.: „Unterschiedliche Gestaltungs- und Finanzierungskonzepte der Pflegeversicherung“, Hans-Böckler-Stiftung 2007; Schnabel, R.: „Zukunft der Pflege“, Universität Duisburg-Essen 2007.

Schaubild 4



kenhausbehandlungen. Gleiches gilt für die Entwicklung der Pflegebedürftigen nach Bundesländern. Trotz erwartetem Bevölkerungsrückgang gerade in den neuen Ländern dürften Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg aufgrund der Alterung mit Zuwächsen um mehr als 50 % (Status-Quo-Szenario) prozentual die höchsten Anstiege bei der Zahl der Pflegebedürftigen im Zeitraum 2005 bis 2020 aufweisen.

3.4 Künftiger Bedarf an Kindertagesbetreuung

Wie hoch der künftige Bedarf an Plätzen zur Kindertagesbetreuung sein dürfte, kann nicht allein anhand der Bevölkerungsentwicklung abgeschätzt werden. Vielmehr sind Nachfrage und Angebot an Betreuungsplätzen neben der Zahl der Kinder im Vorschulalter die entscheidenden Parameter. Um dem Rechnung zu tragen, wurden in den Vorausberechnungen für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren drei

Szenarien erstellt (siehe Übersicht 3). Für 3- bis unter 6-Jährige wird zum einen von der tatsächlichen Betreuungsquote im Jahr 2007 ausgegangen und zum anderen davon, dass in allen Bundesländern im Jahr 2020, dem Jahr bis zu dem die Vorausberechnungen reichen, 97 % der Kinder in einer Kindertagesbetreuung sind. Für die Gruppe der sechsjährigen Kinder, die noch nicht eingeschult sind, wird in allen Szenarien eine Betreuungsquote von 97 % angenommen.

Im Status-Quo-Szenario wird unterstellt, dass die Betreuungsquote des Jahres 2007 für alle Kinder unter sechs Jahren über den gesamten betrachteten Zeitraum unverändert bleibt. Dieses Szenario dient einzig dazu, die Auswirkungen der demografischen Entwicklung bei sonst gleich bleibenden Rahmenbedingungen isoliert darzustellen.

Ein zweites Szenario (Szenario „Elternwunsch“) berücksichtigt für das Zieljahr 2020 die von Eltern genannten Wünsche nach Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jah-

Übersicht 3: Annahmen zu Betreuungsquoten in den verschiedenen Szenarien

Szenario	Altersgruppe		
	unter 3-Jährige	3- bis unter 6-Jährige	6-Jährige
Szenario 1 „Status-Quo“	Betreuungsquoten zum Stichtag 15. März 2007 konstant für alle Vorausberechnungsjahre		Betreuungsquote von 97 % aller Nichtschulkinder für alle Vorausberechnungsjahre
Szenario 2 „Elternwunsch“	Betreuungsquote gemäß Elternwunsch zur Kindertagesbetreuung der Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstituts	Betreuungsquote 97 % im Zieljahr 2020	
Szenario 3 „Betreuungsquote 35% West, 52% Ost“	a) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin: Betreuungsquote 35 % im Jahr 2013, danach konstant b) Neue Länder und Berlin: Betreuungsquote Sachsen-Anhalt (52 %) im Zieljahr 2020		

ren. Datenbasis ist die DJI-Kinderbetreuungsstudie, die vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik der Universität Dortmund im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend um den Jahreswechsel 2004/2005 durchgeführt wurde.¹¹⁾ Befragt zum Wunsch nach Kinderbetreuung wurden etwa 8 000 Mütter und Väter mit mindestens einem Kind unter sieben Jahren. Bei den Ergebnissen ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der Befragung um eine Momentaufnahme aus der Mitte dieses Jahrzehnts handelt. Seitherige und künftige Änderungen der Rahmenbedingungen und des individuellen Verhaltens können damit nicht abgedeckt werden.

Das dritte Szenario geht für das frühere Bundesgebiet ohne Berlin-West von einer politischen Vorgabe aus. Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände haben sich auf dem sogenannten Krippengipfel am 2. April 2007 darauf verständigt, bis zum Jahr 2013 ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für bundesweit durchschnittlich 35 % der Kinder unter drei Jahren aufzubauen.¹²⁾ Aus pragmatischen Gründen wurde dieses Betreuungsniveau auf Länderebene zugrunde gelegt. In diesem Szenario wird so unterstellt, dass im Jahr 2013 in allen Ländern des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin-West) jeweils eine Betreuungsquote von 35 % erreicht ist, die dann bis zum Jahr 2020 konstant bleibt.

Da sich in den neuen Ländern und Berlin bereits heute knapp 35 % (Sachsen) bzw. mehr als 35 % aller unter Dreijährigen in Kindertagesbetreuung befinden, wurde für die neuen Länder als Zielwert für das Jahr 2020 die Betreuungsquote des Landes mit dem heute höchsten Wert (Sachsen-Anhalt) angesetzt. Mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt, wo annahmegemäß die heutige Betreuungsquote (52 % bei unter Dreijährigen) beibehalten wird, erhöht sich danach in allen anderen neuen Ländern und Berlin die Betreuungsquote.

Basis der Berechnungen sind die zum Stichtag 15. März 2007 durchgeführten Statistiken der Kindertagesbetreuung. Kindertagesbetreuung erfolgt zum einen in Tageseinrichtungen, in denen Kinder ganztägig oder für einen Teil des Tages aufgenommen werden, und zum anderen in Kindertagespflege durch Tagesmütter bzw. Tagesväter. Soweit diese vom Jugendamt vermittelt oder gefördert wird, wird sie auch in der Statistik erfasst. Tagespflegeverhältnisse auf rein privater Basis, bei denen kein Jugendamt eingeschaltet ist, werden in der Statistik zur Kindertagesbetreuung nicht erfasst.

Mithilfe der in den entsprechenden Szenarien definierten Betreuungsquoten wurde – differenziert nach einzelnen Altersjahren – die Anzahl der Kinder ermittelt, die künftig Tagesbetreuung in Anspruch nehmen. Betrachtet wurde nur die Bevölkerung unter sieben Jahren, weil in den Vorausberechnungen spätestens ab dem vollendeten siebten Lebensjahr die Einschulung der Kinder erfolgt. Für die Sechsjähri-

gen wurde der Übertritt an die Grundschulen berücksichtigt, indem auf Basis der Schulstatistik der Teil der Kinder ermittelt wurde, der potenziell in Kindertageseinrichtungen bzw. in Kindertagespflege bleibt. Aufgrund geplanter Vorverlegungen des Einschulungstichtages nimmt der Anteil der in vorschulischer Betreuung bleibenden Sechsjährigen künftig ab. Diese modellhaft ermittelten „Nichtschulkinder“ gehen mit einer Betreuungsquote von 97 % in die Berechnungen ein. Auch wenn künftig ein Parallelbesuch von Schule und Kindertageseinrichtung je nach den landesspezifischen Regelungen weiterhin möglich bleibt, wird dies in den Vorausberechnungen nicht berücksichtigt. Eine differenzierte Berechnung nach Kindertagesbetreuung in Einrichtungen und in Kindertagespflege wurde nicht vorgenommen. Die Betreuung von Schulkindern in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (Horten) oder in Ganztagschulen ist ebenfalls kein Bestandteil der Vorausberechnungen.

Die Berechnungen wurden auf Länderebene durchgeführt. Das Bundesergebnis ergibt sich aus der Summe der Länderergebnisse. Die Anpassung der Betreuungsquote des Basisjahres 2007 an die Betreuungsquote des Zieljahres erfolgte linear. Bei den nach alten und neuen Ländern getrennten Darstellungen wurde Berlin den neuen Ländern zugeordnet.

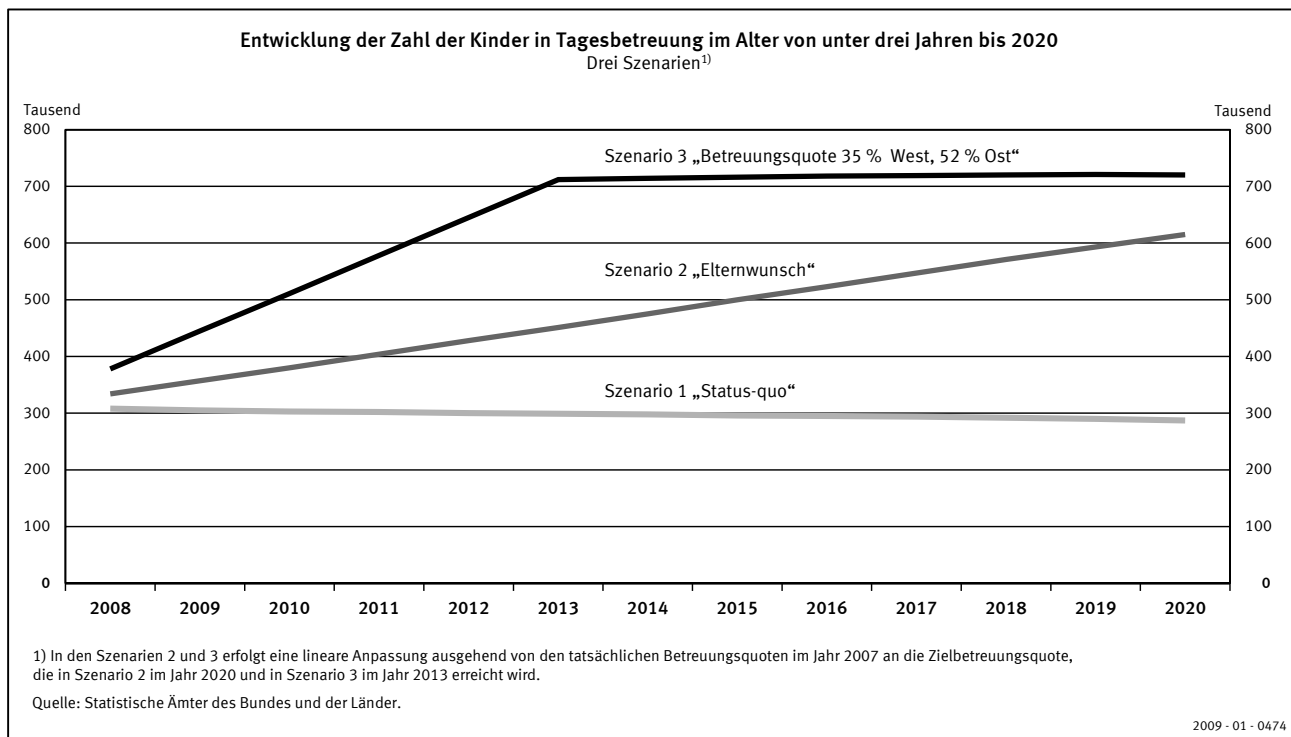
Im Mittelpunkt der Vorausberechnungen stand die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Schaubild 5 zeigt, dass die veränderten Rahmenbedingungen zu einem deutlichen Anstieg des Bedarfs an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige führen dürften. Allein aufgrund der demografischen Entwicklung (Status-Quo-Szenario) wäre mit einem Rückgang der Zahl der betreuten Kinder um 11 % zu rechnen. Die Umsetzung der politischen Forderung nach Betreuungsangeboten für mindestens 35 % der Kleinkinder und die Annahme, dass auch in den neuen Ländern zusätzliche Nachfrage nach Betreuungsplätzen entstehen wird (Szenario „Betreuungsquote 35 % West, 52 % Ost“), hätten gegenüber dem Stand von 2007 eine Erhöhung des Bedarfs an Betreuungsplätzen um 124 % (rund 400 000 Plätze) zur Folge. Demgegenüber sinkt die Zahl der zu betreuenden Kinder von drei bis unter sieben Jahren in allen Szenarien aufgrund der demografischen Entwicklung um 14 000 bis 20 000.

Nach Bundesländern zeichnen sich deutliche Unterschiede in der Entwicklung des Bedarfs an Betreuungsplätzen ab, die zum einen aus der abweichenden demografischen Entwicklung herrühren und zum anderen aus den Unterschieden im Ausgangsjahr 2007. Für die unter Dreijährigen heißt das, dass in Sachsen-Anhalt, dem Land, das 2007 die Zielgröße 52 % für die neuen Länder schon vorweisen konnte, allein aufgrund der demografischen Entwicklung mit einem Rückgang der Zahl der betreuten Kinder um rund 20 % zu rechnen ist. In allen anderen neuen Ländern und auch in Berlin sind bei Verwirklichung der Zielgröße 52 % entweder nur sehr geringe Rückgänge oder sogar spürbare Zuwächse zu erwarten. Im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West ist

11) Siehe hierzu Bien, W./Riedel, B.: „Wie viel ist bedarfsgerecht? Betreuungswünsche der Eltern für unter 3-jährige Kinder“ in Bien, W./Rauschenbach, T./Riedel, B. (Hrsg.): „Wer betreut Deutschlands Kinder?“, DJI-Kinderbetreuungsstudie, Berlin, Düsseldorf, Mannheim 2007, S. 267 ff.

12) Im Kinderförderungsgesetz [Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG) vom 10. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2403)] ist in Art. 1 Nr. 7 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ab dem Jahr 2013 gesetzlich festgeschrieben.

Schaubild 5



die Situation dagegen aufgrund der vergleichsweise geringen Betreuungsquote im Jahr 2007 eine andere: Bei einem Zielwert von 35 % schwanken die zu erwartenden Zuwächse in der Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kleinkinder gegenüber 2007 im Jahr 2020 zwischen rund 370 % in Nordrhein-Westfalen und 66 % in Hamburg.

3.5 Entwicklung der Schülerzahlen

Im Gegensatz zu den zuvor dargestellten Vorausberechnungen wurde für die künftige Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen nur ein Szenario erstellt. Neben den Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung basiert diese Vorausberechnung auf drei zentralen Punkten:

- Es wird angenommen, dass sich das Übergangsverhalten der Kinder und Jugendlichen im allgemeinbildenden Schulsystem von der Primarstufe in die Sekundarstufe I und von dort in die Sekundarstufe II nicht verändert. Konkret heißt das, dass die Anteile der Schülerinnen und Schüler der betreffenden Altersjahrgänge in den einzelnen Bildungsbereichen, die eine allgemeinbildende Schule besuchen, auch künftig denen des Referenzschuljahres 2005/06 entsprechen. Entscheidend für die Entwicklung der Schülerzahlen in den drei Bildungsbereichen ist die zahlenmäßige Entwicklung der entsprechenden Altersgruppen.
- Um eine frühere Einschulung der Kinder zu erreichen, haben einige Länder eine Vorverlegung des Einschulungstichtages um bis zu sechs Monate beschlossen. Die Vorverlegung des Einschulungstichtages um einen Monat hat zur Folge, dass rechnerisch ein Zwölftel ei-

nes Jahrgangs früher eingeschult wird. Ausgehend von den länderspezifischen Regelungen zur Änderung des Einschulungstichtages wurde festgelegt, welcher Anteil der Sechsjährigen in den Schuljahren 2006/07 bis 2020/21 die Schule besucht. Der verbleibende Anteil „Nichtschulkinder“ wie auch der unter sechsjährigen Schülerinnen und Schüler wurden dem Kindertagesbetreuungspotenzial im Rahmen der Vorausberechnung betreuter Kinder zugerechnet (siehe Abschnitt 3.4). Die früher eingeschulten Kinder erreichen zeitversetzt auch jünger die Sekundarstufe I und die gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe II).

- Die von den jeweiligen Regelungen in den einzelnen Bundesländern abhängige Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre (G8) wurde – entsprechend den absehbaren oder schon existierenden Regelungen im Jahr 2008 – in die Vorausberechnungen einbezogen. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz, wo die bisherige Gymnasialzeit von 8½ Jahren beibehalten wird, führen alle Bundesländer das achtjährige Gymnasium (G8) ein bzw. hatten dies schon bisher (Sachsen und Thüringen). Für die Vorausberechnung wurde länderspezifisch wie folgt vorgegangen: Die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre wurde der Sekundarstufe I zugeordnet, sodass es dadurch – je nach landesspezifischer Regelung in unterschiedlichen Jahren – einen Rückgang der Schülerzahlen in der Sekundarstufe I gibt. Beim Übergang des ersten G8-Jahrgangs in die Sekundarstufe II kommt es in der Sekundarstufe II zu einem einmaligen Anstieg der Schülerzahlen, da zwei Abschlussjahrgänge des gymnasialen Zweigs der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II kommen. Für drei Jahre sind in der Sekundarstufe II dann vier Schuljahrgänge vertreten, danach

wieder nur drei. Diese Verschiebungen sind – entsprechend dem Sachstand Ende 2008 – bis zum Jahr 2016 in allen Ländern abgeschlossen, sodass im Jahr 2020 keine organisatorisch bedingten Verzerrungen mehr vorliegen.

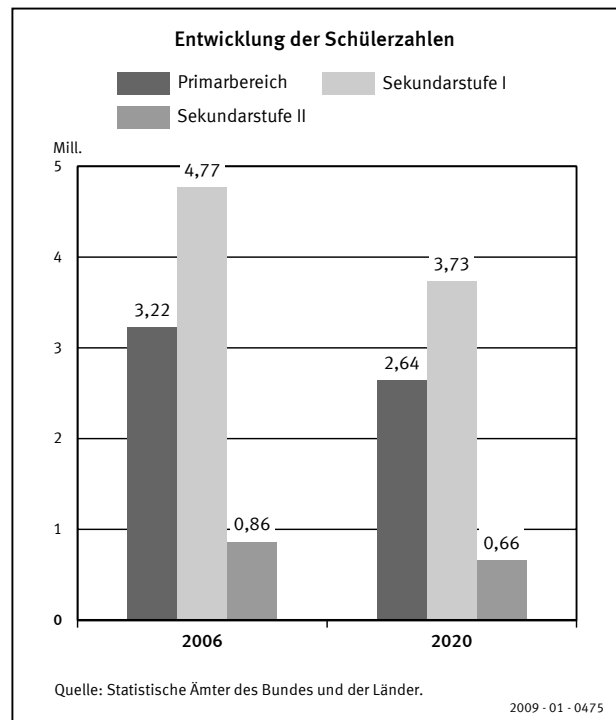
Unter die allgemeinbildenden Schulen fallen generell alle Schularten, die die Vermittlung von Allgemeinwissen zum Ziel haben. Damit grenzen sie sich von den beruflichen Schulen ab, in denen vorrangig Spezialwissen vermittelt wird. Die Schulstatistik auf Bundesebene zählt zu den allgemeinbildenden Schulen auch die Vorklassen und Schulkindergärten, die dem Elementarbereich zuzuordnen sind und hier nicht berücksichtigt wurden. Die Schulstatistik erfasst Schulen in öffentlicher wie auch in privater Trägerschaft. Nicht berücksichtigt wurden bei der vorliegenden Berechnung Kinder an Förderschulen (ehemals Sonderschulen) sowie Personen an Schulen für Erwachsene (Einrichtungen des zweiten Bildungswegs).

Aus der Schulstatistik wurde für jedes Bundesland die Schülerverteilung nach Altersjahrgängen und Bildungsbereichen (Primarbereich, Sekundarbereich I und gymnasiale Oberstufe) ermittelt und auf die gesamte Bevölkerung der einzelnen Altersjahrgänge im Jahr 2005 bezogen. Diese Anteile wurden dann mit der vorausgerechneten Bevölkerung der jeweiligen Altersjahrgänge in den Jahren 2006 bis 2020 in den einzelnen Ländern gemäß der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung multipliziert. Errechnet wird so, welche Veränderungen sich in der Schülerpopulation ergeben, wenn die Anteile der Schülerinnen und Schüler an der entsprechenden Alterspopulation nach Bildungsbereichen konstant bleiben (Status-Quo-Annahme) und somit lediglich die sich verändernde Bevölkerungszahl der einzelnen Altersjahrgänge berücksichtigt wird.

Die Berechnungen erfolgten länderspezifisch, sodass sich das Ergebnis für den Bund durch Aufsummierung der Länderergebnisse ergibt. Wie schon bei den Vorausberechnungen zu Kinderbetreuungsplätzen wurde die Vorausberechnung daher nur bis zum Jahr 2020 vorgenommen. Zu den regelmäßigen Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz zu Schülerzahlen gibt es eine Reihe von methodischen Abweichungen, sodass die Berechnungsergebnisse abweichen.¹³⁾

Zum Primarbereich gehören Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 4 in Grundschulen, integrierten Gesamtschulen und freien Waldorfschulen. Aufgrund der allgemeinen Schulpflicht durchlaufen grundsätzlich alle Kinder den Primarbereich, sodass neben der Bevölkerungsentwicklung vor allem das Einschulungsalter und die Zahl der eine oder mehrere Klassen wiederholenden Kinder und Jugendlichen die Entwicklung der Schülerzahlen bestimmt. Bis zum Jahr 2020 dürfte sich unter den getroffenen Annahmen die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich von rund 3,2 Mill. im Jahr 2006 auf gut 2,6 Mill. reduzieren (siehe Schaubild 6). Dies wäre ein Rückgang um 18%.

Schaubild 6



Die Sekundarstufe I umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 10 bzw. beim achtjährigen Gymnasium 5 bis 9. Einbezogen sind auch die in einigen Bundesländern bestehenden 5. und 6. Jahrgangsstufen der Grundschulen, die Orientierungsstufen, die Haupt- und Realschulen, die Gymnasien, die Integrierten Gesamtschulen, die Freien Waldorfschulen und weitere Schularten mit mehreren Bildungsgängen.

Im Jahr 2006 umfasste die Sekundarstufe I knapp 4,8 Mill. Schülerinnen und Schüler. Da auch hier im Allgemeinen noch Schulpflicht besteht, liegt ein enger Zusammenhang zwischen Schülerzahl und Kindern bzw. Jugendlichen in den entsprechenden Altersgruppen vor. Bis zum Jahr 2020 dürfte sich die Schülerzahl um knapp 22% auf dann gut 3,7 Mill. Schüler reduzieren. Wie sich dies auf die verschiedenen Schulzweige auswirken könnte, wird nicht dargestellt, da dies mit erheblichen Unsicherheiten unter anderem aufgrund möglicher Änderungen der institutionellen Regelungen versehen ist.

Der Sekundarbereich II bezeichnet an allgemeinbildenden Schulen die gymnasiale Oberstufe. Dazu zählen im neunjährigen gymnasialen Bildungsgang die Jahrgangsstufen 11 bis 13 der Gymnasien, der Integrierten Gesamtschulen und der Freien Waldorfschulen. Beim achtjährigen gymnasialen Bildungsgang werden dem Sekundarbereich II die Jahrgangsstufen 10 bis 12 der entsprechenden Schularten zugeordnet. Die beruflichen Schulen (z. B. das berufliche Gymnasium) sind hier nicht einbezogen.

Nur ein Teil der Schülerinnen und Schüler besucht nach Abschluss der Sekundarstufe I die gymnasiale Oberstufe.

¹³⁾ Siehe hierzu Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): „Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 3: Auswirkungen auf Kindertagesbetreuung und Schülerzahlen im Bund und in den Ländern“, Wiesbaden 2009, S. 36 f. (www.statistik-portal.de), und Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: „Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2005 bis 2020“, Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz (KMK), Nr. 182, 2007.

Im den Vorausberechnungen zugrunde liegenden Schuljahr 2005/06 waren dies durchschnittlich 30 % der Jugendlichen, die die Sekundarstufe I abgeschlossen hatten. Unter der Annahme, dass dieses Verhältnis in der Summe aller Bundesländer auch im Jahr 2020 vorliegt, reduziert sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II um rund 23 % von gut 860 000 im Jahr 2006 auf rund 660 000 im Jahr 2020.

Die Berechnungen zeigen, dass es – bedingt durch die Unterschiede in der demografischen Entwicklung in den Bundesländern – in den einzelnen Ländern zu deutlichen Abweichungen von der durchschnittlichen Entwicklung in Deutschland kommen kann. Auch das nach Ländern unterschiedliche Übergangsverhalten im Basisjahr 2005/06 von einer Stufe in die nächste wirkt sich auf die Ergebnisse nach Bundesländern aus. Die Ergebnisse nach Bundesländern sind in Heft 3 der Veröffentlichungsreihe Demografischer Wandel in Deutschland ausführlich dargestellt (siehe Fußnote 13).

4 Fazit und Ausblick

Die gemeinsam von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder erstellten Vorausberechnungen sind nicht als Prognosen zu sehen, sondern als auf transparenten Annahmen basierende Wenn-dann-Aussagen. Ohne weitere Informationen sind sie nicht als Grundlagen für die der demografischen Entwicklung folgenden Detailplanungen – beispielsweise von Infrastruktureinrichtungen im Gesundheits- und Bildungswesen – geeignet, da hierfür vor allem die regionale Bevölkerungsentwicklung maßgebend ist. Der konkrete Bedarf an Infrastruktureinrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeheimen ist vor allem von regionalen oder sogar lokalen Faktoren abhängig. Für die Vorausberechnungen der statistischen Ämter waren vielmehr die folgenden Ziele maßgeblich:

- Erstmalig sollten für den Bund und alle Bundesländer methodisch und empirisch abgestimmte Ergebnisse zu ausgewählten eindeutig demografieabhängigen Folgen des demografischen Wandels erstellt werden.
- Durch die gewählten einfachen und transparenten Verfahren wurden nachvollziehbare Ergebnisse erstellt, die durch Veränderung der zugrunde liegenden Annahmen auch von Dritten leicht variiert werden können.
- Die Darstellung von zumindest zwei Szenarien bei allen Vorausberechnungen mit Ausnahme der vorausgerechneten Schülerzahlen soll einen möglichen Korridor aufzeigen und damit auch die grundsätzliche Unsicherheit der künftigen Entwicklung mit einbeziehen.
- Auch wenn alle in die Zukunft gerichteten Aussagen unsicher sind, sollen die Vorausberechnungen einen Beitrag zur Diskussion über Folgen des demografischen Wandels leisten.

Im Sommer 2009 soll die Reihe Demografischer Wandel in Deutschland mit einer Vorausberechnung zum künftigen Erwerbspersonenpotenzial vorerst abgeschlossen werden. Auch diese Berechnungen werden auf den Ergebnis-

sen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung beruhen und ausgehend von Erwerbsquoten nach Alter und Geschlecht Szenarien zum zukünftigen Potenzial an Erwerbspersonen aufzeigen. Da darin keine Annahmen zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung getroffen werden, wird dies eine reine Potenzialbetrachtung sein. [u](#)

Thomas Körner, M. A., Dipl.-Geografin Katharina Puch

Der Mikrozensus im Kontext anderer Arbeitsmarktstatistiken

Ergebnisunterschiede und ihre Hintergründe

Die Arbeitsmarktberichterstattung des Statistischen Bundesamtes bedient sich einer Vielzahl unterschiedlicher Datenquellen. Zu nennen sind neben dem Mikrozensus vor allem die Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Eine Reihe von arbeitsmarktbezogenen Indikatoren können parallel aus verschiedenen Quellen ermittelt werden, wobei es immer wieder zu Ergebnisunterschieden kommt. Dieser Beitrag¹⁾ untersucht die Ergebnisunterschiede zu wichtigen zentralen Arbeitsmarktindikatoren und stellt die Hintergründe der Abweichungen im Überblick dar.

Die arbeitsmarktstatistische Berichterstattung des Statistischen Bundesamtes nutzt eine Vielzahl unterschiedlicher Quellen. Hierzu zählen zunächst der Mikrozensus sowie die in diesen integrierte Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (Labour Force Survey – LFS) und die Erwerbstätigenrechnung. Hinzu kommen die registrierten Statistiken zur Zahl der voll sozialversicherungspflichtig bzw. geringfügig Beschäftigten, die von der Bundesagentur für Arbeit geführt werden. Schließlich sind andere, auch freiwillige Bevölkerungs- und Haushaltserhebungen und Statistiken zu nennen, die jeweils einen bestimmten Wirtschaftsbereich (etwa der Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden) oder bestimmte

Beschäftigtengruppen (wie die Personalstandstatistik zum Personal des öffentlichen Dienstes oder die Arbeitnehmerüberlassungsstatistik) erfassen.²⁾ Obwohl jede dieser Statistiken jeweils eigenen Zwecken dient und hinsichtlich ihrer Definitionen, Methoden und Verfahren darauf ausgerichtet ist, gibt es für eine gewisse Zahl von Indikatoren Ergebnisse aus unterschiedlichen Quellen, die sich auf gleiche Sachverhalte beziehen. So weisen sowohl die Erwerbstätigenrechnung als auch der Mikrozensus die Zahl der Erwerbstätigen nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) nach.

Aufgrund der Unterschiede in Definitionen, Methoden und Verfahren kommt es hierbei in wichtigen Fällen zu Ergebnisabweichungen, die bei Nutzern nicht selten für Verwunderung sorgen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben es sich daher zum Ziel gesetzt, die Statistiken möglichst kohärent zu gestalten. Von Kohärenz spricht man, wenn Ergebnisse unterschiedlicher Statistiken, die sich (etwa hinsichtlich Definitionen, Grundgesamtheit, zeitlicher und räumlicher Abgrenzung) auf gleiche Sachverhalte beziehen, übereinstimmen oder widerspruchsfrei zueinander in Beziehung gesetzt werden können. Ergebnisabweichungen, die auch als Inkohärenzen bezeichnet werden, sollen untersucht und die Nutzer über auftretende Unterschiede und ihre Ursachen informiert werden.³⁾ Nicht zuletzt aus diesem Grund ist die Kohärenz unter der Überschrift „Bezüge zu

1) Die zugrunde liegenden Arbeiten wurden vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit den Statistischen Ämtern der Länder Baden-Württemberg, Berlin-Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen sowie des Saarlandes durchgeführt.

2) Einen – allerdings in Bezug auf den Mikrozensus nicht mehr ganz aktuellen – Überblick über das Datenangebot zur Erwerbstätigkeit in Deutschland gibt Lüken, S.: „Zur Fortentwicklung des Systems der Erwerbstätigenstatistiken“, Band 19 der Schriftenreihe „Spektrum Bundesstatistik“, Wiesbaden 2002, sowie Fritsch, S./Lüken, S.: „Erwerbstätigkeit in Deutschland“ in WiSta 2/2004, S. 139 ff.

3) Siehe Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): „Die Qualitätsstandards der amtlichen Statistik“, Wiesbaden 2006, S. 15.

anderen Erhebungen“ auch Bestandteil der für alle Bundesstatistiken regelmäßig aktualisierten Qualitätsberichte.⁴⁾

Von besonderem Interesse sind dabei stets Ergebnisabweichungen hinsichtlich der *Zahl* der Erwerbstätigen, hier insbesondere im Vergleich von Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, sowie des Ausmaßes der Erwerbslosigkeit, jeweils in der international vereinbarten Definition der ILO. Dieser Beitrag konzentriert sich schwerpunktmäßig auf die Jahresdurchschnittsergebnisse zu Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit, für die zunächst – gegliedert nach Themenbereichen – ein Vergleich mit verfügbaren Ergebnissen aus anderen Quellen vorgenommen wird.

Der Beitrag stellt zunächst die Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit sowie zu einer Reihe von Untergruppen von Erwerbstätigen dar (Kapitel 1). Kapitel 2 ist den Ergebnissen zur Erwerbslosigkeit, Arbeitsuche und registrierten Arbeitslosigkeit gewidmet. Das dritte und abschließende Kapitel gibt schließlich einen kurzen Überblick über den Hintergrund von Ergebnisabweichungen in Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und des Statistischen Bundesamtes.

1 Erwerbstätigkeit

Die Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit sind einer der zentralen Bereiche von Mikrozensus und EU-Arbeitskräfteerhebung. Viele nationale und internationale Indikatoren zur Beschäftigungspolitik basieren auf diesen Ergebnissen. Beispiel ist die Erwerbstätigenquote, die einen der zentralen Indikatoren in der sogenannten Lissabonner Strategie, aber auch in der Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union (EU) darstellt. Die Definition der Erwerbstätigkeit folgt dabei den Vorgaben der ILO, die für die Operationalisierung in den Arbeitskräfteerhebungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union näher konkretisiert wurden. Nach dieser Definition gilt als erwerbstätig, wer in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Bezahlung gearbeitet hat bzw. selbstständig ist oder als unbezahlt mithelfendes Familienmitglied gearbeitet hat. Ebenfalls wird als erwerbstätig gezählt, wer sich in einem festen Arbeitsverhältnis befindet, aber in der Berichtswoche (z. B. wegen Krankheit, Urlaub, Mutterschutz oder Elternzeit) nicht am Arbeitsplatz war. Als „festes Arbeitsverhältnis“ wird in diesem Zusammenhang gewertet, wenn die Abwesenheit vom Arbeitsplatz weniger als drei Monate beträgt. Wer drei Monate und länger vom Arbeitsplatz abwesend ist, gilt nur dann als erwerbstätig, wenn eine Fortzahlung von mindestens 50% des bisherigen Einkommens (als Lohn, Gehalt oder staatliche Leistung) erfolgt.⁵⁾

Zur Ermittlung der Zahl der Erwerbstätigen stehen in der amtlichen Statistik verschiedene Datenquellen zur Verfü-

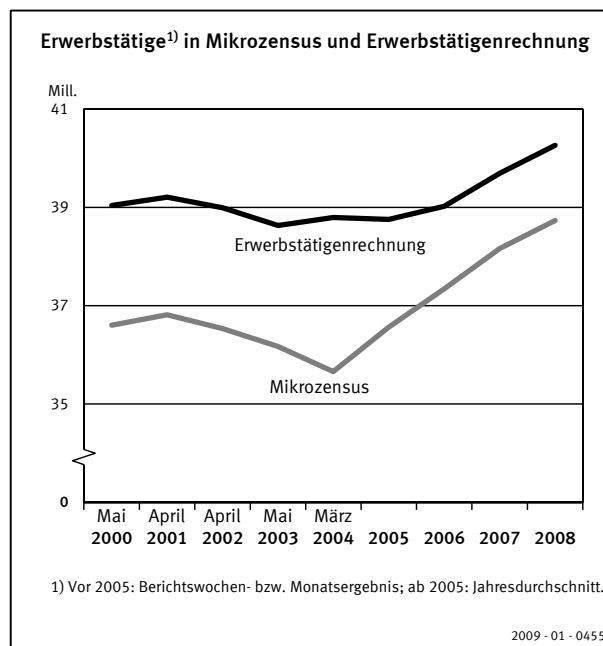
gung, die jeweils unterschiedliche Hauptnutzungsgebiete aufweisen. Zu nennen sind – im Hinblick auf die Zahl der Erwerbstätigen nach der Definition der ILO – in erster Linie die Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Mikrozensus (sowie die in diesen integrierte EU-Arbeitskräfteerhebung). Die Ergebnisvergleiche mit der Erwerbstätigenrechnung werden zunächst in Abschnitt 1.1 kurz dargestellt. Abschnitt 1.2 beleuchtet Unterschiede beider Statistiken hinsichtlich Definitionen, Methoden und Verfahren. Für Teilgruppen wie die geringfügig entlohnt Beschäftigten und die voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie für sozio-demografische Teilpopulationen sind zudem Vergleiche mit weiteren Statistiken sinnvoll, die in Abschnitt 1.3 näher dargestellt werden. Die spezifischen Aspekte bei der Betrachtung langer Reihen werden schließlich in Abschnitt 1.4 erörtert.

1.1 Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit im Vergleich

Für das Jahr 2008 weist die Erwerbstätigenrechnung 40,3 Mill. Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland aus.⁶⁾ Gegenüber dem Mikrozensus (38,7 Mill.) sind dies rund 1,5 Mill. Erwerbstätige mehr. Im Jahr 2004 hatte der Unterschied (bezogen auf den Berichtsmonat März) noch 2,8 Mill. Erwerbstätige betragen, seitdem ist er rückläufig (siehe Schaubild 1).

Da die Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nicht in sozio-demografischen Untergliederungen veröffentlicht wer-

Schaubild 1



4) Siehe Körner, T./Schmidt, J.: „Qualitätsberichte – ein neues Informationsangebot über Methoden, Definitionen und Datenqualität der Bundesstatistiken“ in WiSta 2/2006, S. 109 ff.

5) Zu den Details der Definition siehe auch Rengers, M.: „Das international vereinbarte Labour-Force-Konzept“ in WiSta 12/2004, S. 1369 ff. Zu beachten ist ferner, dass gegenwärtig die in Veröffentlichungen aus dem Mikrozensus verwendete Definition in wenigen Punkten von der bei Eurostat zugrunde gelegten Definition abweicht. Die nationalen Veröffentlichungen des Mikrozensus setzen alle genannten Kriterien der Definition um, wohingegen die den Eurostat-Veröffentlichungen zugrunde liegende Definition derzeit auf eine Unterscheidung von Personen mit Abwesenheit vom Arbeitsplatz und Lohnfortzahlung verzichtet (siehe Kapitel 3).

6) Stand: 26. Mai 2009.

den (sondern lediglich untergliedert nach Wirtschaftsbereichen sowie nach verschiedenen Erwerbstätigen Gruppen), sind Vergleiche hinsichtlich einzelner Untergruppen in vielen Fällen nur indirekt über die Nutzung anderer Quellen möglich. Ein Vergleich nach den in der Erwerbstätigenrechnung nachgewiesenen Gruppen von Erwerbstätigen deutet jedoch darauf hin, dass die Unterschiede vor allem die Gruppe der marginal Beschäftigten betreffen.⁷⁾ Während die Erwerbstätigenrechnung im Jahr 2008 rund 5,9 Mill. marginal Beschäftigte⁸⁾ ausweist, sind es im Mikrozensus nur knapp 4 Mill. Dagegen weist der Mikrozensus im Jahr 2008 rund 1 Mill. nicht-marginal beschäftigte Arbeitnehmer/-innen mehr aus als die Erwerbstätigenrechnung. Die Unterschiede bei den übrigen Gruppen (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte) sind dagegen eher gering, was insofern nicht verwundert, als die Erwerbstätigenrechnung den Mikrozensus für die Schätzung der Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen als zentrale Quelle nutzt. Die Abweichungen bei den marginal beschäftigten sowie den nicht marginal beschäftigten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen werden durch Ergebnisvergleiche mit den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die geringfügig entlohnt Beschäftigten bestätigt. Dies ist jedoch ebenfalls nicht erstaunlich, da die Beschäftigtenstatistik wiederum eine zentrale Quelle für die Schätzungen der Erwerbstätigenrechnung darstellt. Die entsprechenden Ergebnisse sowie Ursachen für die Abweichungen werden in den Abschnitten 1.3.1 und 1.3.2 im Detail dargestellt.

Als erstes Fazit lässt sich festhalten, dass sich die Ergebnisse von Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung teilweise deutlich unterscheiden, obwohl allenfalls geringe definitorische Unterschiede vorliegen. Das Ausmaß des Ergebnisunterschiedes ist dabei seit dem Jahr 2004 rückläufig, was auf eine Reihe von Verbesserungen bei Methoden und Verfahren im Mikrozensus zurückzuführen ist (siehe hierzu Abschnitt 1.4).

1.2 Hintergründe für die Ergebnisunterschiede zwischen Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung

Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen in sehr ähnlicher Definition dargestellt wird, haben Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung unterschiedliche Anwendungsgebiete. Daher unterscheiden sie sich grundlegend hinsichtlich der eingesetzten Methoden und Verfahren, was zu den erheblichen Ergebnisunterschieden führt. Dies ist bei der Betrachtung von Ergebnisunterschieden zu berücksichtigen. Dieser Abschnitt stellt die jeweiligen Hauptnutzungsgebiete von Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung im Überblick dar und erläutert die Unterschiede hinsichtlich Definitionen, Methoden und Verfahren. Die Übersicht im Anhang auf S. 552 stellt die wichtigsten Unterschiede zwischen Mikro-

zensus und Erwerbstätigenrechnung (sowie der in Abschnitt 1.3 behandelten Beschäftigtenstatistik) im Überblick dar.

1.2.1 Hauptnutzungszwecke von Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung

Während die Ergebnisse des Mikrozensus aus einer Haushaltsbefragung gewonnen werden, basiert die Erwerbstätigenrechnung auf einem Rechenmodell, das in das Gesamtkonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingepasst ist. Sie schätzt auf Basis aller verfügbaren Quellen (zurzeit etwa 50 Statistiken) monatlich die Zahl der Erwerbstätigen und liefert Ergebnisse für die Bevölkerung am Wohnort und am Arbeitsort sowie nach Stellung im Beruf und Wirtschaftszweig, aber ohne demografische Untergruppen. Die Ergebnisse eignen sich daher für

- die monatliche Abbildung der Erwerbstätigkeit im Kontext der Arbeitsmarkt- und Konjunkturentwicklung,
- die vierteljährliche und jährliche Abbildung der Erwerbstätigkeit im Kontext der Arbeitsmarkt- und Konjunktur-entwicklung sowie im Kontext der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen,
- die Darstellung der Gesamtzahl der Erwerbstätigen,
- internationale Vergleiche im makroökonomischen Zusammenhang und im Kontext der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Der Mikrozensus ist die größte amtliche Haushaltsbefragung in Deutschland. Im Rahmen des Mikrozensus wird jährlich ein Prozent der Bevölkerung zu einer Vielzahl von Merkmalen zu Haushaltszusammensetzung, Erwerbsbeteiligung, Bildung, Einkommen und anderen, sehr vielfältigen Themenbereichen mit Auskunftspflicht befragt. Daher sind Auswertungen zu einer sehr großen Zahl verschiedener Untergruppen und Themenbereiche möglich. Der Mikrozensus eignet sich für

- über die Darstellungen der Erwerbstätigenrechnung hinausgehende untergliederte Strukturergebnisse zur Betrachtung von einzelnen Bevölkerungsgruppen (z. B. nach Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss, Migrationshintergrund),
- themenübergreifende Auswertungen auf Basis des Einzelmaterials (z. B. Bildung und Erwerbstätigkeit; Staatsangehörigkeit und Beruf; Familie und Beruf),
- die Darstellung unterschiedlicher Formen von Erwerbstätigkeit (z. B. befristete Arbeitsverträge, Arbeitszeit, Nachtarbeit, Schichtarbeit, berufliche Weiterbildung), sowie
- internationale Vergleiche im Rahmen der EU-Arbeitskräfteerhebung.

⁷⁾ Als marginal beschäftigt gelten in der Erwerbstätigenrechnung insbesondere Personen, die ausschließlich einer oder mehreren geringfügigen Beschäftigung(en) im Sinne des Sozialgesetzbuches (sog. „400-Euro-Jobs“ sowie kurzfristigen Beschäftigungen) nachgehen oder in Arbeitsgelegenheiten (sog. „1-Euro-Jobs“) beschäftigt sind.

⁸⁾ Stand: 26. Mai 2009.

1.2.2 Definitivische Unterschiede

Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung weisen nur geringe definitivische Unterschiede auf. Während sich der Mikrozensus stets auf die Bevölkerung am Wohnort bezieht (Inländerkonzept), veröffentlicht die Erwerbstätigenrechnung auch Ergebnisse für die Erwerbstätigen am Arbeitsort (Inlandskonzept). Bei Vergleichen von Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung sollte stets das Ergebnis nach dem Inländerkonzept verwendet werden, das auch (bei etwas geringerer Aktualität als auf Bundesebene) nach Bundesländern differenziert vorliegt. Sofern nur das Ergebnis nach dem Inlandskonzept vorliegt, sollte auf diesen definitivischen Unterschied hingewiesen und nach Möglichkeit die (geringe) Auswirkung auf die Zahl der Erwerbstätigen näherungsweise quantifiziert werden.⁹⁾

Abweichungen ergeben sich in jedem Fall bei der Untergliederung nach Wirtschaftszweigen, die in der Erwerbstätigenrechnung nur nach dem Inlandskonzept berechnet wird. Hier kommt als weiterer Unterschied hinzu, dass die Erwerbstätigenrechnung den Wirtschaftszweig nach dem Unternehmenskonzept nachweist, während der Mikrozensus das Betriebskonzept zugrunde legt.

Im Unterschied zum Mikrozensus (und abweichend von der Umsetzung des Labour-Force-Konzeptes in der EU-Arbeitskräfteerhebung) erfasst die Erwerbstätigenrechnung im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 auch Erwerbstätige im Alter unter 15 Jahren. Dies hat allerdings nur minimale Auswirkungen auf die Zahl der Erwerbstätigen.

1.2.3 Methodische und technisch-organisatorische Unterschiede

Die für die Erstellung der Statistiken verwendeten Methoden und Verfahren sind auf den jeweiligen Hauptnutzungszweck ausgerichtet und unterscheiden sich fundamental. Die Unterschiede bei Methoden und Verfahren sind die wichtigste Erklärung für die Ergebnisabweichungen (siehe die Übersicht im Anhang auf S. 552).

Die Erwerbstätigenrechnung schätzt die Zahl der Erwerbstätigen unter Verwendung aller verfügbaren Quellen, wobei jeweils die für einen bestimmten Bereich oder Aspekt am besten geeignete Quelle prioritär herangezogen wird. Insgesamt fließen in die Erwerbstätigenrechnung Daten zur Erwerbstätigkeit aus etwa 50 verschiedenen Quellen ein. Statistisch schwierig zu erfassende Bereiche (wie etwa kleinere Tätigkeiten im Bereich der häuslichen Dienste) werden auf Grundlage der jeweils verfügbaren Informationen geschätzt. Dies führt zu einer vollständigen Abdeckung aller Bereiche von Erwerbstätigkeit, hat aber auch zur Folge, dass nur wenige Ergebnisuntergliederungen bereitgestellt werden können (59 Wirtschaftszweige, 3 Stellungen im Beruf). Um kurzfristige konjunkturelle Veränderungen zuverlässig darstellen zu können, arbeitet die Erwerbstätigenrech-

nung mit einem Fortschreibungsansatz. Bei Vorliegen neuer aktueller oder vervollständigter Informationen wird im Allgemeinen jeweils zum Quartalsende die Zeitreihe des aktuellen Jahres revidiert und einmal jährlich (im August) zusätzlich die Ergebnisse der letzten vier Jahre. Somit kommen die jeweils aktuell verfügbaren Informationen zum Einsatz. Die Genauigkeit vorläufiger Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung wird dementsprechend durch den Indikator der „Mittleren absoluten Revision“ (MAR) angegeben. Dieser wird bei Gesamtrechnungen allgemein verwendet und gibt an, in welchem Umfang sich die erste Veröffentlichung durch spätere Revisionen noch verändert. Die jeweiligen Fehler der Erwerbstätigenrechnung zugrundeliegenden Quellen werden bei der Quellenauswahl und der Gestaltung des Schätzverfahrens berücksichtigt, können aber in der Summe nicht exakt quantifiziert werden. Die Erwerbstätigenrechnung ist in das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingebunden, das heißt die Ergebnisse sind konsistent mit den anderen Bereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (z. B. Bruttowertschöpfung, Arbeitnehmerentgelt, Durchschnittsverdienst, Arbeitsproduktivität).

Die Ergebnisse des Mikrozensus werden durch eine Haushaltsbefragung gewonnen, die im Laufe eines Jahres kontinuierlich bei einem Prozent der Bevölkerung in Deutschland durchgeführt wird. Da die Teilnahme an der Befragung verpflichtend ist, werden auch Bevölkerungsgruppen abgedeckt, die üblicherweise bei Befragungen schwierig zu erreichen sind (z. B. Migranten). Der Fragebogen enthält eine Fülle von Merkmalen aus unterschiedlichen Bereichen, die bei Auswertungen miteinander kombiniert werden können. Somit ist die Bereitstellung von Ergebnissen für unterschiedliche Fragestellungen möglich. Die Größe der Stichprobe ermöglicht auch (im Vergleich zu anderen Stichprobenerhebungen) fachlich und regional tief gegliederte Auswertungen. Dennoch sind Ergebnisse von Befragungen stets mit einer gewissen Unschärfe verbunden. So ist zum einen zu beachten, dass es sich beim Mikrozensus um eine Stichprobe handelt. Die Ergebnisse sind daher mit dem Stichprobenzufallsfehler behaftet, was insbesondere bei den Ergebnissen für kleinere Teilpopulationen zu berücksichtigen ist. Die Ergebnisse des Mikrozensus werden – untergliedert nach Altersgruppen und Geschlecht – bei der Hochrechnung u. a. an Eckwerte aus der laufenden Bevölkerungsfortschreibung angepasst. Durch den langen zeitlichen Abstand zur letzten Volkszählung im Jahr 1987 im früheren Bundesgebiet und 1981 in der ehemaligen DDR dürften diese fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen überhöht sein, was sich auch in allen Ergebnissen des Mikrozensus niederschlägt. Zum anderen treten bei statistischen Erhebungen Messfehler, Fehler aufgrund von Antwortausfällen und Fehler durch die Erfassungsgrundlage auf. Messfehler treten zum Beispiel bei Erhebungsmerkmalen auf, deren Erfassung aus unterschiedlichen Gründen in einer Befragung problematisch ist. So sind zum Beispiel kleinere Jobs, Nebentätigkeiten oder auch Tätigkeiten im Graubereich zur Schwarzarbeit erfahrungsgemäß in Haushaltsbefragungen kaum vollständig zu erfassen. Dies wirkt sich mittelbar auch auf andere

⁹⁾ Im Jahr 2008 betrug die Zahl der Erwerbstätigen gemäß Erwerbstätigenrechnung nach dem Inländerkonzept 40,263 Mill. Personen gegenüber 40,330 Mill. Personen nach dem Inlandskonzept (Stand: 26. Mai 2009).

Ergebnisse aus, zum Beispiel auf Anteile nach Voll- oder Teilzeitbeschäftigung oder nach Geschlecht.

1.3 Untergruppen von Erwerbstätigen im Mikrozensus

Neben der Möglichkeit von Vergleichen der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt zwischen Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung bieten sich auf Basis anderer Datenquellen auch eine Reihe von Vergleichsmöglichkeiten hinsichtlich von Untergruppen von Erwerbstätigen an. Derartige Vergleiche liefern wichtige Hinweise für die Interpretation der Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit sowie zur Weiterentwicklung des Mikrozensus. Sie ermöglichen zudem Vergleiche der sozio-demografischen Zusammensetzung einzelner Beschäftigtengruppen.

Die Möglichkeit von Vergleichen wird allerdings eingeschränkt durch die Unterschiede, die die jeweils betrachteten Datenquellen hinsichtlich der definitorischen Abgrenzungen, der jeweiligen Operationalisierung sowie der eingesetzten Methoden und Verfahren aufweisen. Für Vergleiche von Untergruppen von Erwerbstätigen bietet sich vor allem die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der geringfügig entlohnt Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit an.

Wichtige Anhaltspunkte – insbesondere zur Erfassung kleinerer Erwerbstätigkeiten – liefert die im Jahr 2008 durchgeführte Nachbefragung von Mikrozensus-Befragten.¹⁰⁾ Ferner können die Ergebnisse des Mikrozensus zur Erwerbstätigkeit nach sozio-demografischen Teilgruppen auch mit anderen Bevölkerungsstichproben verglichen werden.

Dieser Abschnitt stellt die Möglichkeiten und Grenzen von Ergebnisvergleichen für die einzelnen Untergruppen von Erwerbstätigen dar und diskutiert ausgewählte Ergebnisunterschiede.

1.3.1 Voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die prioritäre Datenquelle für die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik). Diese Quelle wird allgemein als sehr zuverlässig angesehen, da An- und Abmeldungen für die Arbeitgeber mit finanziellen Folgen verbunden sind. Allerdings bietet die Beschäftigtenstatistik im Vergleich zum Mikrozensus ein geringeres Merkmalsangebot, sodass insbesondere für die Auswertung zu bestimmten sozio-demografischen Teilpopulationen (z. B. nach Bildungsabschluss, Migrationshintergrund oder dem Haushaltszusammenhang) die Nutzung des Mikrozensus sinnvoll und notwendig ist, auch wenn die Operationalisierung der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Mikrozensus gewisse Unschärfen mit sich bringt.

Bei Vergleichen zwischen Mikrozensus und Beschäftigtenstatistik sind zunächst eine Reihe definitorischer und methodischer Unterschiede zu beachten (siehe auch die Übersicht im Anhang auf S. 552):

- Die Gruppe der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kann im Mikrozensus nur näherungsweise abgegrenzt werden. Während die Beschäftigtenstatistik direkt auf das Gemeinsame Meldeverfahren zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung zurückgreift, wird im Mikrozensus – indirekt – die Zahl der Erwerbstätigen mit Stellung im Beruf „Angestellter“, „Arbeiter“ oder „Auszubildender“ zugrunde gelegt. Um nur die voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu erhalten, werden in einem zweiten Schritt alle im Mikrozensus als ausschließlich geringfügig Beschäftigte identifizierten Personen von dieser Gruppe abgezogen. Damit hängt die Erfassung der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Mikrozensus indirekt von der Erfassung der geringfügigen Beschäftigung ab. Die Erfassung des mitunter komplexen sozialrechtlichen Sachverhaltes der geringfügigen Beschäftigung in einer Haushaltsbefragung hat sich in der Vergangenheit jedoch als problematisch herausgestellt (siehe Abschnitt 1.3.2).

- Die Ergebnisse des Mikrozensus werden – untergliedert nach Altersgruppen und Geschlecht – u. a. an Eckwerte aus der laufenden Bevölkerungsfortschreibung angepasst. Durch den langen zeitlichen Abstand zur letzten Volkszählung im Jahr 1987 im früheren Bundesgebiet und 1981 in der ehemaligen DDR dürften diese fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen überhöht sein (Überschätzung laut Zensussterhebung im Jahr 2001: etwa 1,3 Mill.), was sich auch in allen Ergebnissen des Mikrozensus niederschlägt. Wie sich dieser Effekt bei Vergleichen mit der Beschäftigtenstatistik insbesondere im Hinblick auf bestimmte Teilpopulationen auswirkt, ist jedoch erst nach Vorliegen der Ergebnisse aus dem Zensus 2011 einzuschätzen.

Da Registerdaten nicht auf einer Stichprobe basieren und eine Anpassung (z. B. an die laufende Bevölkerungsfortschreibung) entfällt, treten Fehler im Zusammenhang mit der Hochrechnung hier nicht auf.

- Die Datenerhebungsmethoden unterscheiden sich grundlegend (Verwaltungsdatenauszahlung, gestützt auf Meldungen der Arbeitgeber, gegenüber Bevölkerungsbefragung), was Einschränkungen bei der Vergleichbarkeit der Ergebnisse erwarten lässt.

- Außerdem unterscheidet sich der zeitliche Bezug: Die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik beziehen sich jeweils auf den letzten Tag eines Monats bzw. Quartals, während für den Mikrozensus Jahres- und Quartalsdurchschnittsergebnisse angegeben werden. Bei den hier genannten Vergleichen wurden jeweils die Ergebnisse der Beschäf-

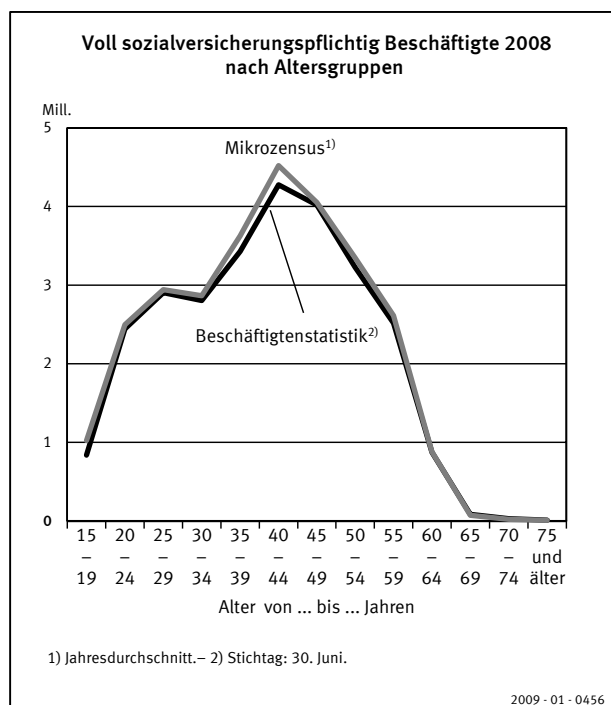
10) In der Nachbefragung wurden von April bis Juli 2008 rund 4 000 Mikrozensus-Teilnehmende kurz nach dem Mikrozensusinterview erneut befragt. Die Nachbefragung wurde mit einem auf die Erfassung kleinerer Erwerbstätigkeiten optimierten Erhebungsinstrument durchgeführt, um im Mikrozensus nicht erfasste kleinere Tätigkeiten feststellen zu können. Zudem wurden auch Personen direkt befragt, für die aus dem Mikrozensus stellvertretend von anderen Haushaltsmitgliedern gemachte Angaben (Proxy-Interviews) vorlagen, um entsprechende Effekte untersuchen zu können. Siehe Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): „Ergebnisse der Nachbefragung im Mikrozensus/Labour Force Survey“, Wiesbaden 2008, sowie Köhne-Finster, S./Lingnau, A.: „Untersuchung der Datenqualität erwerbsstatistischer Angaben im Mikrozensus“ in WiSta 12/2008, S. 1067 ff.

tigtenstatistik zum Stichtag 30. Juni den Jahresdurchschnittsergebnissen des Mikrozensus gegenübergestellt. Die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik zum Stichtag 30. Juni unterscheiden sich jedoch allenfalls geringfügig vom Jahresergebnis der Beschäftigtenstatistik.¹¹⁾

Im Mikrozensus wurden im Jahr 2005 etwa 500 000 voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mehr erfasst als in der Beschäftigtenstatistik, bis 2008 erhöhte sich die Differenz auf 1 Mill. Personen. Die Differenz geht überwiegend auf Männer zurück (im Jahr 2008 etwa 800 000).

Betrachtet man die Anteile von voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Altersklassen, so passen die Ergebnisse aus beiden Quellen insgesamt gut zueinander (siehe Schaubild 2). Die (insgesamt geringen) Unterschiede

Schaubild 2



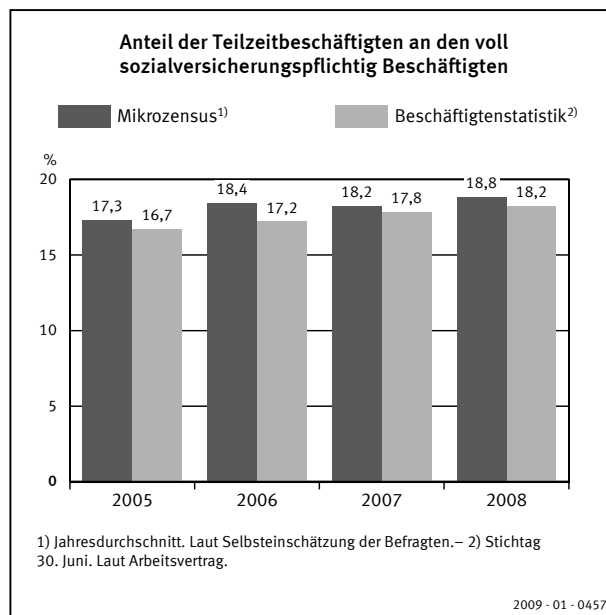
zwischen Mikrozensus und Beschäftigtenstatistik lagen im Jahr 2008 vor allem in den Altersgruppen 15 bis 19 Jahre (für die das Ergebnis des Mikrozensus etwa 20% über dem der Beschäftigtenstatistik liegt) und 35 bis 44 Jahre (Mikrozensus bis zu 4% über Beschäftigtenstatistik). Die im Verhältnis größten Abweichungen sind bei der Zahl der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 65 und mehr Jahren zu verzeichnen, für die das Ergebnis des Mikrozensus etwa 20% unter dem der Beschäftigtenstatistik liegt. Diese Gruppe umfasst allerdings nur sehr wenige Fälle.

Die Ergebnisse nach Staatsangehörigkeit weichen dagegen etwas stärker voneinander ab: Der Anteil der deutschen Beschäftigten ist im Mikrozensus konstant um etwa 2% ge-

ringer als in der Beschäftigtenstatistik, was etwa 300 000 Beschäftigten entspricht. Zugleich werden im Mikrozensus geringfügig mehr voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit türkischer Staatsangehörigkeit nachgewiesen und deutlich mehr mit anderen nicht-deutschen Staatsangehörigkeiten: Der Anteil türkischer Beschäftigter liegt im Mikrozensus gut 5%, der von Beschäftigten mit anderer ausländischer (also nicht türkischer) Staatsangehörigkeit mehr als 30% über dem jeweiligen Anteil in der Beschäftigtenstatistik.

Die Anteile der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Voll- und Teilzeit unterscheiden sich zwischen Mikrozensus und Beschäftigtenstatistik leicht. Der Mikrozensus weist dabei geringfügig mehr voll sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte aus. Hinsichtlich der Altersgruppen treten allerdings bei den Teilzeitbeschäftigten deutlichere Unterschiede auf, während die Altersstrukturen der Vollzeitbeschäftigten sehr gut übereinstimmen. Auffallend ist, dass zugleich der Anstieg der Zahl der Teilzeitbeschäftigten im Jahr 2006 im Mikrozensus deutlich stärker ausfällt als in der Beschäftigtenstatistik, im Jahr 2007 aber im Unterschied zur Beschäftigtenstatistik sogar ein Rückgang zu verzeichnen ist (siehe Schaubild 3).

Schaubild 3



Bei Vergleichen zu Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten ist auch auf Probleme der definitorischen Abgrenzung hinzuweisen. Aus der Beschäftigtenstatistik steht einerseits die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit einer vertraglichen Arbeitszeit von weniger als 18 Stunden zur Verfügung, die sich zum Vergleich mit dem Mikrozensus grundsätzlich eignet, allerdings nur einen kleinen Teil der Teilzeitbeschäftigten erfasst. Im Falle der Beschäftigtenstatistik wird die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit zugrunde gelegt, während

11) Bezogen auf die monatlichen Ergebnisse zeigen Testauswertungen der Beschäftigtenstatistik darüber hinaus auch, dass sich die Stichtagsergebnisse nicht signifikant von den durchschnittlichen Monatsergebnissen der Beschäftigtenstatistik, die auf Grundlage tagesgenauer Bestandsauszählungen ermittelt wurden, unterscheiden.

im Mikrozensus die normalerweise (oder aber tatsächlich) geleistete Arbeitszeit verwendet wird. Zu beachten ist, dass die Erfassung der normalerweise geleisteten Arbeitsstunden im Mikrozensus offenkundig mit gewissen Rundungseffekten verbunden ist. Relevant ist dies hier insofern, als die Ausprägungen 17, 18 und 19 Stunden nur mit vergleichsweise wenigen Fällen besetzt sind, die Ausprägung 20 Stunden jedoch sehr stark. Daneben bietet die Beschäftigtenstatistik die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in der Abgrenzung nach Vertragsart, die mit der im Mikrozensus erfragten Selbsteinschätzung der Befragten verglichen wurde, was allerdings ebenfalls zu gewissen Unschärfen führen kann. Bei dem Vergleich der Angaben nach Vertragsart (Beschäftigtenstatistik) mit der Selbsteinschätzung (Mikrozensus) ist zudem zu beachten, dass Personen mit einer normalerweise geleisteten Arbeitszeit von mehr als 31 Stunden im Mikrozensus bis einschließlich 2008 im Rahmen der Plausibilitätsprüfung grundsätzlich als Vollzeitbeschäftigte gekennzeichnet wurden.

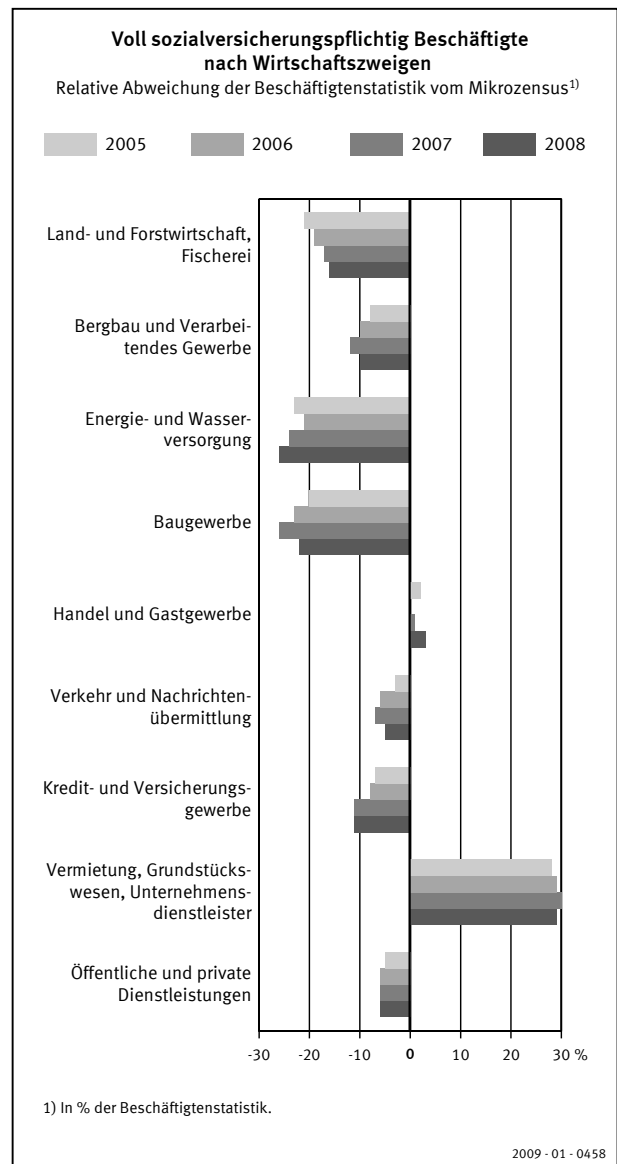
Analysen deuten darauf hin, dass ein Teil der Ergebnisabweichungen auf Hochrechnungseffekte zurückzuführen sein könnte, die sich durch die Anpassung der Ergebnisse des Mikrozensus an Eckwerte aus der laufenden Bevölkerungsfortschreibung sowie (für die Bevölkerung mit türkischer Staatsangehörigkeit) aus dem Ausländerzentralregister ergeben. Die Anpassung führt zu unterschiedlichen Effekten, die sich vermutlich auch in den Ergebnisabweichungen niederschlagen:¹²⁾

- Die Bevölkerungszahl der laufenden Bevölkerungsfortschreibung war laut Zensustesterhebung im Jahr 2001 um etwa 1,3 Mill. Personen überhöht. Daher ist es plausibel anzunehmen, dass sich dies auch auf die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen im Mikrozensus auswirkt.
- Die höheren Ergebnisse des Mikrozensus für die Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen hängen möglicherweise mit der Anpassung an die Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung nach Altersgruppen zusammen. Ein Verzicht auf die Anpassung nach Altersgruppen führt jedenfalls zu deutlich reduzierten Ergebnisunterschieden in der Altersstruktur. Nähere Aussagen hierzu sind aber erst nach Vorlage der Ergebnisse aus dem Zensus 2011 möglich.
- Am deutlichsten sind die Hinweise auf Hochrechnungseffekte bei den Ergebnissen der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Staatsangehörigkeit. Die ungewichteten Daten des Mikrozensus zeigen anteilig ähnliche Ergebnisse wie die Beschäftigtenstatistik. Die hochgerechneten Daten hingegen weisen vor allem für die nicht-türkischen ausländischen Beschäftigten einen höheren Anteil auf. Dies könnte ebenfalls an der neuen Hochrechnung liegen, in der die türkische Bevölkerung an Eckwerte aus dem Ausländerzentralregister angepasst wird. Eine Verzerrung bei der Gruppe der übrigen Ausländer könnte dadurch entstehen, dass bei der Schätzung

der Eckwerte sowohl die laufende Bevölkerungsfortschreibung als auch das Ausländerzentralregister verwendet wird, die hinsichtlich der deutschen und nicht-deutschen Bevölkerung voneinander abweichen.

Erhebliche Unterschiede zwischen Mikrozensus und Beschäftigtenstatistik zeigen sich schließlich für die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen. Bei entsprechenden Vergleichen ist allerdings zu beachten, dass sich Mikrozensus und Beschäftigtenstatistik sowohl definitorisch als auch hinsichtlich der Operationalisierung unterscheiden: Während die Beschäftigtenstatistik den Wirtschaftszweig bezogen auf die Betriebsstätte erfasst, wird im Mikrozensus nach Betriebskonzept erhoben. Wie sich dieser Unterschied auswirkt, ist

Schaubild 4



12) Zum Hochrechnungsverfahren des Mikrozensus siehe Afentakis, A./Bihler, W.: „Das Hochrechnungsverfahren beim unterjährigen Mikrozensus ab 2005“ in WiSta 10/2005, S. 1039 ff., sowie Iversen, K.: „Auswirkungen der neuen Hochrechnung für den Mikrozensus ab 2005“ in WiSta 8/2007, S. 739 ff.

allerdings schwer zu quantifizieren, zumal sich auch die Operationalisierung unterscheidet: Der Mikrozensus erhebt den Wirtschaftszweig mit einer offenen Frage (und direkter Verschlüsselung durch den Interviewer) mittels Selbsteinschätzung der Befragten nach dem Betriebskonzept. Dabei ist zu vermuten, dass die Befragten ihre Antworten teilweise nicht auf den Betrieb beziehen, sondern eher auf das Unternehmen oder aber auf die ausgeübte Tätigkeit. Die Beschäftigtenstatistik erfasst dagegen die Wirtschaftszweige durch Meldung des Arbeitgebers bei der Betriebsnummernvergabe, wobei meist der wirtschaftliche Schwerpunkt der Betriebsstätte hilfsweise nach der Zahl der Beschäftigten bestimmt wird.

Diese Unterschiede in der Erfassung des Wirtschaftszweigs schlagen sich in abweichenden Ergebnissen nieder. Der Mikrozensus zeigt im Vergleich zur Beschäftigtenstatistik etwa 20 % mehr Beschäftigte in den Bereichen des Produzierenden Gewerbes, der Land- und Forstwirtschaft, der Energie- und Wasserversorgung sowie im Baugewerbe (siehe Schaubild 4). Die Beschäftigtenstatistik weist dagegen etwa 30 % mehr Beschäftigte im Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen und unternehmensbezogene Dienstleistungen“ auf als der Mikrozensus. Hinsichtlich des zuletzt genannten Wirtschaftszweiges dürfte die Zuordnung von Leiharbeitern (teilweise zum Wirtschaftszweig des entleihenden Betriebes und nicht zu dem des Betriebes des Zeitarbeitsunternehmens) einen kleinen Teil der Differenz erklären.

Für die Gruppe aller Erwerbstätigen (und nicht allein der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) zeigt ein Vergleich des Mikrozensus mit der Erwerbstätigenrechnung ähnliche Unterschiede. So weist der Mikrozensus im Produzierenden Gewerbe und im Baugewerbe eine höhere Zahl Erwerbstätiger nach, die Erwerbstätigenrechnung zeigt höhere Erwerbstätigenzahlen in den Wirtschaftszweigen „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“ sowie „Handel und Gastgewerbe“. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die Erwerbstätigenrechnung die Anzahl geringfügig Beschäftigter umfassender nachweist, und diese vor allem in den genannten Branchen beschäftigt sind.

1.3.2 Geringfügig entlohnt Beschäftigte

Neben den voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind auch für die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten differenzierte Ergebnisvergleiche zwischen Mikrozensus und Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit möglich. Im Meldeverfahren zur Sozialversicherung sind seit dem 1. April 1999 für geringfügig entlohnt beschäftigte Arbeitnehmer/-innen (mit pauschalierten Beiträgen) grundsätzlich die gleichen Meldungen zu erstatten wie für voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, das heißt es müssen An- und Abmeldungen sowie Jahres- und Unterbrechungsmeldungen abgegeben werden. Aufgrund der für Befragte zum Teil schwer verständlichen sozialrechtlichen Regelungen und vor dem Hintergrund der umfassenden Meldepflichten der Arbeitgeber in Verbindung mit den Überprüfungsmöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit sind die Meldungen der Arbeitgeber grundsätzlich besser für die Ermittlung der Zahl der geringfügig entlohnt Beschäftigten geeignet als die Angaben in einer Haushaltsbefragung wie dem Mikrozensus. Dies gilt zumindest für das Ziel, den Bestand der geringfügig entlohnt Beschäftigten gemäß der gesetzlichen Definition nach dem Sozialgesetzbuch abzubilden. Problematisch ist hingegen die Erfassung der Bestandszahlen für kurzfristig Beschäftigte im Rahmen des Meldeverfahrens zur gesetzlichen Sozialversicherung, weil für diese Beschäftigtengruppe keine Jahresmeldungen abzugeben sind. Kurzfristig Beschäftigte sind deshalb derzeit nicht in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zur geringfügigen Beschäftigung enthalten.

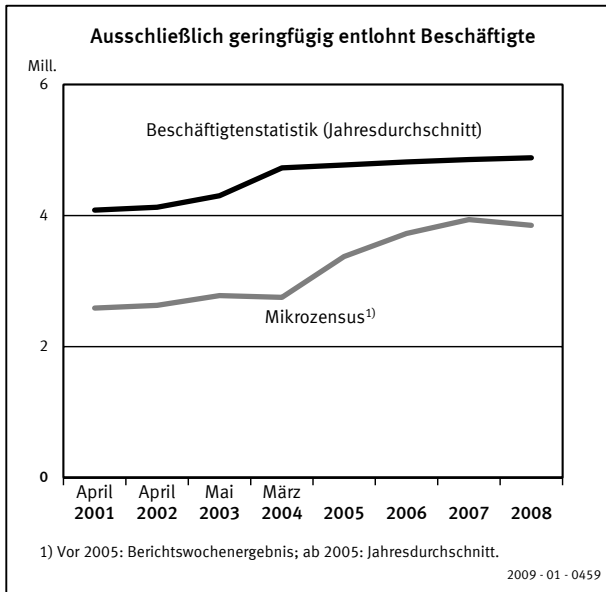
Auf Basis dieser Meldungen veröffentlicht die Bundesagentur für Arbeit – wie bei der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung – nach einer Wartezeit von sechs Monaten Monats- und Quartalsergebnisse der geringfügig entlohnt Beschäftigten. Die Wartezeit dient einer möglichst zuverlässigen Abbildung der jeweiligen Bestandszahlen zum Monats- bzw. Quartalsende. Dadurch können auch verspätete Meldungen, Stornierungen und Berichtigungen bereits unterjährig teilweise berücksichtigt werden. Um zugleich dem Bedarf an zeitnahen Informationen gerecht zu werden, werden zusätzlich nach einer Wartezeit von zwei und drei Monaten die Eckzahlen der Beschäftigtenstatistik auf einen vorläufigen 6-Monatswert hochgerechnet.

Zu beachten ist, ähnlich wie bei den voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die unterschiedliche Operationalisierung im Mikrozensus. Der Mikrozensus ermittelt die Zahl der geringfügig Beschäftigten über eine Selbsteinschätzung der Befragten, denen die Meldung ihres Arbeitgebers zur Sozialversicherung möglicherweise nicht immer bewusst ist. In den Ergebnissen des Mikrozensus sind Erwerbstätige (ausgenommen Auszubildende, Soldatinnen und Soldaten, Grundwehr- und Zivildienstleistende) enthalten, die angeben, eine geringfügige Tätigkeit als Haupttätigkeit auszuüben. Dies kann auch eine kurzfristige Tätigkeit im Sinne des Sozialgesetzbuches sein (eine Unterscheidung dieser Gruppe ist jedoch erst ab dem Mikrozensus 2009 möglich). Hierdurch werden die Ergebnisabweichungen zwischen Mikrozensus und Beschäftigtenstatistik tendenziell etwas unterzeichnet.

Die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit und des Mikrozensus zur Zahl und Struktur der geringfügig Beschäftigten weisen deutliche Abweichungen auf, die allerdings seit dem Jahr 2004 erheblich reduziert werden konnten. So waren im Jahr 2008 laut Beschäftigtenstatistik über 4,9 Mill. Personen ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigt, während dies laut Mikrozensus auf gut 3,9 Mill. Personen zutraf. Im Vergleich zur Beschäftigtenstatistik verringerte sich die Differenz bei der Anzahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten von 2 Mill. im Jahr 2004 über 1,3 Mill. im Jahr 2005 und 1,1 Mill. im Jahr 2006 auf 0,9 Mill. im Jahr 2007. Im Jahr 2008 erhöhte sich die Differenz wieder leicht auf 1,0 Mill. Personen. Die Ursachen hierfür sind jedoch im Einzelnen noch zu untersuchen (siehe Schaubild 5).

Die Verringerung der Ergebnisabweichung ist auf eine Reihe von Maßnahmen zurückzuführen, die die Erfassung insbesondere kleinerer Erwerbstätigkeiten im Mikrozensus ver-

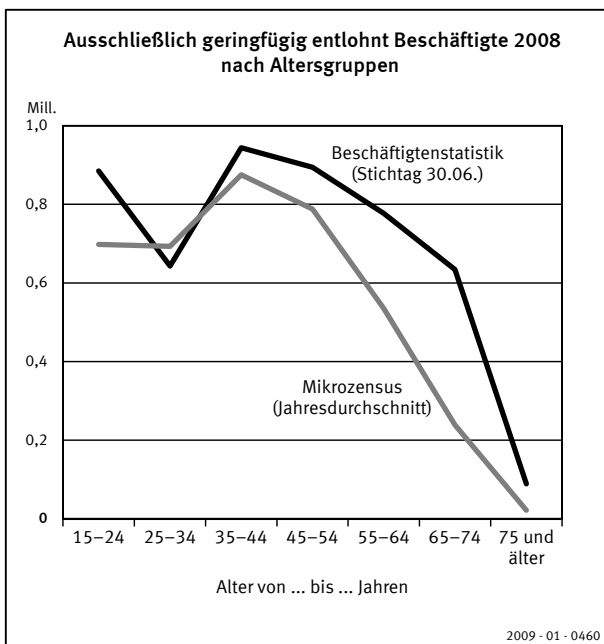
Schaubild 5



bessern und im Zuge der Umstellung des Mikrozensus auf eine kontinuierliche Erhebung seit dem Jahr 2005 umgesetzt wurden. U. a. sind dies eine verbesserte Gestaltung des Fragebogens und eine bessere Vorbereitung der Interviewer auf die Erfassung des Erwerbsstatus nach dem Labour-Force-Konzept der ILO. Zudem wurden im Zuge der Umstellung auf die kontinuierliche Erhebung eine Reihe methodischer Neuerungen eingeführt, die sich ebenfalls positiv auf die Erfassung kleinerer Erwerbstätigkeiten ausgewirkt haben (z. B. flächendeckender Einsatz von Laptop-Interviews, Reduzierung des Interviewerstamms).

Die verbleibende Ergebnisdifferenz verteilt sich recht ungleichmäßig auf die verschiedenen Altersgruppen und nach Geschlecht (siehe Schaubild 6). Während es im Jahr

Schaubild 6



2008 bei den Altersgruppen der 25- bis 54-Jährigen keine größeren Abweichungen gibt, weist die Beschäftigtenstatistik vor allem in den Altersgruppen der 15- bis 24-Jährigen, der 55- bis 64-Jährigen und der 65- bis 74-Jährigen deutlich mehr ausschließlich geringfügig Beschäftigte aus als der Mikrozensus. Bei den 15- bis 24-Jährigen und den 55- bis 64-Jährigen liegen die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik um etwa ein Drittel über denen des Mikrozensus. Bei den 65- bis 74-Jährigen liegt die Beschäftigtenstatistik sogar um mehr als 150% über dem Mikrozensus. Insbesondere bei den Älteren sind die Unterschiede bei den Männern darüber hinaus deutlich ausgeprägter als bei den Frauen.

Die beträchtlichen Abweichungen sind auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen und beruhen allgemein auf Unterschieden hinsichtlich der eingesetzten Methoden und Verfahren. Der Mikrozensus operationalisiert geringfügige Beschäftigung über die Selbsteinschätzung des Befragten, das heißt eine geringfügige Beschäftigung kann nur dann erfasst werden, wenn diese dem Befragten im Interview bewusst ist und dieser auch bereit ist, darüber Auskunft zu geben. Eine geringfügige Beschäftigung wird erfahrungsgemäß zum Beispiel in folgenden Situationen nicht immer angegeben:

- Der Befragte orientiert sich an seinem Hauptstatus, das heißt wer hauptsächlich Schüler/-in, Student/-in oder Rentner/-in ist, gibt in der Befragung einen kleinen Nebenjob vermutlich nicht in jedem Fall an (Hauptstatusthese).
- Der Befragte ist sich im Fall stellvertretender Auskunftserteilung für andere Haushaltsmitglieder (Proxyinterview) unsicher über den Status anderer Haushaltsmitglieder (Proxythese).
- Eine geringfügige Beschäftigung wird möglicherweise verschwiegen, wenn es sich um eine missbräuchliche Meldung als geringfügig Beschäftigter handelt oder der Befragte sich diesbezüglich unsicher ist (Missbrauchsfolgenthese).
- Der Befragte (oder der Interviewer) kann versuchen, das Interview bei kleinen Tätigkeiten abzukürzen (Effizienzthese). Diese These konnte bei der Nachbefragung des Jahres 2008 nicht überprüft werden.
- Denkbar ist schließlich, dass geringfügig Beschäftigte im Mikrozensus zwar als Erwerbstätige erfasst werden, sich aber nicht als geringfügig Beschäftigte klassifizieren (Fehlklassifikationsthese). Untersuchungen des Mikrozensus deuten jedoch darauf hin, dass die Fehlklassifikationsthese vermutlich nur einen kleinen Teil der Ergebnisdifferenz zwischen Mikrozensus und Beschäftigtenstatistik bei den geringfügig Beschäftigten zu erklären vermag.

Die Ergebnisse der Nachbefragung, die im Jahr 2008 durchgeführt wurde, ermöglichen eine grobe Einschätzung der empirischen Relevanz dieser Thesen. So hat sich gezeigt, dass insbesondere bei Personengruppen, deren überwiegender sozialer Status „nicht erwerbstätig“ ist, in der Nachbefragung Erwerbstätigkeiten festgestellt werden konnten,

die im Mikrozensus unentdeckt geblieben sind. Dies trifft vor allem auf Schüler/-innen und registrierte Arbeitslose, aber auch auf Rentner/-innen, Studierende sowie Hausfrauen/-männer zu. Ob es sich dabei in jedem Fall um (gemeldete) geringfügige Beschäftigungen handelt, kann allerdings nicht immer festgestellt werden. Ebenfalls kann nicht exakt quantifiziert werden, ob die Ergebnisse der Nachbefragung den Ergebnisunterschied vollständig erklären. Analysen der Nachbefragung deuten zugleich darauf hin, dass die Orientierung am Haupterwerbsstatus von zentraler Bedeutung ist, während der Effekt von Proxyinterviews nur gering einzuschätzen ist.

Hochrechnungseffekte sind bei den geringfügig Beschäftigten nicht in nennenswertem Umfang zu erkennen. Wie zu erwarten bewirkt das seit dem Jahr 2005 verwendete Hochrechnungsverfahren insgesamt einen leichten Anstieg der Zahl jüngerer geringfügig Beschäftigter und einen leichten Rückgang der Zahl geringfügig Beschäftigter im Alter von 55 bis 74 Jahren. Ebenso geht die Zahl geringfügig Beschäftigter mit türkischer Staatsangehörigkeit leicht zurück, während die Zahlen geringfügig Beschäftigter mit deutscher oder anderer nicht-türkischer Staatsangehörigkeit leicht ansteigen. Dies wirkt sich jedoch nur in geringem Maße auf die Unterschiede im Vergleich zur Beschäftigtenstatistik aus.

Bei der Betrachtung nach Wirtschaftszweigen treten auch bei den geringfügig Beschäftigten Unterschiede auf, allerdings sind hier teilweise andere Wirtschaftszweige von den Unterschieden betroffen als bei den voll versicherungspflichtig Beschäftigten. Anteilig ermittelt der Mikrozensus etwas mehr geringfügig Beschäftigte im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen als die Beschäftigtenstatistik. In den übrigen Wirtschaftsbereichen weist die Beschäftigtenstatistik mehr geringfügig Beschäftigte nach als der Mikrozensus. Besonders groß sind die Unterschiede in den Wirtschaftszweigen „Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen“ sowie „Handel und Gastgewerbe“.

Die Erfassung der geringfügigen Beschäftigung in der Beschäftigtenstatistik kann ebenfalls mit Messfehlern behaftet sein. Diese sind Gegenstand einer Registerumfrage zur geringfügigen Beschäftigung, die in den Jahren 2009 und 2010 in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt werden soll. Die Registerumfrage wird u. a. der Frage nachgehen, inwiefern Ergebnisabweichungen auch auf verspätete Abmeldungen, diskontinuierliche Beschäftigungsverhältnisse oder etwa missbräuchliche Anmeldungen zurückzuführen sein könnten.

1.3.3 Sozio-demografische Untergruppen von Erwerbstätigen

Zum Vergleich sozio-demografischer Untergruppen aller Erwerbstätigen (und nicht nur der voll sozialversicherungspflichtigen sowie der geringfügig entlohnt Beschäftigten, über die die Beschäftigtenstatistik Informationen enthält) bietet sich der Vergleich von Ergebnissen des Mikrozensus

mit der Nachbefragung von Mikrozensus-Befragten (siehe hierzu Fußnote 10) sowie mit anderen Bevölkerungstichproben an. Von besonderem Interesse ist hierbei die Erwerbstätigkeit von Schülerinnen und Schülern, Studierenden sowie von älteren Menschen, da bei diesen Gruppen erfahrungsgemäß die größten Ergebnisabweichungen festzustellen sind. Die aktuellste Quelle für derartige Untersuchungen ist die im Jahr 2008 durchgeführte Nachbefragung von Mikrozensus-Befragten. Als weitere Vergleichsquellen können daneben freiwillige Erhebungen genutzt werden wie die Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ des Statistischen Bundesamtes¹³⁾, aber auch das kleinere Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) oder (für spezifische Teilgruppen) eine Reihe von Spezialbefragungen (z. B. der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts, die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, der Alterssurvey des Deutschen Zentrums für Altersfragen).

Ursachen von Ergebnisabweichungen verschiedener Erhebungen

- Die Stichprobenverfahren verschiedener Befragungen unterscheiden sich. Während der Mikrozensus als einstufige Flächenstichprobe durchgeführt wird, kommen in freiwilligen Befragungen auch andere Verfahren zum Einsatz. Hierzu zählen u. a. Telefonstichproben mit zufälliger Generierung von Ziffernfolgen (wie z. B. bei der Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ der amtlichen Statistik) sowie Stichproben nach dem Random-Route-Verfahren oder auf Basis der Melderegister. Die Stichprobenverfahren haben jeweils im Einzelnen zu bewertende Stärken und Schwächen.
- Im Unterschied zu den anderen Befragungen werden Mikrozensus und EU-Arbeitskräfteerhebung mit Auskunftspflicht durchgeführt. Hierdurch weist der Mikrozensus im Jahresergebnis nur Antwortausfälle von etwa 5 % auf. In freiwilligen Erhebungen kommt es zu deutlich höheren Antwortausfällen, die sich – trotz der Korrekturmöglichkeiten im Rahmen moderner Hochrechnungsverfahren – auf die Ergebnisse auswirken können. Bei unterjährigen Auswertungen des Mikrozensus treten ähnliche Effekte aufgrund methodisch bedingter Schwankungen der Stichprobenzusammensetzung auf.
- Für die Hochrechnung kommen unterschiedliche Verfahren zum Einsatz. Wird eine Anpassung an Eckwerte aus externen Quellen (Kalibrierung) durchgeführt, so werden unterschiedliche Merkmale in unterschiedlichen Untergliederungen für die Anpassung verwendet.
- Die Erhebungstechnik der Befragungen unterscheidet sich: Während im Mikrozensus überwiegend die Befragung als laptopgestütztes, persönliches Interview durchgeführt wird, kommen bei anderen Befragungen verstärkt die telefonische Befragung mit zentralem Monitoring oder nicht computergestützte Interviews zum Einsatz. Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass die jeweiligen Erhebungstechniken erheblichen Einfluss auf die Ergebnisse zur Erwerbsbeteiligung haben können.
- Schließlich ist zu beachten, dass unterschiedliche Statistiken stets auf spezifische Erhebungsziele hin optimiert sind. Während der Mikrozensus als Mehrzweckstichprobe eine Vielzahl unterschiedlicher Funktionen und Themenbereiche abdecken muss, sind andere Befragungen stärker auf spezielle Fragestellungen hin ausgerichtet.

Bei Vergleichen mit diesen Quellen gilt es jedoch zu beachten, dass Unterschiede bei Definitionen, Methoden und Verfahren die Vergleichbarkeit der Ergebnisse teilweise stark einschränken können. Definitorische Unterschiede betreffen dabei nicht nur die Operationalisierung von Erwerbstätigkeit, sondern auch die Operationalisierung der jeweils interessierenden Bevölkerungsgruppen. So werden beispielsweise Schülerinnen und Schüler, Studierende und

13) Zur Telefonerhebung siehe Rengers, M./Körner, T./Klass, J.: „Telefonerhebung ‚Arbeitsmarkt in Deutschland‘ 2005 bis 2007“ in WiSta 7/2008, S. 553 ff.

Rentnerinnen und Rentner teilweise im Fragebogen unterschiedlich erfasst, sodass die zu vergleichenden Gruppen nicht immer vollständig übereinstimmen. Unterschiede bei Methoden und Verfahren betreffen beispielsweise das Stichprobendesign und das Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren sowie Fehler durch Antwortausfälle und Messfehler. Antwortausfälle, die bei freiwilliger Auskunftserteilung nicht zu vermeiden sind, können zu verzerrten Ergebnissen führen, wenn sich die Zusammensetzung der Stichprobe systematisch von der der Grundgesamtheit unterscheidet (Non-response-Bias), was allerdings schwierig zu quantifizieren ist. Wie sich das Zusammenwirken dieser unterschiedlichen Fehler auf die Ergebnisse auswirkt, lässt sich ebenfalls nicht exakt quantitativ angeben. Daher sind bei Vergleichen stets nur näherungsweise Aussagen möglich. Ergebnisunterschiede sollten vor diesem Hintergrund vorsichtig interpretiert werden. Dennoch sind Vergleiche unterschiedlicher – zum Teil auch nicht-amtlicher – Quellen ein unverzichtbares Element bei der Analyse der Ergebnisse des Mikrozensus. Für die Zwecke dieses Berichts werden schwerpunktmäßig die Ergebnisse der Nachbefragung von Mikrozensus-Befragten herangezogen¹⁴⁾, da diese aktuell für das Jahr 2008 vorliegen und in diesem Fall keine definitorischen Unterschiede bestehen. Bei der Nachbefragung ist zu beachten, dass die Ergebnisse für Untergruppen teilweise kleine Fallzahlen aufweisen und daher mit einer erheblichen Unschärfe behaftet sind. Dies ist allerdings insofern weniger problematisch, als dieselben Personen erneut befragt wurden.

In Bezug auf die oben genannten Bevölkerungsgruppen zeigt die Nachbefragung folgende Ergebnisse (siehe Tabelle 1), welche teilweise durch Vergleiche mit der Telefonerhebung des Statistischen Bundesamtes, aber auch mit den anderen freiwilligen Bevölkerungsbefragungen bestätigt werden:

- Die Erwerbstätigkeit von Schülerinnen und Schülern wird im Mikrozensus deutlich unterzeichnet. Die Nachbefragung ergab eine um etwa 50 % höhere Zahl erwerbstätiger Schüler/-innen. Die Erwerbstätigenquote für

Schüler/-innen liegt in der Nachbefragung bei 31 % im Vergleich zu 20 % im Mikrozensus.¹⁵⁾

- Auch die Erwerbstätigkeit von Studierenden wird nach den Ergebnissen der Nachbefragung im Mikrozensus unterzeichnet, allerdings deutlich weniger ausgeprägt als bei den Schülerinnen und Schülern. In der Nachbefragung liegt die Zahl der erwerbstätigen Studierenden um etwa 13 % über der des Mikrozensus (Erwerbstätigenquote 50 % in der Nachbefragung gegenüber 44 % im Mikrozensus). Es ist daher davon auszugehen, dass die Erfassung von Schülerjobs im Mikrozensus als besonders problematisch anzusehen ist.
- Auch für die Gruppe der Rentnerinnen und Rentner deutet die Nachbefragung darauf hin, dass im Mikrozensus die Erwerbstätigen nicht vollständig erfasst werden: Die Zahl der erwerbstätigen Rentnerinnen und Rentner ist in der Nachbefragung gut doppelt so hoch wie im Mikrozensus (Erwerbstätigenquote 4 % im Mikrozensus gegenüber 8 % in der Nachbefragung). Die Unterschiede treten dabei für Rentner deutlich ausgeprägter auf als für Rentnerinnen.
- Auch in der Gruppe der registrierten Arbeitslosen und Arbeitsuchenden liegt die Zahl der Erwerbstätigen um gut die Hälfte über der des Mikrozensus. Die Erwerbstätigenquote der Arbeitslosen und -suchenden in der Nachbefragung beträgt 32 % im Vergleich zu 19 % im Mikrozensus.

1.4 Lange Reihen zur Zahl der Erwerbstätigen (1991 bis 2008)

Auch die langfristige Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen ist ein zentrales Ergebnis sowohl der Erwerbstätigenrechnung als auch des Mikrozensus. Beide Quellen bilden dabei die langfristigen sozio-ökonomischen Entwicklungen im Bereich der Erwerbstätigkeit in Deutschland weitgehend übereinstimmend ab. So wird beispielsweise der seit Anfang der 1990er-Jahre festzustellende Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen von beiden Statistiken in der Tendenz gleichermaßen abgebildet. Auch die sich wandelnde Verteilung der Erwerbstätigen auf die großen Wirtschaftssektoren (Zunahme der Erwerbstätigenzahl im tertiären Sektor, Rückgang im sekundären Sektor) wird in der langfristigen Tendenz weitgehend übereinstimmend wiedergegeben. Abweichungen der Jahresreihen von Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung betreffen meist methodisch bedingte Brüche in einzelnen Jahren, insbesondere in den Jahren 2004, 2005 und 2006, widersprechen dem Gesamtbild aber nicht grundlegend. Dieser Abschnitt stellt die Hintergründe für methodisch bedingte Brüche dar. Unabhängig vom übereinstimmenden langfristigen Trend weichen Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung jedoch hinsichtlich des Niveaus der Zahl der Erwerbstätigen voneinander ab (s. o. Abschnitt 1.1).

Tabelle 1: Erwerbstätigkeit für sozio-demografische Untergruppen im Mikrozensus und in der Nachbefragung von Mikrozensus-Befragten

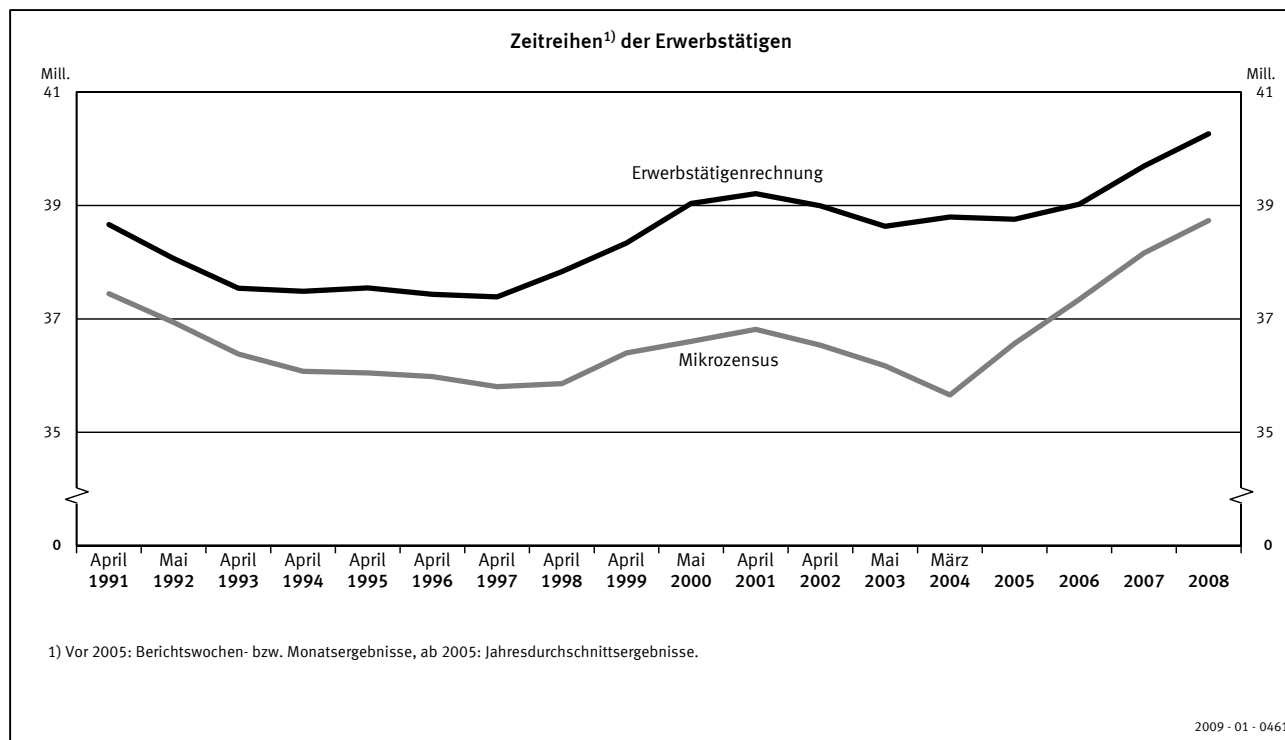
Bevölkerungsgruppe	Fälle in der Nachbefragung	Darunter erwerbstätig		Erwerbstätigenquote	
		im Mikrozensus	in der Nachbefragung	Mikrozensus (Teilnehmer Nachbefragung)	Nachbefragung
		Anzahl		%	
Schüler/-innen ..	210	41	64	20	31
Studierende	140	62	70	44	50
Rentner/-innen ..	734	27	62	4	8
Arbeitslose	217	42	70	19	32

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: „Ergebnisse der Nachbefragung im Mikrozensus/Labour Force Survey“, Wiesbaden 2008, S. 48 ff.

14) Für weniger aktuelle Jahre (2005 und 2006) kann auch die monatliche Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ des Statistischen Bundesamtes herangezogen werden.

15) Die hier genannten Erwerbstätigenquoten des Mikrozensus beziehen sich jeweils auf die Angaben, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Nachbefragung zuvor im Mikrozensus gemacht hatten. Die entsprechenden Erwerbstätigenquoten der vollständigen Mikrozensusstichprobe können daher von den hier genannten Ergebnissen abweichen.

Schaubild 7



Bei der Betrachtung und Interpretation von Ergebnissen im Zeitverlauf sollten besonders folgende Veränderungen und deren Auswirkungen berücksichtigt werden:

- Auswirkungen der Terminierung der Berichtswoche; unterjährliche Erhebung

Vor dem Jahr 2005 wurde der Mikrozensus jährlich mit einer festen Berichtswoche erhoben. Die Berichtswoche war in der Regel die letzte feiertagsfreie Woche im April, variierte aber je nach Kalendergegebenheiten zwischen den Monaten März und Mai. So fiel die Berichtswoche im Jahr 2003 in den Mai und im Jahr 2004 in den März. Mit diesem deutlichen Abstand der Berichtswochen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren sind Effekte hinsichtlich der Zahl – möglicherweise auch der Struktur – der Erwerbstitigen verbunden, da diese saisonbedingt schwankt. Dies muss bei Interpretationen der Zeitreihe insbesondere im Hinblick auf die Jahre 2003 und 2004 berücksichtigt werden. Hinzu kommt der durch die Umstellung auf die kontinuierliche Erhebung verursachte Bruch der Zeitreihe von 2004 auf 2005.

Seit dem Jahr 2005 wird der Mikrozensus kontinuierlich über das ganze Jahr erhoben. Im Gegensatz zu den Frühjahrsergebnissen bis einschließlich 2004, die nur die Verhältnisse zum Zeitpunkt der im Frühjahr terminierten Berichtswoche abbilden, stehen hierdurch Jahresdurchschnittsergebnisse zur Verfügung. Dies ist für die Ergebnisse zur Erwerbstitigen eine wichtige Verbesserung. Zudem führt an diesem konkreten Jahreswechsel bereits diese Änderung zu einem Anstieg der Erwerbstitigenzahl, da erfahrungsgemäß der Jahresdurchschnitt höher liegt als das Monatsergebnis im März.

- Änderungen der Leitfragen zur Erwerbstitigen

Brüche hinsichtlich der Erwerbstitigenzahlen im Mikrozensus ergeben sich auch aus den Änderungen des Leitfragenblocks zur Erwerbstitigen. Diese Leitfragen sind im für den vorliegenden Beitrag untersuchten Zeitraum in den Jahren 1996, 2005, 2007 und 2008 überarbeitet worden (siehe die Übersichten im Anhang auf S. 548 ff.). Grundsätzlich ist jedoch anzumerken, dass sich die Auswirkungen der Fragebogenänderungen auf die erfasste Zahl der Erwerbstitigen nicht exakt quantifizieren lassen, zumal sich die Fragebogenänderungen zum Teil mit anderen Effekten überlagern (insbesondere im Jahr 2005). Die Auswirkungen auf die Zeitreihe zur Erwerbstitigen werden wie folgt eingeschätzt:

1996: Die Änderung der Leitfragen zeigte in der Summe keine auffälligen Veränderungen der Zahl der Erwerbstitigen insgesamt. Es gibt allerdings Hinweise auf deutliche Austauschwirkungen einzelner Erwerbstitigengruppen zwischen einzelnen Leitfragen, die jedoch auf die Jahresreihe der Erwerbstitigen insgesamt keine größeren Auswirkungen haben. Dies betrifft insbesondere die Zeitreihe der Personen mit geringfügiger Beschäftigung (als einziger oder hauptsächlicher Tätigkeit), die daher in besonderem Maße der Erläuterung bedarf. Weitere Maßnahmen in den Jahren 1997 und 1998, die ähnliche Ziele verfolgten, sind demgegenüber als nachrangig zu betrachten.

2005: Die grundlegende Neuformulierung der Leitfragen führte zu einer verbesserten Erfassung der Erwerbstitigen. In der Folge kam es im Jahr 2005 zu einem methodisch bedingten Anstieg der Zahl der Erwerbstitigen

im Vergleich zum Vorjahr. Allerdings wird der durch die Änderung des Hochrechnungsverfahrens verursachte Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen (s. u.) als quantitativ bedeutsamer eingeschätzt.

2007, 2008: Die Änderungen am Leitfragenblock im Jahr 2007 führten ebenfalls zu einem leichten methodisch bedingten Anstieg der Erwerbstätigkeit, der allerdings deutlich geringer ausfiel als in den Jahren 2005 und 2006. Für das Jahr 2008 kann noch keine abschließende Einschätzung vorgenommen werden. Ein Vergleich der Veränderungsdaten von Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung weist allerdings keine auffälligen Abweichungen auf, sodass von allenfalls geringen methodisch bedingten Änderungen ausgegangen werden kann.

– Änderung des Hochrechnungsverfahrens im Jahr 2005

Für die Interpretation der Zeitreihe ist die Neugestaltung des Hochrechnungsverfahrens mit dem Umstieg auf die unterjährige Erhebung zu Beginn des Jahres 2005 von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass bei der Berechnung der Gewichte neben den Merkmalen Geschlecht und Region auch Eckwerte über das Alter im Hochrechnungsrahmen berücksichtigt wurden. Zur Berechnung der Eckwerte wird die laufende Bevölkerungsfortschreibung verwendet. Diese Änderung führte ab dem Jahr 2005 zu einer deutlich verbesserten Übereinstimmung der Altersstruktur des Mikrozensus mit der laufenden Bevölkerungsfortschreibung, hatte aber zugleich zur Folge, dass die zeitliche Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse bei Merkmalen eingeschränkt ist, die stark mit dem Alter der Befragten zusammenhängen. Dies ist auch bei einigen Merkmalen zur Erwerbstätigkeit der Fall.

Das geänderte Hochrechnungsverfahren und die verbesserte Übereinstimmung der Altersstruktur mit der laufenden Bevölkerungsfortschreibung führten zugleich zu einem methodisch bedingten Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um knapp 700 000 Personen, was etwa 85 % des gesamten Anstiegs vom Jahr 2004 auf das Jahr 2005 entspricht. Zudem bewirkt die im Jahr 2005 vorgenommene Änderung des Hochrechnungsverfahrens eine stärkere Zunahme der Zahl befristeter Beschäftigter und jüngerer Erwerbstätiger und damit eine Veränderung der Struktur der Erwerbstätigen. Die Änderung des Hochrechnungsverfahrens hat sich dagegen kaum auf das Verhältnis der Erwerbstätigen nach Geschlecht, Ost- und Westdeutschland sowie nach Voll- und Teilzeit ausgewirkt.

– Verbesserungen bei Feldarbeit und Interviewerschulung in den Jahren 2005 und 2006

Die Umstellung auf die kontinuierliche Erhebung war zugleich mit einer Reihe von Verbesserungen in der Feldarbeit und im Interviewereinsatz verbunden. Zu nennen sind insbesondere die stärkere Standardisierung der Befragung, die nun flächendeckend als computerunter-

stützte Befragung (CAPI) durchgeführt wird, bei der ein fester Interviewerstamm eingesetzt wird und die Interviewerschulungen in Bezug auf die Erfassung des Erwerbsstatus intensiviert wurden. Vergleiche mit anderen Quellen deuten darauf hin, dass dies zu einer besseren Erfassung der Zahl der Erwerbstätigen und damit zu einem methodisch bedingten Anstieg der Erwerbstätigkeit in den Jahren 2005 und 2006 geführt hat.

2 Arbeitsuche, Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit

Neben der Zahl der Erwerbstätigen und ihrer Zusammensetzung sind auch die Ergebnisse zur Erwerbslosigkeit zentrale Inhalte des Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung. Im Unterschied zu den Ergebnissen zur Erwerbstätigkeit gibt es zur Erwerbslosigkeit nur eingeschränkte Möglichkeiten eines Vergleiches mit anderen Datenquellen.

Als erwerbslos gilt grundsätzlich, wer in der Berichtswoche nicht erwerbstätig war, in der Berichtswoche oder den drei Wochen davor aktive Schritte der Arbeitsuche ergriffen hat und innerhalb von zwei Wochen für die neue Tätigkeit verfügbar ist. Bei der Arbeitsuche wird zur Operationalisierung in Befragungen in der Regel unterschieden in eine Frage zur Arbeitsuche und eine weitere Frage, bei der die Anwendung als „aktiv“ definierter Suchbemühungen ermittelt wird.¹⁶⁾ Diese auf den Resolutionen der Internationalen Arbeitsorganisation aufbauende Definition wird derzeit neben dem Mikrozensus nur in freiwilligen Haushaltsbefragungen abgebildet, die aufgrund methodischer Unterschiede allerdings nur eingeschränkt vergleichbar sind. Definitorische Unterschiede betreffen dabei neben der Operationalisierung von Erwerbslosigkeit auch die der Erwerbstätigkeit (s. o.). Erfahrungen zeigen, dass zum Beispiel Unterschiede hinsichtlich Frageformulierung, Filterführung und Fragenreihenfolge erheblichen Einfluss auf die Ergebnisse haben. Unterschiede bei Methoden und Verfahren betreffen beispielsweise das Stichprobendesign, das Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren sowie Fehler durch Antwortausfälle, Messfehler und das jeweilige Erhebungsverfahren. Wie sich das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen Fehler auf die Ergebnisse auswirkt, lässt sich nicht exakt quantifizieren. Daher sind bei Vergleichen stets nur näherungsweise Aussagen möglich. Ergebnisse und Ergebnisunterschiede sollten vor diesem Hintergrund vorsichtig interpretiert werden.

Grundsätzlich können die Angaben zur Arbeitsuche, zur Verfügbarkeit sowie ferner zu den angewendeten Methoden der Arbeitsuche in den Vergleich einbezogen werden. Zu beachten ist zudem, dass sich Ergebnisabweichungen bei den Erwerbstätigen auch (in mehr oder weniger starkem Umfang) auf die Ergebnisse zu den Erwerbslosen auswirken, da bereits die Erfassung als Erwerbstätiger eine Vorentscheidung darüber trifft, ob eine Person überhaupt als Erwerbslose(r) „infrage kommt“. Beispielsweise würde eine arbeitslose Person mit einer kleinen Tätigkeit für die Erfas-

16) Die Definitionen sind im Detail festgelegt in der Verordnung (EG) Nr. 1897/2000 der Kommission vom 7. September 2000 zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft bezüglich der Arbeitsdefinition der Arbeitslosigkeit (Amtsbl. der EG Nr. L 228, S. 18).

sung als Erwerbslose(r) ausfallen, sofern im Interview eine kleinere Tätigkeit festgestellt wird.

Ein direkter Ergebnisvergleich ist zunächst hinsichtlich der Ergebnisse zur registrierten Arbeitslosigkeit möglich, die sowohl im Mikrozensus als auch in der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit erfasst wird. Hinsichtlich der Ergebnisse zur Erwerbslosigkeit kommen Vergleiche mit den Ergebnissen aus der Nachbefragung zum Mikrozensus des Jahres 2008 infrage. Bei Vergleichen der Ergebnisse zur Erwerbslosigkeit sollten die unterschiedlichen „Komponenten“ in der Definition der Erwerbslosigkeit (Erwerbstätigkeit, Arbeitsuche, aktive Arbeitsuche, Verfügbarkeit) grundsätzlich auch separat betrachtet werden. Neben der Nachbefragung sind, mit gewissen Einschränkungen, auch Vergleiche mit freiwilligen Bevölkerungserhebungen möglich. Zu diesen Vergleichsquellen zählen insbesondere die Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“, aber auch das Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Wie schon bei den Ergebnissen zur Erwerbstätigkeit ist auch hier zu beachten, dass die Vergleichbarkeit aufgrund definitorischer und methodisch-technischer Unterschiede eingeschränkt ist.

Schließlich ist zu beachten, dass Frageformulierungen, Plausibilisierungen und Typisierungen im Mikrozensus in den Jahren 2008 und 2009 mit dem Ziel einer besseren Übereinstimmung mit dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation überarbeitet wurden. Ziel der Änderungen war es, die Erwerbslosigkeit gemäß ILO-Definition möglichst unabhängig von einer bestehenden Meldung bei der Bundesagentur für Arbeit als Arbeitsloser bzw. -suchender zu erfassen. Die Auswirkungen dieser Änderungen geben ebenfalls wichtige Hinweise für die Interpretation der Ergebnisse des Mikrozensus zur Erwerbslosigkeit.

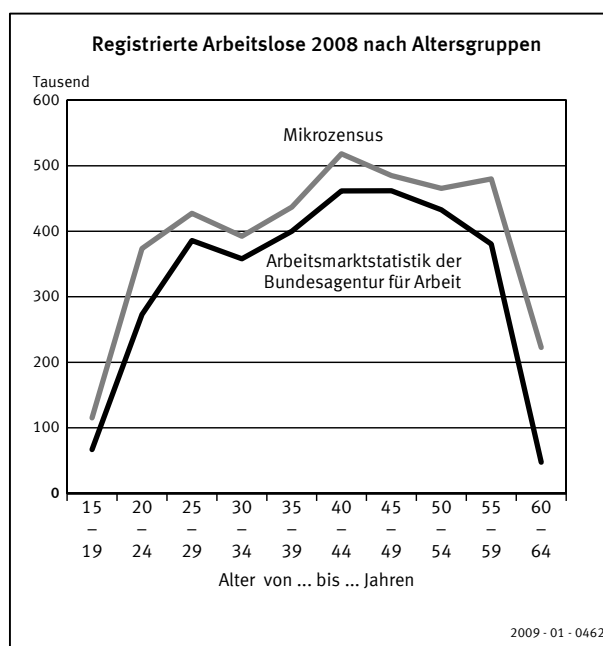
2.1 Vergleich der Ergebnisse zur registrierten Arbeitslosigkeit

Bei einem Vergleich der Ergebnisse zur registrierten Arbeitslosigkeit ist zu beachten, dass sich die Operationalisierung in Mikrozensus und in der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit unterscheidet. Während im Mikrozensus wiederum eine Selbsteinschätzung der Befragten gemessen wird [„Sind Sie in der vergangenen Woche bei der Agentur für Arbeit (Arbeitsamt) oder anderen Behörden arbeitslos oder arbeitsuchend gemeldet gewesen?“¹⁷⁾], erfasst die Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit die Meldung auf Grundlage der im Meldeprozess anfallenden Verwaltungsdaten. Hierbei werden die unterschiedlichen Regelungen des Sozialgesetzbuches II und III zugrunde gelegt. Diese, teilweise komplexen, sozialrechtlichen Tatbestände sind in Befragungen grundsätzlich nur mit Problemen zu erfassen, wenn nicht alle Befragten über ihren offiziellen Meldestatus informiert sind.¹⁸⁾ So sind hinsichtlich der Meldung als Arbeitsloser beispielsweise im Sozialgesetzbuch Personengruppen definitorisch abgegrenzt, die nicht in die Statistik einfließen, sich aber nach ihrer Selbsteinschätzung

als „arbeitslos gemeldet“ bezeichnen können. Dies betrifft zum einen Personen, die an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (z. B. Weiterbildungsmaßnahmen oder Arbeitsgelegenheiten) teilnehmen oder den Vermittlungsbemühungen der Bundesagentur aus anderen Gründen nicht unmittelbar zur Verfügung stehen (z. B. Krankheit oder Urlaub). Dazu gehören des Weiteren Personen ab dem Alter von 58 Jahren, die dem Arbeitsmarkt in bestimmten Fällen nicht mehr voll zur Verfügung stehen müssen („58er-Regelung“) und Ausbildungsplatzsuchende, die in der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit nicht zu den Arbeitslosen gezählt werden. Diese Personen kennen ihren aktuellen Meldestatus möglicherweise nicht genau und sehen sich bei der Mikrozensus-Befragung durch den gegebenenfalls unverändert andauernden Kontakt zur Bundesagentur für Arbeit in der Selbsteinschätzung als arbeitslos registrierte Person an.

Die Ergebnisse zeigen, dass im Mikrozensus im Jahr 2008 knapp 20% oder 0,6 Mill. Personen mehr eine registrierte Arbeitslosigkeit angeben, als in der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit enthalten sind (3,9 Mill. Arbeitslose im Mikrozensus gegenüber 3,3 Mill. in der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit). Offensichtlich sind nach Selbsteinschätzung erheblich mehr Personen arbeitslos als nach den Kriterien des Sozialgesetzbuches. Diese Vermutung wird durch die Betrachtung nach Altersgruppen unterstützt, da besonders bei den Jungen (im Alter von 15 bis 24 Jahren; Mikrozensus liegt 45% über der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit) und den Älteren (55 bis 64 Jahre; Mikrozensus liegt 65% über der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit), die in

Schaubild 8



17) Bis zum Jahr 2005 wurden registrierte Arbeitslose und registrierte Arbeitsuchende im Mikrozensus in einer einzigen Ausprägung erfasst; ab dem Jahr 2006 gibt es eine getrennte Kategorie für Arbeitslose.

18) Zur Definition der Arbeitslosigkeit siehe im Einzelnen Hartmann, M.: „Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung“, Methodenbericht der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg 2009, S. 6 ff.; siehe ferner Riede, T./Hartmann, M.: „Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede“ in WiSta 4/2005, S. 303 ff.

besonderem Maß von den o.g. Bestimmungen des Sozialgesetzbuches betroffen sind (ältere Arbeitsuchende, Auszubildende), eine hohe Differenz der Angaben zu erkennen ist. In diesen Gruppen liegt das Ergebnis des Mikrozensus um gut die Hälfte über dem der Bundesagentur für Arbeit. Zudem fällt auf, dass im Mikrozensus eine erhebliche Zahl von Personen, die nach Selbsteinschätzung als arbeitslos registriert sind, eine normalerweise geleistete Arbeitszeit von 15 und mehr Stunden angibt. Dies kann möglicherweise zum Teil auf Rundungseffekte bei der Erfassung der Arbeitszeit zurückgeführt werden.

Beim Vergleich der Ergebnisse von 2006 bis 2008 ist zudem zu erkennen, dass sich die bereits angesprochenen Differenzen bei der Gruppe der jungen Arbeitslosen vergrößern. Dies könnte auf Veränderungen der bei der Bundesagentur für Arbeit eingesetzten Verfahren und Definitionen zurückgeführt werden. Im fraglichen Zeitraum wurde von der Bundesagentur für Arbeit ein Teil des Rückgangs der Zahl der Arbeitslosen durch eine intensivere Betreuung von Arbeitslosen, die systematische Aktualisierung von Bewerberangeboten sowie den vermehrten Einsatz von Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) erklärt.

Bei der Betrachtung der arbeitslos Gemeldeten nach Geschlecht können für Männer und Frauen gegenläufige Abweichungen festgestellt werden. Die Arbeitslosenzahlen des Mikrozensus liegen für Männer in allen Altersgruppen über denen der Bundesagentur für Arbeit, die der Frauen liegen in den Altersgruppen zwischen 30 und 54 Jahren sehr dicht beieinander. In der Gesamtbetrachtung heben sich die Unterschiede teilweise auf. Die Ursache für diese Ergebnisse könnte entweder in geschlechtsspezifischen Unterschieden beim Antwortverhalten im Mikrozensus oder beim Meldeverhalten bei den Behörden der Arbeitsvermittlung

zu suchen sein, was aber noch empirisch zu untersuchen wäre. In Bezug auf die jüngeren Arbeitslosen gibt es bei der Betrachtung nach Geschlecht nur geringe Abweichungen. Das Ergebnis des Mikrozensus weist für junge Frauen und Männer bis 25 Jahre rund 40 % mehr Arbeitslose aus als die Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Dies zeigt sich auch bei den Arbeitslosen im Alter von 55 Jahren und älter, wobei der Mikrozensus bei den Männern in deutlich größerem Umfang (Mikrozensus 55 % über der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit) mehr Arbeitslose ausweist als bei den Frauen (Mikrozensus 30 % über der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit).

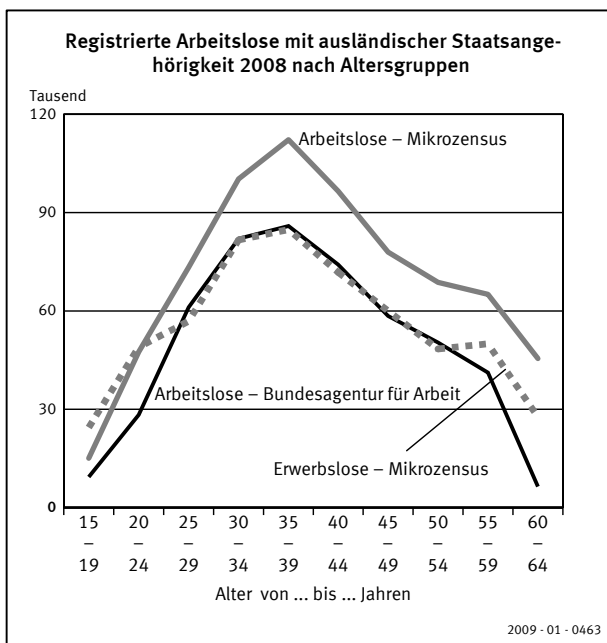
Ein deutlicher Unterschied ist auch beim Vergleich der Arbeitslosen nach Staatsangehörigkeit zu beobachten. Bei Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit weicht die Selbsteinschätzung generell häufiger von dem in der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zugrunde gelegten Meldestatus ab: Die Zahl der arbeitslos Gemeldeten ohne deutsche Staatsbürgerschaft im Mikrozensus ist durchgängig in allen Altersgruppen höher. Deutsche hingegen schätzen ihren Status in verschiedenen Altersgruppen recht unterschiedlich ein.

2.2 Arbeitssuche, Verfügbarkeit und Erwerbslosigkeit

Bei Vergleichen zur Erwerbslosigkeit empfiehlt es sich, zunächst die einzelnen Komponenten der Definition von Erwerbslosigkeit zu betrachten, da Ergebnisunterschiede bei der Zahl der Erwerbslosen ansonsten nur schwer zu interpretieren sind. Die Gruppe der Erwerbslosen wird dabei, ausgehend von der Gesamtbevölkerung, schrittweise eingeschränkt: Erwerbslos kann (1) nur sein, wer in der Berichtswoche nicht erwerbstätig war. Aus der Gruppe der Nichterwerbstätigen kommen (2) nur Personen infrage, die aktiv Arbeit gesucht haben und (3) auch kurzfristig verfügbar waren.

Betrachtet man die Zahl der Nichterwerbstätigen, so fallen im Vergleich des Mikrozensus mit der Nachbefragung deutliche Unterschiede auf: Der Mikrozensus weist – bezogen auf die Teilnehmenden an der Nachbefragung – gut 5 % Nichterwerbstätige mehr aus als die Nachbefragung. Vergleiche mit freiwilligen Befragungen wie der Telefonerhebung, aber auch dem Sozio-oekonomischen Panel, bestätigen diesen Befund (wobei sich die Ursachen für die Abweichungen unterscheiden können): Der Mikrozensus weist (bezogen auf das Jahr 2006)¹⁹⁾ 1,4 Mill. Nichterwerbstätige mehr nach als die Telefonerhebung (+ 5,6 %) und liegt sogar um 2,8 Mill. Personen über den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (+ 11,8 %), das allerdings eine abweichende Operationalisierung verwendet. Diese Unterschiede können aber teilweise auf Fehler durch Antwortausfälle zurückgeführt werden, weshalb ein Vergleich nur eingeschränkt möglich ist. Somit ist die Ausgangsmasse der potenziell Erwerbslosen im Mikrozensus größer als in den zum Vergleich herangezogenen Befragungen.

Schaubild 9



19) Hier werden Ergebnisse des Jahres 2006 betrachtet, da Vergleiche zwischen dem Mikrozensus und der Telefonerhebung letztmals für das Jahr 2006 möglich sind.

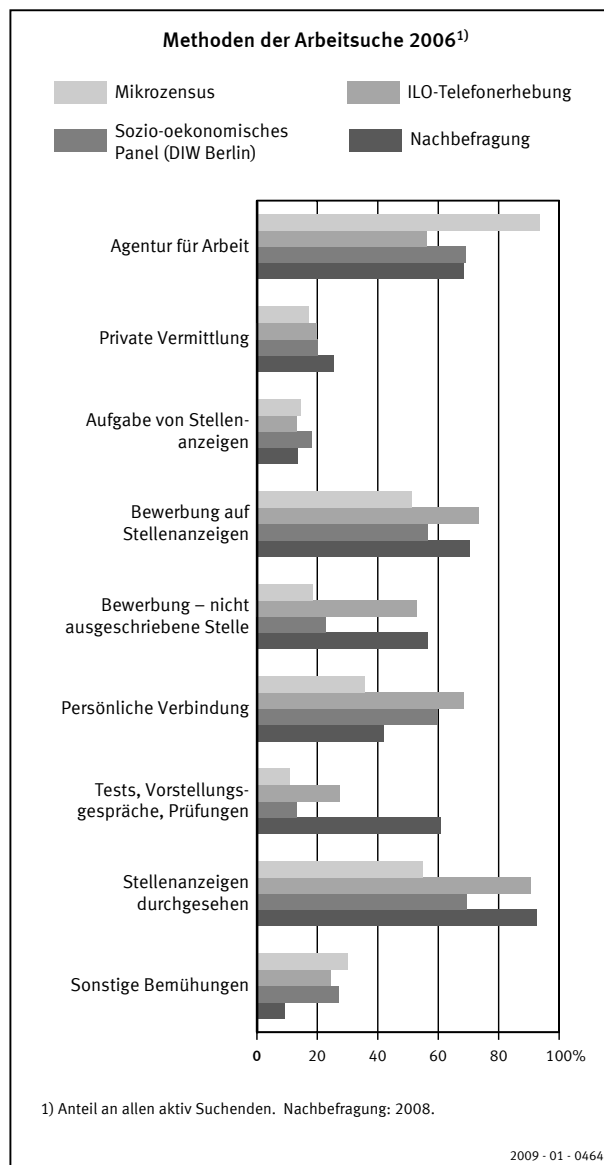
In Bezug auf die Arbeitsuche werden weitere Unterschiede deutlich. Im Mikrozensus wird im Vergleich zu anderen Quellen ein höherer Anteil aktiv suchender Personen verzeichnet. Dies ist u. a. auf automatische Plausibilisierungen, die Fragenreihenfolge, Filterführungen sowie den Typisierungsplan zurückzuführen. Im Rahmen dieser Regeln wurde im Mikrozensus bis zum Jahr 2007 bei jeder arbeitslos gemeldeten Person automatisch unterstellt, dass sie aktiv Arbeit gesucht hat. Mit Beginn des Jahres 2008 wurde diese Plausibilisierung geändert, die Fragenreihenfolge, Filterführung und Typisierung wurden jedoch noch nicht angepasst. Dies hat den Effekt, dass sich die Anzahl und der Anteil der Nichterwerbstätigen, die nicht aktiv suchen, verdoppelten. Ab dem Jahr 2009 wurden auch Fragenreihenfolge, Filterführung und Typisierung im Hinblick auf eine bessere Erfüllung der Vorgaben der ILO-Definition zum Erwerbsstatus angepasst, sodass weitere Auswirkungen auf die Zahl der Arbeitssuchenden und Erwerbslosen zu erwarten sind.

Ein Vergleich der Methoden der Arbeitsuche von Nichterwerbstätigen zeigt, dass der Mikrozensus bei den Suchmethoden „über Agentur für Arbeit“, „Initiativbewerbung“, „persönliche Verbindungen“ und „Stellenanzeigen durchsehen“ von den anderen betrachteten Quellen (Nachbefragung, Telefonerhebung, SOEP) abweicht. Die Abweichung in der Suchmethode „über Agentur für Arbeit“ ist wiederum durch eine Plausibilisierung erklärbar. Für die anderen Unterschiede gibt es keine offensichtlichen Erklärungen. Zu vermuten ist, dass Formulierung, Filterung und Reihenfolge der Fragen sowie die Erhebungstechnik zu den deutlich abweichenden Ergebnissen führen. Dies wurde zuletzt auch durch die Ergebnisse der Nachbefragung nahegelegt. So wurde in der Nachbefragung jede Suchbemühung mit einer eigenen Frage erhoben, in der Telefonerhebung wurde zudem die Reihenfolge der Antwortkategorien zufällig bestimmt, was Teile der Diskrepanzen erklären kann.

Ein Einblick in die Verfügbarkeit von Nichterwerbstätigen im Mikrozensus und der Telefonerhebung zeigt dagegen vergleichsweise geringe Unterschiede sowohl zwischen den Jahren 2005 und 2006 als auch zwischen den Datenquellen. Der Anteil der verfügbaren nichterwerbstätigen Arbeitssuchenden ist zwar in beiden Jahren in der Telefonerhebung etwas größer als im Mikrozensus, insgesamt sind die Abweichungen jedoch vergleichsweise gering. Aus den Untersuchungen wird deutlich, dass weniger die Frage der Verfügbarkeit abweichende Ergebnisse bei der Zahl der Erwerbslosen verursacht, sondern eher die Angaben zur Arbeitsuche hierfür verantwortlich sind. Dieser Befund wurde zugleich durch die Ergebnisse der Nachbefragung bestätigt.

Eine Abschätzung der Auswirkungen dieser Abweichungen auf die Zahl der Erwerbslosen insgesamt ist allenfalls näherungsweise zu quantifizieren. Aus den Erfahrungen mit den Ergebnissen des Mikrozensus der Jahre 2005 bis 2008 ist zu erwarten, dass Fragenreihenfolge, Filterführung und Typisierung bis zum Jahr 2008 zu einer Überschätzung der Zahl der Erwerbslosen um mindestens 150 000 Personen geführt haben, was mit den Änderungen am Fragebogen des Mikrozensus 2009 korrigiert wurde. Die Änderung der Plausibi-

Schaubild 10



lisierung zur aktiven Arbeitsuche im Jahr 2008 hatte sich bereits in einem Rückgang der Erwerbslosenzahlen um vermutlich gut 50 000 Personen niedergeschlagen, wobei hier nur eine grobe Schätzung möglich ist. Hinzu kommen mögliche Auswirkungen der höheren Zahl von Nichterwerbstätigen im Mikrozensus, die ebenfalls eine Überzeichnung der Zahl der Erwerbslosen möglich erscheinen lassen. Die Ergebnisse zur Auswirkung der Erfassung der Methoden der Arbeitsuche deuten dagegen nicht eindeutig in Richtung Über- oder Unterschätzung, sondern legen die Vermutung nahe, dass sich hier unterschiedliche Effekte mischen. In diesem Punkt sind weitere Untersuchungen erforderlich. Die Nachbefragung deutet in der Summe auf eine Überzeichnung der Zahl der Erwerbslosen im Mikrozensus um etwa 10 % hin, was angesichts der geringen Fallzahl²⁰⁾ jedoch zurückhaltend interpretiert werden sollte.

20) 177 Erwerbslose im Mikrozensus gegenüber 160 Erwerbslosen in der Nachbefragung. Insgesamt wurden also in der Nachbefragung 17 Personen als Erwerbslose ermittelt, die im Mikrozensus nicht als solche identifiziert wurden.

Hinsichtlich der Telefonerhebung und des Sozio-oekonomischen Panels, die – bezogen auf Zeiträume vor 2008 – deutlich größere Abweichungen zu den Mikrozensusergebnissen aufweisen, ist angesichts der Einschränkungen hinsichtlich der Vergleichbarkeit und der Interaktion unterschiedlicher Fehlerquellen in den einzelnen Erhebungen eine eindeutige Aussage kaum möglich.

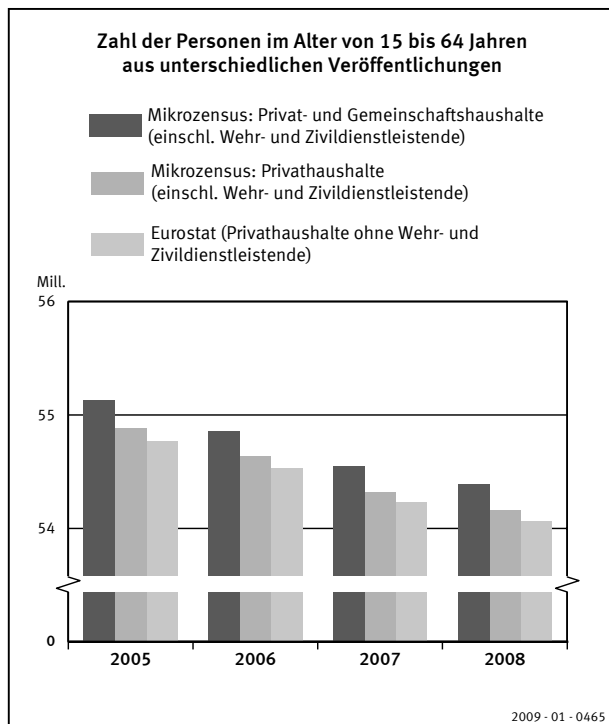
3 Zu Ergebnisabweichungen des Mikrozensus im Vergleich zu veröffentlichten Ergebnissen von Eurostat

Die Ergebnisse des Mikrozensus unterscheiden sich teilweise von denen, die das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) auf seiner Homepage veröffentlicht. Gründe dafür sind eine Reihe von Abweichungen bei definitorischen Details, die sich allerdings in nicht vernachlässigbaren Ergebnisunterschieden niederschlagen können. Die Abweichungen sind vor allem auf definitorische Unterschiede zurückzuführen. Die Berechnungen von Eurostat basieren auf einer anderen Bevölkerungsabgrenzung, einer an EU-Vorgaben angepassten Definition des ILO-Erwerbsstatus und einer unterschiedlichen Altersberechnung der Befragten. Bei der Berechnung von Quoten kommen weitere Unterschiede hinzu, die im Folgenden näher erläutert werden.

3.1 Vergleich der Ergebnisse zur Bevölkerung

Nach den Vorgaben der in allen Mitgliedstaaten der EU durchgeführten Arbeitskräfteerhebung sind Ergebnisse für

Schaubild 11



Personen in Privathaushalten, die nicht Wehr- oder Zivildienstleistende sind, zu ermitteln. Im Gegensatz dazu werden im Mikrozensus zusätzlich auch Wehr- und Zivildienstleistende sowie Personen in Gemeinschaftsunterkünften bei der Befragung berücksichtigt. Die Zahl der Wehr- oder Zivildienstleistenden beträgt derzeit rund 100 000 Personen. Die Zahl der Personen in Gemeinschaftshaushalten liegt für die Gesamtbevölkerung, ohne Alterseinschränkung, bei rund 800 000. Bei einer Beschränkung auf die 15- bis 64-Jährigen sind die Ergebnisse zur Bevölkerung in Eurostat-Abgrenzung daher um etwa 300 000 Personen niedriger als die des Mikrozensus. Dies wirkt sich mittelbar auf die Ergebnisse zur Erwerbsbeteiligung aus, da sich die im Mikrozensus zusätzlich berücksichtigten Bevölkerungsgruppen hinsichtlich ihres Erwerbsstatus vom Bevölkerungsdurchschnitt unterscheiden.

3.2 Vergleich der Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit

Die Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit unterscheiden sich ebenfalls aus definitorischen Gründen. Eurostat wendet derzeit die ILO-Definition der Erwerbstätigkeit nicht in allen Teilaspekten an, um eine möglichst hohe Vergleichbarkeit der Ergebnisse der EU-Mitgliedstaaten zu erreichen. Deutschland legt dagegen die Kriterien des ILO-Erwerbsstatuskonzeptes möglichst vollständig zugrunde und kommt so zu einer engeren Definition.

Zur Gruppe der Erwerbstätigen gehören laut ILO-Definition, und somit nach nationaler Abgrenzung im Mikrozensus, alle Personen, die

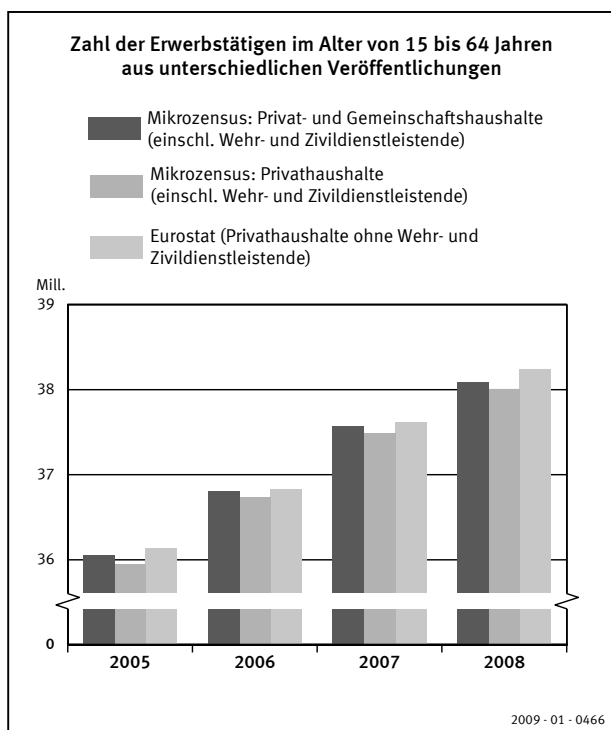
- in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Bezahlung gearbeitet haben,
- wegen Krankheit, Unfall, Mutterschutz, Altersteilzeit nicht am Arbeitsplatz waren (ungeachtet der Abwesenheitsdauer),
- aus anderen Gründen weniger als drei Monate nicht am Arbeitsplatz waren,
- aus anderen Gründen mehr als drei Monate nicht am Arbeitsplatz waren und mindestens 50 % Lohnfortzahlung erhalten.

Von Eurostat wird bei der Veröffentlichung der Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung hinsichtlich der Personen, die in der Berichtswoche nicht am Arbeitsplatz waren (aber normalerweise erwerbstätig sind), eine von der nationalen Abgrenzung im Mikrozensus abweichende Definition verwendet. Diese berücksichtigt die Kriterien „Dauer der Abwesenheit vom Arbeitsplatz“ und „50% Lohnfortzahlung“ nicht. So zählen grundsätzlich alle Personen mit einem Arbeitsplatz, die ihre Erwerbstätigkeit in der Berichtswoche unterbrochen haben, als Erwerbstätige. Die Behandlung der fraglichen Personengruppe wird derzeit auf EU-Ebene mit dem Ziel diskutiert, das ILO-Konzept bei der Definition der Erwerbstätigkeit zugleich einheitlich sowie möglichst vollständig umzusetzen.

Andererseits werden im Mikrozensus – aufgrund der abweichenden Bevölkerungsabgrenzung – Wehr- und Zivildienstleistende nicht ausgeschlossen. Daher kommen diese in den national veröffentlichten Ergebnissen zu den Erwerbstätigen hinzu. In den von Eurostat veröffentlichten Erwerbstätigenzahlen ist diese Personengruppe aufgrund der engeren Bevölkerungsabgrenzung nicht enthalten.

Die unterschiedlichen Konzepte führen für das Jahr 2008 per saldo zu einer in den Veröffentlichungen Eurostats im Vergleich zur nationalen Abgrenzung um rund 150 000 Personen höheren Zahl von Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahren. Betrachtet man nur Personen in Privathaushalten ohne Wehr- und Zivildienstleistende, so erhöht sich die Differenz auf etwa 200 000 Erwerbstätige.

Schaubild 12



Aufgrund der bereits genannten Unterschiede in der Abgrenzung der Bevölkerung und der Erwerbstätigen weichen auch die Erwerbstätigenquoten, also der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren, voneinander ab. Dem Nutzer stehen mindestens drei verschiedene Erwerbstätigenquoten zur Verfügung, die in Tabelle 2 dargestellt sind.

Hierbei sind die Ergebnisse in nationaler Abgrenzung allenfalls für Auswertungen zu empfehlen, die einen rein nationalen Fokus aufweisen. Allerdings werden auch innerhalb Deutschlands häufig die Erwerbstätigenquoten in Eurostat-Abgrenzung veröffentlicht, da sie im Rahmen internationaler Indikatorensysteme verwendet werden (wie z. B. in der Lissabonner Strategie der EU oder in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung). Grundsätzlich gilt, dass ausschließlich die Ergebnisse in der Abgrenzung Eurostats für internationale Vergleiche verwendet werden sollten.

Tabelle 2: Unterschiedliche Erwerbstätigenquoten¹⁾ in Veröffentlichungen von Eurostat und vom Statistischen Bundesamt

Zähler der Quote	Nenner der Quote	Ergebnis 2008	Veröffentlichung
Erwerbstätige in Mikrozensus-abgrenzung	Bevölkerung in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften	70,0%	Fachserie 1, Reihe 4.1.1, des Statistischen Bundesamtes
Erwerbstätige in Mikrozensus-abgrenzung	Bevölkerung in Privathaushalten	70,2%	keine Standardveröffentlichung des Statistischen Bundesamtes
Erwerbstätige in Eurostat-Abgrenzung	Bevölkerung in Privathaushalten in Eurostat-Abgrenzung	70,7%	Onlinedatenbank von Eurostat

1) Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.

3.3 Vergleich der Ergebnisse zur Erwerbslosigkeit

Abgesehen von den dargestellten Unterschieden in der Definition der Erwerbstätigkeit, die mittelbar auch die Erwerbslosen tangieren, stimmt die Definition der Erwerbslosen in

Tabelle 3: Unterschiedliche Erwerbslosenquoten¹⁾ in Veröffentlichungen von Eurostat und vom Statistischen Bundesamt

Zähler der Quote	Nenner der Quote	Ergebnis 2007	Veröffentlichung
Erwerbslose in Mikrozensus-abgrenzung (Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften)	Quelle: Mikrozensus; Erwerbspersonen in Mikrozensus-abgrenzung (Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften)	7,5%	Fachserie 1, Reihe 4.1.1, des Statistischen Bundesamtes
Erwerbslose in Mikrozensus-abgrenzung (Personen in Privathaushalten)	Quelle: Mikrozensus; Erwerbspersonen in EU-Abgrenzung (Personen in Privathaushalten ohne Wehr- und Zivildienstleistende)	7,5%	Bereich „detaillierte jährliche Ergebnisse“ der Onlinedatenbank von Eurostat
Erwerbslose aus dem Mikrozensus in Eurostat-Abgrenzung (Personen in Privathaushalten)	Erwerbstätige: Ergebnis der Erwerbstätigenrechnung (Inländerkonzept; abzüglich Erwerbstätiger in Gemeinschaftsunterkünften, Wehr- und Zivildienstleistender sowie Erwerbstätiger im Alter von unter 15 bzw. über 74 Jahren) Erwerbslose: Ergebnisse des Mikrozensus in Eurostat-Abgrenzung (Personen in Privathaushalten)	7,3%	Monatliche Berichterstattung zur Erwerbslosigkeit sowie Bereich „Hauptindikatoren“ der Onlinedatenbank von Eurostat; Indikator wird laufend revidiert

1) Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren.

der Eurostat-Abgrenzung mit der nationalen Abgrenzung im Mikrozensus überein. Zu berücksichtigen sind aber die Unterschiede in den jeweiligen Bevölkerungsbegriffen. Die nationalen Ergebnisse zu Erwerbslosen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften liegen um etwa 5 000 bis 10 000 Personen höher als die von Eurostat für Personen in Privathaushalten veröffentlichten Angaben.

Hinsichtlich der Erwerbslosenquoten, definiert als Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen, zeigen sich größere Unterschiede, da in den Nenner der Quote auch die Zahl der Erwerbstätigen mit einfließt. Neben den bereits genannten definitorischen Abweichungen ergeben sich bei den Erwerbslosenquoten durch das Einsetzen verschiedener Nenner weitere Ergebnisunterschiede. Diese betreffen neben der Abgrenzung der Erwerbstätigen auch die Quelle der Erwerbstätigenzahl. So werden für die Berechnung der monatlichen EU-harmonisierten Erwerbslosenquoten für Deutschland derzeit die Erwerbstätigenzahlen der Erwerbstätigenrechnung (abzüglich der Erwerbstätigen unter 15 und über 74 Jahren, der Erwerbstätigen in Gemeinschaftsunterkünften sowie der Wehr- und Zivildienstleistenden) verwendet. Hieraus ergeben sich die in Tabelle 3 dargestellten Ergebnisunterschiede.

4 Zusammenfassung

Die Ergebnisse für die hier untersuchten Arbeitsmarktindikatoren weichen in den jeweiligen Statistiken teilweise deutlich voneinander ab. So weist der Mikrozensus derzeit rund 1,5 Mill. Erwerbstätige weniger nach als die Erwerbstätigenrechnung. Auch Vergleiche mit den registerbasierten Angaben der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit zeigen erhebliche Unterschiede. Beispielsweise kommt der Mikrozensus auf 800 000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als die Beschäftigtenstatistik, weist aber zugleich über 1 Mill. geringfügig Beschäftigte weniger aus. Ähnliche Abweichungen lassen sich auch für die Zahlen zur registrierten Arbeitslosigkeit sowie zur Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept der ILO zeigen. Zugleich muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die in diesem Beitrag betrachteten Statistiken trotz dieser deutlichen Ergebnisunterschiede in Niveau und Struktur ein übereinstimmendes Bild der längerfristigen Entwicklungstendenzen des deutschen Arbeitsmarktes aufweisen.

Derartige Ergebnisabweichungen, zumal in diesem Umfang, mögen auf den ersten Blick Verwunderung auslösen. Nicht übersehen werden darf dabei jedoch, dass die Statistiken jeweils auf bestimmte Nutzungszwecke hin zugeschnitten sind. So dient beispielsweise die Erwerbstätigenrechnung in erster Linie der Darstellung der Erwerbstätigkeit im makroökonomischen Zusammenhang (sowie im Kontext der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen), während der Mikrozensus fachlich tief gegliederte Analysen unter Nutzung eines breiten Merkmalspektrums ermöglicht und insbesondere auch für sozialwissenschaftliche und sozialpolitische

Fragestellungen genutzt wird. Die unterschiedlichen Nutzungszwecke schlagen sich auch in den jeweils angewendeten Methoden und Verfahren der Datengewinnung nieder. Diese Methoden und Verfahren sind in der Regel sehr komplex. Einfache und pauschale Erklärungen für Ergebnisunterschiede führen daher meist in die Irre. Antworten bietet nur ein systematischer Vergleich der Datengewinnung.

Bei Vergleichen von Ergebnissen unterschiedlicher Statistiken ist grundsätzlich zu differenzieren zwischen Unterschieden hinsichtlich der *Definitionen* der dargestellten Sachverhalte, der *Operationalisierung* der Messung in einer gegebenen Erhebung bzw. einem Rechenmodell sowie den konkreten *Methoden und Verfahren*, die bei Erhebung und Hochrechnung bzw. der Berechnung zum Einsatz kommen.

- Bezüglich der verwendeten *Definitionen* zeigen die in diesem Beitrag dargestellten Arbeitsmarktindikatoren erstaunlich geringe Unterschiede. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, dass viele Definitionen in international vereinbarten Konzepten bereits vorgegeben sind, wie zum Beispiel im Falle des Labour-Force-Konzeptes der ILO. Dies macht zugleich deutlich, dass übereinstimmende Definitionen noch keine hinreichende Bedingung für widerspruchsfreie Ergebnisse sind.
- Ist die Definition des zu untersuchenden Tatbestandes einmal festgelegt, so muss dieser in einer konkreten Erhebung „messbar“ gemacht, das heißt *operationalisiert* werden. Bei Befragungen geschieht dies meist durch die Festlegung der Erhebungsmerkmale und der zu erhebenden Ausprägungen sowie durch die Gestaltung des Erhebungsinstrumentes. Im Vergleich dazu weisen etwa Ergebnisse, die auf Verwaltungsdaten beruhen, meist eine abweichende Operationalisierung auf, die sich aus dem Verwaltungsverfahren ergibt. Im Beispiel der geringfügigen Beschäftigung wird die Messung operationalisiert über die Meldung durch den Arbeitgeber im Rahmen des Meldeverfahrens zur Sozialversicherung.²¹⁾ Soll die Zahl der geringfügig Beschäftigten dagegen durch eine Befragung gewonnen werden, so wird dies nur gelingen, wenn alle Befragten ihren Meldestatus kennen und zugleich Erhebung und Fragebogen so gestaltet wurden, dass sie diesen auch tatsächlich angeben. Je stärker die zu messenden Tatbestände vom Alltagswissen der Befragten abweichen, desto höher ist daher auch die Gefahr abweichender Ergebnisse.
- Neben der Operationalisierung wirken sich aber noch zahlreiche weitere Elemente der Ausgestaltung von *Methoden und Verfahren* aus. Zu nennen sind bei Befragungen insbesondere die Auswahlgrundlage, die eingesetzte Erhebungsorganisation und -technik, die Antwortausfälle, aber auch Fragen der Aufbereitung und Hochrechnung der Ergebnisse. Bei Registern sind demgegenüber vor allem Punkte wie etwa Doppelerfassungen, Fehlbestände und Karteileichen zu berücksichtigen.²²⁾ Alle genannten Punkte können zu Ergebnisunterschie-

²¹⁾ Da es sich bei der geringfügigen Beschäftigung um ein sozialrechtliches Konzept handelt, entspricht die Operationalisierung in diesem Fall der Definition.

²²⁾ Siehe hierzu im Einzelnen Radermacher, W./Körner, T.: „Fehlende und fehlerhafte Daten in der amtlichen Statistik. Neue Herausforderungen und Lösungsansätze“ in Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 90 (2006), S. 553 ff.

den beitragen. Hierdurch wird die Analyse abweichender Ergebnisse häufig zu einem recht komplexen Vorhaben, zumal sich die unterschiedlichen Effekte bei den einzelnen Elementen sowohl kumulieren als auch gegenseitig aufheben können. Aus diesem Grund wird ein Vergleich der aggregierten Ergebnisse zweier Statistiken immer nur begrenzte Aussagen ermöglichen. Für die Untersuchung von Ergebnisabweichungen am besten geeignet sind denn auch Nachbefragungen (z. B. die Nachbefragung im Mikrozensus im Jahr 2008), Parallelbefragungen (z. B. die Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ von 2005 bis 2007), Registerumfragen (z. B. die aktuell vom Statistischen Bundesamt und der Bundesagentur für Arbeit vorbereitete Registerumfrage zur geringfügigen Beschäftigung) sowie Zufallsexperimente, mit denen die Effekte unterschiedlicher Erhebungsmethoden unter kontrollierten Bedingungen verglichen werden können. Ein aktuelles Beispiel für ein Zufallsexperiment aus der amtlichen Statistik ist das Projekt „Quantifizierung von Methodeneffekten unterschiedlicher Erhebungsinstrumente auf die Datenqualität des Labour Force Survey“ (Q-MED/LFS), in dem die Effekte verschiedener Erhebungstechniken (computergestützte Face-to-face-Befragung, computergestützte telefonische Befragung, Selbstausfüllung mit Papierfragebogen sowie Selbstausfüllung mit Onlinefragebogen) verglichen werden.

Ein anderes Herangehen erfordert die Untersuchung von Ergebnisabweichungen zwischen Befragungen und Gesamtrechnungssystemen. Da bei solchen Systemen Ergebnisse unterschiedlicher Quellen kombiniert werden, die in komplexe Rechenmodelle einfließen, können die oben genannten experimentellen Untersuchungsmethoden in diesem Fall nicht angewendet werden. Nichtsdestotrotz sind aber gerade Vergleiche von Befragungsergebnissen mit den Ergebnissen aus Gesamtrechnungssystemen sehr sinnvoll und ergiebig, da diese Rechensysteme ein konsistentes Gesamtbild der Ergebnisse aller verfügbaren Quellen liefern.²³⁾

Wie die genannten Aktivitäten zeigen, hat die Verbesserung der Kohärenz verschiedener Statistiken in der amtlichen Statistik einen hohen Stellenwert. Zugleich ist Kohärenz gerade beim Einsatz stark unterschiedlicher Methoden ein sehr ambitioniertes Ziel, das sich vermutlich nur mit großem Aufwand (und auch dann nicht vollständig) erreichen lässt. Neben der weiterhin notwendigen methodischen Weiterentwicklung und Verbesserung der Datenquellen kommt daher der Information der Nutzer über abweichende Ergebnisse und die Hintergründe der Abweichungen große Bedeutung zu. Dem Nutzer sollte zudem Hilfestellung bei der Entscheidung angeboten werden, welche Quelle für die jeweilige Fragestellung am besten geeignet ist und welche Einschränkungen zu beachten sind. Grundlegende Informationen hierzu bieten – neben diesem Beitrag – die Quali-

tätsberichte, die für alle Bundesstatistiken im Internet verfügbar sind und ausführliche Informationen auch über den Mikrozensus enthalten.²⁴⁾ [u](#)

23) Hierauf weist auch Eurostat nachdrücklich hin: “Feedback from the National Accounts on the degree of incoherence and the adjustments that had to be made in order to bring the accounts into balance are excellent indicators of the accuracy and/or coherence of the statistical outputs received. They should be reported and should be a trigger for further investigation.” [Eurostat/Europäische Kommission (Hrsg.): “ESS Handbook for Quality Reports, 2009 edition”, Luxemburg 2009, S. 89].

24) www.destatis.de, Pfad: Publikationen → Qualitätsberichte → Arbeitsmarkt. Bei spezielleren Fragen hilft der arbeitsmarktstatistische Auskunftsdienst des Statistischen Bundesamtes gerne weiter (E-Mail an: arbeitsmarkt@destatis.de).

Anhang 1: Veränderung der Leitfragen zur

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Leitfrage: Erwerbstätigkeit in der Berichts- woche	Waren Sie in der Berichtswoche erwerbs- oder berufstätig? <i>(hauptberuflich oder nur nebenher; auch mithelfend im Familienbetrieb) (siehe auch Erläuterungen)</i>					Waren Sie in der Berichtswoche erwerbs- oder berufstätig ? Auch mit einer nebenberuflichen Tätigkeit, mit einer Aushilfstätigkeit oder mit einer Tätigkeit als Mithelfende(r) Familienangehörige(r) gelten Sie hier als erwerbstätig. Bitte beachten Sie die Erläuterungen zu dieser Frage!								
Leitfrage: normalerweise erwerbstätig						Wenn Sie in der Berichtswoche nicht gearbeitet haben, gehen Sie sonst einer Erwerbs- oder Berufstätigkeit nach, die Sie nur zurzeit nicht ausüben, weil Sie z. B. im Erziehungsurlaub sind, (Sonder-)Urlaub haben oder aus anderen Gründen? (z. B. Altersteilzeit) ... <i>ab 2000</i>								
Leitfrage: Mithelfende Familien- angehörige	Haben Sie in der Berichtswoche in einem vom Haushalt selbstbewirtschafteten landwirtschaftlichen Betrieb mitgearbeitet ?					Sind Sie in der Berichtswoche einer Gelegenheitstätigkeit nachgegangen, oder haben Sie in einem landwirtschaftlichen oder in einem anderen Betrieb mitgearbeitet , der von einem Mitglied Ihrer Familie oder Ihres Haushalts geführt wird?								
Leitfrage: Geringfügige Beschäftigung	Haben Sie in der Berichtswoche eine geringfügige (Neben- oder Aushilfs-)Beschäftigung ausgeübt? <i>(jeweils aktuelle gesetzliche Definition) (siehe auch Erläuterungen)</i>					Haben Sie in der Berichtswoche eine geringfügige Beschäftigung ausgeübt? Eine geringfügige Beschäftigung ist sozialversicherungsfrei. Sie umfasst <i>(jeweils aktuelle gesetzliche Definition)</i> Bitte beachten Sie die Erläuterungen zu dieser Frage!								
Leitfrage: Hinzuverdiener														
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004

Erwerbstätigkeit im Zeitraum 1991 bis 2009

2005	2006	2007	2008	2009
Haben Sie in der vergangenen Woche eine bezahlte bzw. eine mit einem Einkommen verbundene Tätigkeit ausgeübt? Dabei ist es egal, welchen zeitlichen Umfang diese hatte.		Haben Sie in der vergangenen Woche gegen Bezahlung gearbeitet (eine Stunde oder mehr)? und Waren Sie in der vergangenen Woche erwerbs- oder berufstätig ?	Haben Sie in der vergangenen Woche eine Stunde oder länger gegen Bezahlung oder als Selbstständiger gearbeitet?	Haben Sie in der vergangenen Woche (Montag bis Sonntag) eine Stunde oder länger gegen Bezahlung oder als Selbstständige/-r gearbeitet?
Wenn Sie in der vergangenen Woche nicht gearbeitet haben, gehen Sie normalerweise einer Erwerbstätigkeit nach, die Sie aber in der letzten Woche nicht ausgeübt haben (aufgrund von: z. B. Mutterschutz, Elternzeit/Erziehungsurlaub, Krankheit, (Sonder-)Urlaub, Altersteilzeit)?		Gehen Sie normalerweise einer bezahlten Tätigkeit nach, die Sie aber in der letzten Woche wegen Elternzeit/Erziehungsurlaub, Krankheit, Sonderurlaub, Altersteilzeit nicht ausgeübt haben?	Gehen Sie normalerweise einer bezahlten bzw. beruflichen Tätigkeit (auch 400-Euro-Job) nach, die Sie aber in der letzten Woche beispielsweise wegen Elternzeit, Krankheit, (Sonder-)Urlaub oder Altersteilzeit (in der Freistellungsphase) nicht ausgeübt haben?	Gehen Sie normalerweise einer bezahlten bzw. beruflichen Tätigkeit (auch 400-Euro-Job, 1-Euro-Job oder Tätigkeit als mithelfende/-r Familienangehörige/-r) nach, die Sie aber in der letzten Woche beispielsweise wegen Elternzeit, Krankheit, (Sonder-)Urlaub oder Altersteilzeit (in der Freistellungsphase) nicht ausgeübt haben?
Arbeiten Sie regelmäßig oder gelegentlich als Mithelfendes Familienmitglied in einem Betrieb, den ein Angehöriger Ihrer Familie führt?		Sind Sie regelmäßig oder gelegentlich als mithelfende(r) Familienangehörige(r) in einem Betrieb, den ein Angehöriger Ihrer Familie führt, tätig?	Waren Sie in der vergangenen Woche unbezahlt als mithelfende/-r Familienangehörige/-r in einem Betrieb, den ein/-e Angehörige/-r Ihrer Familie führt, tätig?	
Haben Sie in der letzten Woche eine bzw. mehrere geringfügige Beschäftigung(en) (auch Mini-Job) ausgeübt? Eine geringfügige Beschäftigung trifft dann zu, ... Typische geringfügige Tätigkeiten sind: (Aufzählung)	Haben Sie in der letzten Woche eine bzw. mehrere geringfügige Beschäftigung(en) , einen Mini-Job oder einen sogenannten Ein-Euro-Job ausgeübt? Eine geringfügige Beschäftigung trifft dann zu, ... Typische geringfügige Tätigkeiten sind: (Aufzählung) Bitte beachten Sie, dass beim Ein-Euro-Job ...	Haben Sie in der letzten Woche (zusätzlich) eine geringfügige Beschäftigung, 400-Euro-Job oder einen Ein-Euro-Job ausgeübt? Eine geringfügige Beschäftigung trifft dann zu, wenn der Verdienst nicht mehr als 400 Euro (Mini-Job) im Jahresdurchschnitt pro Monat beträgt. Eine Beschäftigung gilt auch als geringfügig, wenn sie auf höchstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage während eines Jahres begrenzt ist. Typische geringfügige Tätigkeiten sind: (Aufzählung, Reihenfolge geändert und neue Beispiele)	Haben Sie in der vergangenen Woche eine oder mehrere geringfügige Beschäftigung/-en (400-Euro-Job oder kurzfristige Tätigkeit) oder einen Ein-Euro-Job ausgeübt? Eine geringfügige Beschäftigung liegt vor, wenn der Verdienst nicht mehr als 400 Euro (Mini-Job) im Jahresdurchschnitt pro Monat beträgt. Als geringfügige Beschäftigung gelten auch kurzfristige Tätigkeiten (Saisonbeschäftigungen), die auf höchstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage während eines Jahres begrenzt sind. Typische geringfügige Beschäftigungen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Liste.	
Auch wenn man eigentlich nicht erwerbstätig ist, kann man ja Tätigkeiten ausüben, mit denen man Geld hinzuverdient . Wie ist das bei Ihnen: Üben Sie regelmäßig oder gelegentlich eine solche bezahlte Tätigkeit aus?		Auch wenn man eigentlich nicht erwerbstätig ist, kann man ja Tätigkeiten z. B. als Schüler/-in, Hausfrau/Hausmann oder Rentner/-in ausüben, mit denen man Geld hinzuverdient . Wie ist das bei Ihnen: Üben Sie regelmäßig oder gelegentlich eine solche bezahlte Tätigkeit in der vergangenen Woche aus?	Auch wenn man die eigentliche Erwerbstätigkeit unterbrochen hat, kann man Tätigkeiten ausüben, mit denen man Geld hinzuverdient . Haben Sie eine solche bezahlte Tätigkeit in der vergangenen Woche ausgeübt?	Auch wenn man die eigentliche Erwerbstätigkeit unterbrochen hat, kann man ja nebenbei etwas arbeiten , um Geld hinzuverdienen . Haben Sie eine solche bezahlte Tätigkeit in der vergangenen Woche ausgeübt?
2005	2006	2007	2008	2009

Anhang 2: Veränderung der Fragen zur

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	
Arbeitsuchende Nichterwerbstätige	Suchen Sie als zurzeit Nichterwerbstätige(r) eine Tätigkeit?					Waren Sie in der Berichtswoche beziehungsweise in den letzten 4 Wochen davor arbeitslos , oder haben Sie in dieser Zeit eine Tätigkeit gesucht ?									
Arbeitsuchende Erwerbstätige	Suchen Sie als zurzeit Erwerbstätige(r) eine andere Tätigkeit?					Haben Sie in der Berichtswoche oder in den letzten 4 Wochen davor eine andere oder weitere Tätigkeit gesucht ?									
Meldung bei der Bundesagentur für Arbeit	Sind Sie arbeitslos ? <i>Als arbeitslos gelten nur solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und zurzeit nur vorübergehend – da sie noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, sowie Schulentlassene und Hochschulabsolventen/-absolventinnen, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen.</i>					Sind Sie beim Arbeitsamt arbeitslos oder arbeitsuchend gemeldet?									
Aktuelle Arbeitssuche nach einer Arbeitnehmers-tätigkeit:	Auf welche Weise suchen Sie eine Tätigkeit? (Gegenwärtig bzw. in den letzten 4 Wochen) Kommen mehrere Arten in Betracht, alle zutreffenden Arten ankreuzen Suche durch:					Haben Sie innerhalb der letzten 4 Wochen etwas unternommen , um eine (andere) Tätigkeit als Arbeitnehmer(in) zu finden ?									
Aktuelle Arbeitssuche nach Tätigkeit als Selbstständige(r):	<i>keine eigene Frage für SB</i>					Haben Sie innerhalb der letzten 4 Wochen etwas unternommen , um eine Tätigkeit als Selbstständige(r) aufnehmen zu können ?									
Methode der Arbeitssuche nach einer Arbeitnehmers-tätigkeit:	<i>in Frage zur aktuellen Suche integriert</i>					Was haben Sie in dieser Zeit unternommen , um eine (andere) Tätigkeit zu finden? <i>Kreuzen Sie bitte alle Bemühungen an.</i>									
Methode der Arbeitssuche nach einer Tätigkeit als Selbstständige(r):	<i>in Frage zur aktuellen Suche integriert</i>					Was haben Sie in dieser Zeit unternommen , um eine Tätigkeit als Selbstständige(r) aufnehmen zu können? <i>Kreuzen Sie bitte alle Bemühungen an.</i>									
Verfügbarkeit:	Könnten Sie eine neue Tätigkeit innerhalb von zwei Wochen antreten?					Könnten Sie eine neue Tätigkeit innerhalb von 2 Wochen aufnehmen ?									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	

Erwerbslosigkeit im Zeitraum 1991 bis 2009

2005	2006	2007	2008	2009
Haben Sie in den letzten 4 Wochen eine berufliche bzw. bezahlte Tätigkeit gesucht?			Haben Sie in den letzten 4 Wochen eine bezahlte bzw. berufliche Tätigkeit gesucht? <i>Bitte kreuzen Sie auch dann "Ja" an, wenn Sie sich nach einer Tätigkeit mit wenigen Arbeitsstunden (z. B. 400-Euro-Job) umsehen, als Rentner/-in, Schüler/-in oder Student/-in einen Job suchen oder eine Tätigkeit als Selbstständige/-r anstreben</i>	
Haben Sie in den letzten 4 Wochen eine andere oder weitere Tätigkeit gesucht?			Haben Sie in den letzten 4 Wochen eine andere oder weitere Tätigkeit gesucht?	
Sind Sie in der vergangenen Woche bei der Agentur für Arbeit (Arbeitsamt) arbeitslos oder arbeitsuchend gemeldet gewesen? Ja Nein	Sind Sie in der vergangenen Woche bei der Agentur für Arbeit (Arbeitsamt) oder anderen Behörden arbeitslos oder arbeitsuchend gemeldet gewesen? Ja, arbeitslos (und ggf. arbeitsuchend) Ja, nur arbeitsuchend Nein		Sind Sie in der vergangenen Woche bei der Agentur für Arbeit (Arbeitsamt) oder anderen Behörden der Arbeitsverwaltung arbeitslos oder arbeitsuchend gemeldet gewesen?	Sind Sie in der vergangenen Woche bei der Agentur für Arbeit (Arbeitsamt) oder anderen Behörden der Arbeitsverwaltung arbeitslos oder arbeitsuchend gemeldet gewesen? (Hinter den Fragenblock zur Arbeitsuche verschoben)
Haben Sie innerhalb der letzten 4 Wochen etwas unternommen , um eine (andere) Tätigkeit als Arbeitnehmer(in) zu finden?			Haben Sie innerhalb der letzten 4 Wochen etwas unternommen, um eine (andere) Tätigkeit als Arbeitnehmer/-in zu finden?	
Haben Sie innerhalb der letzten 4 Wochen etwas unternommen , um eine Tätigkeit als Selbstständige(r) aufnehmen zu können?			Haben Sie innerhalb der letzten 4 Wochen etwas unternommen, um eine Tätigkeit als Selbstständige/-r aufnehmen zu können?	
Was haben Sie in dieser Zeit unternommen , um eine (andere) Tätigkeit zu finden? <i>Kreuzen Sie bitte alle zutreffenden Bemühungen an.</i>			Was haben Sie in dieser Zeit unternommen, um eine (andere) Tätigkeit zu finden? <i>Kreuzen Sie bitte alle zutreffenden Bemühungen an.</i>	
Was haben Sie in dieser Zeit unternommen , um eine Tätigkeit als Selbstständige(r) aufnehmen zu können? <i>Kreuzen Sie bitte alle zutreffenden Bemühungen an.</i>			Was haben Sie in dieser Zeit unternommen, um eine Tätigkeit als Selbstständige/-r aufnehmen zu können? <i>Kreuzen Sie bitte alle zutreffenden Bemühungen an.</i>	
Könnten Sie eine neue Tätigkeit innerhalb von 2 Wochen aufnehmen?	Angenommen, Ihnen wäre in der vergangenen Woche (Berichtswoche) eine bezahlte Tätigkeit angeboten worden, könnten Sie diese bis Ende der nächsten Woche aufnehmen?		Angenommen, Ihnen wäre in der vergangenen Woche (Berichtswoche) eine bezahlte Tätigkeit angeboten worden, könnten Sie diese bis Ende der nächsten Woche aufnehmen?	
2005	2006	2007	2008	2009

Anhang 3: Unterschiede zwischen Erwerbstätigenrechnung, Beschäftigtenstatistik und Mikrozensus im Überblick

	Erwerbstätigenrechnung	Beschäftigtenstatistik	Mikrozensus
Was ist ... ?	Gesamtrechensystem im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), das auf Basis aller verfügbaren Quellen monatlich die Zahl der Erwerbstätigen schätzt	Bestandsauszählung des Registers der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Größte Stichprobenerhebung in Deutschland, in der Merkmale zu Bevölkerung, Arbeitsmarkt und anderen Themenbereichen mit Auskunftspflicht im Rahmen einer Haushaltsbefragung erhoben werden
Zweck der Statistik	<ul style="list-style-type: none"> kurzfristige Arbeitsmarktbeobachtung auf nationaler und internationaler Ebene wichtiger Baustein der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (z. B. als Bezugswerte für die Ermittlung von Produktivitäten und als Ausgangswerte für die Berechnung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens) internationale Vergleiche im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 	<ul style="list-style-type: none"> Daten zu Bestand und Entwicklung sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in tiefer regionaler und fachlicher Gliederung Darstellung der Entwicklungen für einzelne Bevölkerungsgruppen (insbesondere nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit). Arbeitsmarkt- und Konjunkturbeobachtung, Strukturanalysen sowie Planungs- und Entscheidungsvorbereitung 	<ul style="list-style-type: none"> Strukturdaten über Bevölkerung und Arbeitsmarkt zur Darstellung der Arbeitsmarktsituation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen Themenübergreifende Auswertungen zu Arbeitsmarktfragen (z. B. Bildung und Erwerbstätigkeit; Staatsangehörigkeit und Beruf; Familie und Beruf) sowie Auswertungen im Haushaltskontext Internationale Vergleiche im Rahmen der EU-Arbeitskräfteerhebung
Definitive Unterschiede	Inlands-/Inländerkonzept, auch Erwerbstätige unter 15 Jahren	Nur voll sozialversicherungspflichtige/geringfügig Beschäftigte	Nur Inländerkonzept
Quelle	Schätzung auf Grundlage aller verfügbaren primär- und sekundärstatistischen Quellen (derzeit etwa 50 Quellen); Nutzung der für den jeweiligen Bereich am besten geeigneten Quelle	Daten aus dem Gemeinsamen Meldeverfahren zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung	Haushaltsbefragung zum Arbeitsmarkt und weiteren Themen
	Schätzung eines Aggregates auf Basis zahlreicher Quellen mit jeweils unterschiedlicher Erhebungsmethodik	Bestandsauszählung der Register zur voll sozialversicherungspflichtigen/geringfügigen Beschäftigung	1%-Stichprobe der Bevölkerung; Flächenstichprobe auf Grundlage der Volkszählung 1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. des Bevölkerungsregisters „Statistik“ (neue Länder und Berlin-Ost); jährliche Aktualisierung durch Neubausauswahl auf Grundlage der Bautätigkeitsstatistik
	Zuschätzungen für statistisch schwierig zu erfassende Gruppen (z. B. im Bereich der häuslichen Dienste)	Keine Zuschätzungen	Keine Zuschätzungen
	Fortschreibungsansatz; Originärberechnungen zur Festlegung von Basiswerten	Bestandsauszählung	Unterjährig jeweils Querschnittsbefragung
Berichtszeitraum	Monatsdurchschnitt (auch Quartals- und Jahresdurchschnitte)	Ergebnis zum Berichtsstichtag (jeweils der letzte Tag eines Quartals, d.h. 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember)	Quartals-/Jahresdurchschnitt (auch Monatsdurchschnitt)
Anpassung der Ergebnisse	Abstimmung der Schätzung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	Nein	Anpassung an demografische Eckwerte insbesondere der laufenden Bevölkerungsfortschreibung (Hochrechnung), Kompensation von Antwortausfällen
Fehlerbegriff	Mittlerer durchschnittlicher Revisionsbedarf	Nicht-stichprobenbedingte Fehler Mögliche Fehlerquellen: Fehlbestände, Karteileichen, Erhebungsverfahren (Meldeprozess)	Stichprobenbedingte und nicht stichprobenbedingte Fehler Mögliche Fehlerquellen: Stichprobenauswahl, Erhebungsverfahren, Auswahlgrundlage, Fragebogen, Hochrechnung
Qualitätssicherung	Systematischer Quellenvergleich; Analyse der Datenquellen	Prüfroutinen im Meldeverfahren; künftig gegebenenfalls Registerumfrage	Standardisierung der Befragung; Interviewkontrolle; Nachbefragungen
Regionale Zuordnung der Erwerbstätigen	am Arbeitsort sowie am Wohnort (außer Wirtschaftszweig)	am Arbeitsort sowie am Wohnort	am Wohnort
Revisionen	Ja, bei Vorliegen neuerer Ausgangsdaten jeweils zum Quartalsende; alle fünf Jahre große Revision im Kontext der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	Ja, Revision vorläufiger hochgerechneter Werte von 2- und 3-Monatsauszählungen nach Vorliegen der Totalauswertungen nach sechs Monaten	Nein (Ausnahme: monatliche Zeitreihe zur Erwerbslosigkeit: Revision der Originalwerte nach Vorlage der Quartalsergebnisse; Revision der saisonbereinigten Schätzung in den ersten sechs Monaten nach Veröffentlichung)
Saisonbereinigung	Ja	Ja	Nein (Ausnahme: monatliche Zeitreihe zur Erwerbslosigkeit)
Nutzung für internationale Indikatoren-systeme (Auswahl)	Euro-Indikatoren (WEWI): <ul style="list-style-type: none"> Erwerbstätigkeit (Veränderung zum Vorquartal und zum Vorjahresquartal) 	Nein	Strukturindikatoren: <ul style="list-style-type: none"> Erwerbstätigenquote (insgesamt und für einzelne Bevölkerungsgruppen) Erwerbsaustrittsalter Erwerbslosenquote (insgesamt und für einzelne Bevölkerungsgruppen) Euro-Indikatoren (WEWI): <ul style="list-style-type: none"> Harmonisierte monatliche Erwerbslosenquote Nachhaltigkeitsindikatoren
Tiefste regionale Untergliederung	Bundesgebiet (Inlands-/Inländerkonzept) Regionalisierte Schätzung nach Bundesländern durch den Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung in vierteljährlicher und jährlicher Periodizität, sowie nach Kreisen und kreisfreien Städten in jährlicher Periodizität	bis Kreis-/Gemeindeebene	Regierungsbezirke, regionale Anpassungsschichten (Zusammenfassungen von einem bis drei Kreisen); allerdings bei fachlich bzw. räumlich tief gegliederten Auswertungen Einschränkungen durch Stichprobenzufallsfehler

Dipl.-Handelslehrer Sebastian Czajka, Dr. Sabine Mohr

Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland

Ergebnisse der Erhebung 2008

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) haben sich in den vergangenen Jahren rasant weiterentwickelt und begegnen uns heute in fast allen Lebensbereichen. Ob es sich um das Senden von Textnachrichten und E-Mails oder das Einkaufen im Internet handelt – für immer mehr Menschen gehört inzwischen die Nutzung von Mobilfunk, Computer und Internet zum privaten und beruflichen Alltag.

Die Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten gibt einen Überblick über die Ausstattung privater Haushalte mit moderner IKT sowie über die Nutzung von Computern und Internet durch Personen im Alter ab zehn Jahren in Deutschland. Die Erhebung wird in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) als eine methodisch harmonisierte Befragung durchgeführt. Die amtliche Statistik in Deutschland beteiligt sich seit dem Jahr 2002 an der Erhebung. Die Ergebnisse der IKT-Erhebungen dienen insbesondere der Beobachtung und der Evaluation der Ziele, die in die Initiative „i2010 – Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung 2010“ der Europäischen Kommission Eingang gefunden haben.

Der vorliegende Beitrag stellt ausgewählte Ergebnisse aus der Erhebung zur Nutzung von IKT in privaten Haushalten im Jahr 2008 in Deutschland vor. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Darstellung der Ergebnisse zur Internetnut-

zung. Neben der Frage nach den Nutzungsunterschieden zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen werden Entwicklungstendenzen der letzten Jahre aufgezeigt und die Situation Deutschlands im europäischen Vergleich dargestellt. Einführend skizziert der Beitrag das methodische Konzept der Erhebung und informiert über die Rechtsgrundlagen auf nationaler und europäischer Ebene.

Rechtsgrundlagen und methodische Vorbemerkungen

Die europäische Rahmenverordnung über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft bildet die rechtliche Grundlage zur Durchführung jährlicher Erhebungen zur Nutzung von IKT in privaten Haushalten.¹⁾ Eine Durchführungsverordnung der Europäischen Kommission, in der die Erhebungsmerkmale der betreffenden Berichtsjahre²⁾ festgelegt werden, ergänzt jährlich diese Rahmenverordnung. In Deutschland wird die europäische Rechtsgrundlage durch das Informationsgesellschaftsstatistikgesetz³⁾ vervollständigt, da der europäische Rechtsrahmen den vom Bundesstatistikgesetz geforderten Regelungsinhalt nicht vollständig abbildet.

Die Erhebung wird in Deutschland vom Statistischen Bundesamt in Kooperation mit den Statistischen Ämtern der

1) Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (Amtsbl. der EU Nr. L 143, S. 49). Die Verordnung regelt zusätzlich die Erhebung über die Nutzung von IKT in Unternehmen und ist mit dem Erhebungsjahr 2006 in Kraft getreten. In den Jahren 2002 bis 2005 ist die Erhebung als Pilotstudie durchgeführt worden.

2) Die Erhebung umfasst einen Katalog an Standardmerkmalen sowie ein jährlich wechselndes Schwerpunktmodul, über das einzelne Aspekte der Internetnutzung, wie z. B. E-Government oder E-Commerce, vertieft werden.

3) Gesetz über die Statistik zur Informationsgesellschaft (Informationsgesellschaftsstatistikgesetz – InfoGesStatG) vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3685).

Länder sowie mit Unterstützung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) durchgeführt. Der Bruttostichprobenumfang der Erhebung beträgt 12 000 Haushalte. Grundgesamtheit der Erhebung sind alle privaten Haushalte in Deutschland (am Hauptwohnsitz) sowie die darin lebenden Personen im Alter ab zehn Jahren. Personen in Anstaltshaushalten sowie Personen ohne festen Wohnsitz bleiben unberücksichtigt. Die Stichprobenhaushalte werden nach einem Quotenverfahren ausgewählt.⁴⁾

Die Erhebung wird als schriftliche Befragung durchgeführt und besteht aus zwei Erhebungsteilen. Über einen Haushaltsfragebogen werden Informationen zur Ausstattung der Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologien erhoben. Um ein genaues Bild über die Nutzungsgewohnheiten der Einzelpersonen in den Haushalten ermitteln zu können, erhält jede im Haushalt lebende Person im Alter ab zehn Jahren einen Personenfragebogen mit Fragen zu ihrer Computer- und Internetnutzung. Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig. Im Jahr 2008 nahmen insgesamt 11 508 Haushalte und 23 582 Personen an der Erhebung teil.

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse aus der Befragung im Jahr 2008 in Deutschland präsentiert.⁵⁾ Dies sind die hochgerechneten Ergebnisse für rund 39 Mill. Haushalte und etwa 74 Mill. Personen im Alter ab zehn Jahren und älter. Die Ergebnisse beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf die Nutzung von IKT im ersten Vierteljahr 2008. Zusätzlich werden für ausgewählte zentrale Indikatoren europäische Vergleichszahlen präsentiert, anhand derer sich die Position Deutschlands im europäischen Vergleich darstellen lässt.

Immer mehr Online-Haushalte – Breitbandtechnologie wird immer beliebter

Die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien setzt die Ausstattung mit entsprechenden Geräten und leistungsfähigen Anschlüssen voraus. Im Jahr 2008 verfügten 69% der Haushalte in Deutschland über einen Internetanschluss. Wie bereits in den vergangenen Jahren ist damit der Anteil der Online-Haushalte 2008 erneut leicht angestiegen und hat sich gegenüber dem Jahr 2007 um 4 Prozentpunkte erhöht. Online-Haushalte nutzen in erster Linie stationäre Computer (81%) und/oder tragbare Computer (47%) als Gerät für den Internetzugang zu Hause. Der Zugang zum Internet mit dem Mobiltelefon war bei den Haushalten mit Internetzugang dagegen noch weniger verbreitet und lag bei 16%.

Der Anteil der Online-Haushalte ist ein wichtiger Indikator, um zu beobachten, wie verbreitet IKT in einer Gesellschaft ist. In ihren politischen Strategiepapieren verweisen sowohl die Europäische Union (EU) als auch die Bundesregierung jedoch auf die Notwendigkeit, das Netz leistungsfähiger Breitbandverbindungen weiter auszubauen, um alle Haushalte mit einem schnellen Internetzugang zu versorgen.⁶⁾ Mit einer leistungsfähigen Informationsinfrastruktur, die den schnellen Austausch großer Datenmengen ermöglicht, sollen unter anderem die technischen Voraussetzungen für die einfachere und verbesserte Nutzung von Online-Diensten, wie beispielsweise E-Government oder E-Commerce, geschaffen werden. Die Bundesregierung hat hierzu auch im Konjunkturpaket II einen deutlichen Akzent gesetzt und Investitionen zum weiteren Ausbau des Breitbandnetzes beschlossen.⁷⁾

Tabelle 1: Ausstattung privater Haushalte mit Internetzugang und Breitbandanschluss
Prozent

Jahr	Haushalte mit	
	Internetzugang ¹⁾	Breitbandanschluss ²⁾
2002	43	–
2003	51	17
2004	57	30
2005	58	38
2006	61	50
2007	65	71
2008	69	73

1) Bezogen auf alle Haushalte. – 2) Bezogen auf Haushalte mit Internetzugang.

Die Internetnutzung über Breitbandtechnologie, also beispielsweise über eine DSL-Verbindung oder eine UMTS-Verbindung, hat seit dem Jahr 2005 in privaten Haushalten in Deutschland deutlich zugenommen. Nach den Ergebnissen der Erhebung 2008 nutzten fast drei Viertel (73%) der Online-Haushalte in Deutschland eine Breitbandverbindung. Etwas geringer war der Anteil im Jahr 2007 (71%). Im Jahr 2006 war dagegen erst die Hälfte (50%) der Online-Haushalte mit einer schnellen Breitbandverbindung ausgestattet. Im Jahr 2005 gelangten sogar erst 38% aller Haushalte mit Internetzugang mit der Breitbandtechnologie von zu Hause aus ins Internet.

Haushalte mit Breitbandzugang im EU-Vergleich

In Schaubild 1 ist der Anteil der Haushalte mit Breitbandanschluss in Deutschland und ausgewählten Mitgliedstaaten

4) Im Jahr 2008 wurden als Quotierungsmerkmale für die Aufteilung des Stichprobenumfangs die Merkmale Bundesland, Haushaltstyp, soziale Stellung der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt und Haushaltsnettoeinkommen herangezogen.

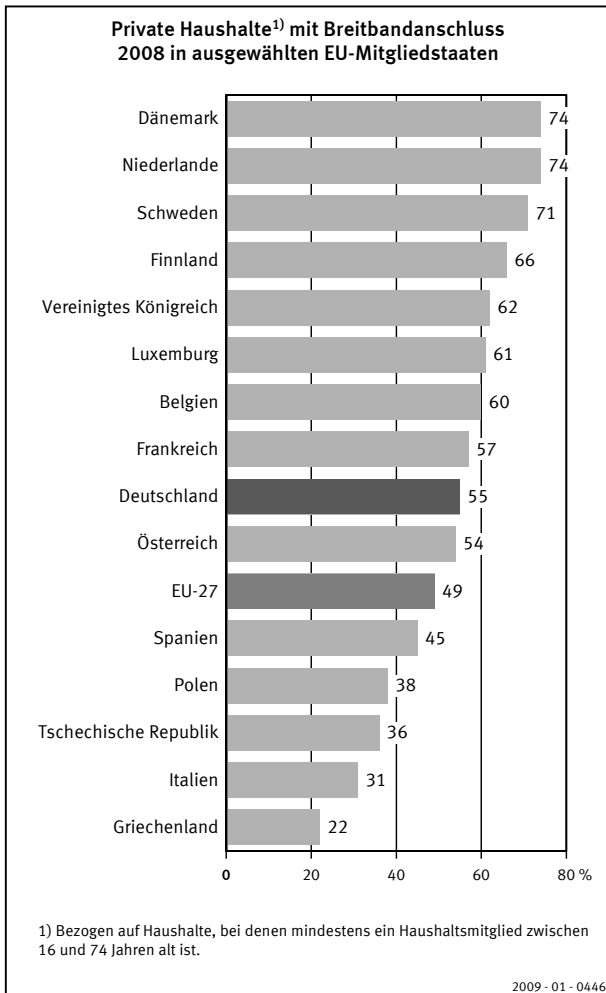
5) Weitere Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von IKT in privaten Haushalten 2008 enthält die Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Reihe 4 „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“. Diese kann zusammen mit dem Qualitätsbericht und den Erhebungsunterlagen auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes abgerufen werden (www.destatis.de). Dort stehen auch mehrere Aufsätze, die in dieser Zeitschrift zum Thema Informationsgesellschaft erschienen sind, zur Verfügung.

6) Siehe Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „i2010 – Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung“, KOM(2005) 229, sowie Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.): „Breitbandstrategie der Bundesregierung“, 2009.

7) Informationen zu den Konjunkturpaketen enthält die spezielle Internetseite der Bundesregierung (www.konjunkturpaket.de; Stand: 9. Juni 2009).

ten der EU dargestellt.⁸⁾ Der Prozentanteil bezieht sich hier auf alle Haushalte und nicht wie die Prozentangaben in Tabelle 1 auf die Teilmenge der Online-Haushalte. Im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern lag Deutschland im Jahr 2008 mit einem Anteil der Haushalte mit Breit-

Schaubild 1



bandzugang von 55% über dem EU-Durchschnitt (EU-27: 49%), dieser Anteil entsprach in etwa dem in den Nachbarländern Frankreich (57%) und Österreich (54%). Es zeigt sich allerdings, dass in den skandinavischen Ländern sowie in den Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande, Luxemburg) die Ausstattung mit Breitbandtechnologien, wie auch schon in den letzten Jahren, stärker verbreitet war. In anderen Staaten, zum Beispiel in Griechenland oder Italien, war der Anteil der Haushalte mit Breitbandzugang dagegen deutlich niedriger als in Deutschland.

Internetnutzung durch Personen

Neben der Zahl privater Haushalte, die mit der erforderlichen Infrastruktur für den Zugang zum Internet ausgestattet sind, hat auch der Anteil der Internetnutzerinnen und -nutzer in Deutschland in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Im Jahr 2008 haben in Deutschland 71% der Personen ab zehn Jahren das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt. Das entspricht knapp 53 Mill. Menschen. Im Jahr 2007 hatte der Anteil der Onliner, also der Personen, die das Internet nutzen, noch bei 68% gelegen. Darüber hinaus nimmt auch der Anteil derjenigen zu, die jeden Tag oder fast jeden Tag online sind. Im Jahr 2008 waren 66% der Onliner jeden Tag oder fast täglich im Internet. Gegenüber dem Jahr 2003 hat sich dieser Anteil um 20 Prozentpunkte erhöht (2003: 46%).

Tabelle 2: Häufigkeit der Internetnutzung durch Personen¹⁾ im Zeitvergleich
Prozent

Jahr	Internet im ersten Vierteljahr genutzt	Davon nach der durchschnittlichen Nutzung		
		jeden Tag oder fast jeden Tag	mindestens einmal in der Woche (nicht täglich)	mindestens einmal im Monat oder seltener (nicht wöchentlich)
2003	52	46	34	20
2004	58	47	32	21
2005	61	50	32	18
2006	65	56	29	15
2007	68	61	26	13
2008	71	66	23	11

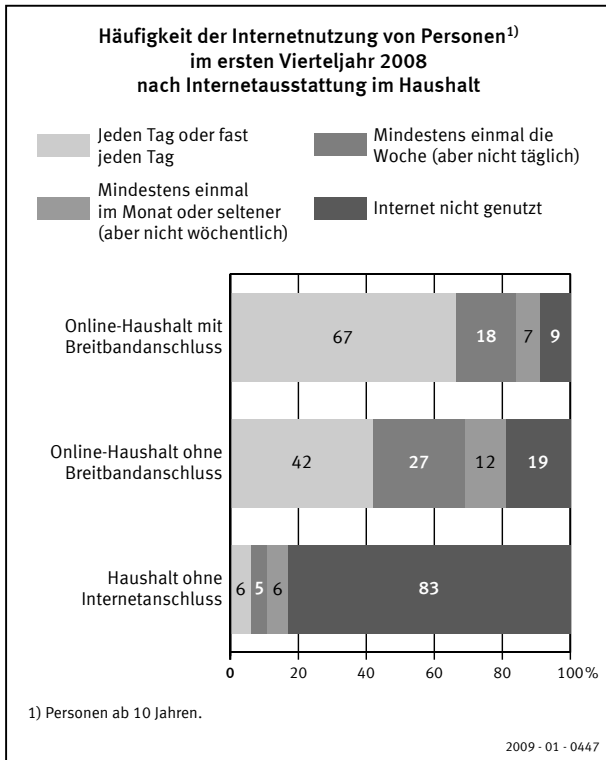
1) Anteil von Personen ab zehn Jahren, die das Internet im jeweils ersten Vierteljahr des entsprechenden Jahres nutzten.

Gerade für die Häufigkeit, mit der das Internet genutzt wird, ist entscheidend, welche technische Infrastruktur den Haushaltsmitgliedern zu Hause zur Verfügung steht. Zwar wird das Internet auch außerhalb des eigenen Haushaltes genutzt, beispielsweise am Arbeits- oder Ausbildungsplatz oder in der Schule, allerdings gingen die meisten Nutzerinnen und Nutzer im ersten Vierteljahr 2008 von zu Hause aus online (92%). 37% nutzten das Internet am Arbeitsplatz, 12% am Ort der Ausbildung, in der Schule oder der Universität. Schaubild 2 auf S. 556 stellt dar, wie die durchschnittliche Internetnutzung von Personen entsprechend der Internetausstattung im Haushalt variiert.

Erwartungsgemäß war der Anteil der Personen, die das Internet im ersten Vierteljahr 2008 nicht genutzt hatten, in Haushalten ohne eigenen Internetanschluss am höchsten (83%). Darüber hinaus wird das Internet regelmäßiger genutzt, wenn ein Breitbandanschluss vorhanden ist: In Haushalten mit einem Breitbandanschluss nutzten knapp zwei Drittel der darin lebenden Personen (67%) das Internet jeden Tag oder fast jeden Tag. Verwendet der Haushalt dagegen

8) Die Ergebnisse für die anderen Mitgliedstaaten und für die Europäische Union (die aggregierten EU-27-Ergebnisse) wurden der Eurostat Online Datenbank entnommen (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/information_society/data/database). Über diese Webseite können weitere europäische Vergleichszahlen abgerufen werden. Auskünfte zur Nutzung der Eurostat Datenbank erteilt der EDS Europäischer Datenservice (www.eds-destatis.de). Bei den europäischen Vergleichswerten werden nur Haushalte betrachtet, bei denen mindestens ein Haushaltsmitglied zwischen 16 und 74 Jahren alt ist. Diese Unterschiede in der Grundgesamtheit führen dazu, dass es beim Vergleich der europäischen mit den nationalen Ergebnissen zu Abweichungen kommen kann. Ferner ist zu berücksichtigen, dass bei den aggregierten Ergebnissen für die EU-27 in der Regel nicht von allen Mitgliedstaaten Daten verfügbar sind. Die Werte für EU-27 werden nur dann ausgewiesen, wenn die Länder, von denen Daten vorliegen, mindestens 60% der Bevölkerung der EU und 55% der Mitgliedstaaten abdecken. Da bei den einzelnen Indikatoren und Berichtsjahren jeweils für unterschiedliche Länder keine Angaben vorliegen, wird an dieser Stelle auf eine exakte Dokumentation der jeweils einbezogenen Länder verzichtet. Die Angaben für die EU-27 sind daher als Größenordnungen für Niveau und Entwicklung der einzelnen Indikatoren zu verstehen.

Schaubild 2



eine Verbindungsart zum Internet mit niedrigen Datenübertragungsraten, beispielsweise die Einwahl ins Internet über ein analoges Modem, so lag der Anteil der täglichen Nutzer und Nutzerinnen lediglich bei 42 %.

Welche Unterschiede gibt es bei der Nutzung des Internets zwischen den Bevölkerungsgruppen? Die Ergebnisse der vergangenen Jahre⁹⁾ haben gezeigt, dass die Internetnutzung in höheren Altersgruppen abnimmt und dass Frauen im Vergleich zu Männern seltener und in geringerem Umfang online sind. Nutzungsunterschiede zwischen Frauen und Männern machen sich jedoch nicht in allen Altersgruppen gleichermaßen bemerkbar. Sie sind vorrangig in den älteren Bevölkerungsgruppen feststellbar, während bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Unterschiede in der Internetnutzung zwischen Frauen und Männern deutlich geringer ausfallen. Die Ergebnisse für das erste Vierteljahr

2008 zur durchschnittlichen Nutzungshäufigkeit des Internets (siehe Tabelle 3) zeigen, dass sich dieser Trend weiter fortsetzt. In der Altersgruppe der 10- bis 24-Jährigen gab es kaum Unterschiede in der Internetnutzung zwischen der männlichen und der weiblichen Bevölkerung. Der Anteil der täglichen (bzw. fast täglichen) Internetnutzer war mit 68 % etwas höher als der der täglichen Internetnutzerinnen (64 %). Beim Anteil der Personen, die nur sehr selten oder gar nicht online sind, gab es zwischen jungen Frauen und jungen Männern keine Unterschiede. In der Gruppe der 55-Jährigen und Älteren nutzten dagegen weiterhin fast drei Viertel der Frauen das Internet im ersten Vierteljahr nicht (72 %) und nur 13 % zählten zu den täglichen Nutzerinnen. Demgegenüber war in dieser Altersgruppe der Anteil der männlichen Personen ohne Internetnutzung deutlich geringer (54 %) und 29 % der Männer ab 55 Jahren nutzten das Internet jeden Tag oder fast jeden Tag.

Trotz der kontinuierlichen Zunahme der Internetnutzung zeigt sich also, dass dabei weiterhin alters- sowie geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen. Dieses Ergebnis trifft nicht nur für die Situation in Deutschland zu. Der Blick auf die Internetnutzung in der Europäischen Union (gemessen am EU-Durchschnittswert der 27 EU-Mitgliedstaaten) zeigt eine sehr ähnliche Entwicklung.

Schaubild 3 stellt den Durchschnittswert für die regelmäßige Internetnutzung in der gesamten Europäischen Union (EU-27) im zeitlichen Verlauf über die Jahre 2004 bis 2008 nach Altersgruppen sowie nach dem Geschlecht gegliedert dar.¹⁰⁾ Als regelmäßige Internetnutzer und -nutzerinnen werden die Personen bezeichnet, die drei Monate vor dem Befragungszeitraum das Internet im Durchschnitt mindestens einmal pro Woche verwendet haben. Der Indikator umfasst also die tägliche sowie die wöchentliche Internetnutzung. Unabhängig von den Gliederungsmerkmalen Geschlecht und Alter hat sich über alle Bevölkerungsgruppen im Zeitverlauf der Anteil der regelmäßigen Nutzerinnen und Nutzer erhöht. Ferner ist in allen Altersgruppen der Anteil der Personen mit regelmäßiger Internetnutzung bei der männlichen Bevölkerung höher als bei der weiblichen. Aber auch hier sind die Differenzen zwischen dem Nutzungsgrad der Frauen im Vergleich zu dem der Männer über die einzelnen Altersgruppen hinweg uneinheitlich. Die bereits im Jahr 2004 nur geringen Unterschiede zwischen den Anteilen der regelmäßigen Nut-

Tabelle 3: Häufigkeit der Internetnutzung von Personen im ersten Vierteljahr 2008 Prozent¹⁾

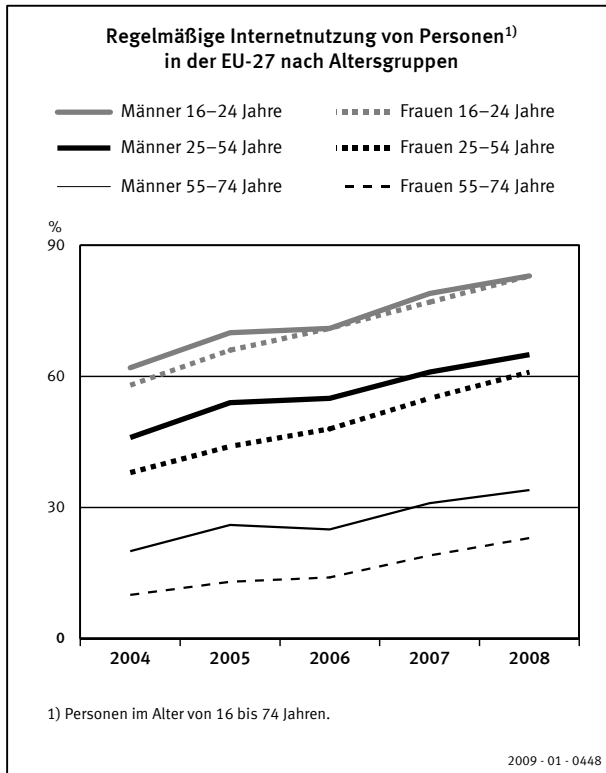
Häufigkeit der Internetnutzung	Personen im Alter von ... bis ... Jahren					
	10 – 24		25 – 54		55 und älter	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Jeden Tag oder fast täglich	64	68	52	66	13	29
Mindestens einmal die Woche (aber nicht täglich)	22	19	23	16	9	12
Mindestens einmal im Monat oder seltener (aber nicht wöchentlich)	9	9	11	7	6	5
Internet nicht genutzt	5	5	15	12	72	54

1) Anteil an Personen ab zehn Jahren in Deutschland.

9) Siehe u. a. Czajka, S./Mohr, S.: „Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten“ in WiSta 9/2008, S. 764 ff.

10) In den europäischen Durchschnittswerten für die Jahre 2004 bis 2007 sind auch die beiden Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien enthalten, die der Europäischen Union erst im Jahr 2007 beigetreten sind. So können die Ergebnisse besser mit den Werten für 2008 verglichen werden.

Schaubild 3



zerinnen und Nutzer in der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen sind im Zeitverlauf weiter zurückgegangen. Im Jahr 2008 lag der Anteil schließlich in beiden Gruppen bei 83 %. Auch in der Altersgruppe der 25- bis 54-Jährigen wird der Abstand zwischen den Anteilen der regelmäßigen Nutzer bei Frauen und Männern geringer. Lediglich in der Generation der Personen im Alter von 55 bis 74 Jahren ist die Differenz zwischen dem Anteil der regelmäßigen Internetnutzerinnen und dem Anteil der regelmäßigen Internetnutzer im Zeitverlauf nahezu unverändert bei etwa 10 Prozentpunk-

ten geblieben. In dieser Altersgruppe bleibt die Internetnutzung der Frauen weiterhin schwächer ausgeprägt als die der Männer.

Internetaktivitäten für private Zwecke

Für welche Aktivitäten wird das Internet verwendet und gibt es hierbei Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen? Nutzen Jugendliche das Internet für ähnliche Zwecke wie Senioren? Das folgende Kapitel geht auf unterschiedliche Nutzungsaspekte des Internets ein. Bei den folgenden Auswertungen wird daher nicht die gesamte Bevölkerung betrachtet, sondern nur der Personenkreis, der im ersten Vierteljahr 2008 das Internet nutzte. Die Darstellung der Internetaktivitäten konzentriert sich ferner nur auf die Verwendung des Internets für private Anliegen und unterscheidet sich damit von der Auswertung der allgemeinen Internetnutzung. Hier war es unerheblich, ob das Internet für berufliche oder private Belange eingesetzt wurde.

Internetaktivitäten wie das Kommunizieren über E-Mail oder die Suche nach Informationen über Waren und Dienstleistungen sind bei den Internetnutzerinnen und -nutzern am weitesten verbreitet. 87 % der Personen, die das Internet im ersten Vierteljahr 2008 für private Zwecke nutzten, kommunizierten über E-Mail und 84 % suchten im Netz nach Informationen über Waren oder Dienstleistungen. Diese Werte blieben im Vergleich zu den beiden Vorjahren beinahe konstant (E-Mail 2007: 86 %, 2006: 85 %; Informationssuche über Waren und Dienstleistungen 2007: 84 %, 2006: 83 %). Dabei war der Anteil der Personen, die E-Mail verwendeten oder online nach Informationen zu Waren und Dienstleistungen suchten, in allen Altersgruppen sehr hoch. Eine Ausnahme bildete allerdings die Altersgruppe der 10- bis 15-Jährigen, bei der die Nutzung von E-Mail vergleichsweise gering verbreitet ist und der Anteil hierfür sogar unter dem entsprechenden Anteil der Personen ab 65 Jahren liegt (10- bis 15-Jährige: 69 %; Personen ab 65 Jahren: 85 %).

Tabelle 4: Internetaktivitäten für private Zwecke im ersten Vierteljahr 2008 nach Altersgruppen

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis ... Jahren				
		10 – 15	16 – 24	25 – 44	45 – 65	65 und älter
Erfasste Personen (Anzahl)	18 158	2 410	2 699	6 340	5 592	1 117
Hochgerechnete Personen (1 000)	52 573	4 431	8 457	20 849	15 351	3 484
		%) ¹⁾				
Senden oder Empfangen von E-Mail	87	69	91	91	86	85
Informationssuche über Waren und Dienstleistungen	84	47	81	93	86	78
Elektronische Kommunikationsformen (ohne E-Mail)	49	73	84	48	30	22
darunter:						
Chatten/Besuchen von Foren	40	65	75	38	21	13
Instant messaging	28	50	62	24	12	10
Lesen von Blogs	17	16	30	17	11	–
Audiovisuelle Inhalte genutzt/eingestellt	58	74	81	61	42	35
Internet-Banking/Online-Banking	47	–	37	61	46	40
Einkaufen im Internet (E-Commerce)	53	17	51	68	48	33
Kontakt mit Behörden/öffentlichen Einrichtungen über das Internet (E-Government) in den letzten 12 Monaten	55	8	47	66	59	41

1) Anteil an Personen ab zehn Jahren, die das Internet im ersten Vierteljahr 2008 genutzt haben.

Dagegen waren andere elektronische Kommunikationsformen bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen überdurchschnittlich beliebt. Zu solchen anderen elektronischen Kommunikationsformen zählen beispielsweise das Chatten bzw. der Besuch von Online-Foren, die Nutzung sogenannter Instant-Messaging-Dienste, bei denen in Echtzeit Informationen/Nachrichten online ausgetauscht werden, oder das Lesen von Blogs, einer Art Online-Tagebuch oder -Journal.

Während von allen Personen, die im ersten Vierteljahr 2008 das Internet für private Zwecke nutzten, knapp jede zweite (49%) auf andere elektronische Kommunikationsmöglichkeiten zurückgriff, lag der entsprechende Anteil in der Altersgruppe der 10- bis 15-Jährigen mit knapp drei Vierteln (73%) deutlich über dem Gesamtdurchschnitt. Von den 16- bis 24-Jährigen nutzten sogar 84% diese Kommunikationsformen.

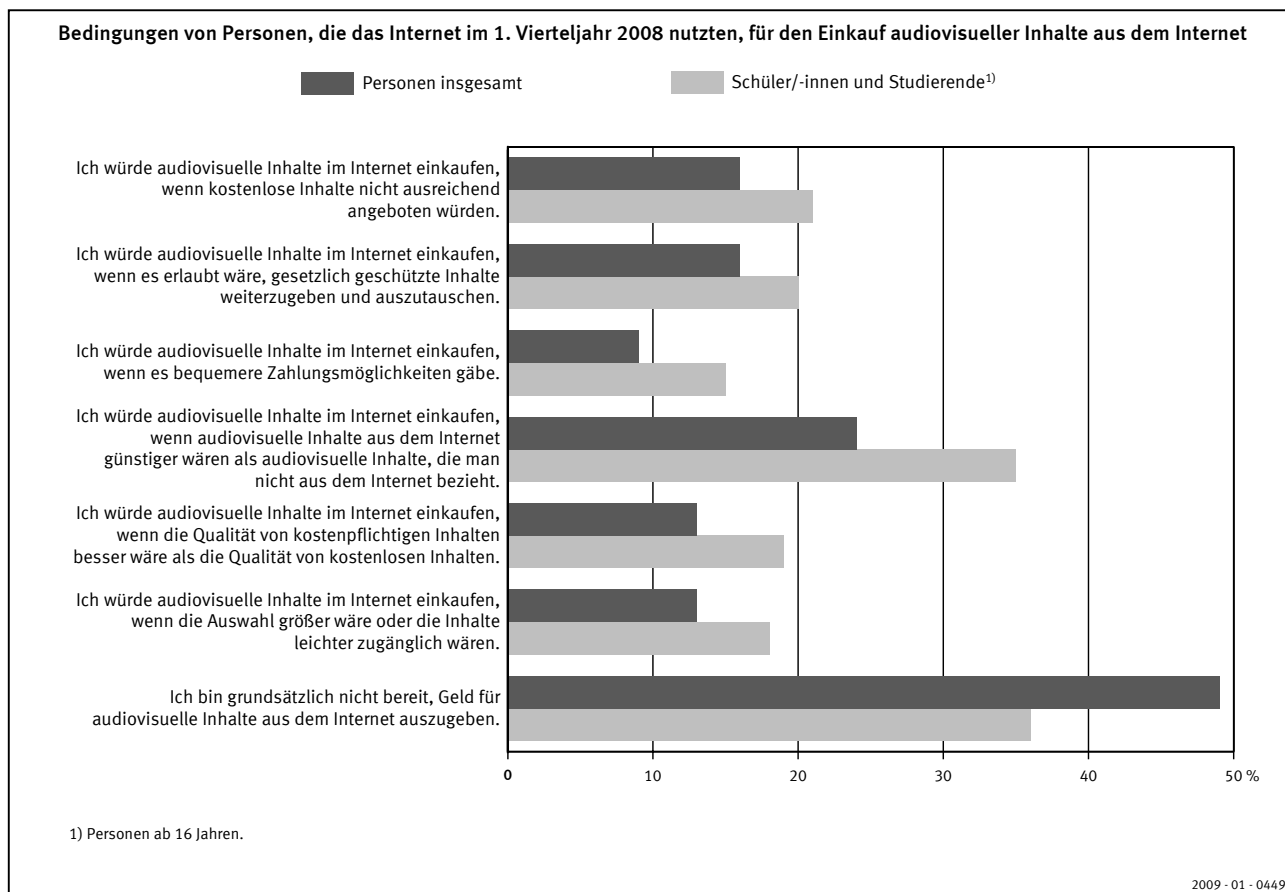
58% der Internetnutzerinnen und Internetnutzer griffen auf Angebote mit audiovisuellen Inhalten zu oder stellten audiovisuelle Inhalte im Internet zur Verfügung. Das bedeutet, dass deutlich mehr als die Hälfte der Onlinerinnen und Onliner über das Internet fernsieht oder Radio hört, Musik- oder Filmdateien herunterlädt oder mit anderen Personen austauscht, eigene Fotos, Videos usw. auf eine Webseite einstellt oder sonstige Formen audiovisueller Inhalte online konsumiert.

Recht verbreitet war auch die Nutzung des Internets, um Bankgeschäfte abzuwickeln (47%) oder um Waren und

Dienstleistungen einzukaufen (53%). Darüber hinaus hat mehr als jede zweite Person (55%), die das Internet nutzte, in den letzten zwölf Monaten von der Möglichkeit des E-Governments Gebrauch gemacht und das Internet für Kontakte mit Behörden und öffentlichen Einrichtungen eingesetzt.

Je nach Alter stehen unterschiedliche Nutzungsaspekte im Vordergrund oder sind unterschiedlich stark ausgeprägt. Sehr deutlich wird dies bei der Analyse der Nutzung elektronischer Kommunikationsformen (ohne E-Mail) sowie audiovisueller Inhalte: Diese Internetangebote werden wesentlich häufiger von den jüngeren Personen wahrgenommen, während das Interesse an solchen Inhalten mit steigendem Alter deutlich nachlässt. Interessant ist dabei vor allem, dass sich zwischen der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen und der der 25- bis 44-Jährigen sehr ausgeprägte Unterschiede zeigen. So war beispielsweise bei elektronischen Kommunikationsformen wie Chatten und Besuch von Foren sowie bei der Nutzung von Instant messaging der Anteil der 16- bis 24-jährigen Nutzerinnen und Nutzer deutlich höher als der entsprechende Anteil in der Gruppe der 25- bis 44-Jährigen (Chatten/Besuch von Foren: 75% gegenüber 38%, Instant messaging: 62% gegenüber 24%). Ein anderes Bild ergibt sich beim Vergleich beider Altersgruppen in Bezug auf die Nutzung von E-Commerce, E-Government oder Online-Banking: Der Anteil der 25- bis 44-Jährigen lag bei diesen drei Internetaktivitäten deutlich über dem jeweiligen Anteil der 16- bis 24-Jährigen. 68% der 25- bis 44-Jährigen gegenüber 51% der 16- bis

Schaubild 4



24-Jährigen kauften online ein, Online-Banking nutzten 61 % aus der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen gegenüber 37 % aus der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen und beim E-Government betrug der Anteil 66 gegenüber 47 %.

In der Erhebung im Jahr 2008 wurde auch gefragt, ob für die Nutzung audiovisueller Inhalte aus dem Internet Geld ausgegeben wird, und ferner, unter welchen Bedingungen Personen bereit wären, kostenpflichtige audiovisuelle Inhalte aus dem Internet zu beziehen. Von den Personen, die das Internet im ersten Vierteljahr 2008 nutzten, hat jede achte (12%) im ersten Vierteljahr 2008 kostenpflichtige audiovisuelle Inhalte aus dem Internet genutzt. Die Personen, die in diesem Zeitraum kein Geld für audiovisuelle Inhalte ausgegeben haben, zeigten zudem insgesamt gesehen in der aktuellen Situation keine hohe Bereitschaft, kostenpflichtige audiovisuelle Inhalte in Anspruch zu nehmen. Knapp die Hälfte dieser Personen (49%) gab an, grundsätzlich nicht bereit zu sein, Geld für audiovisuelle Inhalte auszugeben. 24% von ihnen wären allerdings dann bereit zu bezahlen, wenn die audiovisuellen Inhalte aus dem Internet kostengünstiger wären als audiovisuelle Inhalte, die man außerhalb des Internets beziehen kann. Andere Bedingungen, unter denen die Personen audiovisuelle Inhalte im Internet einkaufen würden, waren eher von untergeordneter Bedeutung (siehe Schaubild 4).

Die zurückhaltende Einstellung gegenüber der Bezahlung von audiovisuellen Inhalten aus dem Internet ändert sich mit dem Alter der Internetnutzerinnen und -nutzer. Bei Personen, die 65 Jahre und älter sind, lag der Anteil derjenigen, die grundsätzlich nicht bereit sind, Geld für audiovisuelle Inhalte auszugeben, bei 72%. In der Altersgruppe zwischen 45 und 64 Jahren waren es 57%. Zwar war die grundsätzliche Ablehnung bei den eher jüngeren Internetnutzenden auch stark verbreitet (16- bis 24-Jährige: 45%, 25- bis 44-Jährige: 41%), allerdings nicht im gleichen Maße wie in den vorher genannten Altersgruppen.

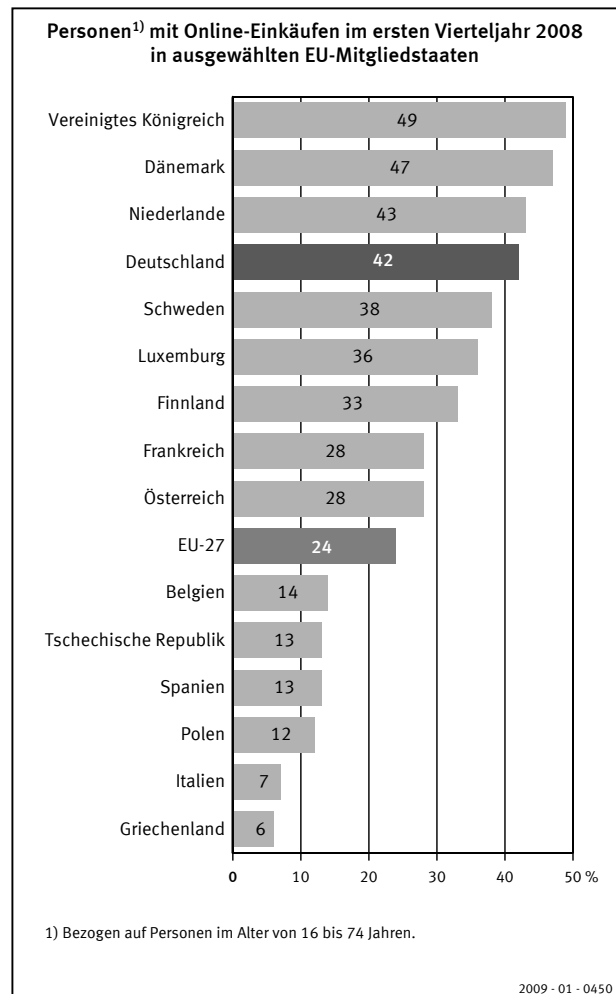
Schülerinnen und Schüler sowie Studierende konnten sich am ehesten vorstellen, audiovisuelle Inhalte aus dem Internet gegen Bezahlung zu erwerben: 35% derjenigen, die das Internet nutzten, aber keine kostenpflichtige audiovisuellen Inhalte in Anspruch genommen haben, zeigten die Bereitschaft, audiovisuelle Inhalte aus dem Internet zu erwerben, wenn die Produkte aus dem Internet kostengünstiger wären als vergleichbare Produkte, die man nicht im Internet erwerben kann. Knapp ein Fünftel gab an, dann für audiovisuelle Inhalte aus dem Internet zu bezahlen, wenn kostenlose Inhalte nicht ausreichend angeboten würden oder wenn es erlaubt wäre, gesetzlich geschützte Inhalte weiterzugeben und auszutauschen.

Der Anteil derjenigen, der grundsätzlich die Bezahlung für Produkte mit audiovisuellen Inhalten ablehnt, lag bei den Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden mit 36% deutlich unter dem Durchschnitt aller Internetnutzer und -nutzerinnen von 49%.

E-Commerce im EU-Vergleich

Als wichtiger Indikator für die Nutzung des Internets wird der Online-Einkauf (E-Commerce) in den letzten drei Monaten vor der Befragung im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten dargestellt. Der Anteil der Personen, die in den letzten drei Monaten vor der Befragung in Deutschland Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt oder

Schaubild 5



gekauft haben, zeigt im europäischen Vergleich ein heterogenes Bild.¹¹⁾ In Deutschland lag der Anteil der Personen, die in den letzten drei Monaten vor der Befragung für private Zwecke Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt oder erworben haben, bei 42% und somit deutlich über dem EU-Durchschnitt (EU-27) von 24%. Die Ergebnisse auf europäischer Ebene machen deutlich, dass die Anteile der Personen, die E-Commerce nutzen, im Vereinigten Königreich (49%), in Dänemark (47%) und in den Niederlanden (43%) zwar höher sind, Deutschland jedoch auf vergleichbar hohem Niveau liegt. Dagegen ist der Anteil der

11) Anders als bei den bisher dargestellten Ergebnissen für Deutschland, bei denen die Bevölkerung ab dem Alter von zehn Jahren betrachtet wurde, beschränken sich die europäischen Vergleichszahlen auf die Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren. Diese Unterschiede in der Grundgesamtheit führen dazu, dass es beim Vergleich der europäischen mit den nationalen Ergebnissen zu Abweichungen kommen kann.

Personen, die das Internet zum Einkaufen nutzten, insbesondere in den südlichen Ländern Europas (Griechenland, Italien, Spanien) vergleichsweise gering.

Fazit und Ausblick

Die Ergebnisse der IKT-Erhebungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologien und deren Nutzung in Deutschland im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten ein hohes Niveau aufweisen. Die Nutzung von Computer und Internet ist aus dem privaten Alltag vieler Menschen nicht mehr wegzudenken.

Gleichfalls machen die Ergebnisse deutlich, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen die Dienste und Angebote im Bereich von IKT im gleichen Maße nutzen. Je nach individueller Lebenssituation liegen ihre Internetaktivitäten auf unterschiedlichen Schwerpunkten und sie reagieren teilweise eher zurückhaltend auf neuere Entwicklungen.

Wichtig für die Weiterentwicklung der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten wird künftig der weitere Ausbau eines flächendeckenden leistungsstarken Breitbandnetzes sein, um einen schnellen Austausch großer Datenmengen zu ermöglichen. Zudem wird sich der Blick in den kommenden Jahren verstärkt auf die Nutzung von mobilem Internet richten.

Die künftigen Erhebungen werden zeigen, wie sich die Nutzungsmöglichkeiten ausweiten werden und ob der Einsatz weiterer Dienstleistungen im Zusammenhang mit Computer, Internet und Handy zunehmen wird. Auch dürfte von hohem Interesse sein, wie die künftige Entwicklung der Nutzung von IKT in Deutschland im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern aussehen wird. [uu](#)

Dipl.-Volkswirt Bernhard Veldhues

Saisonale Schwankungen im Inlandstourismus

Für den Tourismus sind saisonale Schwankungen typisch. Für die Anbieter touristischer Leistungen ist dies aus betriebswirtschaftlicher Sicht ungünstig, da dies zu einer ungleichen Auslastung der Kapazitäten führt. Wie groß die saisonalen Schwankungen im Inlandstourismus sind, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt haben und ob es regionale Unterschiede in Deutschland gibt, ist Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

Die Basis dafür bilden die monatlichen Daten zur Zahl der Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben. Diese liegen seit Januar 1992 vor und umfassen Angaben für alle Beherbergungsbetriebe, die mehr als acht Gäste gleichzeitig vorübergehend aufnehmen können.

Die Zahl der Übernachtungen zeigt im Jahresablauf einen deutlichen Saisonverlauf, wobei das Monatsmaximum im Juli oder August, das Monatsminimum dagegen im Dezember oder Januar erreicht wird. Die Zahl der Übernachtungen im Monatsmaximum ist dabei durchschnittlich zweieinhalb Mal so hoch wie im Monatsminimum.

Das Verhältnis der Übernachtungen in den Monatsmaxima zu denen in den Monatsminima lag in den letzten Jahren niedriger als zu Beginn des Betrachtungszeitraums: Im Durchschnitt der Jahre 1992 bis 1994 betrug dieser Wert 2,61, in dem der Jahre 2006 bis 2008 nur noch 2,34. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Übernachtungen in den Monatsminima stärker zugenommen hat als in den Monatsmaxima. Für Deutschland insgesamt konnten damit die Kapazitäten im Jahresverlauf gleichmäßiger ausgelastet werden.

Der Vergleich der Daten für die einzelnen Bundesländer offenbart deutliche regionale Unterschiede. Das durch-

schnittliche Verhältnis der Übernachtungen in den Monatsmaxima zu denen in den Monatsminima reicht im Untersuchungszeitraum von 9,46 in Mecklenburg-Vorpommern bis zu 1,54 in Nordrhein-Westfalen. Auch die Saisonfigur selbst unterscheidet sich teilweise deutlich. Die „klassischen“ Urlaubsregionen für den Jahresurlaub haben ihr Monatsmaximum an Übernachtungen in der Regel im Juli oder August. In Nordrhein-Westfalen dagegen fand sich das Monatsmaximum in den Jahren 1992 bis 2008 niemals in einem dieser beiden Monate.

Wie im Bundesgebiet insgesamt war auch in 14 Ländern das durchschnittliche Verhältnis der Übernachtungen in den Monatsmaxima zu denen in den Monatsminima in den Jahren von 2006 bis 2008 niedriger als in den Jahren 1992 bis 1994. Nur für Hamburg und das Saarland galt dies nicht. Nicht in allen der 14 Länder beruht diese Entwicklung darauf, dass die Zuwächse der Übernachtungen in der Nebensaison höher ausfielen als in der Hauptsaison. Einige Länder mussten auch Verluste in der Hauptsaison hinnehmen.

Vorbemerkung

Starke saisonale Schwankungen sind für den Tourismus typisch. Dies gilt auch für den Inlandstourismus, der die touristischen Aktivitäten von In- und Ausländern in Deutschland umfasst. Seinen jährlichen Höhepunkt erreicht er im Sommer, dem Zeitraum des traditionellen Jahresurlaubs. Für die Anbieter von Beherbergungsdienstleistungen und anderen touristischen Dienstleistungen sind solche ausgesprochen starken saisonalen Schwankungen aus betriebswirtschaftlicher Sicht ungünstig, weil sie dann hohe Kapazi-

In Deutschland wird aus Entlastungs- und Kostengründen darauf verzichtet, die Daten der kleineren Beherbergungsbetriebe einzubeziehen. Dadurch wird der Saisonverlauf der Zahl der Übernachtungen vermutlich unterzeichnet, da es sich bei den kleineren Betrieben in vielen Fällen um Saisonbetriebe handelt. Auch wenn sich die folgenden Ausführungen auf die größeren Beherbergungsbetriebe beschränken, dürfte dies die Gesamttendenz dennoch nicht wesentlich beeinflussen.

Übernachtungen im Jahresverlauf

Schaubild 1 zeigt die Zahl der monatlichen Übernachtungen in allen Beherbergungsbetrieben in Deutschland vom Januar 1992 bis zum Januar 2009, ergänzt um den gleitenden 12-Monatsdurchschnitt.²⁾ Es veranschaulicht unmittelbar die starken Schwankungen der Zahl der Übernachtungen innerhalb eines Jahres, die dabei jährlich nahezu denselben Verlauf zeigen: Zu Beginn eines Jahres liegen die Werte stets sehr niedrig. In der Folge steigen sie an – in wenigen Jahren allerdings nicht stetig, sondern mit einem Abschwung im Vergleich vom Mai zum Juni –, bis sie im Sommer ihr Maximum erreichen. Anschließend sinken sie wieder, und zwar in etwa bis auf das Niveau, das sie zu Jahresanfang hatten.

Einen Eindruck davon, wie groß die Unterschiede zwischen der Zahl der Übernachtungen in der Haupt- und der in der Nebensaison sind, vermittelt das Verhältnis des monatlichen Maximums der Übernachtungen zum Monatsminimum. Im Schnitt der 17 Jahre von 1992 bis 2008 lag es bei 2,53. Das heißt: Durchschnittlich wurden im Monat mit den meisten Übernachtungen zweieinhalb Mal so viele Übernachtungen registriert wie im Monat mit den wenigsten Übernachtungen.

In welchen Monat eines Kalenderjahres fällt das Maximum der Übernachtungen und in welchen das Minimum? Die Antwort gibt Tabelle 1. Danach werden die wenigsten Übernachtungen in der Regel im Januar eines Jahres verbucht. Nur in zwei Jahren galt dies für den Dezember. Das Maximum findet sich überwiegend im August oder im Juli, also in den klassischen Sommerferienmonaten.

Im Durchschnitt entfielen auf den Monat mit dem niedrigsten Wert eines Jahres 16,9 Mill. Übernachtungen, auf den Monat mit den meisten Übernachtungen dagegen 42,7 Mill. Der Monat mit dem absolut höchsten Wert im betrachteten Zeitraum war der August 2003, in dem die Beherbergungsbetriebe 44,8 Mill. Übernachtungen verbuchen konnten. Dies dürfte nicht zuletzt auf den ungewöhnlich warmen Sommer des Jahres 2003 zurückzuführen sein.

Änderungen im Zeitablauf

Schaubild 1 zeigt, dass der Saisonverlauf der Zahl der Übernachtungen im betrachteten Zeitraum konstant geblieben ist. Die Frage ist, ob sich das Verhältnis von Monatsmaximum zu Monatsminimum geändert hat. Bevor dies näher untersucht wird, soll zunächst mithilfe der Tabelle 2 ein Blick auf die allgemeine Entwicklung der Zahl der Übernachtungen geworfen werden. Danach wurde zwar 2008 mit fast 370 Mill. Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben ein neuer Höchstwert erreicht. Das Wachstum war aber nicht kontinuierlich. So lag zum Beispiel im Jahr 2002, als sich nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten vom 11. September 2001 der Tourismus allgemein in einer Krise befand, die Zahl der Übernachtungen unter dem Vorjahreswert. Dennoch liegt der Durchschnitt der letzten drei Jahre (2006 bis 2008) mit fast 361 Mill. Übernachtungen jährlich deutlich über dem der ersten drei Jahre (1992 bis 1994) des Beobachtungszeitraums (knapp 315 Mill. Übernachtungen). Dies entspricht einer Zunahme von nahezu 15 %.

Tabelle 1: Übernachtungen in Deutschland

Jahr	Monatsminimum		Monatsmaximum		Verhältnis Monats- maximum zu Monats- minimum
	Mill. Übernach- tungen	Monat	Mill. Übernach- tungen	Monat	
1992	15,5	Januar	41,7	August	2,69
1993	15,4	Dezember	40,1	Juli	2,61
1994	15,9	Januar	40,2	Juli	2,52
1995	16,9	Januar	41,6	Juli	2,47
1996	16,5	Dezember	41,1	Juli	2,49
1997	15,5	Januar	40,7	August	2,62
1998	14,9	Januar	42,6	August	2,86
1999	16,1	Januar	43,5	August	2,70
2000	17,2	Januar	44,2	August	2,56
2001	18,1	Januar	43,5	Juli	2,41
2002	17,1	Januar	42,3	August	2,47
2003	16,8	Januar	44,8	August	2,67
2004	16,9	Januar	43,2	August	2,56
2005	18,3	Januar	44,2	August	2,42
2006	18,4	Januar	43,2	August	2,34
2007	18,6	Januar	44,7	August	2,40
2008	19,5	Januar	44,6	Juli	2,29

Tabelle 2: Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben

Jahr	Übernachtungen	
	Mill.	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1992	318,4	X
1993	312,1	-2,0
1994	314,2	+0,7
1995	323,7	+3,0
1996	321,2	-0,7
1997	308,3	-4,0
1998	314,4	+2,0
1999	329,4	+4,8
2000	347,4	+5,5
2001	347,4	+0,0
2002	338,5	-2,6
2003	338,4	+0,0
2004	338,7	+0,1
2005	343,9	+1,5
2006	351,2	+2,1
2007	361,8	+3,0
2008	369,6	+2,1

2) Bei der Monatershebung im Tourismus kommt es unter anderem aufgrund von verspätet eingehenden Meldungen von Betrieben zu Rückkorrekturen, das heißt die Werte eines Berichtsmo- nats können sich noch bis zu zwölf Monate nach der ersten Veröffentlichung ändern. Die vorliegenden Ausführungen beruhen auf den Daten mit dem Stand Januar 2009. Die Werte ab dem Berichtsmo- nat Januar 2008 sind daher vorläufig.

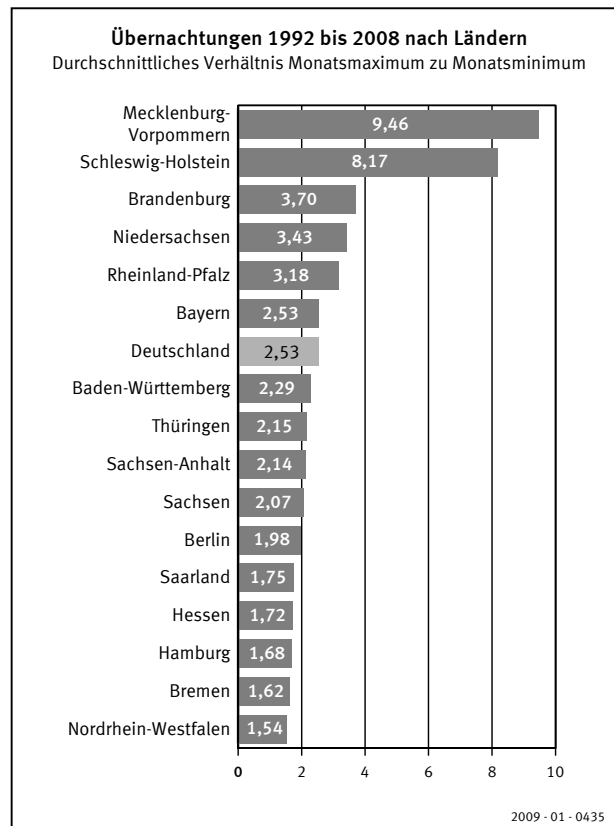
Wie erwähnt lag im Durchschnitt der 17 Jahre von 1992 bis 2009 das Verhältnis der Zahl der Übernachtungen in den Monatsmaxima zu der in den Monatsminima bei 2,53. Im Jahr 1992 hatte es den Wert 2,69 und erreichte 2008 mit 2,29 seinen niedrigsten Wert auf Bundesebene (siehe Tabelle 1). Allerdings ist der Wert im betrachteten Zeitraum nicht stetig gesunken, sondern hat sich in manchem Jahr auch gegenüber dem Vorjahr vergrößert. Der mit 2,86 höchste Wert findet sich im Jahr 1998, dem Jahr, in dem das Monatsminimum seinen absolut niedrigsten Wert im Beobachtungszeitraum erreichte (14,9 Mill. Übernachtungen).

Vergleicht man die Maxima- und Minimawerte der Übernachtungen der ersten drei und der letzten drei Jahre im Beobachtungszeitraum miteinander, so zeigt sich, dass die Zuwachsrate in den schwachen Monaten (+21%) deutlich höher ausgefallen ist als in den starken Monaten (+9%). Das Verhältnis von Maxima zu Minima sank daher von 2,61 im Schnitt der Jahre 1992 bis 1994 auf 2,34 in den Jahren 2006 bis 2008. Damit hat ein überdurchschnittliches Wachstum in den Monaten mit den geringsten Übernachtungszahlen zu einer Verringerung der Unterschiede zwischen Haupt- und Nebensaison geführt. Für Deutschland insgesamt konnten damit die Kapazitäten gleichmäßiger ausgelastet werden.

Regionale Differenzierung

Die bisherigen Ausführungen bezogen sich auf das gesamte Bundesgebiet. Im Folgenden sollen die einzelnen Bundesländer betrachtet werden. Dazu wird zunächst je Land das durchschnittliche Verhältnis des Monatsmaximums zum Monatsminimum der Übernachtungen im Zeitraum 1992 bis 2008 verwendet. Wie Schaubild 2 zeigt, weisen die Bundesländer deutliche Unterschiede auf. Besonders hoch ist das Verhältnis zwischen Monatsmaximum und Monatsminimum in Mecklenburg-Vorpommern (9,46) und in Schleswig-Holstein (8,17). Über dem Bundesdurchschnitt liegen die Werte außerdem in Brandenburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Für diese Länder ist die Hauptsaison damit von besonders großer Bedeutung, was zu einer sehr ungleichmäßigen Auslastung der Kapazitäten führt.

Schaubild 2



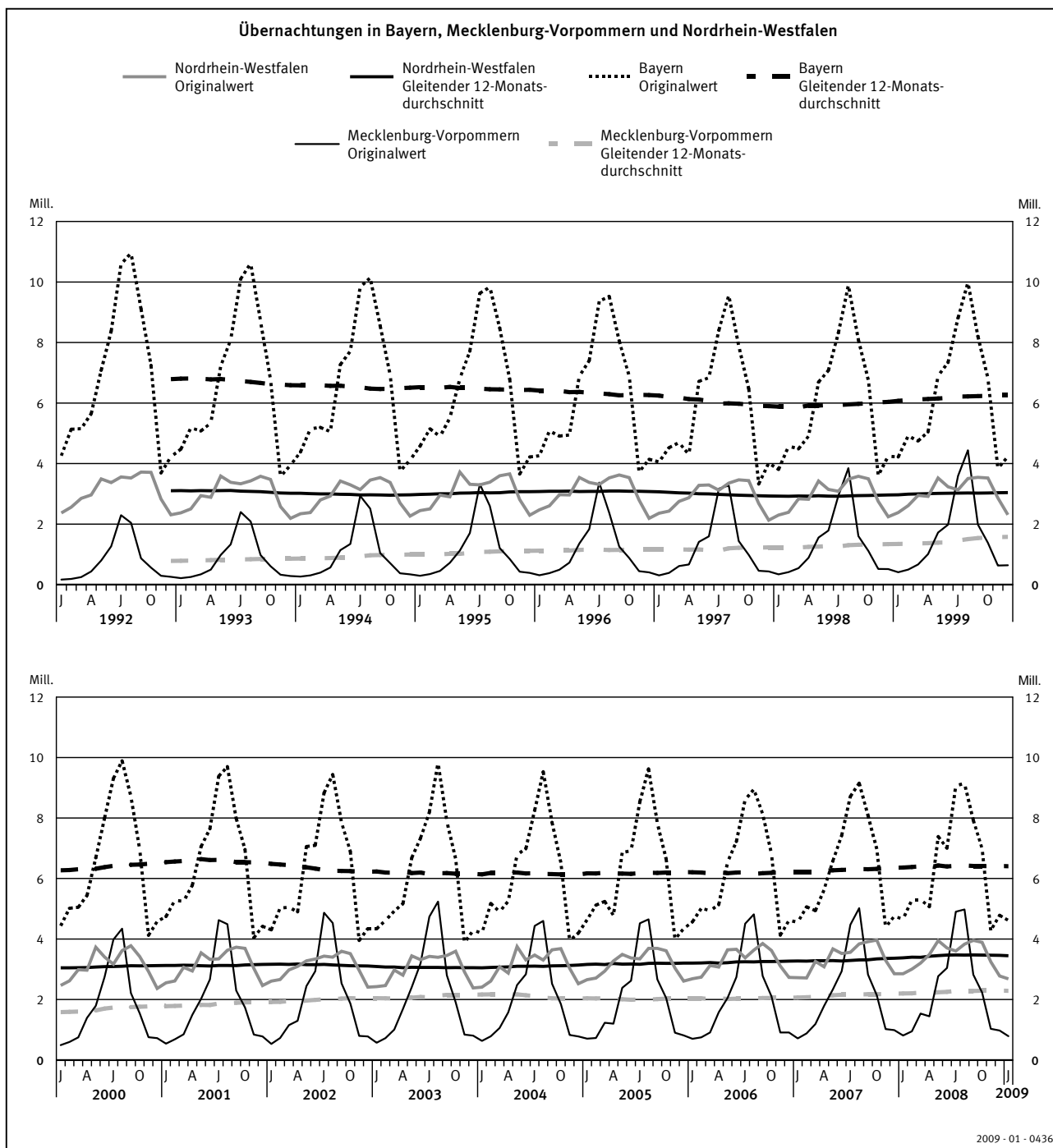
Mit Werten kleiner als zwei vergleichsweise niedrig ist das Verhältnis von Monatsmaximum zu Monatsminimum dagegen in den Stadtstaaten sowie in Nordrhein-Westfalen, Hessen und dem Saarland. Die Kapazitäten werden hier also gleichmäßiger ausgelastet.

In welchem Monat wird in den Bundesländern das Maximum bzw. das Minimum an Übernachtungen verzeichnet? Im betrachteten Zeitraum zeigen sich große Unterschiede: Minimummonat ist in allen Ländern einer der Monate von November bis Februar. Als Maximummonate treten die Monate Mai bis Oktober in Erscheinung. Die geringste

Tabelle 3: Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben nach Ländern
Monate des maximalen und des minimalen Wertes der Zahl der Übernachtungen 1992 bis 2008

Land	Monatsminimum				Monatsmaximum					
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Bayern	17							17		
Brandenburg			17				10	7		
Mecklenburg-Vorpommern			17				7	10		
Rheinland-Pfalz			17				5	12		
Schleswig-Holstein			17				10	7		
Baden-Württemberg		2	15				1	16		
Niedersachsen		2	15				5	12		
Saarland		3	13	1			10	7		
Thüringen	2		15		1		7	9		
Hessen		16	1			1	3	9	4	
Nordrhein-Westfalen		14	2	1	3				12	2
Sachsen			17		3	2	3	8	1	
Sachsen-Anhalt			17		2	1	8	5	1	
Berlin		4	7	6	7			2	5	3
Bremen		3	10	4	4		1		9	3
Hamburg		1	16		3	1		5	7	1

Schaubild 3



2009 - 01 - 0436

Streuung weist Bayern auf, in dem immer im November die wenigsten und immer im August die meisten Übernachtungen registriert wurden (siehe Tabelle 3). Dies dürfte unter anderem daran liegen, dass Bayern sowohl ein Winter- als auch ein Sommerreiseziel ist. Gering ist die Streuung auch in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, in denen das Minimum der Zahl der Übernachtungen immer im Januar, das Maximum im Juli oder August lag. Auch in Baden-Württemberg, in Niedersachsen und im Saarland lag das Maximum der Zahl der Übernachtungen jeweils im Juli oder August.

Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem durchschnittlichen Verhältnis von Monatsmaxima zu Monatsminima in Schaubild 2, dann können die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein als besonders abhängig von der Sommersaison bezeichnet werden.

In allen anderen Ländern ist das Monatsmaximum der Zahl der Übernachtungen weniger eindeutig beziehungsweise gar nicht auf die Monate Juli oder August konzentriert. Letzteres gilt für Nordrhein-Westfalen: Das Monatsmaximum

war hier am häufigsten im September zu finden (zwölfmal), mit weitem Abstand gefolgt vom Mai und Oktober, jedoch nie im Juli oder August wie in allen anderen Ländern. Offensichtlich ist dieses Bundesland kein klassisches Sommerurlaubsziel.

Die in Tabelle 3 aufgeführten Unterschiede lassen vermuten, dass sich auch die Saisonverläufe der Zahl der Übernachtungen der einzelnen Länder unterscheiden. Anhand ausgewählter Daten für Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen soll dies näher untersucht werden. Bayern ist der größte regionale Tourismusmarkt mit einem Anteil an allen Übernachtungen in Deutschland im Jahr 2008 von knapp 21%, Mecklenburg-Vorpommern dagegen der dynamischste: Die Zahl der Übernachtungen hat hier von 1992 bis 2008 mit nahezu 192% am stärksten unter allen Bundesländern zugenommen. Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Land Deutschlands, erscheint dagegen wegen seiner atypischen Verteilung der Monatsmaxima interessant.

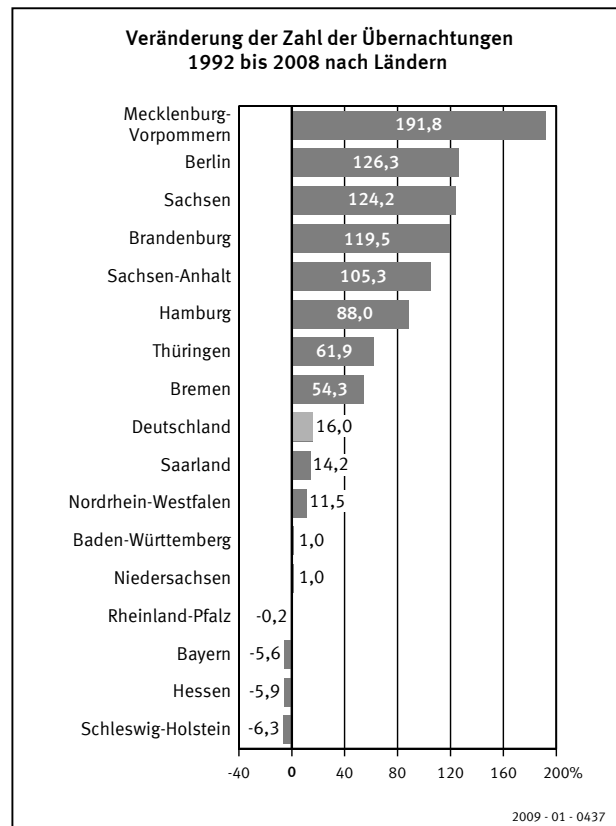
Schaubild 3 zeigt die Zahl der Übernachtungen in den drei Ländern vom Januar 1992 bis zum Januar 2009, ergänzt um den gleitenden 12-Monatsdurchschnitt. Für Mecklenburg-Vorpommern steigen die Werte jeweils mit Beginn eines Jahres an, bis sie das Maximum erreicht haben und fallen dann zum Jahresende hin wieder ab. In Nordrhein-Westfalen dagegen sind in der Regel zwei Gipfel je Jahr zu erkennen, einer im Mai/Juni und einer im September/Oktober, zwischen denen die Werte absinken. In Bayern sinken – wie in Mecklenburg-Vorpommern – die Werte nach Erreichen des Maximums im August eines Jahres kontinuierlich. Sie erreichen hier ihr Minimum im November eines Jahres. Der dann einsetzende Wintertourismus lässt die Zahlen ab Dezember aber im Unterschied zu Mecklenburg-Vorpommern wieder ansteigen.

Änderungen im Zeitablauf auf regionaler Ebene

Auch für die Länder soll untersucht werden, wie sich die saisonalen Schwankungen der Zahl der Übernachtungen in der Zeit von 1992 bis 2008 entwickelt haben. Zuvor werden die Veränderungen der Zahl der Übernachtungen von 1992 bis 2008 betrachtet (siehe Schaubild 4). Danach konnten die neuen Länder und die Stadtstaaten ein über dem Bundesdurchschnitt von 16% liegendes Wachstum bei den Übernachtungen verbuchen. Die restlichen Bundesländer, also die westlichen Flächenländer, hatten dagegen entweder ein unterdurchschnittliches Wachstum oder mussten sogar Rückgänge der Zahl der Übernachtungen hinnehmen. Am stärksten betroffen waren davon der Marktführer Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein.

Im Bundesgebiet lag das Verhältnis vom Monatsmaximum zum Monatsminimum der Zahl der Übernachtungen in den Jahren 2006 bis 2008 unter dem in den Jahren 1992 bis 1994, wobei dies durch eine im Vergleich zum Zuwachs der Monatsmaxima stärkere Zunahme der Monatsminima erreicht wurde. Tabelle 4 zeigt, dass auch in allen Ländern mit Ausnahme von Hamburg und dem Saarland das Verhält-

Schaubild 4



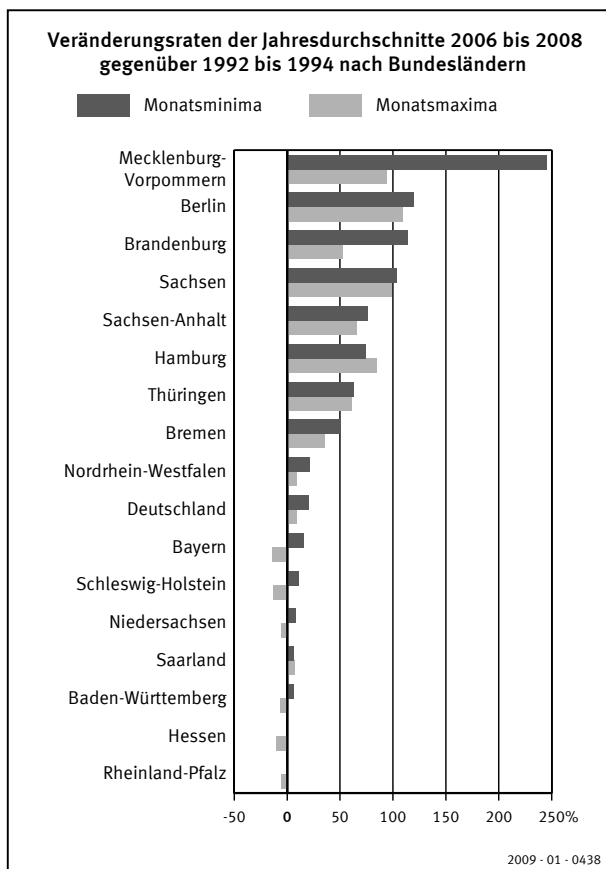
nis der Monatsmaxima zu den Monatsminima der Zahl der Übernachtungen in den Jahren 2006 bis 2008 niedriger war als im Durchschnitt der Jahre 1992 bis 1994 und damit die Nebensaison relativ an Bedeutung gewonnen hat.

Tabelle 4: Übernachtungen nach Ländern

Land	3-Jahresdurchschnitt Verhältnis der Monatsmaxima zu den Monatsminima		
	1992 bis 1994	2006 bis 2008	Veränderung in %
Mecklenburg-Vorpommern	12,06	6,67	-44,7
Brandenburg	4,69	3,32	-29,3
Bayern	2,88	2,13	-26,2
Schleswig-Holstein	9,03	7,01	-22,3
Niedersachsen	3,55	3,10	-12,6
Baden-Württemberg	2,39	2,11	-11,7
Hessen	1,79	1,59	-11,4
Nordrhein-Westfalen	1,60	1,44	-10,4
Deutschland	2,61	2,34	-10,1
Bremen	1,74	1,57	-9,7
Sachsen-Anhalt	2,23	2,08	-6,7
Rheinland-Pfalz	3,07	2,92	-4,8
Berlin	1,98	1,89	-4,8
Thüringen	2,32	2,26	-2,9
Sachsen	2,09	2,04	-2,4
Saarland	1,73	1,73	+0,2
Hamburg	1,63	1,72	+5,8

Schaubild 5 zeigt die Veränderungsrate der Monatsminima und -maxima des 3-Jahresdurchschnitts 2006 bis 2008 im Vergleich zu dem 3-Jahresdurchschnitt der Jahre 1992 bis 1994 nach Bundesländern.

Schaubild 5



Danach beruht in den neuen Ländern, in Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen die relative Zunahme der Monatsminima auf einem überdurchschnittlichen Wachstum der Übernachtungszahlen in diesen Monaten, wobei es gleichzeitig in den Monatsmaxima Zuwächse gab. In Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein stiegen die Übernachtungszahlen in der Nebensaison zwar auch, dies war jedoch mit einem Sinken der Übernachtungszahlen in der Hauptsaison verbunden. In Rheinland-Pfalz sanken beim Vergleich der Jahre 2006 bis 2008 mit denen der Jahre 1992 bis 1994 die Durchschnittswerte sowohl in den Monatsminima als auch in den Monatsmaxima.

Anders stellt sich die Situation im Saarland und in Hamburg dar: Im Saarland sind die Übernachtungszahlen in Haupt- und Nebensaison gleich stark gewachsen, in Hamburg hat die Zahl der Übernachtungen in den Monatsmaxima dagegen stärker zugenommen als in den Monatsminima.

Fazit

In den letzten 17 Jahren ist der Saisonverlauf im Inlandstourismus gemessen an der Zahl der Übernachtungen nahezu unverändert geblieben. Die saisonalen Schwankungen haben sich allerdings vermindert, wenn man die durchschnittlichen Werte der Jahre 1992 bis 1994 denen der Jahre 2006 bis 2008 gegenüberstellt. Im Bundesdurchschnitt ist dies auf überdurchschnittliche Zuwächse der Zahl

der Übernachtungen in der Nebensaison zurückzuführen, bei gleichzeitigem Wachstum in der Hauptsaison. Aus Sicht der Anbieter touristischer Dienstleistungen ist dies sicherlich sehr erfreulich.

Mit Ausnahme von Hamburg und dem Saarland hat sich auch in den Ländern bei den Übernachtungen das Verhältnis der Monatsmaxima zu den Monatsminima verringert. In einigen Ländern ist dies jedoch darauf zurückzuführen, dass den Zuwächsen bei den Übernachtungen in der Nebensaison Rückgänge in der Hauptsaison gegenüberstanden.

Eine gleichmäßigere Auslastung der Kapazitäten bleibt auf der Agenda. Wie sich die aktuellen ökonomischen Rahmenbedingungen auswirken, ist noch offen. Nicht zu vergessen ist auch, dass das Wetter den Bestrebungen gewisse natürliche Grenzen setzt: Die Klimaerwärmung muss sicherlich noch einige Jahre voranschreiten, bevor auch im Januar eines Jahres Touristen zu einem Badeurlaub an die deutschen Küsten kommen werden. [\[1\]](#)

Dipl.-Soziologin Sabine Allafi

Sektorale Außenhandels- ergebnisse

Nach fast zehn Jahren Arbeit im europäischen Verbund, nach Projektstudien und freiwilligen Auswertungen, an denen das Statistische Bundesamt von Beginn an mitgewirkt hat, wird in den neuen Verordnungen der Europäischen Union (EU) über die Erstellung von Gemeinschaftsstatistiken des Außenhandels mit Drittländern sowie in der geänderten Intrastat-Verordnung nun eine jährliche sektorale Auswertung der Außenhandelsergebnisse für alle Mitgliedstaaten vorgeschrieben.¹⁾ Durch diese Verknüpfung von Außenhandelsdaten und Unternehmensangaben werden die üblichen, warenbezogenen Veröffentlichungen zur Außenhandelsstatistik um unternehmensbezogene Merkmale wie Wirtschaftszweig, Beschäftigtenzahl und Umsatz ergänzt. Dadurch wird es möglich, auch im Rahmen der Außenhandelsstatistik unternehmensbezogene Aussagen zu treffen.

Methodischer Hintergrund

Bereits im Jahr 2002 wurde vom Statistischen Bundesamt im Rahmen eines Projektes des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) eine Machbarkeitsstudie zur Verknüpfung von Außenhandels- und Unternehmensdaten für das Referenzjahr 2000 durchgeführt. Sie bildete eine Grundlage für die Erstellung des "Standardisation Exercise", in dessen Rahmen seit 2005 jährlich von einer Gruppe von Mitgliedstaaten standardisierte Datenaus-

wertungen zur Unternehmensstruktur im Außenhandel an Eurostat geliefert werden, wobei der Merkmalskatalog Zug um Zug erweitert wurde. Das Statistische Bundesamt hat von Beginn an in der Eurostat-Arbeitsgruppe "Trade Register – Globalisation" mitgearbeitet, die im Jahr 2008 in "Linking Trade and Business Statistics" umbenannt und deren Mitgliederkreis deutlich erweitert wurde.²⁾ Auf der Basis dieser Vorarbeiten können die nun durch Verordnung vorgeschriebenen Datenlieferungen an Eurostat erfolgen. Durch die neuen Verordnungen wird es Deutschland möglich, künftig auch Informationen über den sektoralen Außenhandel mit den Nicht-EU-Staaten (Extrahandel) bereitzustellen.

Die deutsche Außenhandelsstatistik war bislang nur in der Lage, Angaben zum sektoralen Außenhandel mit den EU-Mitgliedstaaten darzustellen, da für die Extrahandelsstatistik kein gemeinsamer Identifikator mit dem Unternehmensregister vorlag. Diese unterschiedliche Datenlage resultiert daraus, dass die deutsche Außenhandelsstatistik Daten aus zwei Erhebungsquellen erhält: das Intrahandelssystem für den Außenhandel mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und das Extrahandelssystem für den Außenhandel mit Drittstaaten, das heißt mit Nichtmitgliedstaaten der EU. Während die Intrahandelsstatistik ihre Informationen durch direkte Befragung der meldepflichtigen Unternehmen gewinnt, die eine bestimmte Wertgrenze im Jahr für die Einfuhren wie auch für die Ausfuhren überschreiten³⁾ – im nationalen Außenhandelsergebnis wird der Anteil

1) Siehe Artikel 6 Abs. 2 der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über Gemeinschaftsstatistiken des Außenhandels mit Drittländern und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1172/95 des Rates sowie auch Artikel 12 Abs. 4 der Verordnung (EG) Nr. 222/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 638/2004 über die Gemeinschaftsstatistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten.

2) Derzeit nehmen neben dem Statistischen Bundesamt die für die Außenhandelsstatistik zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten Dänemark, Italien, Litauen, Lettland, Niederlande, Portugal, Rumänien, Finnland, Slowenien und Schweden an den jährlichen Sitzungen in Luxemburg teil.

3) Diese Wertgrenze liegt seit dem 1. Januar 2009 bei 400 000 Euro.

für die befreiten Warenverkehre hinzugeschätzt –, werden im Extrahandelssystem die bei der Zollabwicklung anfallenden Meldungen ausgewertet.

In den monatlich gewonnenen Daten der Intrahandelsstatistik ist die Umsatzsteuernummer als gemeinsames Merkmal mit dem statistischen Unternehmensregister enthalten. Über diese Variable wird für die sektorale Auswertung eine Verknüpfung zu den detaillierten Unternehmensangaben im Register erstellt, womit Strukturangaben über die im Außenhandel tätigen Unternehmen gewonnen werden können. Da eine entsprechende Verknüpfung im Extrahandelssystem bisher nicht existierte, waren Auswertungen dieser Art in Deutschland bislang nur für den Intrahandel möglich. Durch die neue Extrastat-Verordnung werden die Zollbehörden jedoch verpflichtet, den nationalen statistischen Stellen die geeigneten Identifizierungsnummern der Wirtschaftsbeitrügten zu übermitteln. Dadurch können die Analysen künftig auch auf die Beteiligten am Extrahandel ausgedehnt werden.⁴⁾ Allerdings besitzen die Aussagen, die bislang für die im Intrahandel getätigten Warenverkehre getroffen wurden, für immerhin rund drei Fünftel der deutschen Ein- und Ausfuhrn Gültigkeit.⁵⁾

Nachfolgend werden die Ergebnisse des “Standardisation Exercise 2008” mit dem Bezugsjahr 2006 dargestellt, die im Februar 2009 fristgerecht an Eurostat geliefert wurden. Erstmals enthielt das “Standardisation Exercise” auch Auswertungen über die Zahl der Unternehmen sowie den Außenhandelsumsatz nach Beschäftigtenzahl von Firmen unterhalb der Meldeschwelle. Letztere betrug im Bezugsjahr 2006 für beide Lieferrichtungen noch 300 000 Euro. Eine Auswertung des Intrahandelsregisters, das Angaben zu sämtlichen Firmen mit Außenhandelstätigkeiten enthält, machte es jedoch möglich, auch die Angaben für Firmen unterhalb der Meldeschwelle zu analysieren. Dabei müssen lediglich Qualitätseinschränkungen in Kauf genommen werden, da aufgrund abweichender Registerstände bei jeweils etwa einem Drittel der Firmen in beiden Lieferrichtungen keine Angaben zum Wirtschaftszweig gemacht werden konnten.

Identifizierte Unternehmen und ihr Anteil am Intrahandel

Für das Referenzjahr 2006 konnte für 39 025 von 46 342 Firmen, die meldepflichtige Ausfuhrn im Intrahandel tätigten, eine Verknüpfung mit dem statistischen Unternehmensregister hergestellt werden. Das entspricht einem Anteil von 84,2 % (“Matching Rate”). Etwas höher war die erzielte Übereinstimmung bei den zur Intrahandelsstatistik meldepflichtigen Unternehmen mit Wareneingängen aus der Europäischen Union. Hier wurden bei 46 965 Firmen 40 403 „Treffer“ erzielt, was einem Anteil von 86,0 % der im Intrahandelsregister abgebildeten meldepflichtigen Unternehmen entspricht. Der Hauptgrund für die unvollständige Kon-

gruenz von Unternehmen im Intrahandelsregister und im statistischen Unternehmensregister liegt im abweichenden Aktualisierungszyklus beider Verzeichnisse; ein Wechsel der Steuernummer beispielsweise erschwert bzw. verhindert die Identifikation eines Unternehmens in beiden Registern, da es zu zwei Zeitpunkten unter verschiedenen Steuernummern geführt wird.

Tabelle 1: Mit dem statistischen Unternehmensregister verknüpfte Unternehmen 2006

Intrahandel	Unternehmen oberhalb der Meldeschwelle	Mit dem statistischen Unternehmensregister verknüpfte Unternehmen	Matching-Quote
			%
			Anzahl
			%
Eingänge	46 965	40 403	86,0
Versendungen	46 342	39 025	84,2

Erstmals wurden für das Referenzjahr 2006 auch für die Unternehmen unterhalb der Meldeschwelle die im Register abgebildeten Werte ihrer Warenverkehre dargestellt. Sie hatten auf der Ausfuhrseite einen Anteil von 1,3 %, auf der Einfuhrseite einen von 2,3 % an allen Warenverkehren, wobei die Anzahl der beteiligten Unternehmen bei 180 000 (Einfuhren) bzw. 416 000 Firmen (Ausfuhrn) lag. Das heißt im Umkehrschluss: Nur rund 10 % der Firmen, die Einfuhren aus der EU tätigten, waren zur Intrahandelsstatistik meldepflichtig. Von diesen Unternehmen wiederum wurden fast 98 % der zur Außenhandelsstatistik meldepflichtigen Warenverkehre getätigt. Somit lagen fast 90 % der Unternehmen mit Einfuhren unterhalb der Befreiungsgrenze. Bei den Ausfuhrn war die Konzentration weniger stark: Hier lagen rund 20 % der Unternehmen mit Warenverkehren innerhalb der EU oberhalb der Meldeschwelle – und diese tätigten rund 99 % der Warenverkehre –, während 80 % der Unternehmen von der Meldepflicht befreit waren.⁶⁾

Tabelle 2: Matching-Quoten im Handelsvolumen 2006

Intrahandel	Handelsvolumen der Unternehmen im Intrahandel		Anteil am Intrahandel	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	Mill. EUR		%	
Handelsvolumen insgesamt	457 742	555 461	100	100
darunter:				
von Unternehmen oberhalb der Meldeschwelle	400 742	499 282	87,5	89,9
von mit dem statistischen Unternehmensregister verknüpften Unternehmen	322 504	426 356	80,5	85,4
von Unternehmen unterhalb der Meldeschwelle	10 306	7 166	2,3	1,3

4) Siehe Fußnote 1.

5) Siehe Allafi, S.: „Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels 2007 weiterhin positiv“ in WiSta 5/2008, S. 409 ff.

6) Derzeit wird aufgrund der EU-Vorgaben eine weitere Anpassung der Meldeschwelle mit dem Ziel der Unternehmensentlastung diskutiert.

Mehr Partnerländer bei den Waren- ausfuhren als bei Wareneinfuhren

Ein breites Spektrum an Handelspartnern in verschiedenen Ländern erhöht die Unabhängigkeit von einzelnen Abnehmern bzw. Zulieferern und dürfte daher aus der Sicht des Unternehmens, das Aus- bzw. auch Einfuhren tätigt, wünschenswert sein. Die Analyse zeigt, dass größere Unternehmen ein eher breiteres Spektrum an Abnehmern für ihre Produkte haben als kleinere Unternehmen, die vielleicht als Zulieferfirmen tätig sind. So standen laut den Ergebnissen des "Standardisation Exercise 2008" fast zwei Drittel (64,2%) der Unternehmen, die Exporte in die EU-Mitgliedstaaten tätigten, mit Abnehmern in mehr als fünf Partnerländern in Geschäftsbeziehung. Allein 65,8% der Ausfuhren wurden von den Unternehmen mit 20 und mehr Partnerländern (9,9% aller Unternehmen) getätigt. Das Gros der Warenverkehre (82,1%) konzentrierte sich auf jenes Viertel (25,7%) aller Unternehmen, die Kunden in 15 und mehr Partnerländern belieferten, während nur 11,7% der Unternehmen Waren an Empfänger in nur einem Partnerland versandten.

Tabelle 3: Unternehmen und Handelsvolumen nach Anzahl der EU-Partnerländer 2006
Prozent

Anteil der Unternehmen, die mit ... handelten	Ausfuhr	Einfuhr
Unternehmen		
1 Partnerland	11,7	24,5
2 Partnerländern	7,3	12,7
3 bis 5 Partnerländern	16,8	28,3
6 bis 9 Partnerländern	18,8	22,4
10 bis 14 Partnerländern	19,7	9,2
15 bis 19 Partnerländern	15,8	2,3
20 und mehr Partnerländern ..	9,9	0,6
nach dem Handelsvolumen		
1 Partnerland	1,1	5,9
2 Partnerländern	0,7	3,1
3 bis 5 Partnerländern	2,5	9,9
6 bis 9 Partnerländern	4,1	14,9
10 bis 14 Partnerländern	9,6	21,5
15 bis 19 Partnerländern	16,3	22,0
20 und mehr Partnerländern ..	65,8	22,7

Für Unternehmen, die Waren aus dem Ausland beziehen, ist der Druck, die Zahl der Lieferanten und damit der Partnerländer zu erweitern, vermutlich weniger stark als für jene, die mit ihren Produkten ausländische Märkte beliefern. So zeigt sich, dass auf der Einfuhrseite das Spektrum der Partnerländer weniger breit gefächert ist. Fast neun von zehn (87,9%) Unternehmen mit Einfuhren aus den EU-Ländern bezogen ihre Waren aus weniger als zehn verschiedenen Partnerländern, während 12,1% der Unternehmen Einfuhren aus zehn und mehr Partnerländern tätigten. Vom Wert her allerdings entfielen 81,2% der Einfuhren auf jene Unternehmen, die Geschäftskontakte zu mehr als fünf Partnerländern unterhielten; 66,3% sogar auf die Unternehmen mit zehn und mehr Partnerländern.

Ein Fünftel der Ausfuhren waren Kraftwagen und Kraftwagenteile

Unternehmen der Kraftfahrzeugindustrie (Wirtschaftsabteilung 34: Kraftwagen und Kraftwagenteile) trugen rund ein

Aufstellung der wichtigsten Wirtschaftsabteilungen¹⁾

Nr. der Klassifikation	Bezeichnung
15	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Getränken
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen
24	Herstellung von chemischen Erzeugnissen
25	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren
27	Metallerzeugung und -bearbeitung
28	Herstellung von Metallerzeugnissen
29	Maschinenbau
32	Rundfunk- und Nachrichtentechnik
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
35	Sonstiger Fahrzeugbau
F	Bau
50	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen
51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)
52	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern
70	Grundstücks- und Wohnungswesen
74	Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen

1) Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, Rev. 1.1 (NACE Rev. 1.1, 2002).

Fünftel (19,6%) zum Wert aller Ausfuhren in EU-Länder bei. Auf Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) (Wirtschaftsabteilung 51) entfielen 12,2% aller Ausfuhren in die EU-Partnerländer, während Unternehmen des Maschinenbaus (Wirtschaftsabteilung 29) für 7,1% und Hersteller von chemischen Erzeugnissen (Wirtschaftsabteilung 24) für 6,4% der Ausfuhren verantwortlich zeichne-

Schaubild 1

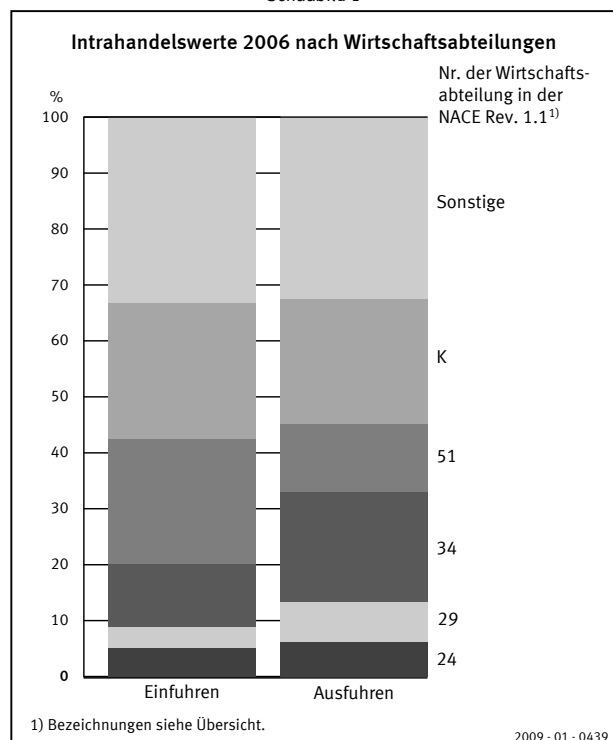


Tabelle 4: Die wichtigsten Wirtschaftsabteilungen¹⁾ bei der Ausfuhr 2006

Nr. der Klassifikation	Bezeichnung	Ausfuhren	Anteil an den Gesamtausfuhren	
			2006	2002
		Mill. EUR	%	
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen ²⁾	95 671	22,4	15,2
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	83 694	19,6	21,3
51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	51 956	12,2	12,2
29	Maschinenbau	30 185	7,1	7,2
24	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	27 273	6,4	7,5
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	12 577	2,9	2,7
52	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	4 860	1,1	1,4
50	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	4 752	1,1	1,1

1) Nach der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1.1). – 2) Der Wert für 2002 umfasst nur die Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

ten. Mehr als ein Fünftel (22,4 %) der Ausfuhren wurde von Unternehmen des Wirtschaftsabschnitts K gemeldet, wobei im Zusammenhang mit dem Außenhandel die Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften, Buchführungs- und Betriebsgesellschaften im Vordergrund stehen.) Hier spielten die Dienstleistungen durch Steuerberatung und Buchführung, die als Beauftragte die Meldungen zur Außenhandelsstatistik abgeben, eine bedeutende Rolle. Von diesen fünf für die Außenwirtschaft bedeutendsten Wirtschaftsabteilungen zusammen wurden zwei Drittel (67,7 %) der Ausfuhren im Rahmen des Intrahandels getätigt.

Auch auf der Eingangsseite wurden die meisten Warenverkehre Unternehmen des Wirtschaftsabschnitts K (24,3 %) zugeordnet, hier allerdings gefolgt von der Handelsvermittlung und dem Großhandel (Wirtschaftsabteilung 51) mit 22,4 %. Das heißt, dass knapp die Hälfte (46,7 %) der Einfuhren aus den EU-Ländern über den Großhandel oder Holdinggesellschaften getätigt wurden. Weitere 11,3 % der Einfuhren wurden von den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (Wirtschaftsabteilung 34) getätigt, während 5,2 % auf die Hersteller von chemischen Erzeugnissen (Wirtschaftsabteilung 24) entfielen. Der Anteil der Wirtschaftsabteilung 50 (Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen) an den Einfuhren schlug mit 4,7 % zu Buche.

7% der Unternehmen erbrachten über die Hälfte der Ausfuhren

Große Teile der Exporte wie auch der Importe wurden von Großunternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten getätigt.

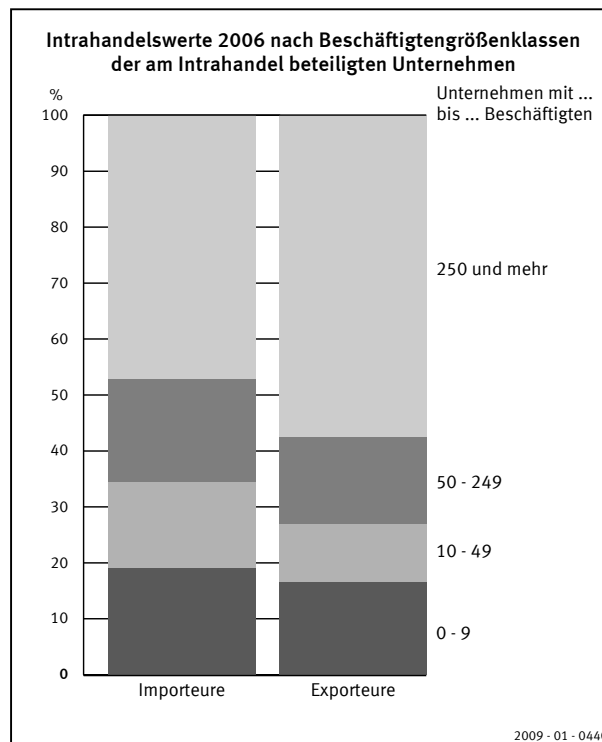
Tabelle 5: Die wichtigsten Wirtschaftsabteilungen¹⁾ bei der Einfuhr 2006

Nr. der Klassifikation	Bezeichnung	Einfuhren	Anteil an den Gesamteinfuhren	
			2006	2002
		Mill. EUR	%	
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen ²⁾	780 411	24,3	15,6
51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	72 287	22,4	25,6
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	36 418	11,3	10,1
24	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	16 633	5,2	5,0
50	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	15 314	4,7	4,3
29	Maschinenbau	11 820	3,7	3,2
52	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	9 996	3,1	5,3
F	Baugewerbe	453	0,1	0,2

1) Nach der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1.1). – 2) Der Wert für 2002 umfasst nur die Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Insgesamt 57,4 % der Ausfuhren in EU-Länder entfielen auf Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten. Für 15,6 % der Ausfuhren zeichneten Unternehmen mit 49 bis 249 Beschäftigten verantwortlich, während von Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten 10,4 % aller Warenver-

Schaubild 2



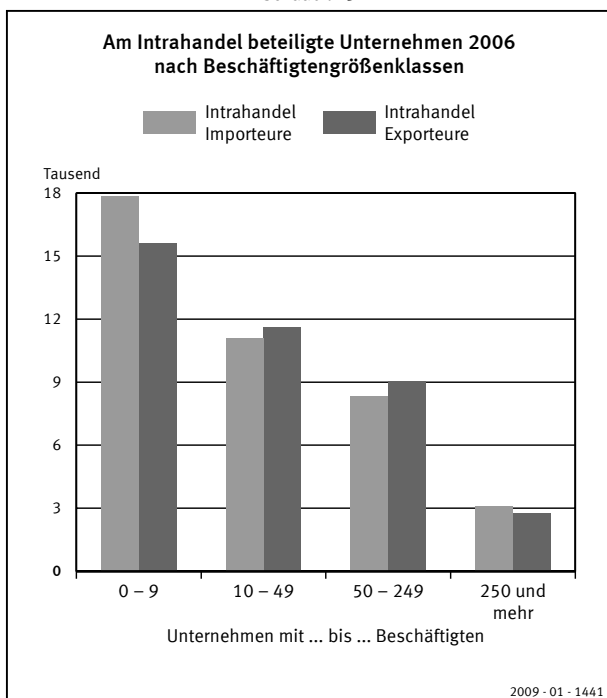
7) Der Wirtschaftsabschnitt K umfasst: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Da die Anmeldungen zur Außenhandelsstatistik auch von Steuerberatungsunternehmen, Firmen der Buchführung, sowie von den Holdinggesellschaften abgegeben werden, sind diese Wirtschaftszweige (Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung, Markt- und Meinungsforschung, Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften) hier stark vertreten.

kehrte in EU-Länder getätigt wurden. Auf kleine Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten entfielen 16,6% der Exporte.

Etwas geringer erscheint die Konzentration auf der Eingangsseite. Es sind tendenziell auch kleinere Unternehmen, die Waren aus der Europäischen Union beziehen. Hier wurde knapp die Hälfte (47,1%) aller Einfuhren von Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten getätigt, während 18,4% auf Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten entfielen. Kleinere Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten tätigten 15,3% und kleine Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten 19,2% der Einfuhren.

Auf die oberste Größenklasse, von der die meisten Ex- und Importe getätigt werden, entfiel nur eine geringe Zahl von Unternehmen. So hatten nur 7,1% aller Firmen in der Exportwirtschaft 250 und mehr Beschäftigte, bei den Importeuren waren es 7,7%. Unter 10 Beschäftigte hatten dagegen jeweils etwa zwei Fünftel aller Firmen, nämlich 40,0% der Export- und 44,2% der Importunternehmen. Weniger als ein Drittel der Unternehmen hatte 10 bis 49 Beschäftigte (Exporteure: 29,8%; Importeure: 27,5%) und etwa ein Fünftel waren Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten (Exporteure: 23,1%; Importeure: 20,6%).

Schaubild 3



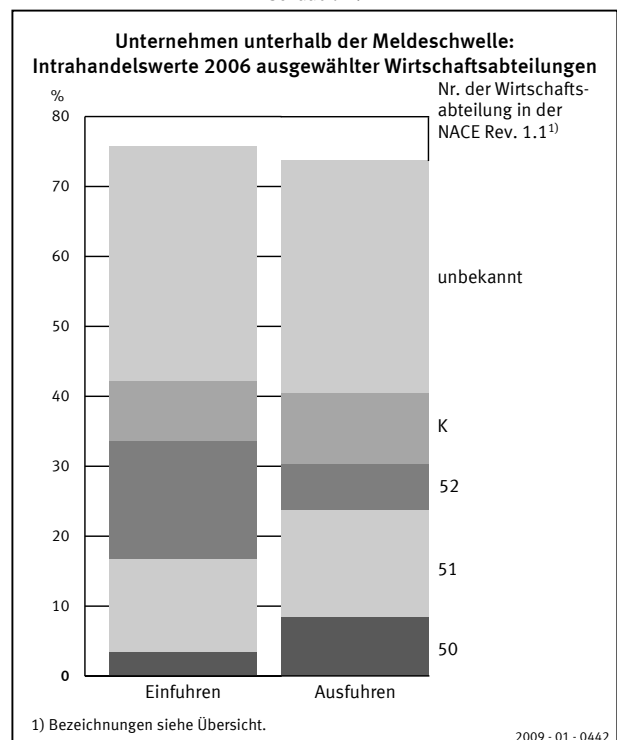
Das heißt: 57,4% der Exporte in die Europäische Union und 47,1% der Importe aus der Europäischen Union wurden von den Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten getätigt, die an allen Firmen der Export- bzw. Importwirtschaft nur einen Anteil von 7,1 bzw. 7,7% hatten. Dagegen wurden von 69,8% aller Unternehmen auf der Exportseite, nämlich jenen mit weniger als 50 Beschäftigten, 27% der Exporte erbracht. Auf der Importseite entfielen entsprechend auf 71,7% der Unternehmen 34,5% der Importe.

Unternehmen unterhalb der Meldeschwelle

Erstmals wurden auch Daten für die Unternehmen unterhalb der Meldeschwelle bereitgestellt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass für gut ein Drittel aller Unternehmen (jeweils 35,4%) unterhalb der Meldeschwelle sowohl bei den Eingängen als auch bei den Ausgängen keine Angaben über den Wirtschaftszweig verfügbar waren, da der Abgleich der Daten aus Intrahandels- und Unternehmensregister für jeweils etwa ein Drittel der Firmen unterhalb der Meldeschwelle in beiden Lieferrichtungen keine Übereinstimmung erbrachte. Ursache hierfür dürften ebenfalls vor allem die erwähnten unterschiedlichen Aktualisierungszyklen sein.

Bei den übrigen gut 65% der Unternehmen unterhalb der Meldeschwelle dominierte der Großhandel (Wirtschaftsabteilung 51: Handelsvermittlung und Großhandel) bei den Versendungen mit 12,7% aller Unternehmen, die diesem Wirtschaftszweig zuzuordnen waren. Von ihnen wurden 15,4% der Umsätze gemeldet. Bei den Wareneingängen dagegen stand der Einzelhandel [Wirtschaftsabteilung 52: Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern] mit 19,4% aller Unternehmen im Vordergrund, die Waren aus der Europäischen Union einfuhrten. Vom Einzelhandel wurden 16,9% der Warenverkehre der Unternehmen unterhalb der Meldeschwelle realisiert. An zweiter Stelle standen von der Anzahl der Unternehmen her bei den Versendungen wie auch bei den Eingängen die Unternehmen des Wirtschaftsabschnitts K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen). Die Unternehmen dieses Wirtschaftsabschnitts hatten einen Anteil von 10,6% an allen export-

Schaubild 4



1) Bezeichnungen siehe Übersicht.

Tabelle 6: Unternehmen unterhalb der Meldeschwelle 2006 nach Wirtschaftsabteilungen¹⁾
Prozent

Nr. der Klassifikation	Bezeichnung	Anteil an den Gesamtausfuhren	Anteil an den Gesamteinfuhren
51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	15,4	13,3
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen	10,2	8,5
50	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	8,4	3,5
52	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	6,6	16,9
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	3,8	2,1
29	Maschinenbau	3,4	2,3
F	Baugewerbe	1,8	3,5
24	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	0,7	0,4
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	0,4	0,3
	Andere	2,1	3,9
	Unbekannt	33,2	33,6

1) Nach der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1.1).

tierenden Unternehmen unterhalb der Meldeschwelle und erbrachten rund 10,2% aller Warenverkehre bei den Versendungen. Bei den Eingängen zählten 8,7% aller nicht meldepflichtigen Unternehmen zum Wirtschaftsabschnitt K. Auf sie entfielen 8,5% aller Warenverkehre bei den Eingängen.

An dritter Stelle auf der Eingangsseite finden sich bei den nicht meldepflichtigen Firmen die Unternehmen des Großhandels (Wirtschaftsabteilung 51) mit 7,2% aller Unternehmen und 13,3% der Eingänge. Umgekehrt sieht es bei den Versendungen aus: Während hier die Großhändler Rang eins einnahmen, waren die Einzelhändler die drittstärkste Unternehmensgruppe mit 9,2% der nicht meldepflichtigen Unternehmen und 6,6% der Umsätze.

Ein Vergleich der Struktur der Unternehmen unterhalb der Meldeschwelle mit jener der meldepflichtigen Unternehmen zeigt hinsichtlich der Eingänge keine gravierenden Unterschiede. Auch bei den meldepflichtigen Unternehmen dominierten mit einem Anteil von 34,1% die Großhandelsunternehmen; ihr Anteil an allen Wareneingängen betrug 22,4%. Hinsichtlich der Unternehmenszahl an zweiter Stelle lagen die Einzelhändler mit einem Anteil an allen meldepflichtigen Unternehmen von 12,0%, der Anteil ihrer Warenverkehre betrug jedoch lediglich 3,1%. Die Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens und der Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen rangierten ihrer Zahl nach zwar nur an dritter Stelle (11,4%), hinsichtlich des Anteils ihrer Warenverkehre waren sie mit einem Anteil von 24,3% jedoch Spitzenreiter.

Bei den Versendungen dominierten zahlenmäßig ebenfalls die Unternehmen des Großhandels (28,2%), hatten aber nur einen Anteil von 12,2% an den Warenverkehren, gefolgt von den Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens und der unternehmensbezogenen Dienstleistungen mit einem Anteil von 13,1% an den meldepflichtigen Unternehmen, aber der Spitzenposition beim Anteil an den Gesamtausfuhren mit 22,4%. An dritter Stelle bei den Versendungen liegt der Maschinenbau (Anteil an den meldepflichtigen Unternehmen: 9,3%). Der Anteil der Unternehmen des Maschinenbaus am Außenhandelsumsatz betrug 7,1%.

Internationaler Vergleich

Internationale Vergleichsdaten zum sektoralen Außenhandel wurden von Eurostat bislang für die Berichtsjahre 2003 und 2005 im öffentlichen Bereich von CIRCA veröffentlicht.⁸⁾ Der Anteil der über das statistische Unternehmensregister identifizierten Unternehmen im Außenhandel lag entsprechend den Ergebnissen von 2005 bei den Versendern zwischen 70,9% (Zypern) bzw. 88,2% (Deutschland) und 100% (Ungarn, Litauen, Luxemburg und Portugal) und auf der Einfuhrseite zwischen 79,0% (Zypern) bzw. 91,8% (Slowakei) und 100% (Ungarn, Litauen, Luxemburg und Portugal). Für Deutschland konnte für das Jahr 2005 für die Eingänge eine Verknüpfungsrate von 92,2% erzielt werden.

Die höchste Konzentration der Firmen, die Versendungen in die Europäische Union vornehmen, ergab sich für Zypern. Im Inselstaat zeichneten die zehn größten Unternehmen für 63,7% alle Ausfuhren in die EU-Partnerländer verantwortlich. In Luxemburg entfielen auf die zehn größten Unternehmen 52,0% und in Finnland 42,5% aller Ausfuhren. Dabei kommt natürlich die geringere Gesamtzahl der Unternehmen in diesen Staaten zum Tragen. Deutschland lag bei diesem Vergleich eher im Mittelfeld: Hier wurden von den zehn größten Unternehmen 34,0% der Ausfuhren im Intrahandel getätigt. In Italien und Frankreich hingegen wurden nur 8,6 bzw. 15,6% der Exporte von den zehn größten Unternehmen getätigt.

Das Spektrum der Firmen, die Einfuhren aus den EU-Partnerländern tätigten, war breiter gestreut. So fand sich auf der Eingangsseite die höchste Konzentration im Intrahandel in Deutschland und der Slowakei, wo 31,1 bzw. 28,9% der Warenverkehre auf die zehn größten Unternehmen entfielen. Anteile von jeweils 25,1% gaben Zypern und Luxemburg an, während die niedrigste Konzentration für Polen (8,9%) und Dänemark (9,8%) registriert wurde.

Die Anzahl der Partnerländer kann in Kombination mit der Exportquote, dem prozentualen Anteil der Ausfuhren am gesamten Bruttoinlandsprodukt, Hinweise auf Abhängigkeiten auch von einzelnen Firmen geben. Daher ist sie besonders für die Länder interessant, für die nur ein Partnerland bei den Einfuhren bzw. auch bei den Ausfuhren ermittelt

8) CIRCA ist die Bezeichnung für die von der Europäischen Kommission entwickelte Sitzungsmanagementssoftware ("Communication & Information Resource Centre Administrator") für öffentliche Verwaltungen, die verschiedene Dienste bietet, u. a. die als „Bibliothek“ bezeichnete Ablage von Sitzungsdokumenten. Im sog. öffentlichen Bereich, der allen Nutzern zugänglich ist, sind die Ergebnisse für 2003 und 2005 auf <http://circa.europa.eu/Public/irc/dsis/trade/> unter "Basic Documentation" und weiter unter "H. Pilot studies on external trade by business characteristics" abzurufen.

wurde. Für die Tschechische Republik ergab sich für 2005, dass 48,1 % der Unternehmen Versendungen in nur ein Partnerland vornahmen. Ebenso hoch (48,0%) war der Anteil der Unternehmen mit Einfuhren aus nur einem Partnerland. Noch höher war der Anteil der Firmen mit nur einem Partnerland auf der Versendungsseite für Zypern (56,9%), mit einer jedoch insgesamt deutlich niedrigeren Zahl von Firmen mit Außenhandelskontakten [4 046 Unternehmen mit Einfuhren und 401 Firmen mit Ausfuhren⁹⁾]. Besonders hoch waren die Anteile der Unternehmen mit Ausfuhren in nur ein Partnerland auch in Litauen (34,4%), Estland (32,5%), Luxemburg (32,8%), Portugal (32,3%) und der Slowakei (32,2%). In Deutschland fielen nur 13,0% der Firmen in diese Kategorie. Insbesondere die neuen EU-Mitgliedstaaten Slowakei, Tschechische Republik und Estland wiesen 2005 Exportquoten von über 50% auf. Für die Slowakei betrug die Exportquote im Jahr 2005 67,2%, für die Tschechische Republik 62,6% und für Estland 56,6%. Litauen kam auf einen Wert von 45,5%. Die Exportquote für Deutschland lag im selben Jahr bei 35,5%.

Bei den Einfuhren waren die Anteile der Unternehmen mit nur einem Handelspartner geringer. Ihr Anteil lag über 30% in Österreich (33,6%), Litauen (32,9%), Polen (31,6%) und der Slowakei (31,3%), während für Deutschland 25,5% ermittelt wurden. Dabei ist zu bedenken, dass an der Einfuhr mehr kleinere Unternehmen beteiligt sind, wodurch vermutlich die Zahl der Kontakte ebenfalls geringer ist als bei der Ausfuhr.

Betrachtet man umgekehrt die Länder, in denen der Anteil der Firmen mit Warenausfuhren in zehn und mehr Partnerländer besonders groß ist, so steht Deutschland mit 43,9% an der Spitze, gefolgt von Dänemark mit 37,9%. Rund 34,8% der italienischen Unternehmen führten Waren in zehn und mehr Länder aus, in Schweden waren es 26,4% und in Frankreich 25,5% der Unternehmen. Dass die Wareneinfuhren weniger breit gestreut sind, zeigen die Ergebnisse für Deutschland, in dem 11,7% der Unternehmen Handelspartner in zehn und mehr Ländern hatten, sowie für Dänemark (10,6%) und Estland (10,4%). In Finnland (9,4%) und Schweden (9,2%) haben nur knapp 10% der Unternehmen Wareneinfuhren aus zehn und mehr Partnerländern. In allen anderen betrachteten Ländern sind die Anteile noch geringer.

Ausblick

Die Verknüpfung von Außenhandels- und Unternehmensdaten schafft eine Informationsquelle, aus der um Angaben über die beteiligten Unternehmen ergänzte Informationen über Warenbewegungen ohne jegliche zusätzliche Belastung für die Unternehmen gewonnen werden können. Sie ermöglichen künftig auch Analysen über den Einfluss des Außenhandels auf Beschäftigtenstrukturen, Produktion und Wertschöpfung der Unternehmen. Mit den über die Verknüpfung von Zollnummer und Unternehmensnummer künftig auch möglich werdenden Auswertungen von Extrahandelsinformationen lassen sich darüber hinaus zusätzliche branchenspezifische Informationen gewinnen. [UU](#)

⁹⁾ Entsprechend den Ergebnissen des "Standardisation Exercise 2007".

Dipl.-Volkswirt (Univ.) Thomas Helmert

Deutscher Außenhandel nach Ländern

Ergebnisse für das Jahr 2008 und das erste Vierteljahr 2009

Im Jahr 2008 wurden nach vorläufigen Ergebnissen Waren im Wert von 994,9 Mrd. Euro aus Deutschland ausgeführt und Waren im Wert von 818,6 Mrd. Euro eingeführt. Im Vergleich mit dem Jahr 2007 sind damit die deutschen Exporte um 3,1 % und die Importe um 6,3 % gestiegen. Das Wachstum der Exporte hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verlangsamt (Wachstumsrate im Jahr 2007: 8,1 %), während die Importe stärker als im Vorjahr angestiegen sind (Wachstumsrate im Jahr 2007: 4,9 %). Der Überschuss in der Handelsbilanz war im Jahr 2008 mit 176,2 Mrd. Euro um fast ein Zehntel geringer als im Vorjahr.

Die wichtigsten Handelspartner für Deutschland sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Mehr als 61 % der deutschen Außenhandelsumsätze wurden im Jahr 2008 mit diesen Ländern erzielt. Die europäischen Staaten, die nicht zur EU gehören, hatten im Jahr 2008 einen Anteil am deutschen Außenhandelsumsatz von 12,4 %. Damit wurden 2008 fast drei Viertel des deutschen Außenhandels mit europäischen Ländern abgewickelt. Von den nicht europäischen Ländern hatten 2008 die asiatischen Staaten einen Anteil von 13,7 % am deutschen Außenhandelsumsatz, gefolgt von Amerika mit einem Anteil von 9,6 %. Die afrikanischen Staaten mit einem Anteil von 2,2 % und Australien/Ozeanien mit einem Anteil von 0,6 % am deutschen Außenhandelsumsatz im Jahr 2008 waren für die deutsche Wirtschaft als Außenhandelspartner von eher geringer Bedeutung.

Nachdem sich der deutsche Außenhandel in den ersten drei Quartalen des Jahres 2008 positiv entwickelte, führte die sich schlagartig abkühlende Weltkonjunktur im vierten Quartal 2008 zu einem Rückgang der deutschen Ausfuhren um 6,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Diese Entwicklung verstärkte sich im ersten Quartal 2009 deut-

lich. Der Wert der deutschen Ausfuhren verringerte sich in diesem Quartal sehr stark gegenüber dem Vorjahreszeitraum (-21,2 %) und auch der Wert der deutschen Einfuhren verringerte sich erheblich (-14,7 %). Von diesem Einbruch besonders betroffen war die Warengruppe Kraftwagen und Kraftwagenteile, deren Ausfuhren im ersten Vierteljahr 2009 um 41,0 % zurückgegangen sind. Mit einem Rückgang von 25,8 % verringerte sich die Einfuhr dieser Waren ebenfalls überdurchschnittlich stark.

Entwicklung des deutschen Außenhandels

Wie in den Vorjahren konnte auch im Jahr 2008 ein neuer Höchststand bei den deutschen Ein- und Ausfuhren verzeichnet werden. Nach vorläufigen Ergebnissen exportierte Deutschland im Jahr 2008 Waren im Wert von 994,9 Mrd. Euro und importierte im Gegenzug Waren im Wert von 818,6 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich der Anstieg der Ausfuhren mit 3,1 % deutlich (2007: +8,1 %), während sich das Wachstum der Einfuhren mit 6,3 % gegenüber dem Vorjahr steigerte (2007: +4,9 %). Durch das deutlich stärkere Wachstum der Einfuhren im Vergleich zum Wachstum der Ausfuhren verringerte sich 2008 der Überschuss in der Handelsbilanz im Vergleich zum Vorjahr um 9,8 % auf 176,2 Mrd. Euro. Einen Rückgang des Überschusses in der Handelsbilanz hatte es zuletzt im Jahr 2003 gegeben (siehe Schaubild 1).

Aufgrund der im Jahresverlauf 2008 stark geänderten Rahmenbedingungen für den deutschen Außenhandel unterschied sich die monatliche Entwicklung des Außenhandels

Schaubild 1

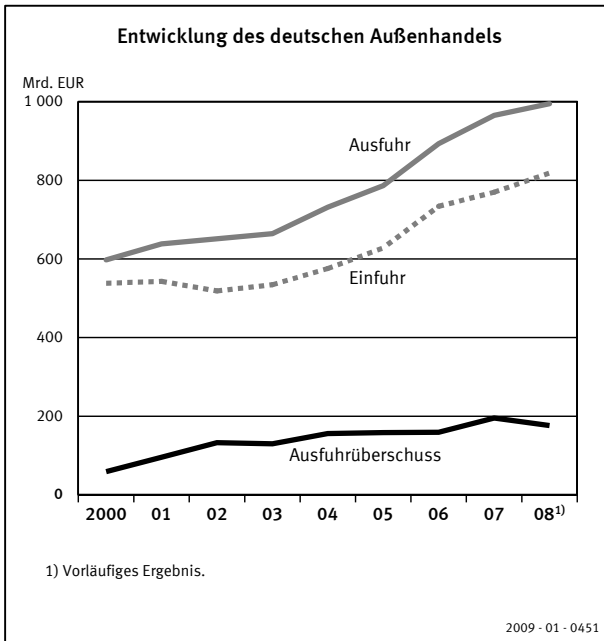
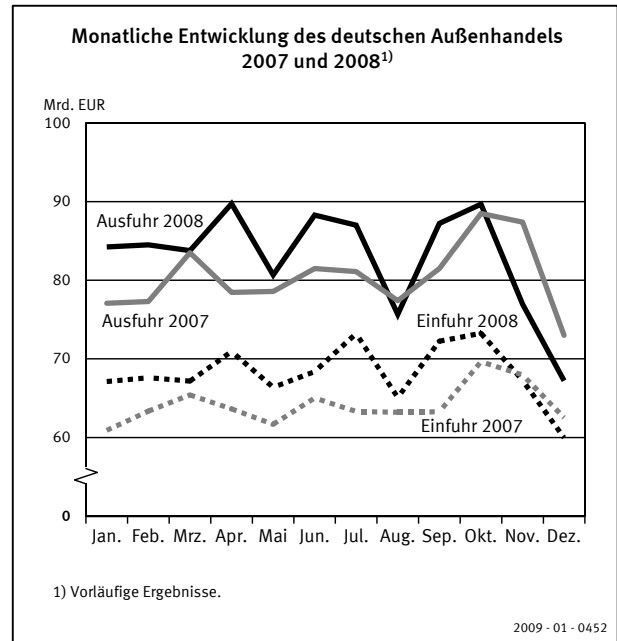


Schaubild 2



im Jahr 2008 in mehrfacher Hinsicht von der Handelsentwicklung im Vorjahr (siehe Schaubild 2). Durch die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten setzte im zweiten Halbjahr 2008 eine schlagartige Abkühlung der Weltkonjunktur ein. Ein Zeichen für den starken Rückgang der Weltnachfrage ist der Absturz des Baltic Dry Index. Der Baltic Dry Index ist ein Preisindex für das Verschiffen von Hauptfrachtgütern und gilt als wichtiger Frühindikator für den Welthandel. So ging der Baltic Dry Index nach einem Rekordhoch von 11 793 Punkten Ende Mai 2008 bis Mitte Oktober 2008 um 86% zurück¹⁾. Diese Entwicklungen auf den Weltmärkten spiegelten sich auch in der deutschen Außenhandelsstatistik wider, insbesondere in den Ergebnissen des letzten Quartals 2008.

Ein Vergleich der monatlichen Entwicklung des deutschen Außenhandels im Jahr 2008 mit dem Vorjahr zeigt, dass in der ersten Jahreshälfte 2008 die Monatswerte der Aus- und Einfuhren über den Vorjahreswerten lagen und dabei ein ähnliches saisonales Muster aufwiesen. In der zweiten Jahreshälfte kam es dagegen zu deutlichen Veränderungen bei den monatlich gemeldeten Werten. Zum einen fiel der saisonbedingte Rückgang der gemeldeten Aus- und Einfuhren im August im Jahr 2008 besonders deutlich aus. Zum anderen gab es einen sehr starken Einbruch bei den Ausfuhren und ebenfalls einen Rückgang bei den Einfuhren in den letzten beiden Monaten des Jahres 2008. Die Ausfuhren waren im November um 11,9% und im Dezember um 7,9% niedriger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Kalender- und saisonbereinigt²⁾ verringerte sich die Ausfuhr im November 2008 gegenüber dem Oktober um über ein Zehntel (-10,8%) und auch im Dezember konnte ein Rückgang

der bereinigten Werte um 4,0% gegenüber dem Vormonat beobachtet werden. Die Einfuhren gingen in diesen beiden Monaten im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls zurück, allerdings war der Rückgang um 1,0% im November und um 4,1% im Dezember nicht so stark wie der bei den Ausfuhren. Kalender- und saisonbereinigt gingen die Einfuhren im Vergleich zum jeweiligen Vormonat im November (-5,8%) und Dezember (-4,8%) jedoch auch deutlich zurück.

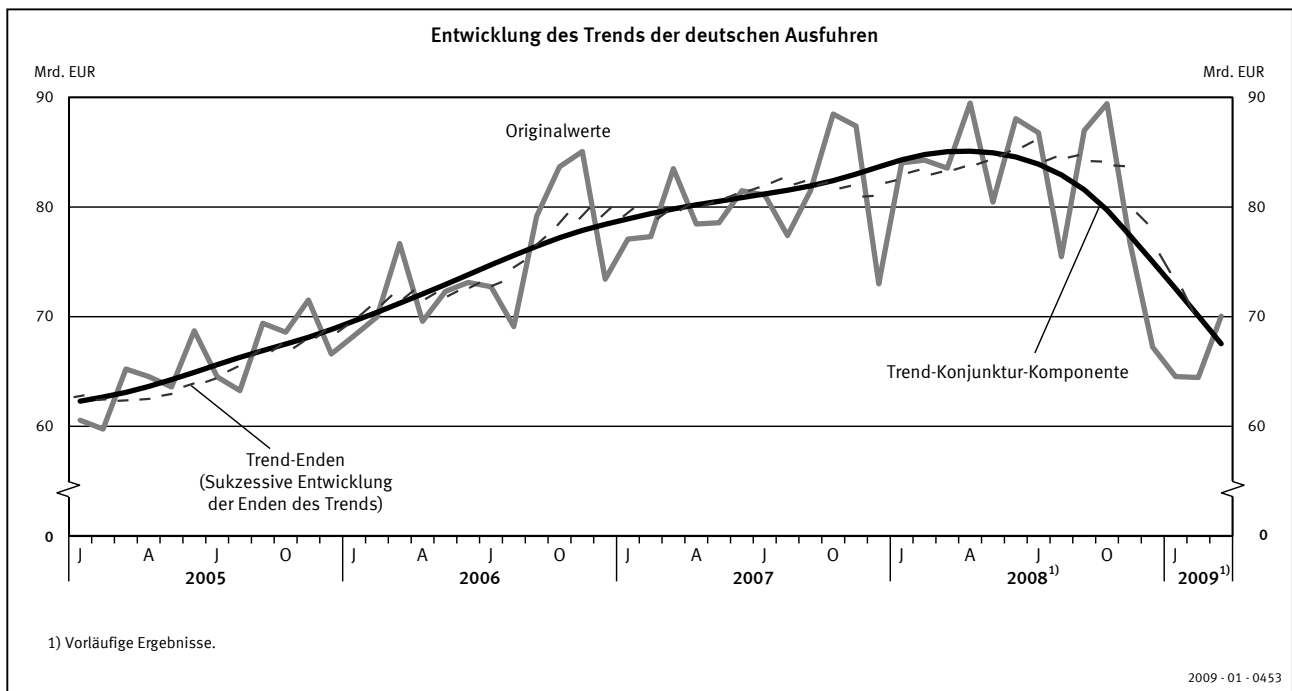
Sehr starker Rückgang der deutschen Ein- und Ausfuhren im ersten Vierteljahr 2009

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutschen Ein- und Ausfuhren verstärkten sich im ersten Vierteljahr 2009 erheblich. Insbesondere im Januar (-23,5%) und Februar (-23,7%) verringerten sich die deutschen Ausfuhren drastisch um fast ein Viertel gegenüber den Vorjahresmonaten. Kalender- und saisonbereinigt verringerten sich die Werte im Januar (-7,4%) und Februar (-1,3%) nach den starken Rückgängen in den Vormonaten wiederum zum Teil erheblich gegenüber dem Vormonat. Die deutschen Einfuhren sanken im Januar (-14,1%) und Februar (-17,4%) ebenfalls stark, allerdings war der Rückgang im Vergleich zu den deutschen Ausfuhren deutlich geringer. Auch kalender- und saisonbereinigt verringerten sich die Einfuhren im Januar (-1,8%) und Februar (-4,8%) gegenüber dem Vormonat insgesamt nicht so stark wie die Ausfuhren im gleichen Zeitraum. Nachdem von Oktober 2008 bis Februar 2009 die Ein- und Ausfuhren gegenüber dem jeweiligen Vormonat kalender- und saisonbereinigt zurückgegangen sind, konnten sich die Ergebnisse im März 2009 (gegenüber Februar 2009) wieder verbessern. Zwar gingen

1) Siehe "The Economist" vom 16. Oktober 2008: "Meanwhile, in the real economy", S. 69 f. Bei dem Wert des Baltic Dry Index muss allerdings bedacht werden, dass neben der Nachfrage nach Transporten auch die vorhandenen Transportkapazitäten von großer Bedeutung sind und diese in den letzten Jahren sehr stark ausgebaut wurden.

2) Eine Beschreibung der Verfahren zur Kalender- und Saisonbereinigung findet sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de, Pfad: Wissenschaftsforum → Methoden und Verfahren → Zeitreihenanalyse).

Schaubild 3



die Ausfuhren (-16,4%) und die Einfuhren (-12,6%) auch im März 2009 gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich zurück, stiegen aber kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Februar 2009 geringfügig wieder an, die Ausfuhren um 0,7% und die Einfuhren um 0,8%. Somit wurde zumindest in diesem Monat die rückläufige Entwicklung der deutschen Ein- und Ausfuhren gestoppt. Insgesamt verringerten sich im ersten Quartal 2009 die Ausfuhren um mehr als ein Fünftel (-21,2%) gegenüber dem Vorjahreszeitraum, die Einfuhren gingen um 14,7% zurück.

Wie stark und abrupt die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutschen Ausfuhren waren, wird anhand des Trends und der jeweiligen Trend-Enden der vergangenen Monate deutlich, die in Schaubild 3 dargestellt werden.

Nachdem kalender- und saisonbereinigt Mitte 2008 ein neuer Höchststand bei den deutschen Ausfuhren erreicht wurde und die Ergebnisse in den darauffolgenden Monaten etwas zurückgingen, brachen in den vier Monaten von November 2008 bis Februar 2009 die deutschen Ausfuhren auf das Niveau ein, das vor dreieinhalb Jahren, Mitte 2005, erreicht worden war. Anhand der in Schaubild 3 dargestellten Trend-Enden ist zu sehen, dass dieser Rückgang sehr plötzlich und außergewöhnlich stark ausfiel. In den vergangenen Jahren konnte eine so starke Korrektur des Trends wie am Ende des Jahres 2008 nicht festgestellt werden. Insbesondere wurde im November 2008 nur ein leicht abnehmender Trend berechnet, der durch die darauffolgenden Ergebnisse deutlich nach unten korrigiert wurde. Es ist auch zu sehen, dass der Einbruch der Monatswerte der deutschen

Ausfuhren am Ende des Jahres 2008 und Anfang des Jahres 2009 weit über die Schwankungen hinausgeht, die in den vergangenen Jahren beobachtet wurden.

Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf den Handel der Wirtschaftsbranchen

Von den drastischen Einbrüchen der deutschen Außenhandelsumsätze waren fast alle wichtigen Gütergruppen betroffen. In Tabelle 1 auf S. 578 sind die Ergebnisse für die 15 wichtigsten Gütergruppen des Jahres 2008 vom zweiten Quartal 2008 bis zum ersten Vierteljahr 2009 aufgeführt.³⁾ In vielen Branchen wurden bis zum dritten Quartal 2008 zum Teil sehr starke Zuwächse der Ein- und Ausfuhren gegenüber dem Vorjahreszeitraum festgestellt. Im vierten Quartal des Jahres 2008 verringerten sich dagegen bei fast allen wichtigen Gütergruppen die Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und diese Entwicklung verstärkte sich im ersten Vierteljahr 2009. Besonders betroffen von der Weltwirtschaftskrise waren vor allem die Ein- und die Ausfuhr von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Diese waren im Jahr 2008 mit einem Anteil von 17,5% am Gesamtwert der deutschen Ausfuhren mit Abstand die wichtigsten deutschen Exportgüter. Nach einem starken Rückgang im vierten Quartal 2008 um 20,0% gegenüber dem Vorjahreszeitraum ging die Ausfuhr von Kraftwagen und Kraftwagenteilen allerdings im ersten Vierteljahr 2009 mit -41,0% gegenüber dem Vorjahreszeitraum so stark zurück, dass sie im ersten Vierteljahr 2009 hinter die Ausfuhren von Chemischen Erzeugnissen und von Maschinen auf Rang 3 zurückfiel. Diese Gütergruppen sind für den deutschen Außenhandel ebenfalls von herausra-

³⁾ Bei den Werten in Tabelle 1 ist zu beachten, dass die Ergebnisse für die Jahre 2008 und 2009 vorläufig sind und deswegen die Ergebnisse der Gütergruppe Sonstige Waren nicht mit den Werten aus dem Jahr 2007 verglichen werden können.

gender Bedeutung und die Ausfuhr dieser Produkte entwickelte sich bis zum dritten Quartal 2008 sehr positiv. Nach einem relativ moderaten Rückgang im vierten Quartal 2008 verringerte sich im ersten Vierteljahr 2009 der Wert der Ausfuhren dieser Gütergruppen gegenüber dem Vorjahreszeitraum erheblich, mit Veränderungen von -15,0% bei den Chemischen Erzeugnissen und -17,8% bei den Maschinen. Der Rückgang des Wertes der Ausfuhren dieser Gütergruppen war damit etwas geringer als der durchschnittliche Rückgang der Ausfuhr insgesamt von 21,2% im ersten Vierteljahr 2009, welcher allerdings sehr stark vom Einbruch der Ausfuhren von Kraftwagen und Kraftwagenteilen beeinflusst

wurde⁴⁾. Neben den Kraftwagen und Kraftwagenteilen wurden die stärksten Rückgänge des Werts der Ausfuhren im ersten Vierteljahr 2009 gegenüber dem Vorjahresquartal bei den Gütergruppen Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse (-35,9%), Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente (-30,7%) und Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe (-36,6%) verzeichnet. Kaum rückläufig waren dagegen im ersten Vierteljahr 2009 die Ausfuhren von Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes mit einer Veränderung von -2,1% im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Wert der Ausfuhren von Sonstigen Fahr-

Tabelle 1: Entwicklung des Handels der 15 wichtigsten Gütergruppen für den deutschen Außenhandel¹⁾

Rang	Gütergruppe ²⁾	2008		2. Vj 2008	3. Vj 2008	4. Vj 2008	1. Vj 2009	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum			
		Mrd. EUR	%	Mrd. EUR				%			
				2. Vj 2008	3. Vj 2008	4. Vj 2008	1. Vj 2009				
Ausfuhr											
1	GP34 Kraftwagen und Kraftwagenteile	174,1	17,5	47,9	41,6	37,5	27,8	+3,9	-7,1	-20,0	-41,0
2	GP29 Maschinen	146,9	14,8	38,0	37,0	35,8	29,7	+8,1	+3,0	-2,7	-17,8
3	GP24 Chemische Erzeugnisse	138,0	13,9	35,2	35,7	31,5	30,2	+10,5	+9,9	-4,2	-15,0
4	GP27 Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse	62,6	6,3	17,3	16,3	13,0	10,3	+3,7	+5,6	-14,9	-35,9
5	GP98 Sonstige Waren	62,1	6,2	15,8	15,5	15,2	13,3	+117,1	+97,9	+60,5	-14,9
6	GP31 Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. Ä.	52,0	5,2	13,5	13,2	12,5	10,3	+9,3	+4,0	-3,0	-19,8
7	GP33 Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren	39,9	4,0	9,9	9,8	10,1	8,5	-0,6	-2,8	-5,5	-15,4
8	GP15 Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	39,9	4,0	10,1	10,3	10,2	9,1	+12,0	+8,3	+1,2	-2,1
9	GP35 Sonstige Fahrzeuge	34,2	3,4	8,7	8,5	9,8	9,3	+4,2	+16,2	+20,3	+27,3
10	GP28 Metallerzeugnisse	33,3	3,3	8,8	8,6	7,5	6,4	+3,3	+0,1	-12,2	-23,6
11	GP32 Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	32,5	3,3	8,3	8,1	7,7	5,9	-11,8	-14,6	-24,8	-30,7
12	GP25 Gummi- und Kunststoffwaren	32,5	3,3	8,6	8,3	7,2	6,6	+1,3	-1,0	-12,7	-21,0
13	GP30 Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	21,7	2,2	4,9	5,1	5,8	4,6	-7,3	-14,7	-13,6	-22,1
14	GP36 Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	19,3	1,9	4,7	4,7	5,6	3,9	+8,0	+2,1	+2,9	-9,2
15	GP23 Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	18,1	1,8	5,2	5,1	3,6	2,7	+20,5	+24,3	-20,9	-36,6
	Insgesamt ...	994,9	100	258,7	249,9	233,8	199,0	+8,5	+4,1	-6,0	-21,2
Einfuhr											
1	GP24 Chemische Erzeugnisse	94,8	11,6	24,1	25,1	22,4	20,8	+2,7	+6,3	-3,0	-10,4
2	GP11 Erdöl und Erdgas; Dienstleistungen bei der Gewinnung von Erdöl und Erdgas	82,3	10,0	20,5	22,3	19,6	14,8	+42,2	+55,6	+6,4	-25,4
3	GP34 Kraftwagen und Kraftwagenteile	74,0	9,0	20,7	18,0	15,8	14,5	+2,4	-6,8	-21,4	-25,8
4	GP98 Sonstige Waren	68,3	8,3	17,5	17,3	16,6	15,1	+124,1	+116,7	+74,9	-10,4
5	GP27 Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse	63,4	7,7	17,7	16,7	13,5	9,7	-1,9	-0,6	-13,4	-37,7
6	GP29 Maschinen	58,3	7,1	15,1	14,4	14,5	12,3	+4,6	+0,5	-3,6	-14,0
7	GP32 Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	41,2	5,0	9,4	10,5	11,3	8,0	-7,4	-1,2	-7,9	-20,2
8	GP15 Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	37,9	4,6	9,3	9,5	10,0	8,8	+5,3	+2,9	-1,0	-2,5
9	GP31 Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung	32,7	4,0	8,2	8,2	7,8	6,7	-2,0	-1,4	-7,2	-21,0
10	GP35 Sonstige Fahrzeuge	31,1	3,8	6,8	7,5	9,1	9,2	-22,8	+10,2	+29,1	+19,1
11	GP30 Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	28,6	3,5	6,2	7,0	8,3	5,9	-12,7	-10,6	-4,8	-16,6
12	GP23 Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	23,4	2,9	5,2	7,3	6,0	3,7	+40,0	+90,2	+17,4	-24,3
13	GP33 Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren	22,6	2,8	5,5	5,4	6,1	5,2	-2,2	-4,4	+1,6	-8,0
14	GP01 Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerbliche Jagd	20,8	2,5	5,6	5,1	5,1	5,2	+10,6	+3,7	+2,2	+4,5
15	GP28 Metallerzeugnisse	20,1	2,5	5,1	5,3	4,9	4,1	+2,1	+5,7	-3,0	-15,8
	Insgesamt ...	818,6	100	205,7	210,6	200,5	172,2	+8,1	+10,9	+0,2	-14,7

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Nach den Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2002 (GP 2002).

4) Ohne die Gütergruppe Kraftwagen und Kraftwagenteile liegt der Rückgang der Ausfuhren im 1. Vj 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum bei 16,7% und damit um 4,5 Prozentpunkte bzw. 21,4% niedriger als der durchschnittliche Rückgang einschließlich der Gütergruppe Kraftwagen und Kraftwagenteile von 21,2%.

zeugen nahm mit einem Anstieg um 27,3 % sogar sehr stark zu.⁵⁾

Im Vergleich zum Rückgang des Wertes der deutschen Ausfuhren im ersten Vierteljahr 2009 verringerten sich die Einfuhren mit einem Rückgang um 14,7% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nicht so stark. Dabei sank besonders der Wert der Einfuhren von Produkten der Gütergruppen Erdöl und Erdgas (-25,4%), Kraftwagen und Kraftwagenteile (-25,8%), Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse (-37,7%) und Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe (-24,3%). Insbesondere der Rückgang des Wertes der Einfuhren von Erdöl und Erdgas ist bemerkenswert, weil sich nur ein halbes Jahr vorher, im dritten Quartal 2008, der Wert der Einfuhren dieser Gütergruppe mit einer Zunahme um 55,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum drastisch erhöht hatte. Eine mögliche Ursache für diese außergewöhnlichen Schwankungen sind die starken Veränderungen der Preise auf den weltweiten Rohstoffmärkten. So ist die Eigenmasse der im ersten Vierteljahr 2009 importierten Produkte, die zur Gütergruppe Erdöl und Erdgas gehören, mit einer Veränderung gegenüber dem Vor-

jahreszeitraum von -7,8% wesentlich weniger stark zurückgegangen als der entsprechende Wert der Einfuhren. Entgegen dem Trend stiegen dagegen im ersten Vierteljahr 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum die Werte der Einfuhren von Sonstigen Fahrzeugen (+19,1%) und Erzeugnissen der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd (+4,5%). Die Einfuhr von Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes (-2,5%) verringerte sich kaum.

Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf den Handel mit den wichtigsten Handelspartnern

Wie auf den Handel mit den unterschiedlichen Gütergruppen gab es auch große Unterschiede in den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf den Handel mit den deutschen Handelspartnern. In Tabelle 2 wird die Entwicklung des Handels mit den 15 wichtigsten Herkunfts- und Zielländern vom zweiten Quartal 2008 bis zum ersten Vierteljahr 2009 dargestellt. Bis einschließlich des dritten Quartals 2008 entwickelte sich der deutsche Außenhandel mit den meisten

Tabelle 2: Entwicklung des Handels mit den 15 wichtigsten deutschen Handelspartnern¹⁾

Rang	Land	2008		2. Vj 2008	3. Vj 2008	4. Vj 2008	1. Vj 2009	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum			
		Mrd. EUR	%	Mrd. EUR	Mrd. EUR	Mrd. EUR	Mrd. EUR	2. Vj 2008	3. Vj 2008	4. Vj 2008	1. Vj 2009
								%			
Ausfuhr											
1	Frankreich	96,9	9,7	25,3	23,1	23,4	20,6	+10,8	+6,0	-1,3	-18,1
2	Vereinigte Staaten	71,5	7,2	18,1	17,7	17,0	13,8	+3,1	-6,3	-8,5	-26,4
3	Vereinigtes Königreich	66,8	6,7	17,3	17,4	14,4	12,7	+1,0	-2,4	-16,0	-28,3
4	Niederlande	65,6	6,6	16,8	16,5	15,6	14,2	+5,7	+8,4	-5,3	-15,5
5	Italien	64,0	6,4	17,2	15,4	14,9	13,2	+2,6	+2,7	-8,3	-20,3
6	Österreich	53,8	5,4	13,9	13,3	13,1	12,1	+4,5	+1,8	-3,4	-10,1
7	Belgien	51,6	5,2	13,3	13,1	11,9	10,8	+8,0	+8,0	-6,3	-19,2
8	Spanien	43,7	4,4	12,3	10,3	8,9	7,7	+1,1	-9,4	-26,8	-37,0
9	Polen	40,1	4,0	10,4	10,6	9,3	7,7	+16,5	+13,9	-2,4	-21,3
10	Schweiz	39,0	3,9	9,9	9,6	9,8	9,0	+11,9	+6,1	+3,8	-7,3
11	Volksrepublik China	34,1	3,4	9,0	8,6	8,7	7,6	+22,1	+7,6	+8,7	-3,3
12	Russische Föderation	32,3	3,3	8,3	8,6	7,9	5,2	+21,8	+15,0	+0,7	-31,4
13	Tschechische Republik	27,8	2,8	7,3	7,0	6,4	5,3	+14,1	+9,3	-6,3	-24,9
14	Schweden	20,6	2,1	5,7	5,0	4,5	3,8	+5,8	-1,7	-21,4	-30,3
15	Ungarn	17,6	1,8	4,8	4,6	3,6	2,9	+9,9	+6,9	-13,8	-35,7
Einfuhr											
1	Niederlande	72,1	8,8	17,5	18,9	17,9	14,9	+15,4	+23,4	+6,0	-16,3
2	Frankreich	66,7	8,1	17,2	16,6	16,0	14,4	+8,4	+9,6	+1,5	-14,6
3	Volksrepublik China	59,4	7,3	13,0	15,6	16,9	13,7	+8,3	+6,7	+8,2	-1,5
4	Vereinigte Staaten	46,1	5,6	11,7	11,5	11,9	11,5	-1,5	+3,1	+5,4	+4,7
5	Italien	46,0	5,6	12,1	11,7	10,7	10,4	+4,6	+8,2	-5,5	-9,1
6	Vereinigtes Königreich	44,3	5,4	11,6	11,0	10,9	8,1	+9,3	+5,3	-0,7	-25,3
7	Belgien	39,8	4,9	10,6	10,5	8,9	7,2	+14,1	+16,8	-5,0	-26,5
8	Russische Föderation	35,9	4,4	8,4	10,6	8,5	5,8	+17,6	+56,4	+0,5	-31,1
9	Österreich	33,1	4,0	8,7	8,5	7,8	7,1	+8,2	+7,5	-7,2	-12,7
10	Schweiz	31,2	3,8	8,0	7,7	7,9	7,4	+8,7	+3,2	+4,1	-3,1
11	Tschechische Republik	28,3	3,5	7,4	7,1	6,8	6,1	+13,3	+13,4	+1,2	-12,3
12	Polen	26,2	3,2	6,7	6,8	6,3	5,6	+12,6	+13,0	-0,7	-12,9
13	Japan	23,1	2,8	5,7	5,6	5,8	4,9	-3,5	-5,8	-6,7	-19,3
14	Norwegen	22,3	2,7	5,6	5,7	5,4	5,3	+31,6	+38,5	+9,1	-5,0
15	Spanien	21,6	2,6	5,8	5,0	5,0	5,1	+8,7	+3,5	-3,6	-12,3

1) Vorläufiges Ergebnis.

5) Zur Gütergruppe Sonstige Fahrzeuge gehören zum Beispiel Flugzeuge und Schiffe.

wichtigen Handelspartnern sehr positiv. Im ersten Vierteljahr 2009 ging allerdings der Handel Deutschlands mit allen wichtigen Handelspartnern zum Teil sehr stark zurück, nachdem bereits im vierten Quartal 2008 eine deutliche Trendumkehr zu erkennen war. Dabei fielen die Rückgänge der Ausfuhren nach Spanien (-37,0%), Ungarn (-35,7%), in die Russische Föderation (-31,4%), nach Schweden (-30,3%), in das Vereinigte Königreich (-28,3%) und in die Vereinigten Staaten (-26,4%) besonders hoch aus. Relativ moderat zurück gingen im ersten Vierteljahr 2009 im Vorjahresvergleich lediglich die deutschen Ausfuhren in die Volksrepublik China (-3,3%) und in die Schweiz (-7,3%).

Wie der Wert der Ausfuhren verringerte sich auch der Wert der Einfuhren fast aller wichtigen Handelspartner nach Deutschland im ersten Vierteljahr 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum zum Teil sehr stark. Nur die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten stiegen gegenüber dem ersten Vierteljahr 2008 um 4,7%. Besonders stark ging der Wert der Einfuhren aus der Russischen Föderation (-31,1%), Belgien (-26,5%), dem Vereinigten Königreich (-25,3%) und Japan (-19,3%) zurück. Insbesondere die Entwicklung des Wertes der Einfuhren aus der Russischen Föderation ist bemerkenswert, da im zweiten Quartal 2008 noch eine Steigerung der Einfuhren gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 56,4% verzeichnet wurde. Ein Grund für diese starken Schwankungen ist, dass Deutschland aus der Russischen Föderation hauptsächlich Erdöl und Erdgas importiert und sich starke Preisschwankungen bei diesen Rohstoffen auch entsprechend auf den Wert der Einfuhren auswirken.

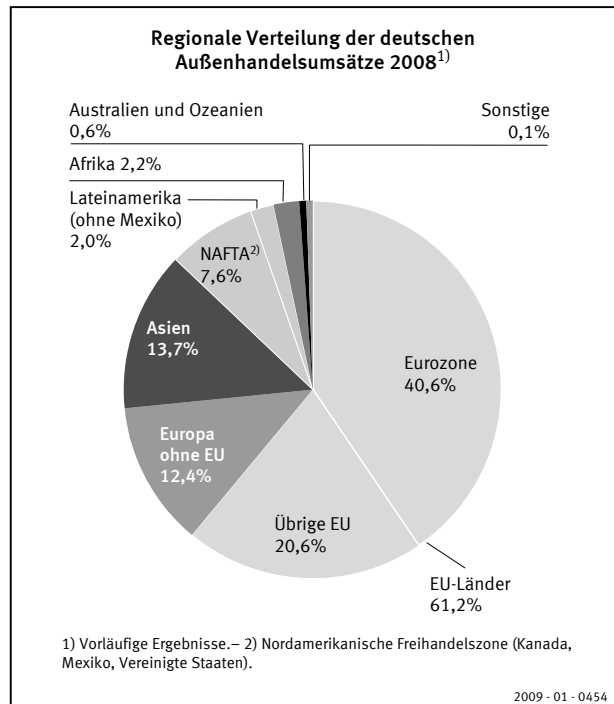
Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Weltwirtschaftskrise die hochgradig exportorientierte deutsche Wirtschaft sehr stark getroffen hat. Innerhalb weniger Monate wurde das starke Wachstum der deutschen Ausfuhren der vergangenen dreieinhalb Jahre so revidiert, dass sich der Wert der Ausfuhren im März 2009 auf das Niveau verringerte, das bereits Mitte des Jahres 2005 erreicht worden war. Dabei waren fast alle wichtigen Branchen betroffen, wobei bei der bislang wichtigsten deutschen Exportgütergruppe der Kraftwagen und Kraftwagenteile besonders starke Rückgänge zu verzeichnen waren. Der Handel mit den wichtigsten deutschen Handelspartnern ging ebenfalls zum Teil sehr deutlich zurück. Dabei war vor allem der Handel mit einigen EU-Mitgliedstaaten sehr stark rückläufig.

Regionalstruktur des deutschen Außenhandels

Wie in den Vorjahren waren auch im Jahr 2008 die europäischen Staaten die wichtigsten Handelspartner für Deutschland (siehe Schaubild 4). Die Ausfuhr von Waren in diese Länder hatte im Jahr 2008 einen Wert von 746,6 Mrd. Euro, die Einfuhr von Waren aus den europäischen Staaten nach Deutschland einen Wert von 589,3 Mrd. Euro. Dies entsprach einem Anteil von 73,7% am deutschen Außenhandelsumsatz⁶⁾. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich dieser

Anteil geringfügig um 0,1 Prozentpunkte. Innerhalb Europas sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die wichtigsten Absatz- und Beschaffungsmärkte für die deutschen Unternehmen. Der Anteil der EU-Mitgliedstaaten am deutschen Außenhandelsumsatz im Jahr 2008 betrug 61,3%.

Schaubild 4



Nach Europa war auch im Jahr 2008 Asien die zweitwichtigste Region für den deutschen Außenhandel. Der Anteil der asiatischen Länder am Wert der Einfuhren nach Deutschland betrug 16,1% und die Ausfuhren nach Asien hatten einen Anteil von 11,8% am Wert der gesamten Ausfuhren aus Deutschland. Gegenüber dem Vorjahr blieb der asiatische Anteil am Außenhandelsumsatz mit 13,7% weitgehend stabil (13,8% im Jahr 2007). Von großer Bedeutung für Deutschland war ebenfalls der Handel mit den amerikanischen Ländern. Allerdings nimmt die Bedeutung Amerikas für den deutschen Außenhandel zunehmend ab. So entfielen 9,6% der Außenhandelsumsätze im Jahr 2008 auf Amerika, nachdem dieser Anteil im Vorjahr noch 9,9% betragen hatte. Mit einem Anteil an den deutschen Außenhandelsumsätzen von 7,6% im Jahr 2008 entfiel der Großteil des deutschen Außenhandels mit Amerika auf die NAFTA-Mitgliedstaaten⁷⁾.

Der Handel mit Afrika und Australien/Ozeanien war für Deutschland eher unbedeutend. Lediglich 2,2% der deutschen Außenhandelsumsätze wurden im Jahr 2008 mit afrikanischen Staaten getätigt. Allerdings steigerte sich dieser Anteil 2008 gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozentpunkte. Der Handel mit Australien/Ozeanien stagnierte dagegen und lag 2008 wie im Vorjahr bei einem Anteil von 0,6%.

6) Der Außenhandelsumsatz ist die Summe von Ausfuhren und Einfuhren.
 7) Nordamerikanische Freihandelszone (Kanada, Mexiko, Vereinigte Staaten).

Tabelle 3: Außenhandel Deutschlands nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

Land/Ländergruppe	2005	2006	2007	2008 ¹⁾	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				Anteil am deutschen Außenhandel
					2005	2006	2007	2008 ¹⁾	
					Mrd. EUR				
Ausfuhr									
Ausfuhr insgesamt	786,3	893,0	965,2	994,9	+7,5	+13,6	+8,1	+3,1	100
Europa	583,7	660,0	729,8	746,6	+7,5	+13,1	+10,6	+2,3	75,0
darunter:									
Europäische Union	505,7	564,9	623,8	633,0	+7,1	+11,7	+10,4	+1,5	63,6
Eurozone	343,8	377,6	413,1	418,3	+7,0	+9,8	+9,4	+1,3	42,0
Nicht-Eurozone	161,9	187,2	210,8	214,7	+7,2	+15,7	+12,6	+1,9	21,6
EFTA-Länder	36,3	42,6	45,1	47,6	+7,1	+17,5	+5,9	+5,4	4,8
Russische Föderation	17,3	23,4	28,2	32,3	+15,3	+35,2	+20,5	+14,8	3,3
Afrika	14,8	16,6	17,6	19,7	+7,4	+12,2	+5,8	+12,1	2,0
Amerika	92,0	104,2	100,8	102,0	+8,6	+13,2	-3,2	+1,2	10,2
darunter:									
NAFTA-Länder	80,7	90,9	86,2	84,6	+8,1	+12,6	-5,1	-1,9	8,5
Zentral- und Lateinamerika	11,3	13,3	14,5	17,4	+12,8	+17,8	+9,2	+19,6	1,7
Asien	88,4	104,3	108,4	117,2	+6,3	+18,0	+4,0	+8,0	11,8
darunter:									
China	21,2	27,5	29,9	34,1	+1,2	+29,4	+8,8	+14,0	3,4
Japan	13,3	13,9	13,0	12,8	+4,9	+4,1	-6,2	-1,7	1,3
Australien/Ozeanien	5,9	6,4	7,1	7,6	+7,6	+7,5	+11,4	+7,2	0,8
Einfuhr									
Einfuhr insgesamt	628,1	734,0	769,9	818,6	+9,1	+16,9	+4,9	+6,3	100
Europa	446,6	516,8	546,6	589,3	+8,6	+15,7	+5,8	+7,8	72,0
darunter:									
Europäische Union	371,1	423,7	449,7	478,1	+7,0	+14,2	+6,1	+6,3	58,4
Eurozone	249,0	285,8	298,2	318,3	+6,7	+14,7	+4,4	+6,7	38,9
Nicht-Eurozone	122,1	138,0	151,5	159,7	+7,8	+13,0	+9,8	+5,4	19,5
EFTA-Länder	38,4	45,6	48,4	54,3	+11,5	+18,7	+6,0	+12,3	6,6
Russische Föderation	22,3	30,0	28,9	35,9	+36,4	+34,7	-3,8	+24,3	4,4
Afrika	13,8	16,7	16,5	20,6	+24,1	+21,6	-1,7	+25,0	2,5
Amerika	58,6	72,2	71,3	72,9	+7,1	+23,2	-1,2	+2,3	8,9
darunter:									
NAFTA-Länder	46,6	56,2	53,3	54,1	+4,0	+20,6	-5,2	+1,5	6,6
Zentral- und Lateinamerika	12,0	16,0	18,0	18,8	+21,4	+33,4	+12,8	+4,7	2,3
Asien	106,2	124,7	131,4	132,1	+10,8	+17,5	+5,4	+0,5	16,1
darunter:									
China	40,8	50,0	56,4	59,4	+24,6	+22,3	+12,9	+5,2	7,3
Japan	21,8	24,0	24,4	23,1	+0,9	+10,3	+1,5	-5,3	2,8
Australien/Ozeanien	2,3	2,9	3,4	3,0	+5,3	+26,3	+17,9	-12,0	0,4

1) Vorläufiges Ergebnis.

Die einzelnen Ländergruppen

Starkes Wachstum der Einfuhren aus Europa

Die Ausfuhren von Waren aus Deutschland nach Europa hatten im Jahr 2008 einen Wert von 746,6 Mrd. Euro und steigerten sich damit gegenüber dem Vorjahr um 2,3%. Noch stärker stiegen 2008 allerdings die Einfuhren aus europäischen Ländern, mit einer Zunahme um 7,8% auf den Wert von 589,3 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Wachstum der deutschen Ausfuhren und der deutschen Einfuhren insgesamt entwickelten sich die Ausfuhren in die europäischen Länder unterproportional. Gegenüber dem Wachstum der deutschen Ausfuhren insgesamt (+3,1%) war das der deutschen Ausfuhren nach Europa um 0,8 Prozentpunkte geringer. Die Einfuhren aus diesen Ländern entwickelten sich dagegen überproportional: mit einem um 1,5 Prozentpunkte stärkeren Wachstum als das durchschnittliche Wachstum der Einfuhren insgesamt (+6,3%). Der europäische Anteil am Wert der gesamten Ausfuhren von Waren aus Deutschland

lag im Jahr 2008 mit 75,0% um 0,6 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr und der Anteil der Einfuhren aus Europa erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Prozentpunkte auf 72,0%.

Großer Handelsbilanzüberschuss durch Handel mit EU-Staaten trotz schwachen Wachstums der Ausfuhren

In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden im Jahr 2008 Waren im Wert von 633,0 Mrd. Euro ausgeführt, was einer Steigerung um 1,5% gegenüber dem Vorjahr entsprach. Die Einfuhren aus der Europäischen Union erhöhten sich 2008 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 6,3% auf 478,1 Mrd. Euro. Das Wachstum der Ausfuhren in die EU-Länder war 2008 um 1,6 Prozentpunkte niedriger als das Gesamtwachstum der deutschen Ausfuhren und somit nicht einmal halb so stark, während die Einfuhren aus den EU-Ländern genauso stark gestiegen sind wie der Wert der gesamten Einfuhren nach Deutschland im Jahr 2008. Die wichtigsten Ausfuhrüter in die Mitgliedstaaten der EU,

gemessen am Anteil am Gesamtwert der Ausfuhren in die EU, waren Kraftwagen und Kraftwagenteile (Anteil: 16,8%), Chemische Erzeugnisse (Anteil: 13,7%) und Maschinen (Anteil: 11,3%). Von den EU-Staaten bezog Deutschland hauptsächlich Sonstige Waren (Anteil: 13,4%), Chemische Erzeugnisse (Anteil: 13,2%) und Kraftwagen und

Kraftwagenteile (Anteil: 12,1%). Durch den Handel mit den Mitgliedstaaten der EU erwirtschaftete Deutschland einen Überschuss von 154,9 Mrd. Euro in der Außenhandelsbilanz. Der Großteil des Überschusses in der Außenhandelsbilanz war somit auf den Außenhandel mit den EU-Staaten zurückzuführen.

Tabelle 4: Außenhandel mit den EU-Ländern

Land/Ländergruppe	2005	2006	2007	2008 ¹⁾	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				Anteil am Außenhandel mit der EU
					2005	2006	2007	2008 ¹⁾	
					Mrd. EUR				
Ausfuhr									
Europäische Union	505,7	564,9	623,8	633,0	+7,1	+11,7	+10,4	+1,5	100
Eurozone	343,8	377,6	413,1	418,3	+7,0	+9,8	+9,4	+1,3	66,1
Frankreich	79,0	85,0	91,7	96,9	+6,3	+7,5	+7,8	+5,7	15,3
Niederlande	49,0	56,5	62,9	65,6	+4,9	+15,3	+11,4	+4,3	10,4
Italien	53,9	59,3	64,5	64,0	+4,6	+10,2	+8,7	-0,8	10,1
Österreich	43,3	49,5	52,8	53,8	+7,6	+14,3	+6,7	+1,9	8,5
Belgien	43,6	46,7	50,7	51,6	+8,2	+7,1	+8,5	+1,9	8,2
Spanien	40,0	41,8	47,6	43,7	+10,4	+4,4	+14,0	-8,2	6,9
Finnland	8,1	9,2	10,3	9,9	+11,2	+13,3	+11,5	-3,7	1,6
Griechenland	6,5	7,3	7,9	8,3	+3,2	+12,5	+8,1	+4,5	1,3
Portugal	7,4	7,4	8,3	8,2	+9,4	+0,4	+12,9	-1,1	1,3
Irland	4,8	5,8	6,2	5,7	+12,1	+20,8	+6,9	-9,2	0,9
Luxemburg	3,9	4,4	4,7	5,0	+5,8	+13,3	+6,6	+6,1	0,8
Slowenien	3,0	3,5	4,1	4,4	+10,6	+17,4	+18,2	+5,8	0,7
Zypern	1,0	0,7	0,9	0,8	+96,1	-24,1	+16,9	-10,8	0,1
Malta	0,3	0,3	0,4	0,4	-17,5	+8,5	+8,2	-3,7	0,1
Nicht-Eurozone	161,9	187,2	210,8	214,7	+7,2	+15,7	+12,6	+1,9	33,9
Vereinigtes Königreich	60,4	64,7	69,8	66,8	+0,7	+7,2	+7,8	-4,3	10,6
Polen	22,3	29,0	36,2	40,1	+19,0	+29,8	+24,7	+10,9	6,3
Tschechische Republik	19,2	22,5	26,1	27,8	+7,9	+17,4	+16,0	+6,5	4,4
Schweden	17,2	18,8	21,5	20,6	+9,6	+9,0	+14,4	-3,9	3,3
Ungarn	13,6	16,0	17,3	17,6	+6,5	+17,5	+7,9	+1,8	2,8
Dänemark	12,5	14,4	15,4	16,1	+9,9	+15,0	+7,5	+4,3	2,5
Slowakei	6,0	7,6	8,5	8,9	+7,8	+28,1	+11,3	+4,6	1,4
Rumänien	5,3	7,2	7,8	8,8	+20,9	+35,9	+7,6	+12,6	1,4
Bulgarien	1,8	2,2	2,5	2,7	+17,7	+19,4	+11,6	+9,8	0,4
Litauen	1,5	2,1	2,5	2,4	+3,7	+33,8	+20,2	-4,2	0,4
Estland	1,0	1,3	1,5	1,5	+30,9	+30,0	+16,9	-2,1	0,2
Lettland	0,9	1,4	1,7	1,4	+10,2	+45,8	+28,5	-20,8	0,2
Einfuhr									
Europäische Union	371,1	423,7	449,7	478,1	+7,0	+14,2	+6,1	+6,3	100
Eurozone	249,0	285,8	298,2	318,3	+6,7	+14,7	+4,4	+6,7	66,6
Niederlande	51,8	60,7	62,0	72,1	+12,2	+17,2	+2,0	+16,4	15,1
Frankreich	53,7	62,1	62,9	66,7	+4,2	+15,6	+1,2	+6,1	14,0
Italien	36,3	41,5	44,7	46,0	+1,9	+14,1	+7,8	+2,8	9,6
Belgien	28,8	33,4	36,3	39,8	+8,8	+15,7	+8,6	+9,7	8,3
Österreich	26,0	30,3	32,1	33,1	+8,4	+16,3	+5,9	+3,3	6,9
Spanien	18,1	19,8	20,7	21,6	+3,7	+9,7	+4,3	+4,6	4,5
Irland	15,0	16,8	17,4	16,6	+1,8	+11,5	+3,9	-4,4	3,5
Finnland	7,8	8,4	8,3	8,1	+28,1	+7,0	-1,2	-1,9	1,7
Portugal	4,0	4,1	4,1	4,2	-10,9	+1,7	-1,2	+4,2	0,9
Slowenien	2,5	3,1	3,6	3,8	+4,6	+23,5	+15,3	+6,2	0,8
Luxemburg	2,6	2,9	3,2	3,4	+12,4	+11,5	+11,5	+7,3	0,7
Griechenland	1,8	2,0	2,1	1,9	+11,2	+12,7	+2,1	-6,3	0,4
Zypern	0,2	0,3	0,5	0,7	+4,8	+42,6	+62,2	+28,1	0,1
Malta	0,2	0,3	0,6	0,2	+21,9	+82,3	+63,2	-62,7	0,0
Nicht-Eurozone	122,1	138,0	151,5	159,7	+7,8	+13,0	+9,8	+5,4	33,4
Vereinigtes Königreich	39,1	40,8	42,0	44,3	+13,4	+4,5	+2,8	+5,5	9,3
Tschechische Republik	17,7	21,9	25,9	28,3	+7,2	+23,7	+18,3	+9,5	5,9
Polen	16,8	21,2	24,1	26,2	+5,0	+26,6	+13,3	+9,0	5,5
Ungarn	14,2	15,7	17,3	17,8	+5,9	+10,6	+10,2	+2,6	3,7
Schweden	11,3	12,9	14,0	14,2	+10,9	+14,1	+8,4	+1,4	3,0
Dänemark	10,1	10,6	11,0	11,9	+4,7	+4,6	+3,6	+8,0	2,5
Slowakei	6,9	7,4	9,0	8,9	-6,6	+7,2	+21,6	-1,2	1,9
Rumänien	3,5	4,4	4,7	4,8	+10,2	+25,5	+8,5	+0,9	1,0
Bulgarien	1,1	1,4	1,5	1,4	+10,5	+31,5	+4,4	-3,3	0,3
Litauen	0,7	0,8	1,2	1,2	-0,8	+14,3	+48,9	-3,0	0,3
Estland	0,4	0,5	0,5	0,5	-0,9	+23,7	+1,1	-7,1	0,1
Lettland	0,4	0,4	0,4	0,3	-15,5	+0,4	+4,0	-11,7	0,1

1) Vorläufiges Ergebnis.

Frankreich erneut wichtigster Handelspartner

Der mit Abstand wichtigste Handelspartner Deutschlands war auch im Jahr 2008 Frankreich. Die Ausfuhren nach Frankreich konnten 2008 gegenüber dem Vorjahr um 5,7% auf 96,9 Mrd. Euro gesteigert werden, während die Einfuhren aus Frankreich ebenfalls deutlich um 6,1% auf 66,7 Mrd. Euro gestiegen sind. Damit hatte der Handel mit Frankreich einen Anteil an den deutschen Ausfuhren von 9,7% und einen Anteil an den deutschen Einfuhren von 8,1%. Nach Frankreich waren auch im Jahr 2008 die Niederlande von großer Bedeutung für den deutschen Außenhandel. Die deutschen Ausfuhren in die Niederlande hatten im Jahr 2008 einen Wert von 65,6 Mrd. Euro (Veränderung gegenüber 2007: +4,3%) und die Einfuhren einen Wert von 72,1 Mrd. Euro (Veränderung gegenüber 2007: +16,4%). Die Ausfuhren nach Italien, dem drittgrößten deutschen Handelspartner in der Eurozone, gingen dagegen im Jahr 2008 um 0,8% auf 64,0 Mrd. Euro zurück, während sich die Einfuhren aus Italien mit einem Anstieg um 2,8% auf 46,0 Mrd. Euro positiv entwickelten.

Von den EU-Mitgliedstaaten, die nicht Teil der Eurozone sind, war das Vereinigte Königreich der wichtigste Handelspartner für Deutschland. Im Jahr 2008 führte Deutschland Waren im Wert von 66,8 Mrd. Euro in das Vereinigte Königreich aus und bezog auf der Einfuhrseite Waren im Wert von 44,3 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen damit die Einfuhren um 5,5%, während sich die Ausfuhren mit einem Rückgang um 4,3% negativ entwickelten. Von steigender Bedeutung für Deutschland war der Außenhandel mit Polen und der Tschechischen Republik. Die Ausfuhren nach Polen stiegen 2008 gegenüber dem Vorjahr stark um 10,9% auf 40,1 Mrd. Euro an, und auch die Ausfuhren in die Tschechische Republik legten mit einem Wachstum von 6,5% auf 27,8 Mrd. Euro deutlich zu. Auf der Einfuhrseite waren ebenfalls starke Zuwächse, mit Wachstumsraten von 9,0% auf einen Warenwert von 26,2 Mrd. Euro für Polen und von 9,5% auf 28,3 Mrd. Euro für die Tschechische Republik, zu verzeichnen. Eine deutliche Zunahme war auch bei den Einfuhren aus Dänemark zu beobachten. Um 8,0% auf 11,9 Mrd. Euro stiegen die Einfuhren aus diesem Land, während die Ausfuhren mit einem Wachstum von 4,3% auf 16,1 Mrd. Euro ebenfalls überdurchschnittlich zunahmen.

Der Außenhandel mit Bulgarien und Rumänien, die seit dem 1. Januar 2007 EU-Mitgliedstaaten sind, entwickelte sich sehr unterschiedlich. Während die Ausfuhren nach Rumänien mit einer Steigerungsrate von 12,6% und nach Bulgarien mit einer Steigerungsrate von 9,8% im Jahr 2008 wesentlich stärker stiegen als die gesamten Ausfuhren, entwickelten sich die Einfuhren aus Rumänien mit einem Wachstum von 0,9% unterdurchschnittlich und die Einfuhren aus Bulgarien gingen sogar um 3,3% zurück.

Eine negative Entwicklung war 2008 beim Außenhandel mit den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen zu beobachten. Nach teilweise sehr großen Steigerungen in den Vorjahren sanken 2008 sowohl die Ein- als auch die Ausfuhren in diese Länder. Insbesondere die Ausfuhren nach Lettland mit einem Minus von 20,8% und die Einfuh-

ren aus Estland (-11,7%) und Lettland (-7,1%) gingen gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück.

Außereuropäische Länder

Außerhalb Europas war insbesondere der Handel mit China und den Vereinigten Staaten von großer Bedeutung für Deutschland. Die Ausfuhren nach China hatten 2008 einen Wert von 34,1 Mrd. Euro und waren damit um 14,0% höher als im Jahr 2007. Wesentlich bedeutender für Deutschland waren allerdings die Einfuhren aus China. 2008 führte Deutschland Waren im Wert von 59,4 Mrd. Euro aus China ein, was im Vergleich mit dem Vorjahr einer Steigerung um 5,2% entsprach. China war damit der drittgrößte Beschaffungsmarkt für deutsche Unternehmen mit einem Anteil an den gesamten deutschen Einfuhren von 7,3%, während der chinesische Anteil an den deutschen Ausfuhren lediglich 3,4% betrug. Im Gegensatz zu China hatten die Vereinigten Staaten eine wesentlich größere Bedeutung für die deutschen Exporte als für die deutschen Importe. Im Jahr 2008 wurden in die Vereinigten Staaten deutsche Waren im Wert von 71,5 Mrd. Euro ausgeführt (Veränderung gegenüber 2007: -2,5%), während im Gegenzug die deutschen Einfuhren aus den Vereinigten Staaten einen Wert von 46,1 Mrd. Euro hatten (Veränderung gegenüber 2007: +0,1%). Damit waren die Vereinigten Staaten nach Frankreich der zweitgrößte Abnehmer von deutschen Exporten mit einem Anteil an den gesamten Ausfuhren von 7,2%. Auf der Einfuhrseite belegten die Vereinigten Staaten den vierten Platz bei den Ursprungsländern der deutschen Importe mit einem Anteil von 5,6%.

Ausblick

2008 konnte wie in den Vorjahren ein Rekordergebnis bei den deutschen Aus- und Einfuhren verzeichnet werden. Ob sich dieser Trend auch 2009 fortsetzt, scheint angesichts der Entwicklungen in den letzten beiden Monaten des Jahres 2008 sehr unwahrscheinlich zu sein. Die ersten vorläufigen Ergebnisse der deutschen Außenhandelsstatistik für das erste Vierteljahr 2009 deuten vielmehr darauf hin, dass die rückläufige Entwicklung bei den Aus- und Einfuhren noch anhält. Im ersten Vierteljahr 2009 gingen die Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sehr stark um 21,2% zurück, während sich die Einfuhren mit einem Rückgang um 14,7% ebenfalls deutlich verringerten. Dass diese großen Rückgänge in den verbleibenden Monaten des Jahres 2009 kompensiert werden können, ist nicht zu erwarten. Allerdings gibt es erste Anzeichen, dass zumindest die Abwärtsbewegung des deutschen Außenhandels gestoppt wurde und sich die weltweite Nachfrage nach deutschen Produkten wieder gebessert hat. So stiegen im März 2009 die Ein- und Ausfuhren kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat wieder an. Für die künftige Entwicklung ist noch wichtiger, dass sich auch der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland kalender- und saisonbereinigt im März 2009 gegenüber dem Vormonat deutlich um 5,6% steigerte. Aufgrund dieser Entwicklungen besteht die Hoffnung, dass sich der deutsche Außenhandel im Jahr 2009 besser entwickelt als im ersten Vierteljahr 2009. [u](#)

Dipl.-Volkswirt Uwe Reim

Kombinierter Verkehr 2007

Weiteres Wachstum im Eisenbahn-, Binnenschiffs- und Seeverkehr

Es zählt zu den wichtigsten Zielen der Verkehrspolitik, möglichst hohe Anteile des wachsenden Verkehrs von der Straße auf Schienen und Wasserwege zu verlagern. Dem kombinierten Verkehr wird dabei eine bedeutende Rolle zugemessen. Beim kombinierten Verkehr werden Güter in standardisierten Ladungsträgern (z. B. Containern, Wechselbehältern) transportiert und nacheinander verschiedene Transportmodi (Lastkraftwagen, Eisenbahn, Binnenschiff, Seeschiff) benutzt, wobei die Güter selbst während der Umladungen zwischen den Transportmodi in den Ladungsträgern verbleiben. Der längere Teil der Transportstrecke wird dabei mit der Eisenbahn oder Schiffen durchgeführt, während der Vor- und Nachlauf in der Regel auf der Straße erfolgt.

Insgesamt hat sich auch im Jahr 2007 der kombinierte Verkehr weiter durchgesetzt. Mit 291 Mill. Tonnen (t) wurde 9,4% mehr Tonnage als im Vorjahr befördert. Besonders stark nahm der kombinierte Eisenbahnverkehr zu (+ 15,6%), gefolgt von der Binnenschifffahrt (+ 8,1%) und dem Seeverkehr (+ 7,5%). Der kombinierte Verkehr stieg damit zudem bei allen Verkehrsträgern stärker an als der jeweilige Gesamtverkehr.

Vorbemerkung

Seit 1999 veröffentlicht das Statistische Bundesamt regelmäßig Ergebnisse für den kombinierten Verkehr in dieser

Zeitschrift. Im Jahr 2002 wurde des Weiteren ein im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung durchgeführtes methodisches Forschungsvorhaben „Transportketten im intermodalen Güterverkehr“ erfolgreich abgeschlossen¹⁾, das zu dem Ergebnis kam, dass die vorliegenden Angaben der amtlichen Statistik auch zu Transportketten verknüpft werden können, ohne dass neue Erhebungen durchgeführt werden müssen. Seit dem Berichtsjahr 2003 publiziert das Statistische Bundesamt daher tief gegliederte Daten zum kombinierten Verkehr und auch zu Transportketten, zuerst in einem Forschungsbericht²⁾ und seit dem Berichtsjahr 2004 jährlich in der Reihe 1.3 „Kombinierter Verkehr“ der Fachserie 8 „Verkehr“, die kostenlos über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes³⁾ bezogen werden kann.

Der folgende Aufsatz gibt einen Überblick über den kombinierten Verkehr 2007 und geht nach einer Gesamtdarstellung des Güterverkehrs und des kombinierten Verkehrs näher auf den kombinierten Verkehr der einzelnen Verkehrsträger ein. Exemplarisch für die in der Fachserie zu Transportketten vorliegenden Informationen werden die Hinterlandverkehre Hamburgs, des bedeutendsten deutschen Containerhafens, vorgestellt. Danach werden weitere Verlagerungspotenziale von der Straße auf die relativ umweltfreundlichen Verkehrsträger Eisenbahn und Schiffe untersucht. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung sowie einem Ausblick auf das Jahr 2008.

1) Siehe Reim, U.: „Transportketten im intermodalen Güterverkehr“ in WiSta 4/2003, S. 327 ff.

2) Siehe Walter, K.: „Kombinierter Verkehr – Bereitstellung von Angaben zum kombinierten Verkehr in Deutschland unter Berücksichtigung der Abbildung von Transportketten“, Wiesbaden 2005. Dieser Forschungsbericht des Statistischen Bundesamtes enthält auch tiefer gehende Informationen zur Methodik.

3) www.destatis.de/publikationen, Suchbegriff: kombinierter Verkehr.

1 Entwicklungstendenzen im Güterverkehr und im kombinierten Verkehr 2007

Im Jahr 2007 wurden in Deutschland rund 4,4 Mrd. Tonnen (t) Güter mit Lastkraftwagen (Lkw), Eisenbahnen, Schiffen, Flugzeugen und in Rohrleitungen transportiert; dabei wurde eine Beförderungsleistung⁴⁾ von 661,7 Mrd. Tonnenkilometern (tkm) erbracht.

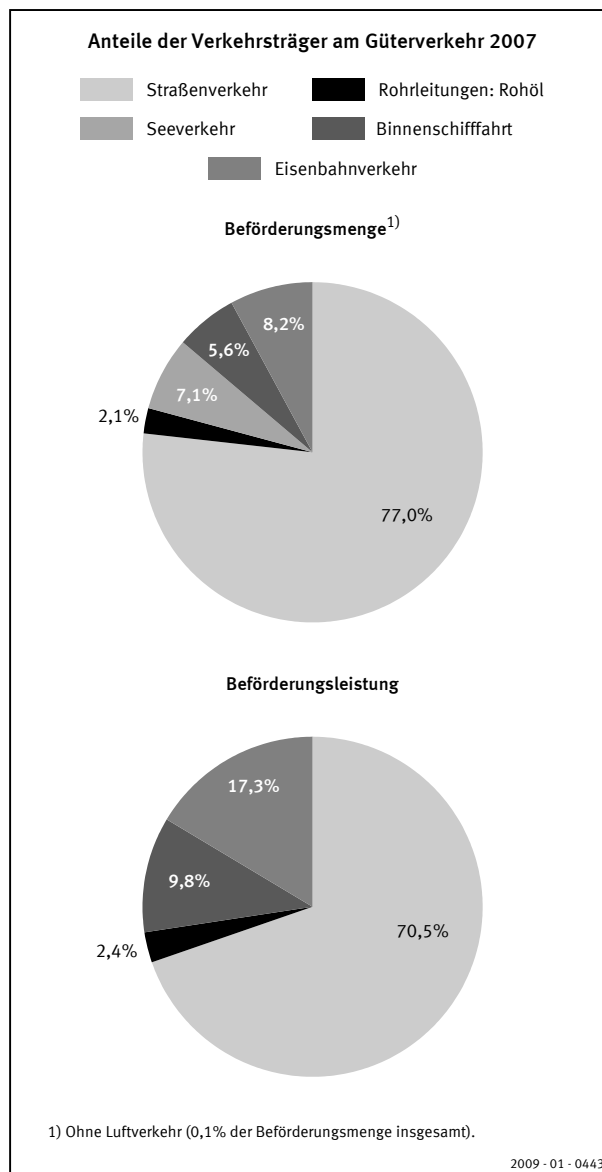
Im mittelfristigen Vergleich zeigt sich bei der Betrachtung der Beförderungsleistungen eine eindeutige Entwicklung des Anteils der einzelnen Verkehrsträger am Gesamtverkehr (Modal Split) zugunsten der Straße. Während der Straßengüterverkehr seit 1991 bis auf eine Wachstumspause im Jahr 1993 ungebrochen gewachsen ist, mussten seine wichtigen Konkurrenten Eisenbahnverkehr und Binnenschifffahrt seit der deutschen Vereinigung in manchen Jahren Rückgänge hinnehmen. Die Beförderungsleistung aller Verkehrsträger ist von 1991 bis 2007 um 66 % gestiegen, die tonnenkilometrische Leistung des Straßengüterverkehrs lag dagegen um rund 90 % höher als 1991 (Eisenbahn: + 39 %, Binnenschifffahrt: + 16 %).

Der Straßenverkehr konnte damit seinen Anteil an der gesamten Beförderungsleistung von 61,8 % (1991) auf 70,5 % im Jahr 2007 erhöhen. Dagegen gingen die Modal-Split-Anteile der Eisenbahn von 20,7 auf 17,3 % und der Binnenschifffahrt von 14,1 auf 9,8 % zurück. Seit einigen Jahren kann die Eisenbahn, die ihren geringsten Modal-Split-Anteil mit 15,5 % im Jahr 1999 hatte, allerdings ihre relative Position zwar langsam, aber stetig wieder verbessern. Dagegen büßte die Binnenschifffahrt, die sich um die Jahrtausendwende mit etwa 13 % und in den Jahren 2003 bis 2005 mit etwa 11 % an der gesamten Beförderungsleistung beteiligte, in den letzten beiden Jahren nochmals einen Prozentpunkt ein.

Der Güterverkehr wird aller Voraussicht nach weiter stark wachsen. Gemäß der 2007 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgelegten „Verkehrsprognose 2025“ wurde erwartet, dass die Beförderungsleistung auf der Straße, mit der Eisenbahn und dem Binnenschiff zwischen 2004 und 2025 um insgesamt 71 % auf 937 Mrd. tkm steigen wird. Diese Prognose ist sicherlich aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise hinsichtlich ihres Zeithorizonts zu hinterfragen, an der grundsätzlichen Tendenz hohen Verkehrswachstums dürfte sich jedoch bei einer konjunkturellen Erholung der Weltwirtschaft wenig ändern.

Durch die Verkehrspolitik zu beeinflussen ist dabei lediglich der Modal Split der Beförderungsleistung auf die drei genannten Verkehrsträger, kaum dagegen die absolute Zunahme. Im Mittelpunkt der Kritik steht vor allem der Straßenverkehr, während Eisenbahn, Binnenschiff und Seeschiff als relativ umweltfreundliche Transportmittel betrachtet werden. Erklärtes politisches Ziel ist es daher, möglichst

Schaubild 1



hohe Anteile des Straßenverkehrs auf Schienen und Wasserstraßen zu verlagern.

Ein bedeutendes Instrument, um die angestrebten Verlagerungen umzusetzen, stellt der intermodale bzw. der kombinierte Verkehr dar. Er zielt auf einen veränderten Modal Split hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern ab; bei ihm wird der längere Teil der Transportstrecke eines Ladungsträgers (z.B. Container, Wechselbehälter) mit der Eisenbahn oder Schiffen zurückgelegt, während Vor- und Nachlauf in der Regel auf der Straße erfolgen. Durch den Transport in standardisierten Transporteinheiten ist dabei eine relativ einfache und kostengünstige Umladung der Ladungsträger zwischen den Verkehrsträgern, also zum Beispiel vom Lastkraftwagen auf die Eisenbahn, möglich.

⁴⁾ Die Beförderungsleistung berücksichtigt neben der Beförderungsmenge auch die zurückgelegte Entfernung. Sie ist das Produkt aus der Beförderungsmenge und der (in der Regel nur im Inland) zurückgelegten Transportweite. So entsteht die Maßeinheit Tonnenkilometer (tkm). Werden in einem Lkw z.B. 15 t über eine Entfernung von 200 km befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Kombinierter Verkehr – was ist das?

Kombinierter Verkehr ist der Transport von Gütern in Ladungsträgern, wie

- Containern,
- Wechselbehältern,
- Straßengüterfahrzeugen,
- Anhängern von Straßengüterfahrzeugen.

Nacheinander werden verschiedene Transportmodi benutzt, beispielsweise

- Lastkraftwagen,
- Eisenbahn,
- Schiff.

Die Güter selbst verbleiben während des gesamten Transports und somit auch während der Umladungen zwischen den Transportmodi in den Transport-Ladungsträgern. Diese allgemeine Festlegung umfasst sämtliche intermodalen Verkehre. Der kombinierte Verkehr im engeren Sinne ist dadurch definiert, dass der längere Teil der Transportstrecke mit der Eisenbahn oder mit Schiffen zurückgelegt wird, während die Straße nur die Funktion im – möglichst kurzen – Vor- und Nachlauf besitzt.

Eine weitere Untergliederung wird in *begleiteten* und *unbegleiteten kombinierten Verkehr* vorgenommen. Beim begleiteten kombinierten Verkehr wird eine selbstfahrende Einheit (z. B. Lastkraftwagen, Sattelzug) auf einem anderen Verkehrsträger befördert, der Fahrer begleitet den Transport (z. B. Rollende Landstraße). Beim unbegleiteten kombinierten Verkehr wird nur die (nicht-selbstfahrende) Ladungseinheit (z. B. Container, Anhänger von Straßengüterfahrzeugen) umgeschlagen.

Zur Beurteilung der Verkehrsnachfrage wird als Merkmal in der Regel die Beförderungsmenge gemessen in Tonnen (t) herangezogen. Drei Elemente können in den Gewichtangaben berücksichtigt werden:

- das Bruttogewicht der Güter (Nettogewicht der transportierten Güter plus Gewicht der Verpackung),
- das Eigengewicht beladener Ladungsträger,
- das Eigengewicht leerer Ladungsträger.

Zusammengenommen bilden sie das Brutto-Brutto-Gewicht (auch als Gewicht der Ladung bezeichnet).

Die wichtigste Transporteinheit im kombinierten Verkehr ist der Container. Über die Einheit *TEU* – Twenty-foot-Equivalent-Unit/20-Fuß-Einheit (Container von etwa 6 m Länge) – können unterschiedliche Containergrößen vergleichbar gemacht werden. Ein 20-Fuß-Container entspricht demnach ein TEU, ein 40-Fuß-Container zwei TEU.

Innerhalb des Seeverkehrs sind weiterhin sogenannte *Short-Sea-Verkehre* oder *Kurzstreckenseeverkehre* hervorzuheben. Das sind Seetransporte zwischen Deutschland und Europa bzw. dem Mittelmeerraum, die theoretisch auch auf der Straße durchgeführt werden könnten und somit Straßen entlasten.

Eine Sonderform des kombinierten Verkehrs ist die sogenannte *Rollende Landstraße*. Hier werden komplette Lastkraftwagen auf spezielle Waggons aufgeladen und auf der Schiene beispielsweise über die Alpen transportiert (begleiteter kombinierter Verkehr).

Der kombinierte Verkehr entwickelte sich im Jahr 2007 sehr positiv: Insgesamt wurden 291 Mill. t befördert, das waren 9,4 % mehr als im Jahr 2006 (siehe Tabelle 1). Der Großteil der Beförderungen erfolgte im unbegleiteten kombinierten Verkehr: Hier wurden 270 Mill. t (93 %) transportiert, davon 227 Mill. t mit Containern und 43 Mill. t mit anderen nicht selbstfahrenden Transportmitteln wie Lkw-Anhängern und Sattelaufliegern. Auf den begleiteten kombinierten Verkehr (=Transport von kompletten Lastkraftwagen, begleitet vom Fahrer) entfiel mit 7,2 % eine Transportmenge von 21 Mill. t.

Container bestimmen immer stärker den Gütertransport in Deutschland: Im Vergleich zum Vorjahr ist der kombinierte Verkehr mit Containern um 9,9 % gestiegen, wobei alle Verkehrsträger Wachstumsraten aufwiesen. Die Zunahmen der Transporte im kombinierten Fahrzeugverkehr blieben hinter den Wachstumsraten im kombinierten Verkehr mit Containern zurück und waren zudem unterschiedlich hoch: Der unbegleitete kombinierte Transport mit Fahrzeuganhängern und Sattelaufliegern nahm um 9,6 % zu. Der begleitete kombinierte Verkehr, zu dem auch die Rollende Landstraße gehört, ist hingegen nur um 3,0 % angestiegen. Die in Tabelle 1 und Schaubild 2 dargestellten Ergebnisse berücksichtigen dabei die kompletten Transportmengen einschließlich der Eigengewichte der Ladungsträger.

2 Kombiniertes Verkehr der einzelnen Verkehrsträger

Eisenbahn

Eisenbahnunternehmen transportierten im Berichtsjahr 2007 insgesamt 361,1 Mill. t Güter, das waren 4,3 % mehr als im Vorjahr.⁵⁾ Wie in fast allen Vorjahren konnte der kombinierte Verkehr im Jahr 2007 wiederum seinen Beitrag leisten, das Bahnergebnis zu verbessern bzw. zu stabilisieren: Mit einem Anstieg um 15,6 % auf 70,1 Mill. t wuchs der kombinierte Verkehr fast viermal so stark wie der Gesamttrans-

Tabelle 1: Kombiniertes Verkehr 2007

Verkehrsträger	Insgesamt ¹⁾	Unbegleiteter kombinierter Verkehr			Begleiteter kombinierter Verkehr (Lastkraftwagen, Sattelzugmaschinen)
		zusammen	mit Containern	mit Fahrzeugen (z.B. Lkw-Anhängern)	
1 000 t					
Eisenbahnverkehr	70 147	66 958	60 258	6 700	3 189
Binnenschifffahrt	20 051	20 051	20 051	–	–
Seeverkehr	201 015	183 326	146 592	36 733	17 689
dar.: Short-Sea-Verkehr	111 631	94 026	57 294	36 732	17 605
Insgesamt ...	291 213	270 335	226 901	43 433	20 878
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Eisenbahn	+ 15,6	+ 16,1	+ 16,1	+ 16,1	+ 5,0
Binnenschifffahrt	+ 8,1	+ 8,1	+ 8,1	X	X
Seeverkehr	+ 7,5	+ 8,0	+ 7,8	+ 8,5	+ 2,7
dar.: Short-Sea-Verkehr	+ 5,6	+ 6,2	+ 4,8	+ 8,5	+ 2,5
Insgesamt ...	+ 9,4	+ 9,9	+ 9,9	+ 9,6	+ 3,0

1) Brutto-Brutto-Gewicht.

5) Zur Entwicklung der Eisenbahn allgemein siehe auch Walter, K.: „Eisenbahnverkehr 2007“ in WiSta 5/2008, S. 420 ff.

Tabelle 3: Beförderung im Eisenbahnverkehr mit Großcontainern, Wechselbehältern und Straßenfahrzeugen 2007

Hauptverkehrsverbindung	Großcontainer, Wechselbehälter		Straßenfahrzeuge	Gewicht der Ladung						
	1 000 TEU	1 000		insgesamt	beförderte Güter		Eigengewicht leerer		Eigengewicht beladener	
					in Großcontainern, Wechselbehältern	auf Straßenfahrzeugen	Großcontainer, Wechselbehälter	Straßenfahrzeuge	Großcontainer, Wechselbehälter	Straßenfahrzeuge
Innerdeutscher Verkehr	601	1990	48	26 666	19 940	950	1 505	11	3 980	279
Grenzüberschreitender Verkehr	458	1 842	274	33 830	20 762	6 134	1 380	49	3 683	1 821
Grenzüberschreitender Versand ..	99	1 070	136	18 815	12 334	3 115	303	15	2 140	908
Grenzüberschreitender Empfang .	360	772	138	15 015	8 428	3 019	1 077	34	1 543	914
Durchgangsverkehr	92	621	24	9 652	7 454	497	312	10	1 241	137
Insgesamt ...	1 151	4 452	346	70 147	48 157	7 581	3 197	71	8 905	2 237
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
Innerdeutscher Verkehr	+23,4	+13,1	+16,9	+18,6	+20,0	+14,8	+17,7	+31,4	+13,1	+16,5
Grenzüberschreitender Verkehr	+14,0	+16,7	+12,8	+13,1	+13,7	+11,3	+6,0	+37,0	+16,7	+11,2
Grenzüberschreitender Versand ..	+19,7	+18,0	+11,8	+12,8	+13,4	+11,7	-15,8	+23,1	+18,0	+10,5
Grenzüberschreitender Empfang .	+12,5	+14,9	+13,8	+13,4	+14,1	+10,9	+14,4	+44,0	+14,9	+11,9
Durchgangsverkehr	+22,4	+16,9	+19,1	+16,1	+15,9	+16,8	+16,4	X	+16,9	+13,9
Insgesamt ...	+19,4	+15,1	+13,7	+15,6	+16,6	+12,1	+12,2	+50,8	+15,1	+12,0

Die aufkommensstärksten Versand- und Empfangsverkehrsbezirke im kombinierten Verkehr der Eisenbahn mit Großcontainern und Wechselbehältern waren 2007 Hamburg und Bremen/Bremerhaven. Von hier aus wurde rund ein Drittel (34,2%) des gesamten Containerverkehrs auf der Schiene, der von deutschen Verkehrsbezirken aus transportiert wurde, versendet. Im Empfang waren diese beiden Verkehrsbezirke von noch größerer Bedeutung: 40,2% aller Transporte im kombinierten Schienenverkehr, die deutsche Verkehrsbezirke empfangen, gingen in diese zwei Verkehrsbezirke, in denen die beiden bedeutendsten deutschen Containerseehäfen beheimatet sind. Auf den Plätzen drei bis sechs der aufkommensstärksten inländischen Verkehrsbezirke lagen Köln (Platz 3 beim Versand, Platz 5 beim Empfang), Ludwigshafen/Mannheim (4/3), Duisburg (5/6) und München (6/4). Die drei wichtigsten Relationen mit inländischer Beteiligung sind Köln – Italien, Hamburg – Tschechische Republik/Slowakei sowie Ludwigshafen/Mannheim – Italien.

Im unbegleiteten Fahrzeugverkehr traten auf der Versandseite Lübeck, Essen, Rostock und Köln, auf der Empfangsseite zusätzlich noch Konstanz/Lörrach und Hamburg mit jeweils zweistelligen Anteilswerten am gesamten Versand bzw. Empfang inländischer Verkehrsbezirke besonders in Erscheinung. Die wichtigsten Einzelverbindungen sind Italien – Köln, Köln – Italien, Rostock – Italien sowie Essen – Italien. Insgesamt kommt dem Italienverkehr die herausragende Bedeutung im unbegleiteten Fahrzeugverkehr zu. Von den in dieser Verkehrsart insgesamt beförderten 5,2 Mill. t Gütern stammten 1,7 Mill. t aus Italien, 1,9 Mill. t gingen nach Italien. Damit hatten die Italienverkehre einen Anteil von 70% am gesamten unbegleiteten Fahrzeugverkehr.

Wichtigster deutscher Umschlagplatz der Rollenden Landstraße war Freiburg. Knapp vier Fünftel (78%) der gesam-

ten Gütertransporte auf der Rollenden Landstraße liefen zwischen Freiburg und Italien (Novara). Bedeutung hatte daneben noch Regensburg im Verkehr mit Italien (Trento) und Österreich. Auf die Verbindung mit Italien entfielen 9,8%, auf die Verbindung mit Österreich 3,8% des gesamten begleiteten kombinierten Verkehrs mit Fahrzeugen. Die vierte bedeutende Verbindung besteht zwischen Konstanz/Lörrach und Italien, auf die 8,5% entfielen. Andere Verbindungen der Rollenden Landstraße werden nicht in nennenswertem Umfang betrieben.

Binnenschifffahrt

Der Containerverkehr stellt einen erheblichen Wachstumsträger der Binnenschifffahrt dar. Im Jahr 2007 setzte sich seine Erfolgsgeschichte wieder fort, nachdem im Jahr 2006 zum ersten und einzigen Mal in den letzten zwölf Jahren⁶⁾ ein leichter Rückgang⁷⁾ zu verzeichnen war (-1,9%). Die Gesamttonnage der Binnenschifffahrt stieg 2007 um 2,3% auf 249,0 Mill. t⁸⁾, im Containerverkehr transportierte die Binnenschifffahrt im Jahr 2007 8,1% mehr als im Jahr 2006 und erstmals mehr als 20 Mill. t (siehe Tabelle 4). Damit wurden die im Vorjahr erlittenen Verluste mehr als ausgeglichen und die langjährige starke Aufwärtstendenz wieder aufgenommen. Der aktuelle Wert liegt dreimal so hoch wie 1995 (+204%). Damit hat der Containerverkehr seit 1995 durchschnittlich um 9,7% je Jahr zugenommen, sodass sich auch der Anteil des Containerverkehrs an der gesamten Beförderungsmenge von 2,8% (1995) auf 8,1% (2007) erhöht hat.

Über die Hälfte des Containerverkehrs entfiel mit 52,7% auf den grenzüberschreitenden Versand, da sich Container insbesondere für den Transport höherwertiger Exportgüter eignen. Weitere 27,1% wurden grenzüberschreitend empfangen. Der Durchgangsverkehr hatte einen Anteil von 11,8%,

6) Container werden in der Binnenschifffahrt als Ladungsträger bereits seit längerem registriert, mit dem aktuellen Berichtsjahr vergleichbare Daten liegen seit dem Berichtsjahr 1995 vor.
 7) Ursache für diesen Rückgang dürfte weniger ein Mangel an geeigneter Containerladung für die Binnenschifffahrt gewesen sein, sondern dass es über Monate hinweg erhebliche Engpässe in den Seehäfen (insbesondere Rotterdam) bei der Abfertigung von Binnenschiffen gegeben hat. Daher mussten Transporte auf andere Verkehrsträger verlagert werden.
 8) Zur Entwicklung der Binnenschifffahrt allgemein siehe auch Winter, H.: „Binnenschifffahrt 2007“ in WiSta 8/2008, S. 662 ff.

Tabelle 4: Beförderungsmenge in der Binnenschifffahrt

Jahr	Insgesamt					Dar.: im Containerverkehr						
	insgesamt	innerdeutscher Verkehr	grenzüberschreitender Verkehr			Durchgangsverkehr	zusammen	innerdeutscher Verkehr	grenzüberschreitender Verkehr			Durchgangsverkehr
			zusammen	Versand	Empfang				zusammen	Versand	Empfang	
1 000 t												
1995	237 884	72 335	146 410	44 942	101 468	19 140	6 593	560	5 379	3 247	2 132	654
1996	227 019	66 682	142 017	43 754	98 263	18 320	7 445	641	5 923	3 616	2 307	881
1997	233 455	65 022	149 117	44 691	104 426	19 316	8 635	618	6 978	4 268	2 710	1 038
1998	236 365	63 909	151 440	42 702	108 738	21 016	9 131	448	7 392	4 431	2 961	1 291
1999	229 136	62 743	145 282	44 741	100 541	21 111	10 263	627	8 310	5 179	3 132	1 326
2000	242 223	60 859	158 091	48 742	109 349	23 273	12 080	763	9 400	6 039	3 360	1 917
2001	236 101	57 016	154 388	49 011	105 377	24 698	12 402	927	9 713	6 310	3 403	1 762
2002	231 746	55 844	150 922	49 082	101 840	24 981	13 430	1 014	10 707	7 207	3 500	1 709
2003	219 999	53 419	145 111	46 120	98 991	21 469	14 817	1 266	11 742	7 790	3 952	1 810
2004	235 861	55 209	156 476	51 367	105 109	24 175	17 388	1 622	13 514	8 927	4 587	2 252
2005	236 765	56 662	156 542	53 360	103 182	23 561	18 911	1 762	14 968	9 935	5 032	2 182
2006	243 495	57 156	162 652	55 763	106 889	23 687	18 556	1 643	14 721	9 943	4 778	2 192
2007	248 974	59 150	166 928	59 501	107 427	22 896	20 051	1 699	15 989	10 562	5 427	2 363
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
1996	-4,6	-7,8	-3,0	-2,6	-3,2	-4,3	+12,9	+14,5	+10,1	+11,4	+8,2	+34,7
1997	+2,8	-2,5	+5,0	+2,1	+6,3	+5,4	+16,0	-3,6	+17,8	+18,0	+17,5	+17,8
1998	+1,2	-1,7	+1,6	-4,4	+4,1	+8,8	+5,7	-27,5	+5,9	+3,8	+9,3	+24,4
1999	-3,1	-1,8	-4,1	+4,8	-7,5	+0,5	+12,4	+39,9	+12,4	+16,9	+5,8	+2,7
2000	+5,7	-3,0	+8,8	+8,9	+8,8	+10,2	+17,7	+21,8	+13,1	+16,6	+7,3	+44,5
2001	-2,5	-6,3	-2,3	+0,6	-3,6	+6,1	+2,7	+21,5	+3,3	+4,5	+1,3	-8,1
2002	-1,8	-2,1	-2,2	+0,1	-3,4	+1,1	+8,3	+9,4	+10,2	+14,2	+2,9	-3,0
2003	-5,1	-4,3	-3,9	-6,0	-2,8	-14,1	+10,3	+24,8	+9,7	+8,1	+12,9	+5,9
2004	+7,2	+3,4	+7,8	+11,4	+6,2	+12,6	+17,3	+28,1	+15,1	+14,6	+16,0	+24,4
2005	+0,4	+2,6	+0,0	+3,9	-1,8	-2,5	+8,8	+8,6	+10,8	+11,3	+9,7	-3,1
2006	+2,8	+0,9	+3,9	+4,5	+3,6	+0,5	-1,9	-6,8	-1,6	+0,1	-5,1	+0,5
2007	+2,3	+3,5	+2,6	+6,7	+0,5	-3,3	+8,1	+3,4	+8,6	+6,2	+13,6	+7,8

die übrigen 8,5 % entfielen auf den innerdeutschen Verkehr. Im Gesamtverkehr mit Binnenschiffen stellte dagegen der grenzüberschreitende Empfang vor allem aufgrund der großen Mengen transportierter Massengüter, wie Steinkohle, Kraftstoffe, Heizöle und Eisenerze, die wichtigste Hauptverkehrsbeziehung dar.

Die hohe Bedeutung des Containerverkehrs im grenzüberschreitenden Versand wird deutlich, wenn man die in den einzelnen Hauptverkehrsverbindungen im Containerverkehr transportierten Beförderungsmengen in Relation zu den jeweiligen Gesamtbeförderungsmengen (Containerisierungsgrad) setzt: 17,8% des gesamten grenzüberschreitenden Versands (10,6 Mill. t von 59,5 Mill. t) erfolgten im Jahr 2007 in Containern (2006: ebenfalls 17,8%). Von der gesamten grenzüberschreitend empfangenen Beförderungsmenge wurden dagegen nur 5,1% mit Containern transportiert (Vorjahr: 4,5%). Im innerdeutschen Verkehr kommt dem Container eine quantitativ nur geringe Rolle zu: 2,9% des Verkehrs innerhalb Deutschlands wurden in Containern befördert (2006: ebenfalls 2,9%). Im Durchgangsverkehr betrug der Containerisierungsgrad 10,3%.

Gestiegen sind die Containertransporte im Jahr 2007 in allen Hauptverkehrsverbindungen, besonders stark beim grenzüberschreitenden Empfang (13,6%). Hier sowie beim Durchgangsverkehr war das Wachstum auch höher als der Anstieg des jeweiligen Gesamtverkehrs, sodass der Containerisierungsgrad gestiegen ist. Beim innerdeutschen Verkehr lag das Wachstum der Containertransporte mit 3,4% nahezu auf der Höhe des Gesamtwachstums des inner-

deutschen Verkehrs, sodass der Containerisierungsgrad nur marginal zurückging. Beim grenzüberschreitenden Versand dagegen blieb die Wachstumsrate (+ 6,2%) um 0,5 Prozentpunkte hinter der des gesamten grenzüberschreitenden Versands zurück, sodass im zweiten Jahr hintereinander der Containerisierungsgrad abnahm. Zwischen 1996 und 2005 wurden dagegen immer wesentlich höhere Zunahmen des grenzüberschreitenden Containerversands im Vergleich zum gesamten grenzüberschreitenden Versand verzeichnet.

Im Jahr 2007 wurden 15,8 Mill. t Güter in Containern befördert (+ 9,7% gegenüber dem Vorjahr). Das Eigengewicht der beladen transportierten Container belief sich auf 2,9 Mill. t (+ 4,4%), das der leer transportierten Container auf 1,4 Mill. t (- 1,4%).

2007 wurden in der Binnenschifffahrt nach Containergröße 462 000 beladene 20-Fuß-Container und 487 000 beladene 40-Fuß-Container transportiert (siehe Tabelle 5). Damit war der Anstieg bei den gefüllten 20-Fuß-Containern (+ 7,5% gegenüber dem Vorjahr) wesentlich höher als die Zunahme bei den beladenen 40-Fuß-Containern (+ 2,9%). Gemessen in TEU⁹⁾ nahm der Transport von beladenen Containern 2007 auf 1 445 000 TEU zu, dies waren 4,4% mehr als im Vorjahr. Dagegen hat der Transport von leeren Containern im Jahr 2007 abgenommen: 685 000 TEU bedeuteten einen Rückgang bei leeren Containern um 1,4%.

Der Rhein ist die wichtigste deutsche Wasserstraße: 84% der gesamten Transportmenge und mehr als 92% der

9) Twenty-foot-Equivalent-Unit; 20-Fuß-Einheit (Container von etwa 6 m Länge). Über die TEU können unterschiedliche Containergrößen vergleichbar gemacht werden.

Tabelle 5: Containerverkehr in der Binnenschifffahrt 2007

Hauptverkehrsverbindung	Leere Container				Beladene Container				Gewicht der Ladung			
	TEU	20 Fuß	30 Fuß	40 Fuß	TEU	20 Fuß	30 Fuß	40 Fuß	insgesamt	beförderte Güter	Eigen-gewicht leerer Ladungs-träger	Eigen-gewicht beladener Ladungs-träger
	1 000								1 000 t			
Innerdeutscher Verkehr	79	30	1	24	107	39	0	34	1 699	1 328	158	213
Grenzüberschreitender Verkehr ..	531	174	3	176	1 169	367	5	397	15 989	12 590	1 062	2 337
Grenzüberschreitender Versand	96	28	0	34	791	255	4	265	10 562	8 788	191	1 582
Grenzüberschreitender Empfang	435	146	3	143	378	112	1	132	5 427	3 801	871	755
Durchgangsverkehr	75	21	X	27	169	56	X	57	2 363	1 874	151	339
Insgesamt ...	685	225	4	227	1 445	462	5	487	20 051	15 791	1 371	2 889
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Innerdeutscher Verkehr	-2,1	+8,2	+14,8	-7,9	+4,9	+10,1	X	+2,0	+3,4	+3,9	-2,1	+4,9
Grenzüberschreitender Verkehr ..	-2,0	-3,5	-38,6	-0,6	+4,4	+6,6	+16,5	+3,3	+8,6	+10,5	-2,0	+4,4
Grenzüberschreitender Versand	+10,5	+14,4	X	+8,8	+3,2	+3,3	+2,2	+3,1	+6,2	+6,7	+10,5	+3,2
Grenzüberschreitender Empfang	-4,4	-6,3	-40,0	-2,6	+6,9	+14,8	X	+3,5	+13,6	+20,3	-4,4	+6,9
Durchgangsverkehr	+4,2	+5,1	X	+3,9	+4,4	+12,2	X	+0,9	+7,8	+8,7	+4,2	+4,4
Insgesamt ...	-1,4	-1,3	-32,1	-0,9	+4,4	+7,5	+18,0	+2,9	+8,1	+9,7	-1,4	+4,4

Transporte im Containerverkehr wurden 2007 auf dem Rhein befördert. Wichtige Versandverkehrsbezirke des kombinierten Verkehrs in Deutschland waren dabei Duisburg, Kaiserslautern (mit den Rheinhäfen Wörth und Gernersheim), Ludwigshafen/Mannheim und Köln, aus denen zusammen mehr als die Hälfte (51,6 %) der insgesamt aus deutschen Verkehrsbezirken versendeten Containertransporte stammten. Im Jahr 2007 konnten drei dieser Verkehrsbezirke ein Wachstum erzielen, lediglich der Containerversand aus Ludwigshafen/Mannheim ging um 2,4 % zurück. Auf der Empfangsseite führt ebenfalls Duisburg, hier allerdings gefolgt von Bremen/Bremerhaven, Kaiserslautern und Mainz. Alle genannten Verkehrsbezirke erzielten hohe Wachstumsraten. Besonders dynamisch verlief die Entwicklung mit +24 % in Bremen/Bremerhaven, sodass sich die Hansestadt an der Nordsee erstmals vor dem Verkehrsbezirk Kaiserslautern (+9,9 %) platzieren konnte.

In der Binnenschifffahrt konzentriert sich der Containerverkehr auf Transporte von und zu den Seehäfen Antwerpen und Rotterdam. Bei den 30 wichtigsten Relationen des Containerverkehrs der Binnenschifffahrt waren diese beiden Häfen 28 Mal als Versand- oder Empfangshafen beteiligt. Die wichtigste Transportrelation stellt Duisburg – Rotterdam dar. Auf dieser Verbindung wurden 2007 insgesamt 857 000 t Güter befördert. Zweit- und dritt wichtigste Relation waren im Jahr 2007 die Gegenrichtung Rotterdam – Duisburg mit 792 000 t und Ludwigshafen/Mannheim – Antwerpen mit 756 000 t. Auch im Jahr 2006 hatten diese Relationen auf den ersten drei Plätzen gelegen, allerdings mit höheren Unterschieden in der beförderten Tonnage. Die Annäherung der beförderten Mengen kam zustande, weil auf der Relation Duisburg – Rotterdam die Gütertransporte um 7 % sanken, während sie auf den anderen beiden genannten Relationen um 7,0 bzw. 7,9 % zulegten.

Seeverkehr

Im Jahr 2007 wurden wiederum neue Rekordwerte im Seeverkehr insgesamt und im kombinierten Seeverkehr erzielt. Kombiniertes Verkehr ist in der Seeschifffahrt sowohl Containerverkehr als auch der (begleitete oder unbegleitete) Transport von Gütern auf Fahrzeugen (Lastkraftwagen, Eisenbahnwagen, Trailern und Trägerschiffsleichtern) auf Seeschiffen.¹⁰⁾ 2007 wurden insgesamt 311,0 Mill. t Güter im Seeverkehr befördert, rund 12 Mill. t bzw. 3,9 % mehr als 2006.¹¹⁾ Auf den Verkehr mit Containern und auf den Gütertransport mit Fahrzeugen entfielen im Jahr 2007 dabei 146,6 Mill. t Güter, davon 115,9 Mill. t in Containern und 30,6 Mill. t auf Fahrzeugen auf Seeschiffen (siehe die Tabellen 6 und 7). Wie in fast allen Jahren seit 1995 war auch 2007 für die Gütertransporte im kombinierten Verkehr ein höheres Wachstum als für die Gesamttransportmenge zu verzeichnen: Sie lagen um 6,7 % höher als 2006. Dabei nahm der Gütertransport in Containern um 7,1 % zu, der Gütertransport auf Fahrzeugen um 5,1 %. Insgesamt hat sich der kombinierte Verkehr gegenüber 1995 mehr als verdoppelt (+130 %). Seit 1995 ist er mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate je Jahr von 7,2 % weit stärker gestiegen als der übrige Seeverkehr (+1,5 %), sodass auch sein Anteil an den Gütertransporten der Seeschifffahrt von 31,7 % (1995) auf 47,1 % (2007) zunahm. Oder anders ausgedrückt: Seit 1995 hat sich der Gütertransport im Seeverkehr insgesamt um 110,0 Mill. t erhöht. Von diesem Gesamtanstieg entfielen 83 Mill. t oder 75 % auf den Ladungsträgerverkehr.

Bezieht man zusätzlich – wie bei den anderen Verkehrsträgern üblich – das Gewicht der Ladungsträger (2007: 54,5 Mill. t) mit in die Berechnung ein, so wurden im Jahr 2007 im kombinierten Verkehr 201,0 Mill. t befördert, das waren 55,0 % der im Seeverkehr beförderten 365,4 Mill. t Güter und Ladungsträger. Das Gesamtgewicht der im kombinier-

10) Hierfür wird in diesem Abschnitt synonym der Begriff kombinierter Verkehr verwendet. Zu beachten ist allerdings, dass nicht der gesamte Containerverkehr auch tatsächlich kombinierter Verkehr ist, da der Containerverkehr auch Umladungen zwischen großen Seeschiffen und kleineren Feederschiffen umfasst.

11) Zur Entwicklung des Seeverkehrs allgemein siehe Winter, H.: „Seeverkehr 2007“ in WiSta 7/2008, S. 581 ff.

Tabelle 6: Beförderungsmenge im Seeverkehr

Jahr	Bruttogütergewicht									
	insgesamt					dar.: in Containern und auf Fahrzeugen ¹⁾				
	insgesamt	inner-deutscher Verkehr	grenzüberschreitender Verkehr			zusammen	inner-deutscher Verkehr	grenzüberschreitender Verkehr		
zusammen			Versand	Empfang	zusammen			Versand	Empfang	
	1 000 t									
1995	201029	3784	197246	68395	128851	63670	473	63196	31893	31304
1996	202519	3915	198604	69137	129467	66044	466	65579	32979	32600
1997	209550	4243	205307	69059	136249	69118	569	68549	35406	33143
1998	214045	4101	209944	69098	140846	68567	817	67749	34240	33509
1999	217063	5445	211617	73858	137759	75457	1098	74359	37916	36443
2000	238254	5065	233189	86018	147171	84388	1439	82949	42427	40522
2001	242156	4636	237520	85650	151870	88427	1242	87185	45254	41931
2002 ²⁾	242546	4545	238002	88545	149456	94937	1356	93581	48656	44925
2003	251300	4802	246499	92040	154458	102882	1460	101422	52588	48833
2004	268205	4704	263501	99664	163837	115507	1411	114096	59254	54842
2005	280972	3950	277023	108715	168307	124100	1291	122809	63710	59100
2006	299215	3679	295536	116969	178567	137364	1538	135827	70093	65734
2007	310948	3858	307091	118922	188169	146557	1345	145213	74133	71080
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
1996	+0,7	+3,5	+0,7	+1,1	+0,5	+3,7	-1,7	+3,8	+3,4	+4,1
1997	+3,5	+8,4	+3,4	-0,1	+5,2	+4,7	+22,3	+4,5	+7,4	+1,7
1998	+2,1	-3,3	+2,3	+0,1	+3,4	-0,8	+43,5	-1,2	-3,3	+1,1
1999	+1,4	+32,8	+0,8	+6,9	-2,2	+10,0	+34,3	+9,8	+10,7	+8,8
2000	+9,8	-7,0	+10,2	+16,5	+6,8	+11,8	+31,1	+11,6	+11,9	+11,2
2001	+1,6	-8,5	+1,9	-0,4	+3,2	+4,8	-13,7	+5,1	+6,7	+3,5
2002	+0,2	-2,0	+0,2	+3,4	-1,6	+7,8	+9,2	+7,8	+7,5	+7,6
2003	+3,6	+5,7	+3,6	+3,9	+3,3	+8,4	+7,7	+8,4	+8,1	+8,7
2004	+6,7	-2,0	+6,9	+8,3	+6,1	+11,9	-3,4	+12,1	+12,3	+11,9
2005	+4,8	-16,0	+5,1	+9,1	+2,7	+7,4	-8,5	+7,6	+7,5	+7,8
2006	+6,5	-6,9	+6,7	+7,6	+6,1	+10,4	+19,1	+10,6	+10,0	+11,2
2007	+3,9	+4,9	+3,9	+1,7	+5,4	+6,7	-12,5	+6,9	+5,8	+8,1

1) Im Güterverkehr eingesetzte Fahrzeuge (Lastkraftwagen, Eisenbahnwagen, Trailer, Trägerschiffsleichter) auf Seeschiffen. – 2) Ab 2002 mit Wechselbrücken, nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

ten Verkehr beförderten Güter und Ladungsträger lag dabei um 7,5 % über dem Vorjahreswert.

Wie auch in den letzten Jahren verteilte sich der kombinierte Verkehr ungefähr gleich auf grenzüberschreitenden Versand (2007: 50,6%) und grenzüberschreitenden Empfang (48,5%), während der innerdeutsche Verkehr – wie in der Seeschifffahrt insgesamt – keine bedeutende Rolle (0,9%) spielt. In den letzten drei Berichtsjahren hat sich dabei der grenzüberschreitende Empfang etwas dynamischer entwickelt als der grenzüberschreitende Versand: Aktuell stieg der Empfang um 8,1 % im Vergleich zu 5,8 % beim Versand. Dabei befanden sich von den in Deutschland aus dem Ausland empfangenen Gütern 37,8% in Containern bzw. auf Fahrzeugen auf Seeschiffen (71,1 Mill. t von 188,2 Mill. t). Im grenzüberschreitenden Versand ist der Anteil des kombinierten Verkehrs dagegen wesentlich höher (62,3%). Ursache hierfür ist vor allem, dass für die rohstoffarme Bundesrepublik Deutschland Rohöl und andere Roh- und Urprodukte, die sich für den kombinierten Verkehr nicht eignen, eine bedeutende Rolle beim Empfang spielen, während Deutschland höherwertige und insbesondere für den Containertransport gut geeignete Endprodukte exportiert.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 12,4 Mill. TEU beladene Container, 2,7 Mill. TEU leere Container und 2,3 Mill. im Güterverkehr eingesetzte Fahrzeuge auf Seeschiffen transportiert. Das waren 8,6 % mehr beladene Container, 21,2 % mehr leere Container und 8,4 % mehr im Güterverkehr eingesetzte Fahrzeuge als im Vorjahr (siehe Tabelle 7 auf

S. 592). Hinsichtlich der beladenen Container und der Fahrzeuge unterscheiden sich die Veränderungsdaten nur wenig nach den quantitativ wichtigen Hauptverkehrsverbindungen, bei den leeren Containern dagegen verzeichnete der grenzüberschreitende Versand mit +29,9% eine wesentlich höhere Wachstumsrate als der grenzüberschreitende Empfang mit +13,5 %.

Etwa 60% aller Containertransporte sind auf Überseeverkehre beispielsweise nach Asien oder Amerika zurückzuführen. Diese Transporte können nicht für eine Entlastung der Straßen sorgen. Vom Verlagerungsaspekt her interessanter sind daher die sogenannten Short-Sea-Verkehre, die prinzipiell auch auf der Straße durchgeführt werden könnten (Kurzstreckenseeverkehre, siehe auch die Erläuterungen im Kasten auf S. 586). Vom gesamten kombinierten Verkehr entfielen 56% auf Kurzstreckenseeverkehre. Während im Containerverkehr dabei nur rund 40% im Kurzstreckenseeverkehr transportiert wurden, lag der Anteil im kombinierten Verkehr mit Fahrzeugen bei nahezu 100%. Insgesamt wurden im kombinierten Kurzstreckenseeverkehr 111,6 Mill. t befördert.

Im Containerverkehr sind sowohl für den gesamten Seeverkehr als auch für den Kurzstreckenseeverkehr Hamburg, Bremen/Bremerhaven und Lübeck in dieser Reihenfolge die wichtigsten Versand- und Empfangsverkehrsbezirke. Hamburg ist der größte deutsche Containerhafen. Auf ihn entfielen 61,2% des Containerversands. Bremen/Bremerhaven hatte einen Anteil von 34,9%, Lübeck nur noch einen von

2,5%. Alle anderen inländischen Verkehrsbezirke kamen zusammen auf 1,4%. Auf der Empfangsseite betragen die Anteile im Verkehr mit Containern für Hamburg 66,2%, für Bremen/Bremerhaven 31,1% und für Lübeck 2,1%; auf alle übrigen Verkehrsbezirke entfielen zusammen 0,6%. Die höchste Dynamik des Containerumschlags dieser drei bedeutendsten Häfen wies allerdings 2007 Lübeck mit +13,0% auf, gefolgt von Bremen/Bremerhaven (+8,4%) und Hamburg (+7,0%).

Die bedeutendste Relation im Containerverkehr der Seeschifffahrt ist China – Hamburg, im Kurzstreckenseeverkehr nimmt seit dem Jahr 2006 die sich sehr dynamisch entwi-

ckelnde Relation Hamburg – Russische Föderation die erste Position ein. Mit hohen Wachstumsraten (2007: +8,9%) wurde die bis dahin führende Relation Finnland – Hamburg auf den zweiten Platz verwiesen.

Im kombinierten Verkehr mit Fahrzeugen, der nur den Kurzstreckenseeverkehr betrifft, sind als wichtige Verkehrsbezirke im unbegleiteten kombinierten Verkehr Lübeck und Rostock, im begleiteten kombinierten Verkehr zusätzlich Eutin hervorzuheben. Die wichtigsten Einzelrelationen im unbegleiteten kombinierten Verkehr sind die Verkehre zwischen Lübeck und Schweden, zwischen Lübeck und Finnland sowie zwischen Rostock und Schweden. Im begleiteten

Tabelle 7: Ladungsträgerverkehr in der Seeschifffahrt 2007

Hauptverkehrsverbindung	Leere Container	Beladene Container	Fahrzeuge ¹⁾	Gewicht der Ladung					
				insgesamt	beförderte Güter		Eigengewicht leerer Container	Eigengewicht beladener Container	Eigengewicht leerer und beladener Fahrzeuge ¹⁾
					zusammen	dar.: in Containern			
1 000 TEU		1 000		1 000 t					
Ladungsträgerverkehr Seeschifffahrt insgesamt									
Innerdeutscher Verkehr	11	85	112	2 887	1 345	948	23	173	1 346
Grenzüberschreitender Verkehr	2 700	12 354	2 171	198 128	145 213	114 993	5 463	24 993	22 460
Grenzüberschreitender Versand	1 358	6 098	1 098	100 548	74 133	58 297	2 753	12 331	11 331
Grenzüberschreitender Empfang	1 342	6 256	1 073	97 581	71 080	56 696	2 710	12 662	11 129
Insgesamt ...	2 712	12 439	2 284	201 015	146 557	115 941	5 486	25 166	23 806
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Innerdeutscher Verkehr	+24,7	-20,6	+5,4	-5,4	-12,5	-17,7	+24,8	-20,6	+5,4
Grenzüberschreitender Verkehr	+21,2	+8,9	+8,5	+7,7	+6,9	+7,4	+21,2	+8,9	+8,6
Grenzüberschreitender Versand	+29,9	+7,2	+8,0	+6,7	+5,8	+5,1	+30,1	+7,2	+7,8
Grenzüberschreitender Empfang	+13,5	+10,6	+9,1	+8,7	+8,1	+9,8	+13,4	+10,6	+9,5
Insgesamt ...	+21,2	+8,6	+8,4	+7,5	+6,7	+7,1	+21,3	+8,6	+8,4
dar.: Short-Sea-Verkehr									
Innerdeutscher Verkehr	11	85	112	2 887	1 345	948	23	173	1 346
Grenzüberschreitender Verkehr	1 313	4 309	2 168	108 744	74 934	44 782	2 653	8 714	22 443
Grenzüberschreitender Versand	183	2 605	1 096	57 296	40 341	24 562	371	5 267	11 318
Grenzüberschreitender Empfang	1 130	1 704	1 072	51 448	34 594	20 221	2 282	3 447	11 125
Insgesamt ...	1 324	4 394	2 281	111 631	76 279	45 731	2 677	8 887	23 789
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Innerdeutscher Verkehr	+24,7	-20,6	+5,4	-5,4	-12,5	-17,7	+24,8	-20,6	+5,4
Grenzüberschreitender Verkehr	+13,8	+5,6	+8,5	+6,0	+5,0	+4,9	+13,8	+5,6	+8,6
Grenzüberschreitender Versand	-24,2	+13,6	+7,9	+9,8	+10,4	+11,9	-23,9	+13,6	+7,7
Grenzüberschreitender Empfang	+23,9	-4,7	+9,1	+2,0	-0,7	-2,4	+23,8	-4,7	+9,5
Insgesamt ...	+13,9	+5,0	+8,3	+5,6	+4,6	+4,3	+13,9	+4,9	+8,4
Anteil Short-Sea-Verkehr am gesamten Ladungsträgerverkehr im Seeverkehr									
Innerdeutscher Verkehr	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Grenzüberschreitender Verkehr	48,6	34,9	99,9	54,9	51,6	38,9	48,6	34,9	99,9
Grenzüberschreitender Versand	13,5	42,7	99,8	57,0	54,4	42,1	13,5	42,7	99,9
Grenzüberschreitender Empfang	84,2	27,2	99,9	52,7	48,7	35,7	84,2	27,2	100,0
Insgesamt ...	48,8	35,3	99,9	55,5	52,0	39,4	48,8	35,3	99,9

1) Im Güterverkehr eingesetzte Fahrzeuge (Lastkraftwagen, Eisenbahnwagen, Trailer und Trägerschiffsleichter) auf Seeschiffen.

kombinierten Verkehr kommt den Fährverkehren zwischen Lübeck und Schweden, Eutin und Dänemark sowie Rostock und Schweden die Hauptbedeutung zu.

3 Transportketten: Beispiel Hamburg

Die bisherige Darstellung konzentrierte sich auf die Analyse der einzelnen Verkehrsträger. Die Forschungsarbeiten¹²⁾ des Statistischen Bundesamtes haben ergeben, dass durch die statistische Verknüpfung der modalen Statistiken der einzelnen Verkehrsträger auch tiefer gehende Informationen zu den Transportverläufen der Ladungsträger (Transportketten) gewonnen werden können. Dies wird in diesem Aufsatz exemplarisch am Hamburger Hafen dargestellt.

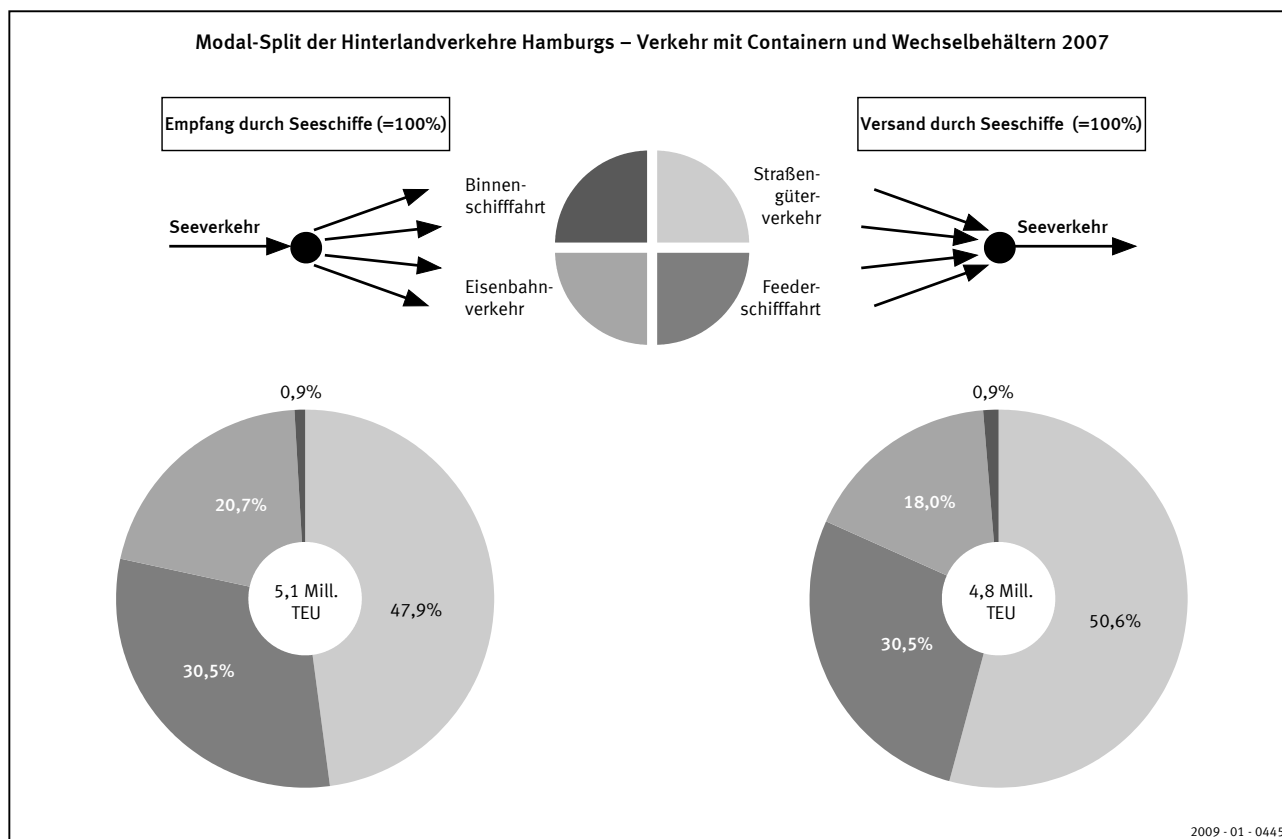
Der Hamburger Hafen ist der bedeutendste deutsche und einer der wichtigsten internationalen Containerseehäfen: In Hamburg wurden 2007 insgesamt 5,1 Mill. TEU Container von Seeschiffen angeliefert, das waren 67% aller Container, die im Seeverkehr in deutschen Verkehrsbezirken empfangen wurden (7,7 Mill. TEU). Die Container stammten vor allem aus Asien; in Europa waren die Russische Föderation und Finnland die Hauptherkunftsregionen. Hamburg konnte im Vergleich zum Vorjahr ein Wachstum der empfangenen TEU von 11,3% verbuchen. Besonders stark stiegen dabei die Verkehre aus China (+ 23,5%) und aus der Russi-

schen Föderation (+ 22,9%), während Transporte aus Finnland leicht zurückgingen (- 3,4%).

Mit welchem Verkehrsträger und wohin wurden diese angelandeten Container weiterbefördert? 48% bzw. 2,5 Mill. TEU wurden auf Lastkraftwagen verladen – von dieser Menge verblieben 1 Mill. TEU in Hamburg und 506 000 TEU im Umland Hamburgs. Weitere 253 000 TEU wurden ins übrige Deutschland transportiert. 697 000 TEU wurden von deutschen Lastkraftwagen ins Ausland bzw. auf ausländischen Fahrzeugen wahrscheinlich auch ins Ausland befördert (siehe Schaubild 3).

30,5% der TEU verließen den Hafen Hamburg gar nicht auf dem Landwege, sondern wurden im sogenannten Feederverkehr auf andere Seeschiffe umgeladen und dann weitertransportiert (insbesondere Ostsee-Verkehre) oder direkt im Hafen entladen [sogenannte LCL-Container¹³⁾]. Die Eisenbahn sorgte für den Weitertransport von 20,7% der TEU. Wichtigstes Ziel war die Verkehrsregion Tschechische Republik/Slowakei, gefolgt von Bremen/Bremerhaven. Bei diesen letztgenannten Transporten handelt es sich jedoch um sogenannte Hafenumfahrungsverkehre, die eigentlich für Bremen/Bremerhaven bestimmt waren, aber zunächst in Hamburg ausgeladen wurden. Weitere wichtige Zielregionen waren Österreich, München und Nürnberg, gefolgt von Polen. In die genannten Zielgebiete wurde zusammen knapp

Schaubild 3



12) Siehe Fußnoten 1 und 2.

13) LCL-Container bedeutet "less than full container load". Hierbei werden Stückgüter verschiedener Absender im Abgangshafen angeliefert und dort von spezialisierten Unternehmen zu Containerladungen zusammengestellt. Im Ankunftshafen werden die Container entladen, um die einzelnen Stückgüter an die unterschiedlichen Empfänger auszuliefern.

die Hälfte der in Hamburg vom Seeschiff auf die Eisenbahn umgeladenen TEU befördert. Im Vergleich zum Vorjahr konnten insbesondere die Transporte in die Verkehrsregion Tschechische Republik/Slowakei (+14,2%) und Nürnberg (+13,4%) zulegen, dagegen nahmen die Hafenumgehungsverkehre mit Bremen/Bremerhaven um 17,9% ab.

Umladungen vom Seeschiff auf das Binnenschiff haben sich im Jahr 2007 gut entwickelt, bieten aber sicherlich noch weiteres Entwicklungspotenzial. Im Jahr 2007 wurden 13,0% mehr TEU auf Binnenschiffe umgeschlagen als im Vorjahr. Dennoch wurden lediglich 0,9% aller Container in Hamburg auf Binnenschiffe verladen. Rund die Hälfte dieser Container ging nach Braunschweig, weitere Zielgebiete waren Magdeburg, Bielefeld und Dresden. Dabei haben sich die Elbeverkehre mit Dresden im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (+135%).

Auch in der anderen Verkehrsrichtung, das heißt Zulieferung über die Straße, mit Eisenbahn, Binnenschiff oder im Feederverkehr zum Hamburger Hafen und Weitertransport von dort in die „weite Welt“, sieht die Situation relativ ähnlich aus: 51% bzw. 2,4 Mill. TEU aller Transporte, die in Hamburg auf das Seeschiff verfrachtet wurden, wurden über die Straße angeliefert und stammten vor allem aus Hamburg selbst (1 Mill. TEU) oder dem Umland Hamburgs (474 000 TEU). 241 000 TEU kamen aus dem übrigen Deutschland sowie 698 000 TEU auf deutschen Lastkraftwagen aus dem Ausland oder auf ausländischen Fahrzeugen wahrscheinlich auch aus dem Ausland. Rund 30% wurden von anderen Seeschiffen zugeladen (Feederverkehr) bzw. direkt im Hafen beladen (LCL-Container).

18,0% bzw. 859 000 TEU wurden auf der Schiene angeliefert. Diese TEU stammten vor allem aus der Verkehrsregion Tschechische Republik/Slowakei, aus Bremen/Bremerhaven, aus Österreich sowie aus München. Alle genannten Herkunftsregionen wiesen zweistellige Wachstumsraten auf, die höchsten die Hafenumfahrvsverkehre mit Bremen/Bremerhaven (+37,8%) und die Herkunftsregion Tschechische Republik/Slowakei (+24,3%).

Insgesamt ist der Anteil der Binnenschifffahrt an den nach Hamburg zum Weitertransport mit dem Seeschiff beförderten TEU mit 0,9% relativ gering. Zudem wuchs der Transport mit Binnenschiffen zum Hamburger Hafen 2007 nur in geringem Umfang: 1,9% mehr TEU als im Jahr zuvor wurden in Hamburg empfangen. 33% der Container stammten aus Braunschweig, 30% aus Magdeburg. Die Entwicklung dieser beiden wichtigsten Herkunftsregionen war 2007 sehr unterschiedlich. Während sich der Elbeverkehr aus Magdeburg sehr positiv entwickelte (+37,3%), nahmen die Verkehre aus Braunschweig stark ab (-32,3%).

Wohin gingen die Container aus Hamburg? Insgesamt wurden 4,8 Mill. TEU mit Seeschiffen versendet, 12,1% mehr als im Jahr zuvor. Von Hamburg aus wurden vor allem Fahrtgebiete in Fernost angefahren. Europäische Regionen unter den zehn bedeutendsten Zielregionen sind die Russische

Föderation, Finnland, Schweden und Polen. Im Jahr 2007 nahm im Europaraum vor allem der Verkehr mit der Russischen Föderation (+21,0%) und Polen (+24,0%) stark zu, sodass sich die Russische Föderation in der Ranking-Liste um einen weiteren Platz auf Platz 3 vorarbeiten konnte und Polen (Platz 9) näher zu Schweden (+8,0%) aufschloss.

Interessant ist auch der mittelfristige Vergleich des Modal-Splits der Hinterlandverkehre Hamburgs. Nimmt man als Beispiel den Weitertransport der mit Seeschiffen angelieferten Container, so sind die Container-Anlandungen (gemessen in TEU) in Hamburg seit 2003¹⁴⁾ um 63% angestiegen. Im Jahr 2003 hatten Lastkraftwagen dabei einen Anteil am Weitertransport von 52,1%, Seefeederverkehre und LCL-Container einen von 32,0%, die Eisenbahn transportierte 15,4% der TEU ab, die Binnenschifffahrt 0,5%. Vergleicht man dies mit den obigen Angaben, so hat sich der Modal-Split vor allem zugunsten der Eisenbahn (aktueller Modal-Split-Anteil: 20,7%) und zulasten der Lastkraftwagen (47,9%) verschoben. Auch der Modal-Split-Anteil der Binnenschifffahrt legte um 0,4 Prozentpunkte auf 0,9% zu.

Ursache für die modalen Verschiebungen war das stark überdurchschnittliche Wachstum des Weitertransports mit der Eisenbahn. Wurden 2003 erst 0,5 Mill. TEU mit der Eisenbahn aus Hamburg abtransportiert, waren es im Jahr 2007 1,1 Mill. TEU und damit 120% mehr als 2003. Die Binnenschifffahrt konnte ihre Transportmenge sogar fast verdreifachen, wenn auch das absolute Niveau nach wie vor relativ niedrig ist. Dagegen legten Lkw-Abtransporte „nur“ um 50%, Seefeeder und LCL-Container um 56% zu.

Weitere Untersuchungen dieser Art liegen für Bremen/Bremerhaven, Duisburg, Mannheim/Ludwigshafen, Lübeck und Rostock vor. Diese und weitere Vor- und Nachlaufuntersuchungen auf Straßen können der Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 1.3 „Kombinierter Verkehr“, entnommen werden.

4 Wie viele Containertransporte könnten statt auf der Straße auf Schienen oder Wasserwegen transportiert werden?

Grundsätzlich sind Container-Transporte auf der Straße über längere Entfernungen ein Indiz dafür, dass Verkehre zumindest theoretisch noch auf relativ umweltfreundliche Verkehrsträger verlagert werden könnten.

Welche Straßengütertransporte kann man als verlagerbar betrachten? In den Forschungsprojekten¹⁵⁾ des Statistischen Bundesamtes wurde nach Abstimmung mit einem Expertengremium der Transport als verlagerbar definiert, der im Containerverkehr auf der Straße eine Strecke von mehr als 300 km zurücklegt.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 13,1 Mill. TEU Container auf deutschen Lastkraftwagen transportiert, das waren 1,0 Mill. TEU oder 6,8% weniger als im Vorjahr. Von diesen TEU

14) Seit 2003 veröffentlicht das Statistische Bundesamt entsprechende Angaben.
15) Siehe die Fußnoten 1 und 2.

wurden drei Viertel (75,0%) in der „Container-Nahzone“ bis 149 km und damit hauptsächlich im Vor- und Nachlauf zu anderen Verkehrsträgern befördert. Weitere 14,2% der TEU-Transporte erfolgten im „Container-Regionalbereich“ zwischen 150 und 299 km, das kann ebenfalls im Vor- und Nachlauf sein oder aber auf Relationen, bei denen eine (weitere) Umladung aus Kostengründen unrentabel erscheint.

Entsprechend der Definition sind demnach die verbleibenden 10,8% als Verlagerungspotenzial anzusehen. Im Jahr 2007 waren das 1,4 Mill. TEU: 580 000 TEU davon wurden in der Entfernungsstufe 300 bis 499 km transportiert und 828 000 TEU legten beim Transport mehr als 500 km zurück. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich diese Transporte über lange Strecken verringert. Die Transporte zwischen 300 und 499 km nahmen um 67 000 TEU oder 10,3% ab; die Transporte ab 500 km gingen ebenfalls stark zurück, nämlich um 92 000 TEU oder 10,0%. Zusammen sind die verlagerbaren Transporte damit um 159 000 TEU oder 10,1% gesunken. Grundsätzlich kann dies als positive Entwicklung betrachtet werden, da ein Teil der verlagerbaren Transporte wohl auch tatsächlich auf relativ umweltfreundlichere Verkehrsträger verlagert wurde, wie das Wachstum bei den übrigen Verkehrsträgern zeigt.

5 Zusammenfassung und Ausblick

2007 war insgesamt ein gutes Jahr für den kombinierten Verkehr. Bei den Eisenbahn- und Schiffsverkehren konnten höhere Wachstumsraten als für die jeweiligen Gesamtverkehre erzielt werden. Dennoch bestehen auch derzeit noch weitere Verlagerungspotenziale von der Straße auf diese relativ umweltfreundlichen Verkehrsträger. Es bleibt daher ein wichtiges Ziel der Politik, die Zunahme des Verkehrs, die auch im Jahr 2007 wieder höher war (Zunahme der Beförderungsleistung: +6,9%, darunter Straßengüterverkehr: +8,0%) als das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (+2,6%), soweit wie möglich auf Eisenbahnen und Schiffe zu verlagern.

Erste Eckdaten für das Berichtsjahr 2008 zeigen eine weiterhin positive Entwicklung des kombinierten Verkehrs im Eisenbahnbereich und in der Seeschifffahrt. Die im kombinierten Verkehr beförderte Tonnage stieg im Eisenbahnverkehr um 5,2% und damit stärker als die Gesamttonnage (+2,8%). Auch im Seeverkehr legte der Containerverkehr mit einem Wachstum von 4,2% stärker zu als der Gesamtverkehr (+1,8%). Dagegen nahm der kombinierte Verkehr der Binnenschifffahrt mit einem Rückgang der Tonnage um 6,0% stärker ab als die Binnenschifffahrt insgesamt (-1,3%). Im Jahr 2008 zeigten sich im Jahresverlauf die ersten Auswirkungen der starken weltweiten konjunkturellen Abschwächung mit Rückgängen der Beförderungsleistung in den letzten Monaten des Jahres. Ob und wieweit sich der kombinierte Verkehr, der in hohem Maße auch von den außenwirtschaftlichen Verflechtungen Deutschlands abhängig ist, in dieser Situation behaupten kann, wird in den nächsten Jahren detailliert zu untersuchen sein. Das Statistische Bundesamt stellt die zur Analyse der Entwicklungen und Potenziale des kombinierten Verkehrs notwendigen Informationen in tiefer Gliederung in seinen Veröffentlichungen zur Verfügung. [LU](#)

Dipl.-Geograph Hans Lamp, Dr. Thomas Grundmann

Neue Entgeltstatistik in der Wasser- und Abwasserwirtschaft

Methodik und Ergebnisse

Der vorliegende Aufsatz stellt Methodik und Ergebnisse der Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte nach §11 Abs. 2 Nr. 4 Umweltstatistikgesetz (UStatG)¹⁾ vor. Anhand der Ergebnisse für die Jahre 2005 bis 2007 werden ausgewählte Problemstellungen beim Vergleich von Trinkwasser- und Abwasserpreisen sowie bei Kostenberechnungen diskutiert. Damit liefert der Aufsatz einen Beitrag zur derzeit öffentlich geführten Diskussion über die Höhe von Trinkwasser- und Abwasserpreisen und die daraus resultierende Kostenbelastung für private Haushalte.

Die Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte wurde erstmals für die Jahre 2005 bis 2007 durchgeführt, sie liefert Angaben zu haushaltsüblichen Trinkwasser- und Abwasserpreisen, basierend auf Werten aus allen deutschen Gemeinden.

Im Jahr 2007 kostete ein Kubikmeter Trinkwasser im Durchschnitt 1,60 Euro. Die monatliche Trinkwassergrundgebühr lag im Jahr 2007 im bundesweiten Durchschnitt bei 5,13 Euro. Für einen Kubikmeter Trinkwasser zahlten deutsche Haushalte im Jahr 2007 ein durchschnittliches Abwasserentgelt von 2,29 Euro je Kubikmeter, die durchschnittliche jährliche Grundgebühr für Abwasser betrug 13,15 Euro.

Damit belief sich die kombinierte Trinkwasser- und Abwasserrechnung im Jahr 2007 für einen Zwei-Personen-Modellhaushalt mit einem Wasserverbrauch von 80 Kubikmetern im Bundesdurchschnitt auf etwa 419 Euro.

Vorbemerkung

Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene werden Preise und Kosten für Trink- und Abwasser diskutiert, dabei wird das Thema aus zwei verschiedenen Perspektiven betrachtet: Im Fokus der politischen Debatte in Deutschland steht der Schutz der Bürger vor überhöhten Preisen, während auf EU-Ebene der Schutz der Wasserressourcen die Diskussion bestimmt.

So zielt auch die Europäische Wasserrahmenrichtlinie, die einen einheitlichen rechtlichen Rahmen für die Wasserpolitik innerhalb der Europäischen Union (EU) schafft, vor allem darauf ab, die Wasserpolitik stärker auf eine nachhaltige Bewirtschaftung der Süßwasserressourcen auszurichten. Denn „Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss“²⁾. Um eine nachhaltige Wassernutzung zu sichern, wird von der Wasserrahmenrichtlinie eine Wassergebührenpolitik gefordert, die angemessene Anreize für die Benutzer schafft, Wasserressourcen effizient zu nutzen, und den Grundsatz der Kostendeckung berücksichtigt. Unabdingbare Informationen um die Kostendeckung festzustellen sind einerseits Angaben zu Umweltkosten und Betriebskosten der Wasserversorgungsunternehmen, andererseits Informationen zu den entsprechenden Preisen der Wassernutzungen, Trinkwasser und Abwasser, die die Endverbraucher aufbringen müssen. Solche Daten zu haushaltsüblichen Preisen stehen mit den Ergebnissen der Erhe-

1) Gesetz zur Straffung der Umweltstatistik vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2446), Artikel 1 Umweltstatistikgesetz (UStatG), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 399).

2) Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Amtsbl. der EG Nr. L327, S. 1).

bung der Wasser- und Abwasserentgelte nach § 11 Abs. 2 Nr. 4 UStatG zur Verfügung.

Auf nationaler Ebene bestimmt neben dem Ressourcenschutz, der bei der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie im Vordergrund steht, vor allem die Höhe der Trinkwasser- und Abwasserpreise und damit die Höhe der Wasserrechnung die öffentliche Debatte. Gegenwärtig überlegen einige Bundesländer, die Trinkwasserpreise mittels kartellrechtlicher Verfahren zu überprüfen. Anlass hierfür ist die Bestätigung der Missbrauchsverfügung der Hessischen Landeskartellbehörde gegen ein kommunales Wasserversorgungsunternehmen durch das Oberlandesgericht Frankfurt am Main am 18. November 2008 (Az. II W 23/07). Die Missbrauchsverfügung räumt dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung als Landeskartellbehörde Energie und Wasser die Möglichkeit ein, den Wasserversorger zur Senkung seiner Preise zu verpflichten.

1 Methodik der Erhebung

Mit der Neufassung des Umweltstatistikgesetzes (UStatG) im August 2005 wurde die Rechtsgrundlage für die Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte geschaffen. Damit wurde einer wesentlichen Anforderung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, dem Versuch der Quantifizierung der Kosten der Wassernutzung, entsprochen. Die Statistik wird seit dem Berichtsjahr 2007 im dreijährigen Turnus durchgeführt. Auskunftgebende sind Anstalten, Körperschaften, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung betreiben, oder die zuständigen Gemeinden. Die Erhebungsunterlagen sind standardisiert; neben dem klassischen Papierfragebogen haben die Auskunftgebenden die Möglichkeit, mittels Onlineformular über die Internetdatenerhebung im Verbund (IDEV) zu antworten. Erfasst werden die Erhebungsmerkmale des Berichtsjahres und der zwei vorhergehenden Jahre. Stichtag für die Preise ist dabei jeweils der 1. Januar. Erhoben werden ausschließlich wiederkehrende Entgelte für Trinkwasser sowie für Abwasser, das einer zentralen Behandlungsanlage zugeführt wird. Einmalige Zahlungen, wie zum Beispiel Anschlussgebühren, werden nicht berücksichtigt. Die Erhebung beschränkt sich auf haushaltsübliche Entgelte, die Preise für Großabnehmer werden nicht mit einbezogen. Aufgrund unterschiedlicher Länderverordnungen und Gemeindegattungen ergeben sich vielfältige Möglichkeiten bei der Preis- und Gebührengestaltung für Trink- und Abwasser. Der übergeordnete Begriff „Entgelt“ steht hier für Preise, Gebühren und Beiträge, die im Rahmen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung anfallen, und umfasst die folgenden verbrauchsabhängigen und verbrauchsunabhängigen Entgeltkomponenten:

1. für die Wassergewinnung:

- a) Verbrauchsabhängiger Kubikmeterpreis: Mit dem Kubikmeterpreis werden alle wiederkehrenden Teilent-

gelte für Letztverbraucher, wie zum Beispiel Wasserentnahmeentgelt, Investitionsbeitrag und sonstige verbrauchsabhängige Entgelte, abgefragt.

- b) Verbrauchsunabhängige Wassergrundgebühr: Die Grundgebühr wird je Monat, bezogen auf die haushaltsübliche Zählergröße bzw. Jahresverbrauchs-kategorie, erfasst.

2. für die Abwasserbeseitigung:

- a) Mengenbezogenes Abwasserentgelt je Kubikmeter bezogen auf den Frischwasserbezug.
- b) Flächenbezogenes Niederschlagswasserentgelt je Quadratmeter versiegelter oder sonstiger Fläche: Das flächenbezogene Niederschlagswasserentgelt fällt an für die Niederschlagsmenge, die nicht im Boden versickert, sondern der Kanalisation zugeführt wird. Entsprechend dienen die potenziellen Abflussflächen als Berechnungsgrundlage.
- c) Abwassergrundgebühr: Die Grundgebühr umfasst haushaltsübliche wiederkehrende mengen- und flächenunabhängige Entgelte.
- d) Sonstige mengen- und flächenbezogene Entgelte: Erhoben werden flächenbezogenes Schmutzwasserentgelt und sonstige mengenbezogene Abwasserentgelte, die nicht über den Frischwasserbezug abgerechnet werden.

Für die Berechnung der Durchschnittswerte auf Bundes- und Landesebene wurden die Preise mit der jeweiligen Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2006 gewichtet. Bei den veröffentlichten Entgelten der Wasserversorgung handelt es sich um Bruttowerte einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Entgelte für die Abwasserentsorgung unterliegen in der Regel nicht der Mehrwertsteuerpflicht. Aus Gründen der Lesbarkeit werden alle Ergebnisse mit maximal zwei Nachkommastellen ausgewiesen, für interne Berechnungen beispielsweise von Kosten und Preissteigerungsraten wurden hingegen Werte mit mehr Nachkommastellen verwendet.

2 Trinkwasserpreise

Im Jahr 2007 kostete ein Kubikmeter Trinkwasser bei Abgabe an private Haushalte im Durchschnitt 1,60 Euro.³⁾ Der Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr betrug hier 0,9%. Die Grundgebühr lag im Jahr 2007 im bundesweiten Durchschnitt monatlich bei 5,13 Euro, das heißt 61,56 Euro im Jahr. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr betrug bei der Grundgebühr 1,4%.

2.1 Regionaler Vergleich der Trinkwasserpreise

Die regionalen Ergebnisse weichen teilweise erheblich vom Bundesdurchschnitt ab (siehe Tabelle 1). Neben hydrologischen, topografischen und geologischen Verhältnissen

³⁾ Regional tief gegliederte Ergebnisse der Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte sind bei den Statistischen Ämtern der Länder verfügbar.

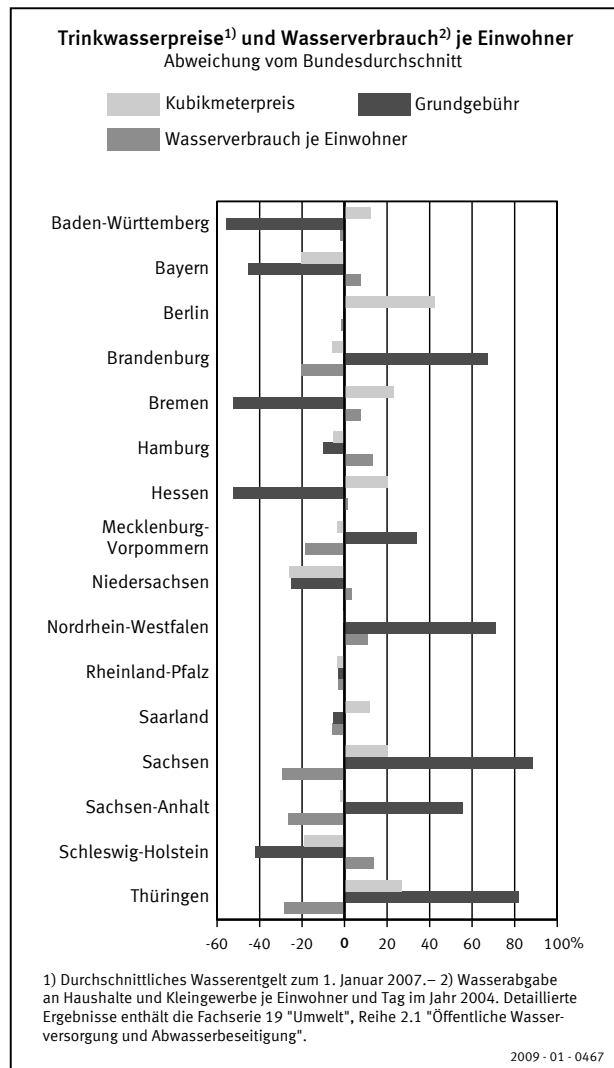
Tabelle 1: Entgelt für die Trinkwasserversorgung privater Haushalte

Land	Kubikmeterpreis			Grundgebühr		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	EUR je m ³			EUR je Monat		
Deutschland	1,57	1,59	1,60	4,97	5,06	5,13
Baden-Württemberg .	1,75	1,78	1,81	2,19	2,23	2,26
Bayern	1,23	1,25	1,27	2,63	2,74	2,81
Berlin	2,21	2,31	2,29	-	-	-
Brandenburg	1,50	1,51	1,51	8,38	8,47	8,59
Bremen	1,98	1,98	1,98	2,63	2,54	2,43
Hamburg	1,49	1,52	1,52	4,49	4,60	4,60
Hessen	1,91	1,92	1,93	2,39	2,40	2,43
Mecklenburg-Vorpommern	1,51	1,53	1,55	6,53	6,74	6,89
Niedersachsen	1,16	1,17	1,19	3,71	3,77	3,83
Nordrhein-Westfalen .	1,55	1,57	1,59	8,62	8,69	8,79
Rheinland-Pfalz	1,50	1,52	1,55	4,75	4,82	4,98
Saarland	1,74	1,78	1,80	4,05	4,53	4,85
Sachsen	1,95	1,94	1,93	9,54	9,60	9,68
Sachsen-Anhalt	1,56	1,57	1,57	7,88	7,95	7,97
Schleswig-Holstein ..	1,29	1,30	1,30	2,82	2,83	2,97
Thüringen	2,00	2,04	2,04	8,73	9,36	9,34

beeinflussen die Siedlungsstruktur, der Anschlussgrad und die Erneuerungsrate der Trinkwassernetze die Kosten der Wasserversorger und damit auch die Preise. Nicht zuletzt beeinflusst auch der Wasserverbrauch der Bevölkerung die Höhe der Preise.

Aus dem Schaubild 1 geht hervor, dass in manchen Bundesländern die Trinkwasserpreise über dem Mittelwert aller Bundesländer liegen, während in Relation zum bundesweiten Durchschnitt wenig Wasser an Haushalte und Kleingewerbe abgegeben wird. So wird in Thüringen und Sachsen fast 30 % weniger Wasser verbraucht als im bundesweiten Durchschnitt, gleichzeitig liegen sowohl Kubikmeterpreis als auch Grundgebühr deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Bayern und Schleswig-Holstein hingegen sind Beispiele für Länder, in denen ein überdurchschnittlicher Wasserverbrauch zusammenfällt mit relativ niedrigem Kubikmeterpreis und geringer Grundgebühr. Eine mögliche Ursache für den Zusammenhang zwischen den Trinkwasserpreisen und dem Wasserverbrauch ist der hohe Fixkostenanteil der Wasserversorger. Bei den Fixkosten, die weitgehend unabhängig von der verbrauchten Wassermenge anfallen, handelt es sich vor allem um Kosten für die Bereitstellung der Infrastruktur sowie um Wartungskosten, die für die langfristige Sicherung der Funktionsfähigkeit der Wasserversorgung anfallen, wie zum Beispiel Instandhaltungskosten für das Leitungsnetz.

Schaubild 1



2.2 Trinkwasserentgeltklassen

Bei der Interpretation der Mittelwerte zum Beispiel auf Bundesebene ist zu beachten, dass nicht alle Gemeinden in Deutschland beide Entgeltkomponenten erheben. So zahlten 2007 in Deutschland die Haushalte von rund 300 Gemeinden ausschließlich einen Kubikmeterpreis. Dieser fällt dort im Durchschnitt mit 2,12 Euro um 55 Cent höher aus als der in den rund 12 000 Gemeinden, in denen neben dem Kubikmeterpreis noch eine Grundgebühr erhoben wird. In acht Gemeinden wurde 2007 für die Trinkwasserversor-

Tabelle 2: Entgelt für die Trinkwasserversorgung privater Haushalte 2007 nach Trinkwasserentgeltklassen

Gegenstand der Nachweisung	Gemeinden ¹⁾		Bevölkerung ²⁾		Kubikmeterpreis	Grundgebühr
	Anzahl	%	Anzahl	%	EUR je m ³	EUR je Monat
Deutschland	12 284	100	82 304 908	100	1,60	5,13
Gemeinden mit Kubikmeterpreis und Grundgebühr	11 971	97,5	76 945 941	93,5	1,57	5,49
ausschließlich Kubikmeterpreis	305	2,5	5 353 626	6,5	2,12	-
ausschließlich Grundgebühr	8	0,1	5 341	0,0	-	6,64

1) Gemeinden mit Entgelt für Trinkwasser. – 2) Bevölkerung der Gemeinden mit Entgelt für Trinkwasser, Stand 31. Dezember 2006.

Tabelle 3: Entgelt für die Entsorgung von Abwasser aus privaten Haushalten

Land	Abwasserentgelt ¹⁾			Niederschlagswasserentgelt je m ²			Grundgebühr		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	EUR je m ³			EUR je Jahr					
Deutschland	2,25	2,27	2,29	0,37	0,39	0,41	12,22	12,66	13,15
Baden-Württemberg	2,11	2,15	2,14	0,05	0,06	0,11	1,38	1,32	1,42
Bayern	1,68	1,69	1,70	0,22	0,23	0,23	6,54	6,71	6,89
Berlin	2,45	2,47	2,55	1,48	1,53	1,64	–	–	–
Brandenburg	3,37	3,31	3,31	0,28	0,29	0,29	58,88	63,61	64,25
Bremen	2,88	2,88	2,88	–	–	–	–	–	–
Hamburg	2,58	2,58	2,58	–	–	–	–	–	–
Hessen	2,45	2,46	2,51	0,27	0,29	0,30	0,91	0,94	1,15
Mecklenburg-Vorpommern	2,67	2,67	2,69	0,18	0,21	0,22	56,27	62,23	63,01
Niedersachsen	2,19	2,19	2,20	0,23	0,23	0,24	8,01	7,96	8,51
Nordrhein-Westfalen	2,30	2,34	2,39	0,67	0,69	0,72	2,45	2,79	3,25
Rheinland-Pfalz	1,87	1,88	1,90	0,40	0,41	0,41	6,09	6,12	6,29
Saarland	2,64	2,65	2,75	0,49	0,51	0,53	0,73	0,73	1,46
Sachsen	2,57	2,54	2,55	0,27	0,36	0,42	51,49	51,61	53,45
Sachsen-Anhalt	3,13	3,16	3,18	0,51	0,51	0,53	52,57	53,34	54,21
Schleswig-Holstein	2,08	2,14	2,15	0,21	0,22	0,23	33,38	33,70	36,81
Thüringen	2,22	2,26	2,27	0,11	0,13	0,16	42,47	43,70	43,75

1) Bezogen auf den Frischwasserbezug.

gung ausschließlich eine Grundgebühr erhoben. Durch dieses variantenreiche Tarifsysteem ist ein Vergleich der Preise einzelner Gemeinden, zum Beispiel mit Landesmittelwerten, nur eingeschränkt möglich, da im Regelfall nicht in allen Gemeinden eines Bundeslandes die gleiche Kombination der Entgeltkomponenten Kubikmeterpreis und Grundgebühr zu entrichten ist. Um trotzdem die Werte einzelner Gemeinden mit Durchschnittspreisen auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene sinnvoll vergleichen zu können, wurden Gemeinden, die die gleiche Kombination an Entgeltkomponenten verwenden, zu Entgeltklassen zusammengefasst. In Deutschland dominiert mit 97,5 % der Gemeinden und 93,5 % der Bevölkerung im Jahr 2007 das Tarifmodell, bei dem Kubikmeterpreis und Grundgebühr gezahlt werden.

3 Abwasserpreise

3.1 Regionaler Vergleich der Abwasserpreise

Die durchschnittlichen Abwasserpreise der Bundesländer streuen sehr breit um den Bundesdurchschnitt, dies gilt ins-

besondere für die Grundgebühr und das Niederschlagswasserentgelt. Die im Rahmen der Erläuterung der Trinkwasserpreise erwähnten physischen und sozioökonomischen Charakteristika des Versorgungsgebiets spielen auch hier für die Erklärung der Abweichungen eine maßgebliche Rolle. Unterschiede bei der Bezugsfläche des Niederschlagswasserentgelts – die Bandbreite reicht von Abflussfläche über bebaubare Fläche bis zur gesamten Grundstücksfläche – erschweren zusätzlich regionale Vergleiche der Abwasserpreise.

3.2 Abwasserentgeltklassen

Nur in 11,4 % der Gemeinden waren im Jahr 2007 von den Haushalten alle drei ausgewiesenen Entgeltkomponenten (Abwasserentgelt, Niederschlagswasserentgelt und Grundgebühr) zu zahlen. Der direkte Vergleich der Wasserrechnungen der Bürger mit Durchschnittsentgelten oberhalb der Gemeindeebene ist also nur in Ausnahmefällen aussagekräftig. Als Vergleichsgruppen für die Entgelte einzelner Gemeinden wurden daher Abwasserentgeltklassen gebildet. Die sieben Entgeltklassen umfassen Gemeinden, die die gleiche Kombination an Entgeltkomponenten verwenden.

Tabelle 4: Entgelt für die Entsorgung von Abwasser aus privaten Haushalten 2007 nach Abwasserentgeltklassen

Gegenstand der Nachweisung	Gemeinden ¹⁾		Bevölkerung ²⁾		Abwasserentgelt ³⁾ EUR je m ³	Niederschlagswasserentgelt je m ² EUR je Jahr	Grundgebühr EUR je Jahr
	Anzahl	%	Anzahl	%			
Deutschland	11 360	100	81 864 975	100	2,29	0,41	13,15
Gemeinden mit							
ausschließlich Abwasserentgelt	3 708	32,6	26 960 664	32,9	2,42	–	–
Abwasserentgelt und Grundgebühr	3 017	26,6	8 438 105	10,3	2,61	–	70,86
Abwasser- und Niederschlagswasserentgelt ...	2 120	18,7	30 240 867	36,9	2,06	0,72	–
Abwasser- und Niederschlagswasserentgelt							
sowie Grundgebühr	1 291	11,4	5 438 963	6,6	2,55	0,54	71,96
Niederschlagswasserentgelt und Grundgebühr .	14	0,1	20 150	0,0	–	0,54	101,73
ausschließlich Grundgebühr	87	0,8	107 458	0,1	–	–	151,65
sonstigen Entgelten	1 123	9,9	10 658 768	13,0	2,29	0,83	6,44

1) Gemeinden mit Entgelt für Abwasser. – 2) Bevölkerung der Gemeinden mit Entgelt für Abwasser, Stand 31. Dezember 2006. – 3) Bezogen auf den Frischwasserbezug.

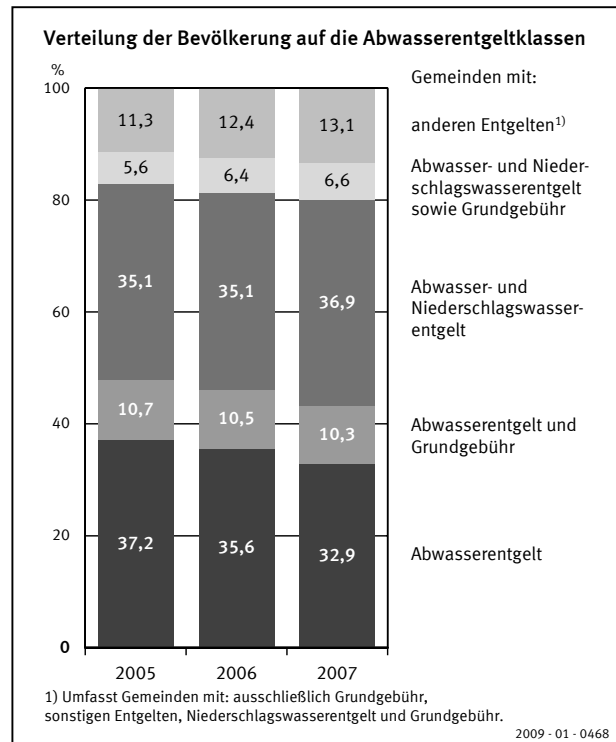
32,6% der Gemeinden in Deutschland rechnen nach dem sogenannten Frischwassermaßstab ab, das heißt das Entgelt für die Abwasserentsorgung orientiert sich ausschließlich an der Menge des bezogenen Trinkwassers. In diesem Kubikmeterpreis sind die Kosten für die Ableitung und Behandlung von Niederschlagswasser enthalten. Zusätzlich zum Abwasserentgelt je Kubikmeter fiel in 26,6% der Gemeinden noch eine Grundgebühr an. Im Jahr 2007 zahlte die Bevölkerung von 18,7% der Gemeinden neben dem Abwasserentgelt, das sich an der Menge des verbrauchten Frischwassers orientiert, auch ein separates Entgelt für Niederschlagswasser. Dieses Tarifmodell, bei dem die Niederschlagsmenge, die der Kanalisation zugeführt wird, separat über die potenzielle Abflussfläche berechnet wird, wird als gesplitteter Gebührenmaßstab bezeichnet. In 11,4% der Gemeinden wurde zusätzlich zum gesplitteten Gebührenmaßstab eine Grundgebühr erhoben. In rund 10% der Gemeinden wurden ausschließlich oder zusätzlich zu den üblichen Entgeltkomponenten (mengenbezogenes Abwasserentgelt mit Frischwasserbezug, flächenbezogenes Niederschlagswasserentgelt und Grundgebühr) sonstige Entgelte in Rechnung gestellt, wie zum Beispiel flächenbezogenes Schmutzwasserentgelt oder mengenbezogene Abwasserentgelte, die nicht über den Frischwasserbezug abgerechnet werden.

3.3 Zeitliche Entwicklung der Entgeltstruktur

Das Abwasserentgelt je Kubikmeter lag im Jahr 2005 im bundesweiten Durchschnitt bei 2,25 Euro. Bis zum Jahr 2007 ist der durchschnittliche Preis für einen Kubikmeter Abwasser um 2,0% auf 2,29 Euro gestiegen. Im gleichen Zeitraum betrug die Preissteigerungsrate für das Niederschlagswasserentgelt 10,8% und die Grundgebühr verteuerte sich um 7,6%. Der vergleichsweise höhere Preisanstieg bei den verbrauchsunabhängigen Entgeltkomponenten ist nur zum Teil auf die Verteuerung bereits vorhandener Grundgebühren und Niederschlagswasserentgelte zurückzuführen, hinzu kommt die zunehmende Verbreitung dieser beiden Entgeltkomponenten. Dieser Effekt, die zeitlich variierende Verteilung der Bevölkerung auf die Entgeltklassen, die im Schaubild 2 verdeutlicht wird, sollte bei Aussagen zu Preissteigerungen berücksichtigt werden.

Die Struktur der Abwasserentgelte hat sich in den letzten Jahren dahingehend verändert, dass die Bürger zunehmend mit einer größeren Anzahl von Entgeltkomponenten konfrontiert werden. Dadurch wird das Abwasserentgelt auf eine breitere Berechnungsbasis gestellt. Der Anteil der Bevölkerung, der ausschließlich ein mengenbezogenes Abwasserentgelt zahlt, sank im Zeitraum 2005 bis 2007 um fast 5 Prozentpunkte auf 32,9%. Gleichzeitig stieg der Anteil der Bevölkerung, der neben dem Abwasserentgelt auch ein Niederschlagswasserentgelt zahlt, um etwa 2 Prozentpunkte, eine größere Verbreitung fand auch die Abwasserentgeltklasse mit allen drei Entgeltkomponenten.

Schaubild 2



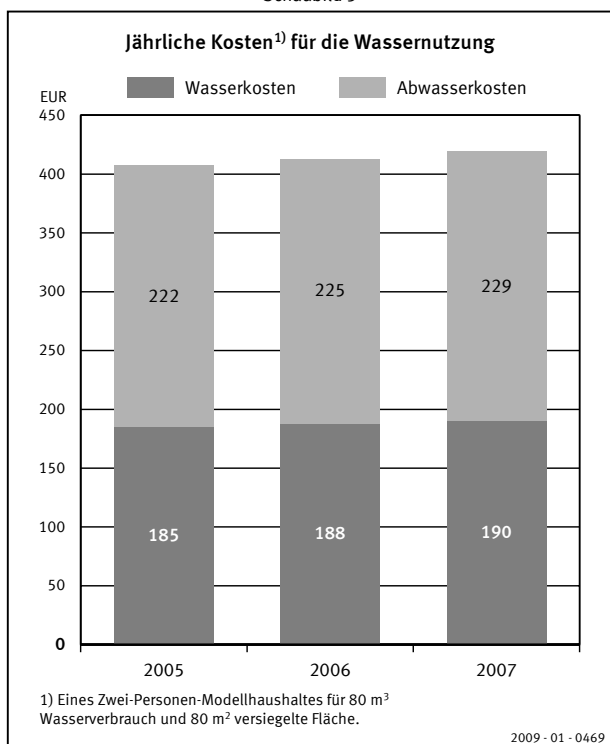
4 Trinkwasser- und Abwasserkosten

Die verschiedenen Tarifmodelle und die weiter oben erläuterten Veränderungen in der Verteilung der Bevölkerung auf die Entgeltklassen beschränken die Aussagekraft isolierter Vergleiche einzelner Entgeltkomponenten. Die gleichzeitige Betrachtung der verschiedenen Komponenten über die Berechnung von Kosten erleichtert deshalb regionale und temporäre Vergleiche. Für diese Zwecke wurde eine einfache Kostenrechnung durchgeführt, die auf einem Zwei-Personen-Modellhaushalt⁴⁾ basiert. Für den Modellhaushalt wurde ein Wasserverbrauch von 80 Kubikmetern angesetzt, da im Jahr 2004 im Bundesdurchschnitt etwa 40 Kubikmeter Wasser je Jahr und Einwohner von den Wasserversorgungsunternehmen an Haushalte und Kleingewerbe abgegeben wurden.⁵⁾ Für die Berechnung der Abwasserkosten wurde zudem eine versiegelte Fläche von 80 Quadratmetern angenommen. In dem Kostenmodell wird außerdem davon ausgegangen, dass der Haushalt eine Trinkwasser- und eine Abwassergrundgebühr zahlt. Als daraus resultierendes Ergebnis steigen für den Modellhaushalt die Abwasserkosten im bundesweiten Durchschnitt von 222 Euro im Jahr 2005 auf 229 Euro im Jahr 2007, das entspricht einem Anstieg um 3,5%. Im gleichen Zeitraum kam es zu einem Anstieg der Trinkwasserkosten um 2,6% (von 185 Euro auf 190 Euro). Somit beträgt die Trinkwasser- und Abwasserrechnung 2007 für den Zwei-Personen-Modellhaushalt im Bundesdurchschnitt knapp 419 Euro.

4) Im Jahr 2007 lebten im Bundesdurchschnitt 2,07 Personen in einem Haushalt. Siehe Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Reihe 3 „Haushalte und Familien 2007“, Wiesbaden 2008.

5) Siehe Fachserie 19 „Umwelt“, Reihe 2.1 „Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2004“, Wiesbaden 2006.

Schaubild 3



5 Ausblick

Mit der Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte stehen erstmals bundesweit Daten zu Trinkwasser- und Abwasserpreisen zur Verfügung, die auf Angaben aus allen Gemeinden in Deutschland basieren. Gegenwärtig wird im Rahmen eines EU-Projektes die Methodik für zeitliche und räumliche Preis- und Kostenvergleiche weiterentwickelt. Ein erster Schritt wird hierbei die Berücksichtigung des regional differenzierten Wasserverbrauchs in der Modellrechnung für Trinkwasser- und Abwasserkosten sein, sobald Mitte 2009 die Ergebnisse der Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung des Jahres 2007 in tiefer regionaler Gliederung zur Verfügung stehen.

Die nächste Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte findet im Jahr 2010 statt. Somit liegen voraussichtlich Ende 2010 die Ergebnisse für die Berichtsjahre 2008 bis 2010 vor. [u](#)

Preise im Mai 2009

Die Jahresveränderungsraten der Indizes der im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen gingen im Mai 2009 zurück bzw. stagnierten: Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte war um 3,6 % niedriger als im Mai 2008 (April 2009 gegenüber April 2008: -2,7 %); einen stärkeren Preisrückgang im Vorjahresvergleich hatte es mit -3,7 % zuletzt im April 1987 gegeben. Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag um 8,9 % unter dem Vorjahresstand (April 2009 gegenüber April 2008: -8,1 %) – dies war der stärkste Rückgang der Jahresveränderungsrate seit Dezember 1986 (-9,5 %). Der Index der Einzelhandelspreise ging im Mai 2009 im Vergleich zum Mai 2008 um 0,4 % zurück, nachdem er in den beiden Monaten zuvor keine Veränderung aufgewiesen hatte. Der Verbraucherpreisindex blieb im Jahresvergleich unverändert (April 2009 gegenüber April 2008: +0,7 %).

Gegenüber dem Vormonat April 2009 verharrte der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf dem Indexstand von 108,2 (April 2009 gegenüber März 2009: -1,4 %). Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag wie im April 2009 um 0,1 % über dem Vormonatsstand. Der Index der Einzelhandelspreise wies einen um 0,1 % niedrigeren Stand auf als im Vormonat (April 2009: +0,2 %) und auch der Verbraucherpreisindex ging im Vormonatsvergleich um 0,1 % zurück (April 2009: ±0,0 %).

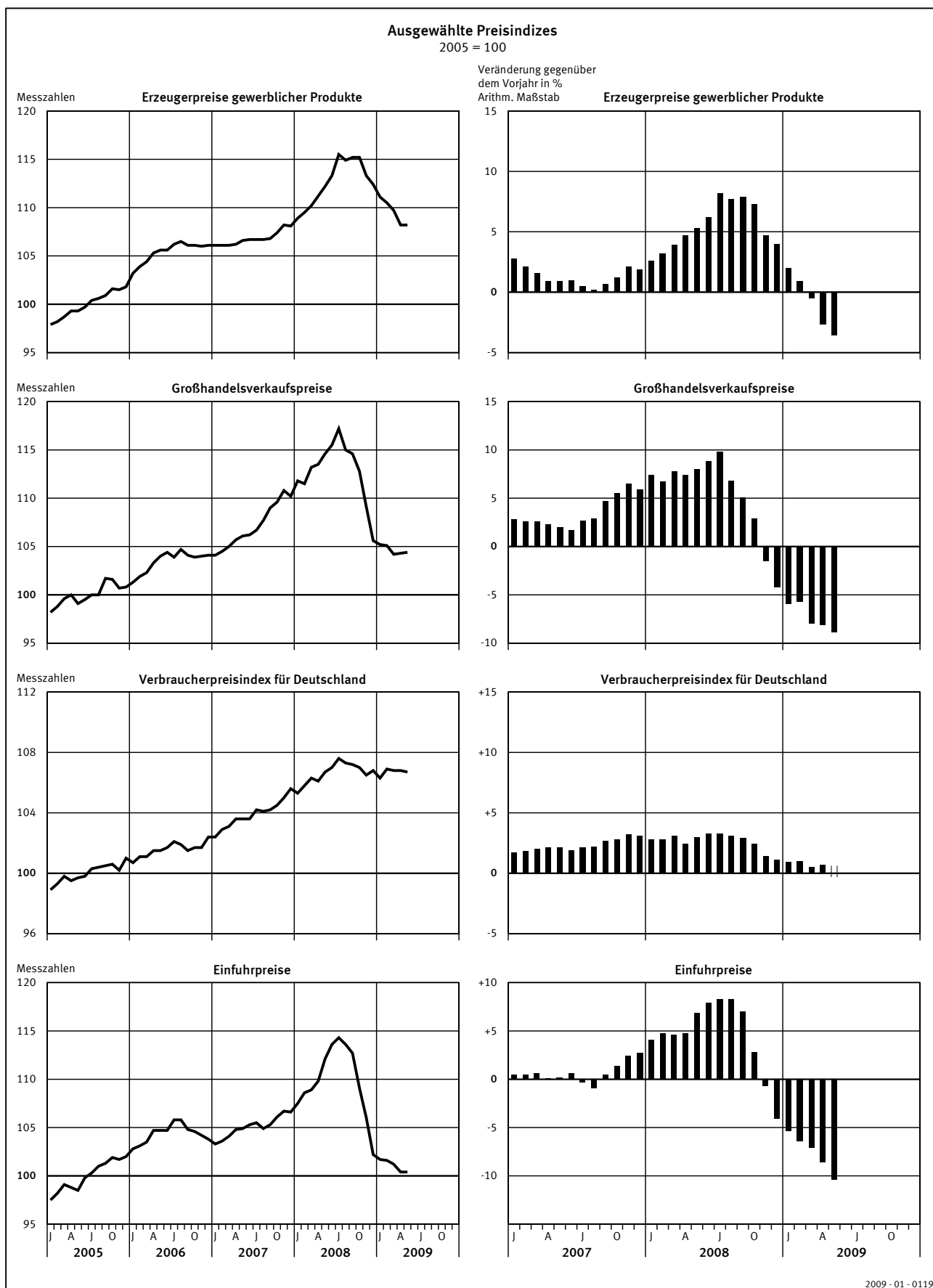
Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im Mai 2009 um 3,6 % niedriger als im Mai 2008. Einen stärkeren Preisrückgang hatte es zuletzt im April 1987 gegeben (-3,7 %). Im April und im März 2009 hatte die Jahresveränderungsrate -2,7 bzw. -0,5 % betragen. Gegenüber April 2009 blieb der Erzeugerpreisindex unverändert.

	Veränderungen Mai 2009 gegenüber	
	April 2009	Mai 2008
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	-	-3,6
ohne Mineralölzeugnisse	-	-2,1
Mineralölzeugnisse	+1,7	-26,4
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+0,1	-8,9
Index der Einzelhandelspreise	-0,1	-0,4
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	-0,1	-
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-0,1	+1,4
Heizöl und Kraftstoffe	+1,7	-23,4
ohne Saisonwaren	-0,1	+0,8
Saisonwaren	-0,3	-17,5

Den höchsten Einfluss auf die Jahresteuerrate hatten im Mai 2009 die Vorleistungsgüter (Güter, die im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden). In diesem Bereich sanken die Preise im Jahresvergleich um 6,4 %. Gegenüber April 2009 gingen sie um 0,6 % zurück. Hohe Preisrückgänge waren in den vergangenen Monaten bei den Metallen zu beobachten (-19,9 % gegenüber Mai 2008). Die Preissenkungen fielen für die einzelnen Metallsorten unterschiedlich aus: Besonders stark sanken im Mai 2009 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat die Preise für Betonstahl (-52,7 %), Walzdraht (-47,3 %), schwere Profile (-35,8 %) und unlegierten Stab- und Flachstahl (-32,3 %).

Bemerkenswert sind auch die hohen Preisrückgänge bei einigen Nichteisenmetallen. Kupfer und Kupferhalbzeug verbilligte sich im Mai 2009 gegenüber dem Vorjahr um 31,6 %

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes
2005 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2004 D	95,8	97,1	99,6	98,5
2005 D	100	100	100	100
2006 D	105,4	103,5	100,9	101,6
2007 D	106,8	107,1	103,2	103,9
2008 D	112,7	112,9	105,6	106,6
2008 April ...	111,2	113,5	105,7	106,1
Mai	112,2	114,6	106,0	106,7
Juni	113,3	115,5	106,1	107,0
Juli	115,5	117,2	105,9	107,6
Aug. ...	114,9	115,0	105,7	107,3
Sept. ...	115,2	114,6	106,0	107,2
Okt. ...	115,2	112,8	105,9	107,0
Nov. ...	113,3	109,1	105,4	106,5
Dez. ...	112,4	105,6	105,0	106,8
2009 Jan. ...	111,1	105,2	105,0	106,3
Febr. ...	110,5	105,1	105,5	106,9
März ..	109,7	104,2	105,5	106,8
April ...	108,2	104,3	105,7	106,8
Mai	108,2	104,4	105,6	106,7
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2008 April ...	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2	- 0,2
Mai	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,6
Juni	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3
Juli	+ 1,9	+ 1,5	- 0,2	+ 0,6
Aug. ...	- 0,5	- 1,9	- 0,2	- 0,3
Sept. ...	+ 0,3	- 0,3	+ 0,3	- 0,1
Okt. ...	-	- 1,6	- 0,1	- 0,2
Nov. ...	- 1,6	- 3,3	- 0,5	- 0,5
Dez. ...	- 0,8	- 3,2	- 0,4	+ 0,3
2009 Jan. ...	- 1,2	- 0,4	-	- 0,5
Febr. ...	- 0,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,6
März ..	- 0,7	- 0,9	-	- 0,1
April ...	- 1,4	+ 0,1	+ 0,2	-
Mai	-	+ 0,1	- 0,1	- 0,1
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2004 D	+ 1,6	+ 3,0	+ 0,3	+ 1,7
2005 D	+ 4,4	+ 3,0	+ 0,4	+ 1,5
2006 D	+ 5,4	+ 3,5	+ 0,9	+ 1,6
2007 D	+ 1,3	+ 3,5	+ 2,3	+ 2,3
2008 D	+ 5,5	+ 5,4	+ 2,3	+ 2,6
2008 April ...	+ 4,7	+ 7,4	+ 2,5	+ 2,4
Mai	+ 5,3	+ 8,0	+ 2,9	+ 3,0
Juni	+ 6,2	+ 8,8	+ 2,9	+ 3,3
Juli	+ 8,2	+ 9,8	+ 2,9	+ 3,3
Aug. ...	+ 7,7	+ 6,8	+ 2,8	+ 3,1
Sept. ...	+ 7,9	+ 5,1	+ 2,4	+ 2,9
Okt. ...	+ 7,3	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,4
Nov. ...	+ 4,7	- 1,5	+ 0,7	+ 1,4
Dez. ...	+ 4,0	- 4,2	+ 0,4	+ 1,1
2009 Jan. ...	+ 2,0	- 5,9	+ 0,2	+ 0,9
Febr. ...	+ 0,9	- 5,7	+ 0,5	+ 1,0
März ..	- 0,5	- 8,0	-	+ 0,5
April ...	- 2,7	- 8,1	-	+ 0,7
Mai	- 3,6	- 8,9	- 0,4	-

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

(– 3,6 % gegenüber April 2009). Bei Aluminium und Aluminiumhalbzeug lag die Jahresveränderungsrate bei – 15,9 % (– 0,7 % gegenüber April 2009).

Die Preise für metallische Sekundärrohstoffe lagen um 57,1 % unter dem Vorjahresniveau (+ 3,7 % gegenüber April 2009).

Getreidemehl war um 31,1 % billiger als im Mai 2008, Futtermittel für Nutztiere um 20,8 %. Dagegen waren Düngemittel um 10,5 % teurer als im Mai 2008 (– 7,1 % gegenüber April 2009).

Die Energiepreise lagen im Mai 2009 um 5,8 % unter dem Vorjahresstand, stiegen jedoch gegenüber April 2009 um 0,7 %. Ohne Berücksichtigung von Energie sanken die Erzeugerpreise im Jahresvergleich um 2,5 % und lagen um 0,3 % niedriger als im April 2009.

Die Preisentwicklung verlief bei den einzelnen Energieträgern weiterhin sehr unterschiedlich: Mineralölzeugnisse waren um 26,4 % billiger als im Mai 2008 und verteuerten sich gegenüber April 2009 um 1,7 %. Leichtes Heizöl wies mit – 47,4 % einen besonders hohen Preisrückgang gegenüber Mai 2008 auf; Dieselmotortreibstoff wurde um 29,1 % billiger. Ohne Berücksichtigung von Mineralölzeugnissen sanken die Erzeugerpreise im Jahresvergleich um 2,1 %.

Die Preise für Strom lagen im Mai 2009 insgesamt um 2,0 % unter dem Vorjahresniveau und stiegen gegenüber April 2009 um 2,0 %. Während die Preise für die Abgabe an Weiterverarbeiter um 7,5 % niedriger als im Vorjahr waren, mussten Haushalte 5,6 % mehr bezahlen als im Mai 2008.

Erdgas war im Durchschnitt im Mai 2009 um 0,9 % teurer als im Mai 2008 (– 0,7 % gegenüber April 2009).

Die Preise für Verbrauchsgüter sanken gegenüber Mai 2008 um durchschnittlich 1,3 % (– 0,2 % gegenüber April 2009). Nahrungsmittel waren insgesamt um 3,4 % billiger als im Vorjahr, gegenüber April 2009 verbilligten sie sich um 0,3 %. Starke Preisrückgänge waren im Jahresvergleich für Milch und Milchzeugnisse zu verzeichnen (– 11,8 %). Hier sinken die Preise seit neun Monaten kontinuierlich, allein gegenüber April 2009 sanken sie um 1,9 %. Die Preise für Fischerzeugnisse stiegen hingegen im Jahresvergleich (+ 7,6 %); Fertiggerichte waren um 5,0 % teurer als im Vorjahr, Backwaren um 2,5 %.

Für Investitionsgüter lag die Jahresteuersatzrate im Mai 2009 bei 1,1 % (– 0,1 % gegenüber April 2009).

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* lag im Mai 2009 um 8,9 % unter dem Stand des Vorjahresmonats. Dies war der stärkste Rückgang gegenüber dem Vorjahr seit Dezember 1986 (– 9,5 %). Im April und im März 2009 hatte die Jahresveränderungsrate – 8,1 bzw. – 8,0 % betragen. Im Vergleich zum April 2009 stiegen die Großhandelspreise im Mai 2009 geringfügig (+ 0,1 %).

Im Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug lagen die Preise um 28,5 % unter denen vom Mai 2008. Gegenüber dem Vormonat verbilligten sich die zu dieser Wirtschaftsklasse gehörenden Waren um 1,0 %. Die Preise für feste Brennstoffe und Mineralölzeugnisse verringerten sich auf Großhandelsebene gegenüber dem Vorjahr um 23,0 %. Im Vergleich zum Vormonat stiegen sie im Mai 2009 aber um 0,5 % (nach + 3,0 % im April 2009).

In der Landwirtschaft und im Nahrungsmittelsektor entwickelten sich die Preise uneinheitlich gegenüber dem Vorjahr. Die Großhandelspreise für Getreide, Saaten und Futtermittel verringerten sich gegenüber dem Preisniveau vom Mai 2008 um 34,5 %. Im Vergleich zum Vormonat April stiegen die Preise im Mai 2009 um 3,0 %, nachdem sie im April noch um 2,7 % gegenüber März 2009 zurückgegangen

gen waren. Milch und Milcherzeugnisse, Eier, Speiseöl und Nahrungsfette waren im Mai 2009 um 6,5 % billiger als im Mai 2008. Auch gegenüber April 2009 wurde in diesem Bereich auf Großhandelsebene weniger bezahlt (-2,7 %), nachdem im Vormonat Preissteigerungen von 0,6 % gegenüber März 2009 zu beobachten waren. Obst, Gemüse und Kartoffeln waren gegenüber Mai 2008 um 7,9 % günstiger. Sie verbilligten sich auch im Vormonatsvergleich (-3,6 % gegenüber April 2009), zum dritten Mal in Folge.

	Veränderungen Mai 2009 gegenüber	
	April 2009	Mai 2008
	%	
Großhandel mit		
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	+1,1	-25,3
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ...	-0,4	-1,5
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	+0,1	+1,6
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	+0,2	+2,6
Sonstiger Großhandel	+0,2	-18,0

Im Einzelnen ergaben sich für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise im Mai 2009 folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Mai 2009 gegenüber	
	April 2009	Mai 2008
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Düngemittel und Stickstoffverbindungen	-7,1	+10,5
Fischerzeugnisse	-0,4	+7,6
Fertigerichte	-0,5	+5,0
Backwaren	-	+2,5
Erdgas	-0,7	+0,9
Strom	+2,0	-2,0
Milch und Milcherzeugnisse	-1,9	-11,8
Aluminium und Aluminiumhalbzeug	-0,7	-15,9
Futtermittel für Nutztiere	-0,1	-20,8
Dieselmotoren	-	-29,1
Getreidemehl	-1,5	-31,1
Kupfer und Kupferhalbzeug	-3,6	-31,6
Unlegierter Stab- und Flachstahl	-0,3	-32,3
Schwere Profile	-2,7	-35,8
Walzdraht	-4,1	-47,3
Leichtes Heizöl	-	-47,4
Betonstahl	+8,6	-52,7
Metallische Sekundärrohstoffe	+3,7	-57,1
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Büromaschinen und -einrichtungen	+0,6	+2,0
Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	-2,7	-6,5
Obst, Gemüse und Kartoffeln	-3,6	-7,9
Festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	+0,5	-23,0
Erzen, Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und Halbzeug	-1,0	-28,5
Getreide, Saaten und Futtermitteln	+3,0	-34,5

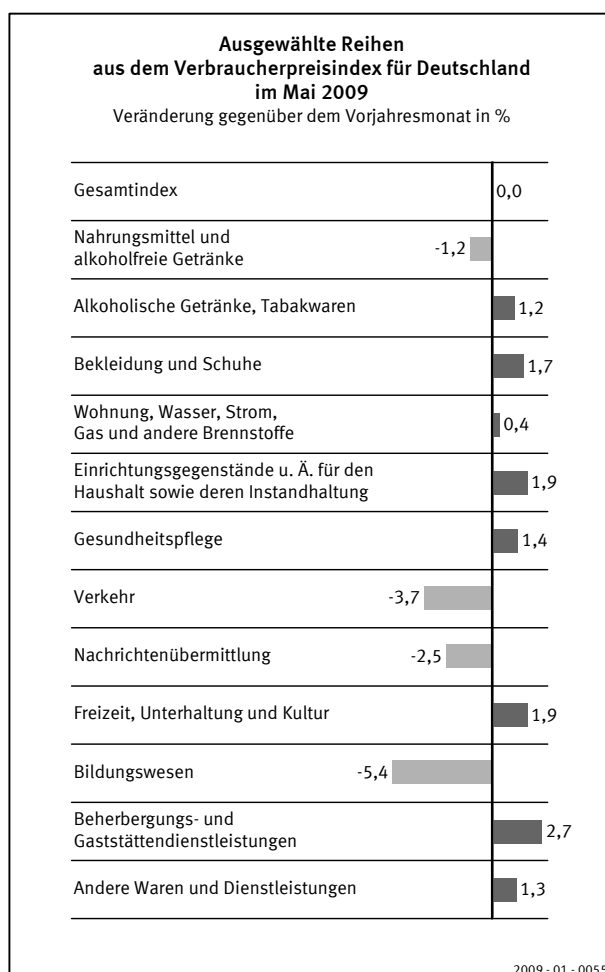
Der *Index der Einzelhandelspreise* ging im Mai 2009 im Vorjahresvergleich um 0,4 % zurück (März und April 2009: jeweils unverändert). Im Vergleich zum Vormonat war der Index der Einzelhandelspreise ebenfalls rückläufig, und zwar um 0,1 % (April 2009 gegenüber März 2009: +0,2 %).

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* lag im Mai 2009 auf demselben Niveau wie im Mai 2008. Damit erreichte die Inflationsrate mit $\pm 0,0\%$ den niedrigsten Stand seit 22 Jahren (zuletzt im Mai 1987: $\pm 0,0\%$). Im April 2009 hatte sie bei +0,7 % gelegen. Im Vergleich zum Vormonat April 2009 verringerte sich der Index um 0,1 %.

Die niedrige Inflationsrate im Mai 2009 ist vor allem auf das hohe Preisniveau vor einem Jahr zurückzuführen. Im Vergleich dazu sind inzwischen insbesondere bei Energieprodukten, aber auch bei vielen Nahrungsmitteln, die Preise wieder gesunken. Daher zeigen sich bei diesen Gütern teilweise deutlich negative Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahr. Diese starken Preisrückgänge prägen derzeit die Entwicklung der Inflationsrate. Ohne Berücksichtigung der Energieprodukte und der Nahrungsmittel, die etwa 20 % der Ausgaben privater Haushalte umfassen, hätte die Inflationsrate im Mai 2009 bei +1,4 % gelegen.

Energie verbilligte sich im Mai 2009 insgesamt um 8,0 % gegenüber Mai 2008: Erhebliche Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahr wiesen weiterhin leichtes Heizöl (-42,4 %) und Kraftstoffe (-16,9 %; darunter Dieselmotoren: -26,5 %) auf. Dagegen kostete Haushaltsenergie wie Gas (+3,6 %), Strom (+6,9 %) sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (+10,5 %) mehr als ein Jahr zuvor.

Schaubild 2



Dipl.-Verwaltungswirt Karsten Sandhop, Dr. Peter Taschowsky

Aktuell niedrige Inflationsraten – Gefahr einer Deflation?

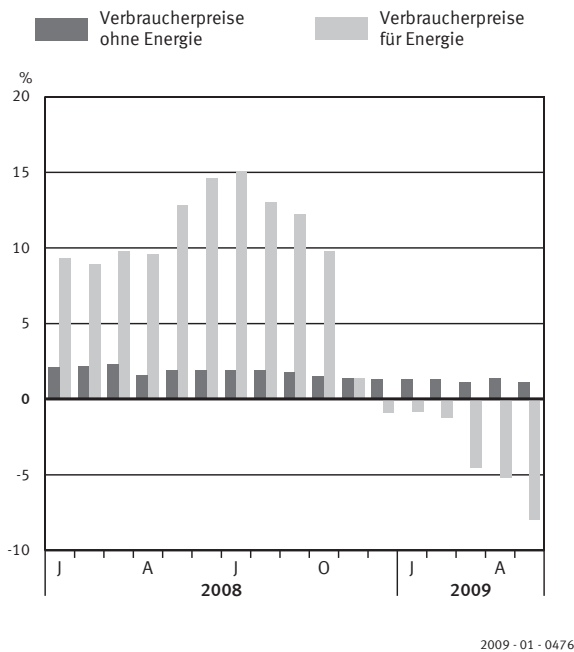
Mit der Ausweitung der Wirtschafts- und Finanzkrise und dem Sturz der Weltmarktpreise für viele Rohstoffe in der zweiten Jahreshälfte 2008 sind auch in Deutschland die Teuerungsraten kräftig gesunken.

Die Inflationsrate – gemessen an der Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat – liegt in Deutschland seit März 2009 deutlich unter einem Prozent. Im Mai 2009 war eine Inflationsrate von $\pm 0,0\%$ zu beobachten. Angesichts dieser Ergebnisse wird in der Öffentlichkeit die Gefahr einer Deflation diskutiert.

Preise ohne Energie stabil

Als Deflation werden wirtschaftliche Prozesse bezeichnet, die mit anhaltenden Preisniveausenkungen auf breiter Front verbunden sind. Ein Blick auf die aktuellen Zahlen zeigt, dass gegenwärtig keine Preissenkungen auf breiter Front stattfinden. Zwar erreichte die Inflationsrate mit $\pm 0,0\%$ den niedrigsten Stand seit 22 Jahren, sie ist derzeit aber im Wesentlichen wegen der stark gesunkenen Energiepreise niedrig. Bei der Betrachtung der Verbraucherpreisentwicklung ohne Energie zeigt sich im Durchschnitt eine relativ stabile Preisentwicklung mit moderaten Steigerungsraten. Seit Januar 2008 lag die jährliche Veränderung der Verbraucherpreise ohne Energie zwischen 2,3 und 1,1%, wobei tendenziell ein leichter Abwärtstrend zu beobachten ist.

Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahresmonat



Zudem sind die negativen Veränderungsrate im Bereich der Energiepreise möglicherweise nicht anhaltend, sondern nur temporär. Die Teuerungsraten werden durch den Vergleich des aktuellen Preisniveaus mit dem Vorjahresniveau errechnet. Derzeit liegt das Energiepreisniveau deutlich niedriger als während des Energiepreisbooms vor einem Jahr. Der Vorjahresvergleich führt daher zu negativen Veränderungsrate. Unter der Voraussetzung, dass die Energiepreise nicht zurückgehen, ist wegen des Endes des Ölpreisbooms im Herbst 2008 spätestens ab Ende 2009 nicht mehr mit negativen Veränderungsrate bei den

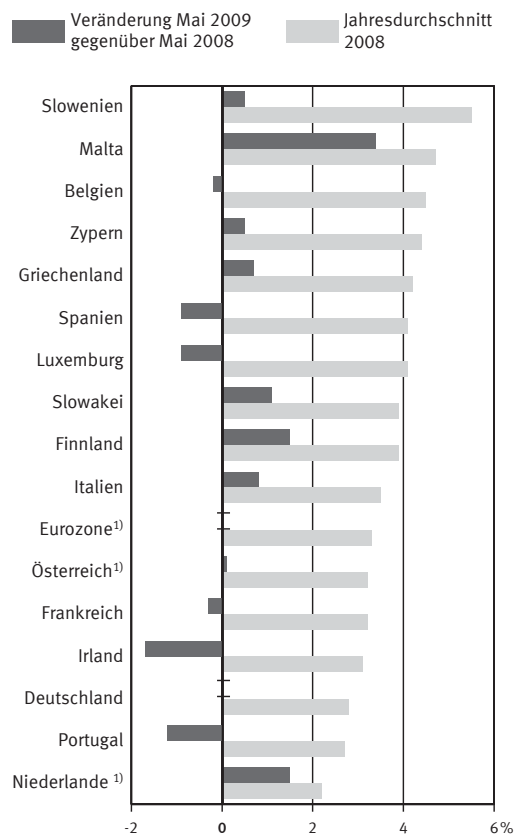
Energiepreisen zu rechnen. In diesem Fall bildet sich der stark dämpfende Einfluss der Energiepreise auf die Inflationsrate in den nächsten Monaten nach und nach zurück. Somit zeigt die aktuelle Datenlage keinen Trend, der auf einen anhaltenden Preisverfall bei den Energieträgern hindeutet.

Teuerungsraten im europäischen Vergleich

Wie haben sich die Verbraucherpreise in den anderen Ländern der Eurozone in der letzten Zeit entwickelt? Der sogenannte Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist speziell auf die Vergleichbarkeit der Inflationsraten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zugeschnitten und wird in Deutschland parallel zum nationalen Verbraucherpreisindex berechnet. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland und der nationale Verbraucherpreisindex unterscheiden sich hinsichtlich ihres Erfassungsbereichs. So enthält der nationale Verbraucherpreisindex zusätzlich das vom Eigentümer selbst genutzte Wohneigentum, Glücksspiele, die Kraftfahrzeugsteuer und Zulassungsgebühr. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland hat sich im Mai 2009 gegenüber im Mai 2008 ebenfalls nicht verändert ($\pm 0,0\%$).

In allen Ländern der Eurozone lagen die Inflationsraten im Mai 2009 niedriger als im Durchschnitt des Jahres 2008. In einigen Ländern sind sogar negative Änderungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex zu beobachten. Für die Eurozone insgesamt wurde eine Inflationsrate von $\pm 0,0\%$ für Mai 2009 berechnet. Auch hier gilt wie in Deutschland, dass die Inflationsrate im Wesentlichen wegen der stark gesunkenen Energiepreise niedrig ist.

Veränderung der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes der Eurozone



Quelle: Eurostat.
1) Mai 2009: vorläufiges Ergebnis.

2009 - 01 - 0477

Die Preise für Nahrungsmittel lagen im Mai 2009 um 1,2% unter dem Niveau des Vorjahres, bereits seit August 2008 gehen die Teuerungsraten für Nahrungsmittel kontinuierlich zurück. Binnen Jahresfrist ergaben sich spürbare Preisrückgänge insbesondere bei Molkereiprodukten (-8,0%; darunter Quark: -24,4%; süße Sahne: -18,9%; frische Vollmilch: -14,8%) sowie bei Speisefetten und -ölen (-5,5%; darunter Butter: -14,0%; Olivenöl: -5,2%). Deutlich billiger als vor einem Jahr war auch Gemüse mit -6,0% (darunter Kopf- und Eisbergsalat: -40,1%; Paprika: -34,9%; Gurken: -22,0%). Teurer wurden gegenüber Mai 2008 dagegen Fleisch und Fleischwaren mit +3,3% (darunter Schweinekotelett oder Schweineschnitzel: +5,6%; Bratwurst: +5,5%) sowie Süßwaren mit +2,3% (darunter Bienenhonig: +21,3%; Schokoladenriegel: +3,9%).

Im Jahresvergleich günstig blieb die Preisentwicklung für langlebige Gebrauchsgüter mit -0,2% (darunter Geräte der Informationsverarbeitung: -11,4% und Geräte der Unterhaltungselektronik: -11,2%).

Die Preise für Dienstleistungen lagen um 1,3% über dem Stand des Vorjahres. Hier sind vor allem die Wohnungsmieten ohne Nebenkosten ausschlaggebend (+1,1%), die einen Anteil von gut 20% an den privaten Haushaltsausgaben haben. Preisrückgänge waren dagegen im Bildungswesen (-5,4%) und bei der Nachrichtenübermittlung (-2,5%; darunter Mobiltelefon: -7,8%) zu beobachten.

Verbraucherpreisindex für Deutschland auf Basis 2005 = 100

	Veränderungen Mai 2009 gegenüber	
	April 2009	Mai 2008
	%	
Gesamtindex	-0,1	-
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-0,5	-1,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-	+1,2
Bekleidung und Schuhe	-0,9	+1,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	-	+0,4
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	-	+1,9
Gesundheitspflege	+0,1	+1,4
Verkehr	+0,6	-3,7
Nachrichtenübermittlung	-0,2	-2,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	-0,9	+1,9
Bildungswesen	-	-5,4
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	+0,8	+2,7
Andere Waren und Dienstleistungen	+0,2	+1,3

Der leichte Preisrückgang des Gesamtindex im Mai 2009 gegenüber dem Vormonat April 2009 um 0,1% ist auf gegenläufige Preisbewegungen zurückzuführen: Im Vergleich zum Vormonat sanken insbesondere die Preise für Pauschalreisen (-3,4%) sowie für Bekleidung und Schuhe (-0,9%). Aus Verbrauchersicht etwas günstiger entwickelten sich binnen Monatsfrist auch die Gaspreise (-0,5%). Dagegen erhöhten sich im gleichen Zeitraum die Preise für leichtes Heizöl (+0,3%) und für Kraftstoffe (+2,1%).

Die Preise für Nahrungsmittel gingen im Mai 2009 gegenüber dem Vormonat zurück (-0,5%). Teilweise saisonbedingt verbilligte sich vor allem Gemüse mit -2,8% (darun-

ter Gurken: -18,7%; Kopf- und Eisbergsalat: -23,2%). Bei einigen Molkereiprodukten waren erneut Preisrückgänge festzustellen (unter anderem bei Quark: -8,9%; frischer Vollmilch: -6,1%; H-Milch: -5,6%; süßer Sahne: -4,6%). Auch die Butterpreise gingen nochmals um 0,7% zurück.

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland hat sich im Mai 2009 gegenüber dem Mai 2008 nicht verändert ($\pm 0,0\%$). Im Vergleich zum Vormonat April 2009 sank der Index um 0,1%. [u](#)



ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Neue Steuerungselemente, Qualitätsmanagement, Entlastung der Befragten		
Aufbau einer webbasierten Datenbank gesetzlicher Informationspflichten	1	27
Schätzmethoden zur Messung bürokratischer Belastungen	2	117
Überprüfung und Weiterentwicklung des Statistischen Programms		
Nanotechnologie in der amtlichen Statistik	3	209
Forschungsdatenzentren		
Daten für Forschung und Lehre zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	3	216
Mathematisch-statistische Fragen und Methoden		
Analyse der Revisionen ausgewählter Konjunkturindikatoren	5	406
Klassifikationen		
Revidierte Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen fertiggestellt	1	36
Informationsgesellschaft		
Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen	1	47
Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland	6	553
Bevölkerung		
Auswirkungen des demografischen Wandels – Daten der amtlichen Statistik	6	513
Generatives Verhalten der Frauenkohorten im langfristigen Vergleich	5	377
Bevölkerungsentwicklung 2007	1	55
Mikrozensus		
Ergebnisse der Interviewerbefragung im Mikrozensus	5	397
Der Mikrozensus im Kontext anderer Arbeitsmarktstatistiken	6	528

	Heft	Seite
Wahlen		
Europawahl 2009	4	296
Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarkt		
Der Mikrozensus im Kontext anderer Arbeitsmarktstatistiken	6	528
Produzierendes Gewerbe		
Umstellung der Konjunkturindizes im Produzierenden Gewerbe auf Basis 2005	3	223
Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung 2006	4	311
Das GETS-Projekt: Gaslieferungen von und nach Deutschland	5	416
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Saisonale Schwankungen im Inlandstourismus	6	561
Moderates Wachstum beim Inlandstourismus 2008	5	425
Außenhandel		
Neufassung der EU-Rechtsvorschriften für die Außenhandelsstatistik	4	291
Sektorale Außenhandelsergebnisse	6	568
Deutscher Außenhandel nach Ländern	6	575
Verkehr		
Kombinierter Verkehr 2007	6	584
Eisenbahnverkehr 2008	5	440
Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2007	2	148
Gewerblicher Luftverkehr 2008	4	320
Dienstleistungen		
Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich: Das Mixmodell in der Praxis	3	232
Bildung und Kultur, Forschung und Entwicklung		
Bundesausbildungsförderung von den Anfängen bis 2007	2	157
Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium an deutschen Hochschulen	4	330
Öffentliche Sozialleistungen		
Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2007	1	68
Öffentliche Finanzen und Steuern		
Entwicklungen im öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem	1	84
Öffentliche Finanzen im Jahr 2008	4	340
Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets		
Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland	5	449
Preise		
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2008	5	484
Neuberechnung des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 2005	5	474
Das neue Verbundprogramm der Verbraucherpreisstatistik	2	169
Die neuen Erzeugerpreisindizes für Werbung und Marktforschung	3	241
Preisentwicklung im Jahr 2008	1	91
Preise im Januar 2009	2	175

	Heft	Seite
Preise		
Preise im Februar 2009	3	252
Preise im März 2009	4	350
Preise im April 2009	5	491
Preise im Mai 2009	6	602
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Rezessionen in historischer Betrachtung	3	203
Forschung und Entwicklung nach Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	125
Gesamtwirtschaftliche und sektorale nichtfinanzielle Vermögensbilanzen	2	137
Bruttoinlandsprodukt 2008	1	11
Umwelt		
Neue Entgeltstatistik in der Wasser- und Abwasserwirtschaft	6	596
Gastbeiträge		
Small Area Estimation: Die Schätzer von Fay-Herriot und Battese-Harter-Fuller	2	179
Daten für Forschung und Lehre zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	3	216
Struktur und Dynamik der Ungleichheit von Erwerbslosigkeitsrisiken	3	258
Eignung von CORINE-Geodaten und Daten der Flächenerhebung zur Analyse der Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung in Deutschland	4	355



Neuerscheinungen¹⁾ vom 23. Mai 2009 bis 26. Juni 2009

• Zusammenfassende Veröffentlichungen	EUR [D]	Fachserie 17: Preise	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Mai 2009	15,90	Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), April 2009	8,-
Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009, Heft 2: Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen	18,-	Reihe 7 Verbraucherpreisindizes für Deutschland, April 2009	12,50
Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009, Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen	18,-	Mai 2009 (Eilbericht)	4,50
		Mai 2009	12,50
• Fachserien			
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe			
Reihe 3.1 Produktion im Produzierenden Gewerbe 2008 (letzte Printausgabe)	21,-		

Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Publikationsservice online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/publikationen

Alle aktuellen **Fachserien** werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Publikationsservice bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de → Presse → Terminvorschau abgerufen werden.

1) Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/93 53 50, Telefax + 49 (0) 7071/93 53 35, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.